

# Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr



2012



# **Beteiligungsbericht 2012**

## **der Stadt Remscheid**

Herausgeber: Stadt Remscheid  
Die Oberbürgermeisterin  
Zentraldienst Verwaltungssteuerung und  
Informationstechnologie  
Zentrale Steuerungsangelegenheiten  
Beteiligungsmanagement



# Vorwort

Die Stadt Remscheid muss sich, wie viele Kommunen in Deutschland, infolge ständig wachsender öffentlicher Aufgaben und stetig sinkender Finanzressourcen mehr denn je großen Herausforderungen stellen. Aufgrund der drohenden Überschuldung war der Stadt Remscheid eine Teilnahme am Stärkungspakt Stadtfinanzen gesetzlich vorgeschrieben. Mit Genehmigung der Bezirksregierung des vom Rat im Jahr 2012 beschlossenen Haushaltssanierungsplans für die Jahre 2012 bis 2021 wird der Stadt Remscheid die Möglichkeit eröffnet, mittels massiven Einsparungen und gleichzeitiger finanzieller Unterstützung des Landes ab dem Jahr 2016 wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu erwirtschaften und damit zukünftig wieder vollumfänglich handlungsfähig zu sein. Der Frage der optimalen Erfüllung kommunaler Aufgaben und damit auch die Einbeziehung strategischer Partner und die Sondierung von Möglichkeiten wirtschaftlich sinnvoller kommunaler Zusammenarbeit in der Stadtverwaltung Remscheid wird vor diesem Hintergrund immer mehr Bedeutung beigemessen.

Bereits in der Vergangenheit hat die Stadt Remscheid aus diesem Grunde einen Teil ihrer vielfältigen kommunalen Aufgaben auf Eigenbetriebe und Unternehmen der privatrechtlichen Form, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, übertragen. Neben der Energie- und Wasserversorgung, der Abwasser- und Abfallentsorgung und dem öffentlichen Personennahverkehr werden auch im Bau- und Wohnungswesen sowie im Kultur- und Sozialbereich Aufgaben außerhalb der traditionellen Verwaltung wahrgenommen.

Eine stetige Aufgabenkritik und Überwachung der städtischen Beteiligungen, sowie eine Anpassung an die örtlichen Bedürfnisse führen dazu, dass sich das Beteiligungsportfolio des Konzerns Stadt Remscheid laufend verändert. So konnte im Jahr 2012 die Regionale 2006 i.L. endgültig gelöscht werden, die Gesellschaftsarbeit der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH wurde bis zum Jahr 2020 verlängert und die Stadt Remscheid beteiligte sich mittelbar an der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH. Eine direkte Beteiligung der Stadt ist ebenfalls vorgesehen. Durch die Beteiligung der Stadt an dieser Gesellschaft sollen Potentiale zur Nutzung von Ressourcen im Bergischen Städtedreieck erkannt und möglichst effektiv umgesetzt werden und Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in der Region des Bergischen Städtedreieckes gesteigert werden können.

Der vorliegende Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2012 veranschaulicht den gesamten Umfang der städtischen Beteiligungen. Er basiert auf den Unternehmenszahlen aus den geprüften Jahresabschlüssen 2010 bis 2012 und informiert damit über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Beteiligungen und ermöglicht einen umfassenden Einblick in das zurückliegende Geschäftsjahr auch eine Einschätzung zur zukünftigen Entwicklung der jeweiligen Gesellschaft. Neben der Erfüllung der gesetzlichen Berichtspflicht nach § 117 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen dient er den Ratsmitgliedern und der Verwaltungsführung bei der Ausübung der Steuerungs- und Kontrollaufgaben als einheitliche Informationsbasis.

Remscheid, im Januar 2014



Beate Wilding  
Oberbürgermeisterin



**Inhaltsverzeichnis:**

	<b>Seite</b>
<b>Vorwort</b>	
<b>1. Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Remscheid .....</b>	<b>9</b>
1.1 Gemeindeordnung als rechtlicher Rahmen .....	9
1.2 Rechtsformen kommunaler Unternehmen .....	10
1.3 Wahl der Unternehmensform .....	13
1.4 Beteiligungsmanagement in Remscheid .....	15
1.5 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung .....	15
<b>2. Beteiligungen der Stadt Remscheid im Überblick .....</b>	<b>17</b>
2.1 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2012 (tabellarische Darstellung) .....	17
2.2 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2012 (grafische Darstellung) .....	19
<b>3. Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Remscheid .....</b>	<b>21</b>
3.1 Stadtwerke Remscheid GmbH .....	21
3.2 GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid .....	34
3.3 Bergische Symphoniker - Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH - .....	52
3.4 Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH i.L. ....	60
3.5 BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid .....	70
3.6 Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung .....	75
3.7 Regionale 2006 Agentur GmbH i.L. ....	83
3.8 Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH .....	87
3.9 Bergische Entwicklungsagentur GmbH .....	98
3.10 Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH u. Co. KG .....	108
3.11 Sana-Klinikum Remscheid GmbH .....	110
3.12 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA) .....	120
3.13 RW Holding AG .....	122
3.14 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal .....	124
3.15 RWE Aktiengesellschaft .....	136

<b>4.</b>	<b>Maßgebliche mittelbare Beteiligungen der Stadt Remscheid .....</b>	<b>138</b>
4.1	EWR GmbH .....	138
4.2	Park Service Remscheid GmbH .....	149
4.3	H <sub>2</sub> O GmbH .....	157
4.4	BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid .....	165
4.5	ELBA – Omnibusreisen GmbH .....	173
4.6	Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH .....	174
4.7	Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH.....	183
<b>5.</b>	<b>Eigenbetriebe .....</b>	<b>188</b>
5.1	REB Remscheider Entsorgungsbetriebe .....	188
<b>6.</b>	<b>Sonstiges .....</b>	<b>208</b>
6.1	Trägerschaft für die Stadtparkasse Remscheid .....	208
<b>Anhang</b>	<b>Anlage 1: Verzeichnis der Kennzahlen .....</b>	<b>212</b>
	Anlage 2: Begriffserläuterungen .....	214
	Anlage 3: Auszug aus der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen .....	218
	Anlage 4: Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz .....	223

## 1. Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Remscheid

Die Stadt Remscheid hat als Gebietskörperschaft für ihre Bürger eine Vielzahl von öffentlichen Aufgaben zu erfüllen. Dabei ist sie auch Teil der örtlichen Wirtschaft. Ihre Tätigkeit vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen, nämlich bei der Bewirtschaftung der für die Gemeindeaufgaben erforderlichen Mittel (Haushaltswirtschaft), im Betrieb wirtschaftlicher Unternehmen, die am allgemeinen Wirtschaftsleben teilnehmen (Unternehmerwirtschaft) sowie durch die Aufgaben kostenrechnender und sonstiger Einrichtungen.

Die Haushaltswirtschaft der Stadt Remscheid umfasst die Bewirtschaftung aller Zweige der öffentlichen Verwaltungstätigkeit und zwar sowohl die Erzielung der Einnahmen als auch die Bewirtschaftung der Ausgaben. Durch die vielfältigen Ausgaben entfaltet die Stadt eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Sie ist Auftraggeberin der Wirtschaft, sie schafft Standortvorteile für die Wirtschaft, sie trägt als große lokale Arbeitgeberin über die Lohn- und Gehaltssummen indirekt zum Wirtschaftskreislauf bei. Ihre wirtschaftlichen Unternehmen sind ebenfalls ein Wirtschaftsfaktor der Stadt.

### 1.1 Gemeindeordnung als rechtlicher Rahmen

Unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und damit für die Stadt Remscheid erlaubt ist, regelt in §§ 107 ff die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW).

Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn u.a.

- ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert und
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

Der Erfolg oder Misserfolg der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde darf nicht allein an der Gewinnerzielung gemessen werden, sondern muss sich an der Realisierung der gesetzten Ziele orientieren. Ein Defizitunternehmen kann im Sinne der ihm gesteckten Ziele trotz des hohen Verlustes erfolgreich gearbeitet haben; ein Unternehmen mit hohen Gewinnen kann sein eigentliches Ziel verfehlt haben. Ein Blick auf die Bilanzen gibt deshalb nur bei reinen Gewerbeunternehmen zuverlässig über den Erfolg Auskunft.

Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind nach § 109 Abs. 1 GO NRW so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Daraus wird deutlich, dass die öffentlichen Ziele im Vordergrund vor der Gewinnerzielung stehen. Die Erträge sollen aber so hoch sein, dass außer den für technische und wirtschaftliche Fortentwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird (§ 109 Abs. 2 GO NRW).

## 1.2 Rechtsformen kommunaler Unternehmen

### *Öffentlich-rechtliche Unternehmensformen*

#### **Regiebetrieb**

Die Form, bei der keinerlei wesentliche Verselbstständigung weder in rechtlicher, noch in verwaltungsmäßiger, noch in rechnerischer Hinsicht vorhanden ist, wird als Regiebetrieb bezeichnet. Das diesen Betrieben gewidmete Vermögen bildet weder für sich eine rechtliche Einheit noch sind die Betriebe satzungsmäßig oder verwaltungstechnisch aus der Hoheitsverwaltung ausgegliedert.

Aus der engen vermögensmäßigen und rechtlichen Verflechtung mit der Trägerkörperschaft der Stadt Remscheid ergeben sich Konsequenzen, die die Wirtschaftsführung des reinen Regiebetriebes wesentlich beeinflussen. Alle Einnahmen und Ausgaben sind in der Regel im Gesamthaushaltsplan zu veranschlagen (Bruttoprinzip).

Die Willensbildung erfolgt durch die Organe der Trägerkörperschaft, insbesondere den Rat der Stadt Remscheid. Der Regiebetrieb unterscheidet sich daher formell nicht von anderen Ämtern der allgemeinen Verwaltung, obgleich hier nicht ein „Verwalten“, sondern ein „Wirtschaften“ gefordert wird.

Eine Kontrolle der Regiebetriebe ist jederzeit durch die Ratsgremien und den Haushaltsplan gegeben.

#### **Eigenbetrieb und eigenbetriebsähnliche Einrichtung**

Bei einem Eigenbetrieb handelt es sich um einen vermögensmäßig verselbstständigten Betrieb mit eigener Verfassung (Betriebssatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Der Eigenbetrieb ist wirtschaftlich aus dem Vermögen der Gemeinde ausgegliedert. Der Eigenbetrieb verfügt über besondere Leitungs- und Kontrollorgane (Betriebsleitung und Betriebsausschuss) und untersteht dem Rat sowie dem/der Oberbürgermeister/in als Verwaltungschef/in.

Der Eigenbetrieb kommt als Betriebsform für öffentliche Einrichtungen in Betracht, die nach kommunalem Wirtschaftsrecht als wirtschaftliche Unternehmen gelten. Die anderen Einrichtungen können als eigenbetriebsähnliche Einrichtungen geführt werden und zwar entweder in vollem Umfang entsprechend den Vorschriften des Eigenbetriebsrechts oder nur unter Anwendung der Vorschriften über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe als Sondervermögen der Kommune.

#### **Anstalt des öffentlichen Rechts**

Durch § 114a der GO NRW wird die Möglichkeit der Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechtes (AöR) eröffnet. Hierbei handelt es sich um eine Mischform aus Eigenbetrieb und GmbH. Die Rechtsverhältnisse der AöR werden gemäß GO NRW durch eine Satzung geregelt, die die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NRW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist. Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftete die Gemeinde als Gewährträgerin unbeschränkt. Aufgrund geänderter Rechtslage ist diese Gewährträgerhaftung mit Wirkung vom 19.07.2005 entfallen. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Trägerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

### **Betrieb gewerblicher Art/Hoheitsbetrieb**

Die Begriffe „Betrieb gewerblicher Art“ (BgA) und „Hoheitsbetrieb“ sind inhaltlich von den zuvor dargestellten juristischen Ausgestaltungen der wirtschaftlichen Betätigungsformen zu trennen und haben in diesem Zusammenhang nur steuerrechtliche Bedeutung. Während die privatrechtlichen Unternehmensformen kraft Rechtsform steuerpflichtig sind, greift die Steuerpflicht für Regie- und Eigenbetriebe nur insoweit, als diese nicht überwiegend der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen (Hoheitsbetriebe). Solche Betriebe werden steuerrechtlich als Betriebe gewerblicher Art bezeichnet.

### ***Privatrechtliche Unternehmensformen***

Aufgrund der Vorschriften über die Begrenzung der kommunalen Haftung nach § 108 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW ist die Wahl der privatrechtlichen Organisationsform eingeschränkt. Geeignete Rechtsformen sind vorrangig die Kapitalgesellschaften wie die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), die Aktiengesellschaft (AG) oder die eingetragene Genossenschaft (eG). Zusätzlich kann sich eine Kommune als Kommanditistin an einer Kommanditgesellschaft (KG) oder Gesellschafterin der GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin an einer GmbH & Co. KG beteiligen.

Ist die Gemeinde im Besitz aller Geschäftsanteile einer Gesellschaft, so ist diese eine kommunale Eigengesellschaft. Sind weitere Körperschaften oder auch Private an der Gesellschaft beteiligt, so spricht man von einer Beteiligungsgesellschaft.

## **Gesellschaft mit beschränkter Haftung**

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete Gesellschaft, an der sich die Gesellschafter mit Einlagen auf das Stammkapital beteiligen, ohne persönlich für die Schulden der Gesellschaft zu haften. Im Gegensatz zur AG kann bei der GmbH eine Nachschusspflicht für die Gesellschafter vereinbart werden. Die Gesellschafter können die innere Struktur der Gesellschaft ohne wesentliche Einschränkungen frei regeln. Als zwingende Organe besitzt die GmbH die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Im Unterschied zum AktG kennt das GmbHG keinen obligatorischen Aufsichtsrat. Es erlaubt jedoch ausdrücklich seine Bildung durch die Satzung (fakultativer Aufsichtsrat). Der Aufsichtsrat als notwendiges Organ ergibt sich jedoch zwingend im Rahmen des Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsrechts bei Unternehmen mit über 500 Beschäftigten.

## **Aktiengesellschaft**

Ebenso wie die GmbH besitzt auch die Aktiengesellschaft eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter (Aktionäre) erwerben ihre Rechte durch die Übernahme von Anteilen des in Aktien zerlegten Grundkapitals. Für Schulden der Gesellschaft haftet auch hier nur das Gesellschaftsvermögen. Im Gegensatz zur freien Gestaltung des Gesellschaftsverhältnisses in der GmbH enthält das Aktiengesetz umfangreiche bindende Regelungen und Formvorschriften, so dass für ergänzende Ausgestaltungen des Vertragsverhältnisses der Aktionäre untereinander wenig Raum bleibt. Als Organe der AG fungieren der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.

## **Eingetragene Genossenschaft**

Die eingetragene Genossenschaft (eG) ist eine juristische Person und hat als solche Rechte und Pflichten. Sie ist nach § 1 Abs. 1 GenG eine Gesellschaft von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezweckt. Eine unmittelbare Inanspruchnahme der Genossenschaftsmitglieder für Verbindlichkeiten der Genossenschaft gibt es nicht, wobei allerdings durch Satzung Nachschusspflichten vereinbart werden können. Die Genossenschaft handelt durch die Organe Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung.

## **Personengesellschaften**

Personengesellschaften wie Offene Handelsgesellschaften (OHG) oder Kommanditgesellschaften (KG) eignen sich grundsätzlich nicht als Rechtsform eines kommunalen Unternehmens, da die Gesellschafter entgegen der Regelung des § 108 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW unbeschränkt für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haften. Möglich ist aber die Beteiligung als Kommanditistin an einer KG oder die Rechtsform der GmbH & Co. KG. Bei der Kommanditistin ist die Haftung auf eine bestimmte Kapitaleinlage beschränkt. Die GmbH & Co. KG ist eine KG, bei der der persönlich haftende Gesellschafter eine Kapitalgesellschaft ist, und deren Gesellschafter in der Regel zugleich Kommanditisten der KG sind. Auf diese Weise wird die Haftung der Kommune als Gesellschafterin beschränkt.

## 1.3 Wahl der Unternehmensform

### Zulässigkeit

Die Voraussetzungen zur Herauslösung aus dem Haushalt durch die Gründung einer Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft durch die Gemeinde sind in § 108 der Gemeindeordnung NRW beschrieben.

Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn u.a.

- bei Unternehmen (§107 Abs. 1) ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert, die Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann,
- bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung in den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung (§107a Abs. 1), wenn die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht,
- bei Einrichtungen (§107 Abs. 2) ein berechtigtes Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
- eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
- die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
- die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
- die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
- das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
- bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften geprüft werden,
- wenn durch Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages sichergestellt ist, dass die Gesellschafterversammlung auch beschließt über
  - a. den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
  - b. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
  - c. den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

- d. die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und  
der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrates Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in der Form rechtlich selbständiger Gesellschaften ist lediglich eine andere Organisationsform ihrer üblichen Tätigkeit. Damit unterwirft sich die Gemeinde allen Vorschriften, die die private Wirtschaft zu beachten hat, insbesondere auch den Vorschriften des Handels- und Steuerrechts.

Von den Gemeinden wird eine wirtschaftliche Betätigung in den Formen des Gesellschaftsrechts dann gewählt, wenn aus organisatorischen, wirtschaftlichen oder steuerlichen Überlegungen die Verselbständigung vorteilhaft erscheint.

### **Privatrechtliche Unternehmensformen in Remscheid**

Die Stadt Remscheid hat sich für die wirtschaftliche Betätigung im Wesentlichen der Gesellschaftsform des privaten Rechts bedient. Am häufigsten ist die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewählt worden, da das GmbH-Recht im Gegensatz zum Aktienrecht eine weitgehende Gestaltungsfreiheit zulässt und somit dem Gesellschafter die Einräumung umfassender Rechte gegenüber der Gesellschaft ermöglicht.

Mit der GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid, der RW Holding AG und der RWE AG ist jedoch auch die Gesellschaftsform der Aktiengesellschaft vertreten.

Außerdem ist die Stadt Remscheid als Kommanditistin an der Lokalfunk Remscheid - Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. beteiligt.

Neben den unmittelbaren Beteiligungen an Gesellschaften des privaten Rechts sind auch mittelbare Beteiligungen vorhanden. Hierbei ist die Stadt Remscheid über die unmittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft durch deren Beteiligung an weiteren Gesellschaften ebenfalls beteiligt.

## **1.4 Beteiligungsmanagement in Remscheid**

Das Beteiligungsmanagement der Stadt Remscheid war im Geschäftsjahr 2012 organisatorisch im Geschäftsbereich der Oberbürgermeisterin dem Zentraldienst Verwaltungssteuerung und Informationstechnologie zugeordnet.

Aufgabe des Beteiligungsmanagements ist die informatorische Unterstützung des Rates der Stadt bei Ratsbeschlüssen über Gesellschaftsgründungen, Investitionen, Kapitalerhöhungen oder Liquidationen, aber auch die regelmäßige Kontrolle der Wirtschaftlichkeit der Beteiligungen.

Zum Aufgabenkatalog gehört ebenfalls die Betreuung der städtischen Gesellschaften bei der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher und kommunalrechtlicher Bestimmungen. Hierunter fällt auch die Überprüfung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaften, die jährlich im Zuge der Aufstellung des städtischen Haushaltsplanes erfolgt.

Entscheidungen über die Bestellung der städtischen Vertreter in den Organen der Gesellschaften werden vom Rat der Stadt getroffen.

## **1.5 Berichterstattung über die wirtschaftliche Betätigung**

### **Beteiligungsbericht als Informationsquelle**

Die „öffentlichen Unternehmen“ oder ganz generell die Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen sind mit erheblichen Vermögenswerten und Finanzströmen mit der Stadt als „Muttersgesellschaft“ verbunden, so dass die Stadt durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf ihren Haushalt zur Steuerung und Kontrolle ihrer Beteiligungen verpflichtet und berechtigt ist. Die Ausübung dieser Steuerungs- und Kontrollaufgaben stellt sich als kommunal- und verwaltungspolitische Aufgabe dar, wobei es schwierig ist, Rat, Verwaltung und Beteiligungen zu koordinieren und auf eine einheitliche Politik festzulegen.

Eine einheitliche Politik setzt einen gleichen Wissens- und Informationsstand voraus. Um hier eine Grundlage zu schaffen, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt.

Diese Aufgabe soll u.a. der Beteiligungsbericht erfüllen.

## Inhalt der Berichterstattung

Aus den aufgeführten Aspekten der Zielsetzung wird deutlich, welche Vielzahl von Komponenten inhaltlich relevant ist, um mit dem vorhandenen Material eine politisch-finanzwirtschaftliche Gesamtsteuerung zu ermöglichen.

Als Mindestanforderungen werden im Beteiligungsbericht vergleichbare Daten zu folgenden Bereichen aufbereitet:

- Beteiligungsverhältnisse der Gesellschafter
- Unterbeteiligungen der Tochtergesellschaft
- Gegenstand des Unternehmens
- personelle Besetzung der Gesellschaftsorgane
- erweiterte Haftung der Stadt / Nachschusspflicht / Bürgschaftsverpflichtungen
- Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Darüber hinaus wurden die nachstehend aufgeführten Kriterien bei der überwiegenden Anzahl der Gesellschaften herausgestellt:

- Anzahl der Beschäftigten
- Eckdaten der Bilanz zum Berichtsjahr mit Vorjahreswerten
- Eckdaten der Gewinn- und Verlustrechnung mit Vorjahreswerten
- Lagebericht der Geschäftsführung der Gesellschaften

Bei bedeutenden Beteiligungen der Stadt Remscheid wurden zudem Kennzahlen zur Analyse der wirtschaftlichen Situation der Beteiligungsgesellschaft ermittelt. Eine Erläuterung der Kennzahlen befindet sich im Anhang zum Beteiligungsbericht.

Basis der Berichterstattung über die einzelnen Gesellschaften sind die allgemeinen Unternehmensdaten im Geschäftsjahr 2012 und die wirtschaftlichen Unternehmensdaten zum Ende des Geschäftsjahres 2012. Auf schon bekannte Veränderungen z.B. in der Beteiligungsstruktur im Geschäftsjahr 2013 wird eingegangen.

Der Rat der Stadt Remscheid hat den städtischen Jahresabschluss zum 31.12.2012 in seiner Sitzung am 21.11.2013 einstimmig festgestellt. Die Darstellung der Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid beruht auf dem Kenntnisstand zum Zeitpunkt der Drucklegung des Beteiligungsberichtes.

## 2. Beteiligungen der Stadt Remscheid im Überblick

Zum 31.12.2012 ist die Stadt Remscheid an 15 Unternehmen unmittelbar mit einem Anteil am gezeichneten Kapital von rund 59 Mio. € beteiligt, davon werden 11 als GmbH bzw. gemeinnützige GmbH, 3 als Aktiengesellschaft und 1 als GmbH & Co. KG geführt.

Die Unternehmensbeteiligungen liegen zwischen 75,00 und 0,03 v.H. Darüber hinaus bestehen zahlreiche mittelbare Beteiligungen von unterschiedlicher Bedeutung.

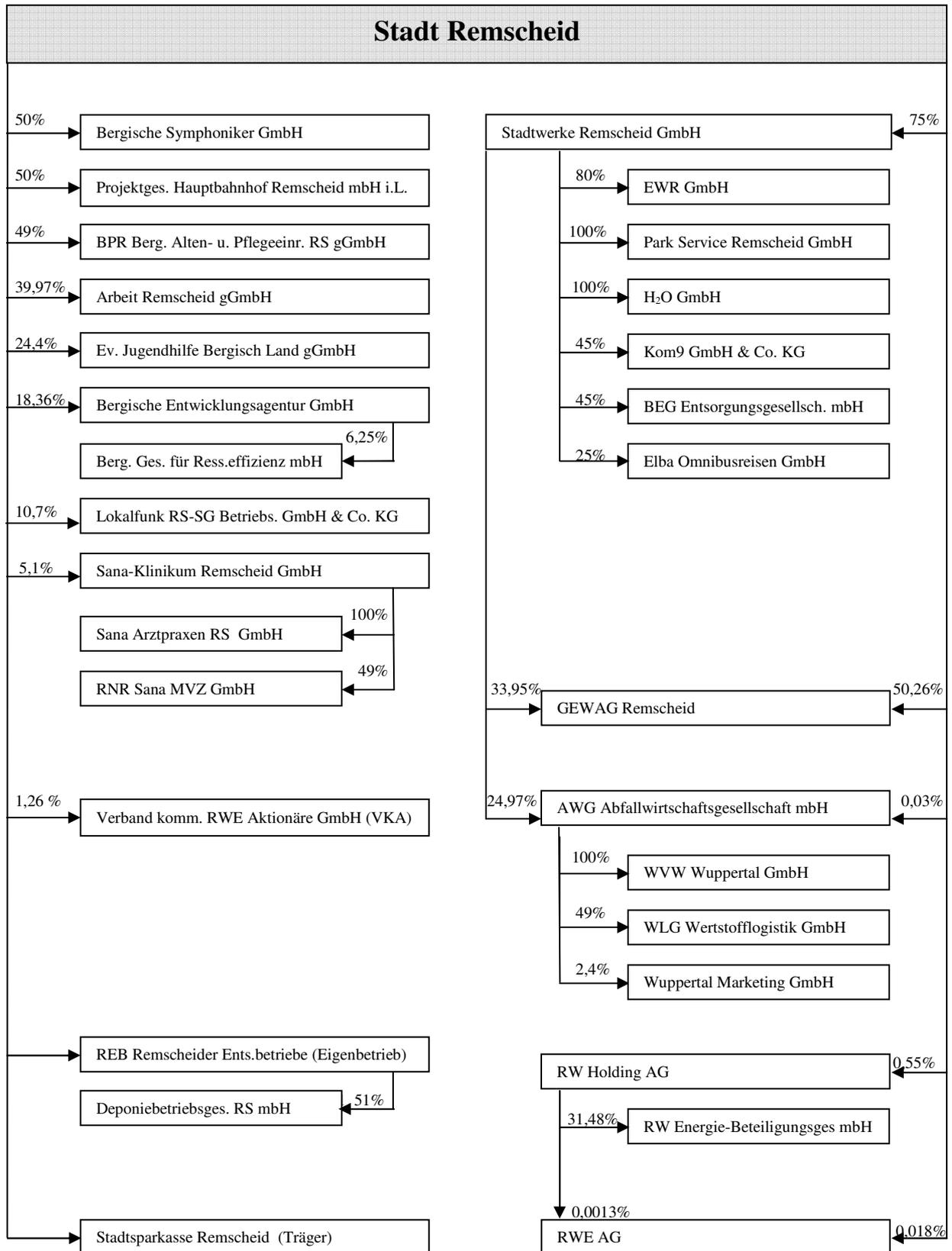
Die nachfolgenden Übersichten informieren über die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen. Die Unternehmen sind in der Reihenfolge der prozentualen Beteiligung aufgeführt.

### 2.1 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2012

Beteiligung	Grund-/Stammkapital in (DM) €	Anteil in (DM) €	Anteil in %	Anteilseigner
<b>Stadtwerke Remscheid GmbH</b>	<b>74.666.800,00</b>	<b>56.000.100,00</b>	<b>75,00</b>	<b>Stadt Remscheid</b>
<i>Beteiligung an:</i>				RWE Rhein-Ruhr AG, Essen
EWR GmbH	17.500.000,00	14.000.000,00	80,00	
Park Service Remscheid GmbH	100.000,00	100.000,00	100,00	
H <sub>2</sub> O GmbH	200.000,00	200.000,00	100,00	
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	5.000.000,00	1.248.475,00	24,97	
Elba Omnibusreisen GmbH	255.645,94	63.911,49	25,00	
KOM 9 GmbH & Co. KG	470.000,00	10.000,00	4,31	
BEG Entsorgungsgesellschaft mbH	25.000,00	11.250,00	45,00	
GEWAG	3.525.000,00	1.196.656,87	33,95	
<b>GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid</b>	<b>3.525.000,00</b>	<b>1.771.562,09</b>	<b>50,26</b>	<b>Stadt Remscheid</b>
		1.196.656,86	33,95	Stadtwerke Remscheid GmbH
		319.425,92	9,06	9 Industrie- und Handelsfirmen
		237.355,13	6,73	13 Privatpersonen
<b>Bergische Symphoniker GmbH (DM-Basis)</b>	<b>(50.000,00)</b>	<b>(25.000,00)</b>	<b>50,00</b>	<b>Stadt Remscheid</b>
		(25.000,00)	50,00	Stadt Solingen
<b>Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH i.L.</b>	<b>100.000,00</b>	<b>50.000,00</b>	<b>50,00</b>	<b>Stadt Remscheid</b>
		50.000,00	50,00	LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH
<b>BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid</b>	<b>25.000,00</b>	<b>12.250,00</b>	<b>49,00</b>	<b>Stadt Remscheid</b>
		12.750,00	51,00	Bergische Diakonie Aprath
<b>Arbeit Remscheid gGmbH</b>	<b>153.100,00</b>	<b>61.200,00</b>	<b>39,97</b>	<b>Stadt Remscheid</b>
		38.250,00	24,98	Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lennep
		19.150,00	12,51	Kreishandwerkerschaft Remscheid
		19.150,00	12,51	Arbeitgeber-Verband RS e.V.
		15.350,00	10,03	Limes GmbH
<b>Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH</b>	<b>50.000,00</b>	<b>12.200,00</b>	<b>24,40</b>	<b>Stadt Remscheid</b>
		12.200,00	24,40	Walter-Frey-Stiftung
		12.800,00	25,60	Ev. Kirchenkreis Leverkusen
		12.800,00	25,60	Ev. Kirchenkreis Lennep

Beteiligung	Grund-/Stammkapital in (DM) €	Anteil in (DM) €	Anteil in %	Anteilseigner
<b>Bergische Entwicklungsagentur GmbH</b>  <i>Beteiligung an:</i> Berg. Gesell. für Ressourceneffizienz mbH	50.100,00  25.000,00	<b>9.200,00</b> 9.200,00 7.950,00 1.250,00 2.550,00 3.600,00 8.850,00 7.500,00 1.562,00	<b>18,36</b> 18,36 15,87 2,49 5,09 7,20 17,66 14,97 6,25	<b>Stadt Remscheid</b> Stadt Solingen Stadt Wuppertal Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR Stadtparkasse Remscheid Stadtparkasse Solingen Stadtparkasse Wuppertal IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid
<b>Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH &amp; Co. KG</b> Kommanditisten:  Komplementär: Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH	<b>512.000,00</b>	<b>54.784,00</b> 384.000,00  73.216,00	<b>10,70</b> 75,00  14,30	<b>Stadt Remscheid</b> Lokalfunk Remscheid-Solingen Presse Bet.ges. mbH & Co. KG Stadt Solingen
<b>Sana – Klinikum Remscheid GmbH</b>  <i>Beteiligung an:</i> Sana Arztpraxen Remscheid GmbH RNR Sana MVZ GmbH	<b>3.100.000,00</b>  25.000,00 25.000,00	<b>158.100,00</b> 2.941.900,00  25.000,00 12.250,00	<b>5,10</b> 94,90  100,00 49,00	<b>Stadt Remscheid</b> Sana Kliniken AG
<b>Verband der kommunalen RWE Aktionäre GmbH (VKA)</b>	<b>127.822,97</b>	<b>1.615,68</b> 126.207,29	<b>1,26</b> 98,74	<b>Stadt Remscheid</b> 70 weitere Städte, Kreise und sonst. Juristische Personen des öffentlichen Rechts
<b>RW Holding AG</b>  <i>Beteiligung an:</i> RWE AG RW Energie Beteiligungsges. mbH & Co. KG	<b>74.362.859,52</b>  158.990,00	<b>411.840,00</b> 73.951.019,52  8000 Aktien 50.050,00	<b>0,55</b> 99,45  0,0013 31,48	<b>Stadt Remscheid</b> 70 weitere Aktionäre, darunter Beteiligungsgesellschaften, Städte, Kreise, Sparkassen, Landesbanken und Landschaftsverbände
<b>AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH</b>  <i>Beteiligung an:</i> WWV Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH WLG Wertstofflogistik GmbH Wuppertal Marketing GmbH	<b>5.000.000,00</b>  25.000,00 25.000,00 210.000,00	<b>1.525,00</b> 3.523.475,00 1.248.475,00 225.000,00 1.525,00 25.000,00 12.250,00 5.000,00	<b>0,03</b> 70,47 24,97 4,50 0,03 100,00 49,00 2,40	<b>Stadt Remscheid</b> Wuppertaler Stadtwerke GmbH Stadtwerke Remscheid GmbH Stadtwerke Velbert GmbH Stadt Wuppertal
<b>RWE AG</b>	<b>1.574.000.000,00</b>	<b>278.988,80</b> 1.573.721.011,20	<b>0,018</b> 99,982	<b>Stadt Remscheid</b> Weitere Aktionäre
<b>Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH</b>	<b>250.000,00</b>	<b>127.500,00</b> 122.500,00	<b>51,00</b> 49,00	<b>REB (Sondervermögen der Stadt Remscheid)</b> DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH

**2.2 Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Remscheid zum 31.12.2012  
(grafische Darstellung)**





### 3.1 Stadtwerke Remscheid GmbH

#### Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtwerke Remscheid GmbH  
Neuenkamper Straße 81-87  
42855 Remscheid  
Tel. 02191/16-40

**Gründungsjahr:** 1843

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammkapital</b>	
	<b>in €</b>	<b>in %</b>
Stadt Remscheid	56.000.100,00	75,00
RWE Rhein-Ruhr AG, Essen	18.666.700,00	25,00
<u>Gesamt</u>	<u>74.666.800,00</u>	<u>100,00</u>

#### **Beteiligungen der Gesellschaft / Verbundene Unternehmen Gesellschaften**

		<b>Stammkapitalanteil</b>	
		<b>in T€</b>	<b>in %</b>
EWR GmbH		14.000	80,00
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	*1	6.839	5,30
- BTV Berg. Trinkwasserverbund GmbH		22	22,00
- Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	*1	2.959	5,91
Park Service Remscheid GmbH		100	100,00
H <sub>2</sub> O GmbH		200	100,00
AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal		1.248	24,97
- WWV Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH		25	100,00
ELBA Omnibusreisen GmbH, Wuppertal		63	25,00
BEG Entsorgungsgesellschaft mbH, Remscheid		11	45,00
- Ges. für Kompostierung und Recycling mbH, Velbert		133	26,00
- DGV Deponieges. Velbert Verwaltungs mbH		13	50,00
- DGV Deponieges. Velbert mbH & Co. KG	*2	256	50,00
- DBV Deponiebetriebsges. Velbert mbH		50	33,33
- GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH		63	41,00
GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid	*3	1.197	33,95
KOM9 GmbH & Co. KG	*2	10	4,31
- Thüga AG	*3	85.355	38,41

\*1) Kapitalanteil \*2) Kommanditkapital, \*3) Gezeichnetes Kapital

## **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung und Erbringung von Verkehrsdienstleistungen, der Betrieb von Bädern sowie das Halten von Beteiligungen.

Die Gesellschaft betätigt sich unmittelbar, über die Beteiligung an anderen Unternehmen oder über anderweitige Kooperationen in folgenden Bereichen:

- Erzeugung, Gewinnung, Bezug, Fortleitung und Verkauf von elektrischer Energie, Wärme/Kälte, Gas und Wasser sowie Errichtung und Betrieb der hierfür erforderlichen Anlagen, soweit dies im Rahmen der Unternehmensziele zur Deckung des Bedarfs an Energie- und Wasserdienstleistungen erforderlich ist, Telekommunikation;
- Sicherstellung der Befriedigung von Mobilitätsbedürfnissen durch Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und durch andere Mobilitätsdienstleistungen wie z.B. Mobilitätszentralen, Lieferservice für ÖPNV-Kunden, Spezialangebote für mobilitätsbeeinträchtigte Personen sowie Verkehrsplanung;
- Leistungen für den ruhenden Verkehr;
- Mitwirkung bei der Entsorgung im Stadtgebiet und Umland;
- Durchführung von Energie- und Ressourcensparprogrammen; Beratung, Förderung und kooperative Errichtung und Betrieb von Anlagen oder Einrichtungen zur Verminderung des Bedarfs an Energie, Mobilität und Wasser sowie zur Vermeidung und Verwertung von Abfall;
- Diversifizierung in neue Geschäftsfelder und Entwicklung von Dienstleistungen, soweit sie den Unternehmenszielen entsprechen, der Stärkung von Synergieeffekten, der Verwertung des Know-hows sowie der Substanzsicherung des Unternehmens unter veränderten Rahmenbedingungen einer zukunftsfähigen Entwicklung dienen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen errichten, erwerben oder pachten und ferner Unternehmens- und Interessengemeinschafts- sowie sonstige Kooperationsverträge abschließen.

## **Organe der Gesellschaft**

### Geschäftsführung

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Manfred Schwick, Vorsitzender		bis 26.09.2012
Hans-Peter Meinecke,	Ratsmitglied	Stellvertreter Vorsitzender bis 26.09.2012 Vorsitzender ab 26.09.2012
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied	Stellv. Vorsitzender ab 26.09.2012
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied	
Bernd Quinting	Ratsmitglied	bis 26.09.2012
Beatrice Schlieper	Ratsmitglied	
Lothar Sill	Ratsmitglied	bis 26.09.2012
Achim Südmeier		
Karl-Wilhelm Tamm	Ratsmitglied	bis 26.09.2012
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin	
Hans-Herbert Wilke	Ratsmitglied	bis Mai 2012
Waltraud Bodensted	Ratsmitglied	ab 26.09.2012
Kai Kaltwasser	Ratsmitglied	ab 26.09.2012
Susanne Pütz	Ratsmitglied	ab 26.09.2012
Ilona Kunze-Sill	Ratsmitglied	ab 26.09.2012
Sven Wolf	Ratsmitglied	ab 26.09.2012

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung am 31.07.2012 war laut Ratsbeschluss Herr Städtischer Angestellter Christian Schenk.

**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

Keine

**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
Ausschüttung	2.648.040,53	2.385.447,07	1.524.998,23
Umlagen SPNV	207.000,00	206.000,00	206.000,00

**Anzahl der Beschäftigten**

Jahr	2010	2011	2012
Mitarbeiter/-innen	235	232	238

Wirtschaftliche Unternehmensdaten

## Leistungsdaten des Unternehmens

Betriebsbereich	Leistung	2010	in %	2011	in %	2012	in %
Verkehrsbetriebe	Fahrgäste Tsd.	18.735	-0,3	18.427	-1,6	18.070	-1,9
	Umsatz T€	12.293	0,1	12.991	5,7	13.331	2,6

## Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

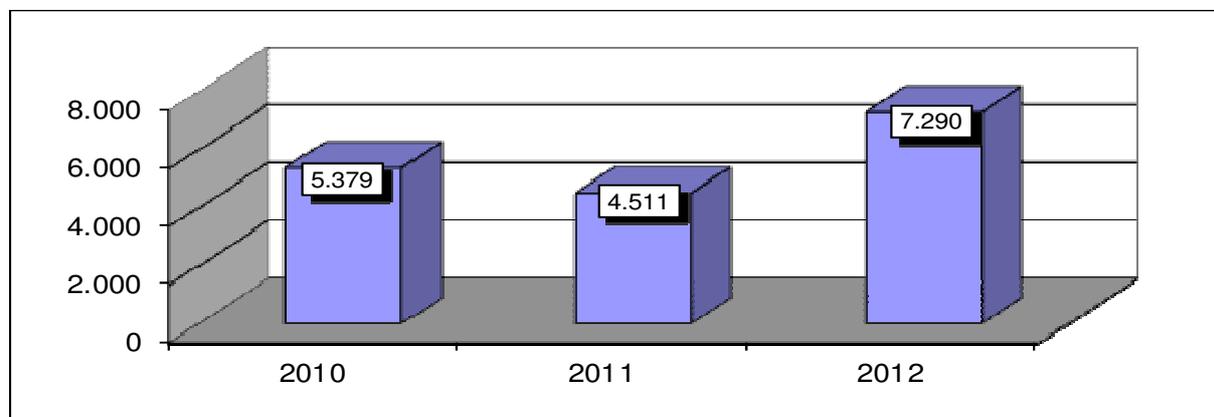
Jahr	2010		2011		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Bilanz-Position</b>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	95	0,06	174	0,10	172	0,10
Sachanlagen	16.074	9,58	14.887	8,96	14.191	8,60
Finanzanlagen	130.890	77,97	131.101	78,95	130.844	79,25
<b>Anlagevermögen</b>	<b>147.059</b>	<b>87,61</b>	<b>146.162</b>	<b>88,02</b>	<b>145.207</b>	<b>87,95</b>
Vorräte	708	0,42	597	0,36	596	0,36
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	17.453	10,40	17.395	10,48	19.120	11,58
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	2.644	1,58	1.907	1,15	178	0,11
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>20.805</b>	<b>12,39</b>	<b>19.899</b>	<b>11,98</b>	<b>19.894</b>	<b>12,05</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Aktiva</b>	<b>167.864</b>	<b>100,00</b>	<b>166.061</b>	<b>100,00</b>	<b>165.101</b>	<b>100,00</b>
Gezeichnetes Kapital	74.667	44,48	74.667	44,96	74.667	45,23
Kapitalrücklage	21.450	12,78	21.450	12,92	21.450	12,99
Gewinnrücklagen	12.599	7,51	13.598	8,19	14.598	8,84
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>5.379</b>	<b>3,20</b>	<b>4.511</b>	<b>2,72</b>	<b>7.290</b>	<b>4,42</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>114.095</b>	<b>67,97</b>	<b>114.226</b>	<b>68,79</b>	<b>118.005</b>	<b>71,47</b>
Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.104	1,85	2.815	1,70	2.728	1,65
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	3.325	1,98	3.202	1,93	3.589	2,17
Verbindlichkeiten	47.340	28,20	45.818	27,59	40.779	24,70
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Passiva</b>	<b>167.864</b>	<b>100,00</b>	<b>166.061</b>	<b>100,00</b>	<b>165.101</b>	<b>100,00</b>

**Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –**

<b>Jahr</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
<b>GuV-Position</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Umsatzerlöse	12.421	13.110	13.441
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	53	-52	-2
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	2.556	2.472	2.263
Erträge aus Gewinnabführung	9.358	10.089	11.764
Erträge aus Beteiligungen	7.741	5.335	6.824
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	23	37	24
<b>Erträge</b>	<b>32.152</b>	<b>30.990</b>	<b>34.314</b>
Materialaufwand	6.764	6.841	6.930
Personalaufwand	10.803	10.871	11.416
Abschreibungen	1.574	1.805	1.861
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.869	2.878	2.960
Abschreibungen auf Finanzanlagen	829	2	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	292	234	215
Aufwendungen aus Verlustübernahme	3.345	3.661	3.497
<b>Aufwendungen</b>	<b>26.476</b>	<b>26.292</b>	<b>26.879</b>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.676	4.698	7.435
Außerordentliche Aufwendungen	-100	0	0
Sonstige Steuern	-197	-187	-145
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>5.379</b>	<b>4.511</b>	<b>7.290</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Ertrag aus der Entnahme der Kapitalrücklage	0	0	0
Ertrag aus der Entnahme der Gewinnrücklage	0	0	0
Ergebnisverwendung (Vorabausschüttung)	0	0	0
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	0
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>5.379</b>	<b>4.511</b>	<b>7.290</b>

**Entwicklung der Jahresergebnisse**

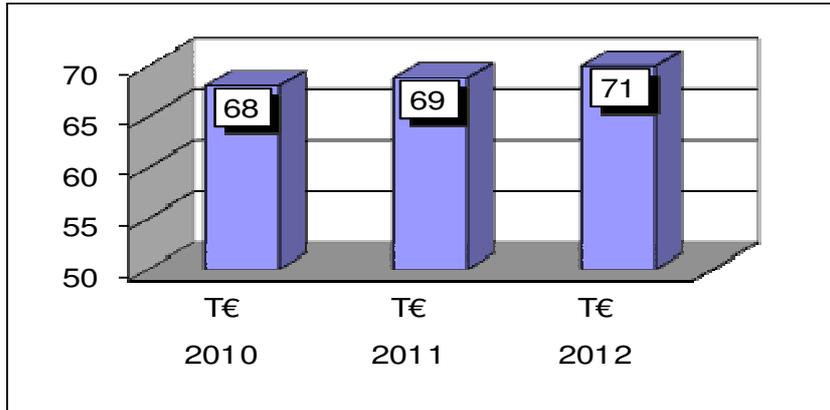
<b>Jahr</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
<b>Angabe in</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	5.379	4.511	7.290



**Kennzahlen**

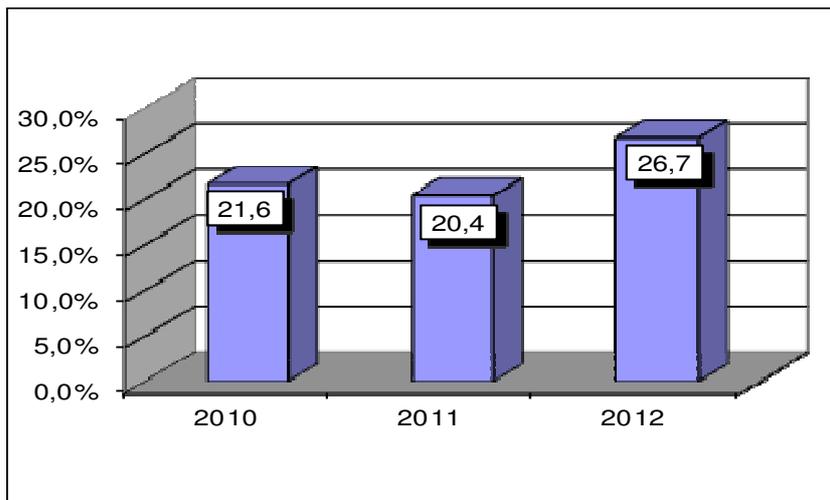
**Eigenkapitalquote**

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	114.095	114.226	118.005
Bilanzsumme	167.864	166.061	165.101
% EK	68	69	71



**Cash-Flow**

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	5.379	4.511	7.290
Abschreibungen	1.574	1.805	1.861
	6.953	6.316	9.151
Gesamterträge	32.152	30.990	34.314
<b>Cash-Flow</b>	<b>21,6%</b>	<b>20,4%</b>	<b>26,7%</b>



## **Zusammengefasster Lagebericht für die Stadtwerke Remscheid GmbH und den Konzern Stadtwerke Remscheid GmbH für das Geschäftsjahr 2012**

### **Allgemeines**

Trotz der allgemeinen Verunsicherung im europäischen Wirtschaftsraum infolge der Eurokrise, konnte Deutschland im abgelaufenen Geschäftsjahr auf eine vergleichsweise günstige und sichere Wachstumsentwicklung blicken. Der Konjunkturbericht der IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid attestierte aufgrund der Frühjahrsbefragung 2012 für die regionale Wirtschaft weiterhin eine Hochkonjunktur. Die zuversichtliche Haltung der bergischen Unternehmen fand in dieser Bewertung ihre Bestätigung. Im Städtevergleich lag Remscheid nach dem Geschäftslageindex weiterhin an der Spitze. Im Herbst war die konjunkturelle Einschätzung zwar noch überwiegend gut, jedoch traten im letzten Quartal spürbare Eintrübungen auf. Insgesamt konnte Remscheid - gemessen an den Industrieumsätzen - im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 11 % zulegen, während im IHK-Bezirk ein vergleichsweise geringes Plus von 3,8 % ermittelt wurde.

Der Arbeitsmarkt in der Region verbuchte keine weiteren Erfolge nach 2011. Im IHK-Bezirk stieg die Arbeitslosenquote zum Jahresende 2012 gegenüber Dezember 2011 wieder an, und zwar von 9,4 % auf 10,6 %. In Remscheid veränderte sich die Quote von 8,1 % auf 9,1 %, die damit allerdings noch leicht unter dem korrespondierenden Wert von 2010 liegt.

Die insgesamt noch gefestigte Konjunkturlage für die heimische Wirtschaft in Verbindung mit einer noch guten Kaufkraft der privaten Haushalte trug wieder zu einer stabilen Ertragslage unserer Unternehmensgruppe bei. Im abgelaufenen Geschäftsjahr behauptete sich der Konzern Stadtwerke Remscheid - mit unterschiedlicher Ausprägung in den einzelnen Gesellschaften bzw. Geschäftsfeldern - insgesamt wieder gut. Vor allem einmalige Sondereffekte führten zu einer deutlichen Ergebnisverbesserung gegenüber dem für 2012 prognostizierten Jahresergebnis.

Zum Konsolidierungskreis gehören folgende Unternehmen:

- Stadtwerke Remscheid GmbH (SR), Konzernmutter
- EWR GmbH (EWR), 80 %ige Tochtergesellschaft der SR
- Park Service Remscheid GmbH (PSR), 100 %ige Tochtergesellschaft der SR
- H<sub>2</sub>O GmbH (H<sub>2</sub>O), 100 %ige Tochtergesellschaft der SR

Zwischen der Konzernmutter und ihren Tochtergesellschaften bestehen über Ergebnisabführungsverträge jeweils körperschaft- und gewerbsteuerliche Organschaften.

Während die Erträge aus Verkehrsleistungen der Stadtwerke Remscheid einen Zuwachs verzeichnen, sehen wir bei dem Fahrgastaufkommen im Verkehrsbetrieb unserer Gesellschaft wie auch schon im Vorjahr sinkende Fahrgastzahlen. Der kontinuierliche Bevölkerungsrückgang in Remscheid ist aus unserer Sicht ein wichtiger, einflussnehmender Faktor. Die Kosten für den zum Betrieb der Busflotte eingesetzten Dieselkraftstoff sind trotz eines geringeren Verbrauchs im Mittel noch einmal um gut 4 % gestiegen und belasten zusätzlich die Budgets des Fahrbetriebs.

Die Energiesparten der EWR verzeichnen auf der Absatzseite insgesamt eine stabile Nachfrage. Insbesondere der Gasbereich legte bei seinen Gaslieferungen und Durchleitungsmengen deutlich zu und überflügelte wegen der kälteren Witterungsverhältnisse die Absatzwerte des Vorjahres. Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich der Wettbewerbsdruck intensiviert.

Wegen notwendiger Revisionswochen im Sommer 2012 konnte unsere Sauna- und Bädergesellschaft, die H<sub>2</sub>O GmbH, hinsichtlich der registrierten Besucher nicht ganz an das Rekordjahr 2011 anknüpfen. Hingegen zeigt das Unternehmensergebnis gegenüber unserer Planungsrechnung eine leichte Verbesserung. Der operative Geschäftsbetrieb der PSR verlief im abgelaufenen Geschäftsjahr tendenziell zufriedenstellend. Allerdings müssen wir wieder eine gegenläufige Entwicklung bei unseren Dauerparker- und Kurzparkerkunden konstatieren.

Die Stadtwerke Remscheid und ihre Tochtergesellschaften haben den in ihren jeweiligen Gesellschaftsverträgen formulierten Unternehmenszielen unter Beachtung der in § 108 Absatz 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen enthaltenen Regelungen voll und nachhaltig entsprochen.

### **Wirtschaftliche Lage der Stadtwerke Remscheid und im Konzern (Vermögens-, Finanz- und Ertragslage)**

Die Entwicklung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft und der ihr angegliederten Tochter- und Beteiligungsgesellschaften ist im Geschäftsjahr 2012 wieder als ausgesprochen solide zu bezeichnen. Die Umsatzerlöse der SR überschritten das Niveau des Vorjahres um 0,3 Mio. € und erreichten eine Gesamtgröße von ca. 13,4 Mio. €. Einziges operatives Geschäftsfeld ist nach wie vor der Betrieb des ÖPNV. Trotz tendenziell sinkender Fahrgastzahlen wuchsen die Nettofahrgeldeinnahmen aus der Personenbeförderung in Folge der VRR-Tarifpreiserhöhung zum 01. Januar 2012 leicht um 1,2 %. Unter Berücksichtigung von erhaltenen bzw. zu leistenden Ausgleichszahlungen stiegen die Gesamteinnahmen auf ca. 13,3 Mio. €. Das Fahrgastaufkommen lag mit insgesamt 18,1 Mio. Fahrgästen rechnerisch um 1,9 % unter dem Stand des Vorjahres. Generell bleibt bei der Entwicklung des Fahrgastaufkommens zu beachten, dass es sich bei den mit Hilfe von verbundeinheitlichen Fahrtenhäufigkeiten ermittelten Zahlen um eine statistische Größe handelt, die nicht das tatsächliche Fahrgastaufkommen in unserem Verkehrsgebiet wiedergeben kann, sondern nur Richtungen aufzeigt.

Bereinigt um die Geschäftsbeziehungen im Unternehmensverbund erzielte der Konzern Stadtwerke Remscheid Gesamterlöse in Höhe von 159,2 Mio. €, die damit um 8,2 Mio. € oder 5,4 % höher als im Jahr zuvor ausfielen. Dieser Vergleich wird insbesondere durch den Anstieg der Strom- und Gaserlöse der EWR als Folge von Preis- und Mengeneffekten beeinflusst.

Der Jahresüberschuss der SR in Höhe von etwa 7,3 Mio. € übertrifft das Vorjahresergebnis um 2,8 Mio. €. Alle Betriebszweige und Sparten waren auf unterschiedlicher Weise am Erfolg beteiligt. Die stabile Ertragslage der EWR sowie der Erträge aus Dividenden und den übrigen Beteiligungen wie AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (AWG) und Kom9 kompensierten u.a. nachteilige Effekte aus gestiegenen Betriebsaufwendungen im Verkehrsbetrieb. Der außerordentliche Ergebnissprung wird allerdings im Wesentlichen durch Sondereffekte im vereinnahmten EWR-Jahresüberschuss aus der Auflösung von Rückstellungen sowie einer einmalig höheren Ausschüttung der AWG getragen. Der Konzernbilanzgewinn ist gleichlautend und berücksichtigt bereits die Ausgleichszahlung an den Minderheitsgesellschafter der EWR, die Thüga AG München, in Höhe von 2,0 Mio. €.

Im Geschäftsjahr 2012 erwirtschaftete der Konzern einen Jahresüberschuss in Höhe von etwa 9,6 Mio. € und überschreitet damit den Wert des Vorjahres um 2,2 Mio. €. Er wird nach wie vor im wesentlichen vom wirtschaftlichen Erfolg der EWR (Gewinnabführung an die Kon-

zernmutter: 11,8 Mio. €) bestimmt. Hierbei ist der zuvor erwähnte und auf die Thüga AG entfallene Gewinnanteil bereits abgesetzt. Die Erträge und Aufwendungen für Beteiligungen an assoziierten Unternehmen betrafen die AWG, Wuppertal, BEG Entsorgungsgesellschaft mbH, Remscheid, ELBA Omnibusreisen GmbH, Wuppertal, und die GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft, Remscheid. Diese Unternehmen werden nach der Equity-Methode (Buchwertmethode) in den Konzernabschluss einbezogen.

Die solide Geschäftsentwicklung der EWR beruht nicht zuletzt auf dem stabilen Wachstum der heimischen Wirtschaft. Die Absatzbilanz ist zwar insgesamt gefestigt, allerdings resultieren die Zuwachsraten in der Stromversorgung aus der Akquisition neuer Individualkunden in fremden Netzgebieten. Die deutlich niedrigeren Temperaturen des Jahres 2012 bewirkten einen spürbar höheren Gasverbrauch als im Jahr zuvor. Die gesamten Außenerlöse der Gesellschaft stiegen gegenüber dem Vorjahr um 6 % auf 143,0 Mio. €. Im Energiebereich und bei den Wasserlieferungen - einschließlich Innenumsätze - stiegen die Erlöse um ca. 6,6 % auf 146,1 Mio. €. Der Umsatzzuwachs in der Sparte Strom - insgesamt ca. 4,5 Mio. € oder 6,0 % - ist auf Preis- und Mengeneffekte zurückzuführen. Der Stromabsatz - einschließlich Durchleitungen - der EWR stieg aufgrund stabiler Konjunkturverhältnisse und neuer Individualkunden außerhalb unseres Netzgebietes um 2,4 % auf 638,9 Mio. kWh. Die Erlösentwicklung im Segment der Gasversorgung - mit 47,5 Mio. € ein Plus von 11,2 % gegenüber dem Vorjahr - ist im Zusammenhang mit der Absatzentwicklung und notwendiger Preisanpassungen als Folge höherer Beschaffungskosten zu sehen. Einschließlich Durchleitungsmengen setzte die EWR 1.105 Mio. kWh ab. Die Erlöse in der Wasserversorgung weisen mit 14,6 Mio. € ein Minus von 5,9 % aus und berücksichtigen erneut notwendige Umsatzkorrekturen für das Jahr 2011, die aus dem Abgleich hochgerechneter und fakturierter Wassermengen resultieren. In der Wärmeversorgung verzeichnen wir als Folge der kalten Witterung und einer erfreulichen Kundenentwicklung einen Umsatzzuwachs von 19,6 %. Die Gesamterlöse stellen sich damit bei 4,6 Mio. € ein.

Die H<sub>2</sub>O GmbH registrierte im abgelaufenen Geschäftsjahr mit rund 673.500 Gästen im Mittel der letzten 10 Jahre eine erfreulich hohe Besucherzahl, die allerdings den Vorjahreswert um 2,1 % verfehlte. In Folge dessen sanken die Umsatzerlöse auf rund 4,1 Mio. €. Umfassende Revisionsarbeiten in Verbindung mit geringeren Besucherzahlen zeichnen für das um 3,8 % höhere Jahresdefizit von 3,5 Mio. € verantwortlich.

Das Ergebnis der PSR aus allen Parkeinrichtungen und Dienstleistungen bewegte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr bei ca. - 20 T€ nach - 312 T€ im Jahr zuvor. Dieser Vergleich wird allerdings durch eine in 2011 notwendige Sonderabschreibung des „Parkhauses am Markt“ in Höhe von 293 T€ verzerrt. Die erzielten Erträge entwickelten sich erneut uneinheitlich. Während die Umsätze aus Kurzparkvorgängen - sie nehmen etwa 62 % der Gesamterlöse ein - erneut einen Rückgang, und zwar um 3,3 % auf 556 T€ erleiden, verzeichnen wir bei den Dauerparkern abermals einen erfreulichen Umsatzgewinn von rund 5,7 %.

### **Personalbereich**

Zum 31.12.2012 beschäftigten die SR 243 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit 11 Belegschaftsmitglieder - ausschließlich im Fahrdienst zur strukturellen Verbesserung der Situation bei Langzeitkranken und zum Abbau von Überstundenkonten - mehr als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Die Zahl der kostenrelevanten Vollzeitkräfte hat sich zum Jahresende um 9,8 erhöht und auf 235,3 Personen eingestellt. Im Konzern waren zum Bilanzstichtag insgesamt 551 und damit 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr beschäftigt.

Zum Bilanzstichtag befanden sich 6 junge Menschen (+ 1) im Verkehrsbetrieb der SR in einem Ausbildungsverhältnis, im Konzern waren es 22 Auszubildende (- 1). Das entspricht - auf die Belegschaftszahl zum 31.12. ohne Auszubildende und Fahrpersonal bezogen, weil in diesem Bereich kein Ausbildungsberuf angeboten wird - einer Ausbildungsquote von ca. 6 %.

Wegen des personalintensiven Fahrbetriebes sind die Personalkosten der größte Aufwandsblock in der Ergebnisrechnung der Stadtwerke. Auf diese Kostengröße entfielen 11,4 Mio. € und damit etwa 0,5 Mio. € mehr als im Jahr 2011. Im Konzern wurden 30,0 Mio. € (+ 4,3 %) für den Personalaufwand verbucht.

### **Umwelt-, Arbeitsschutz und Qualitätsmanagement**

Die Stadtwerke Remscheid und die EWR haben das Thema Umweltschutz schon vor vielen Jahren zum festen Bestandteil der Unternehmenspolitik gemacht. Bereits seit 1996 verfügen wir über ein für alle Sparten gültiges und zertifiziertes Umweltmanagementsystem, das den Anforderungen des internationalen Standards DIN EN ISO 14001 genügt. Das jährlich durchzuführende Überwachungsaudit zum Erhalt der Zertifizierung konnte im November 2012 erfolgreich absolviert werden.

Bei der umfangreichen Auditierung stellten die unabhängigen Gutachter der Gesellschaft ein sehr gutes Zeugnis aus. Erneut wurde die Fahrzeugflotte des Verkehrsbetriebes der SR modernisiert und fünf Gelenkbusse mit der höchsten Abgasnorm ausgetauscht. Die Erfüllung von Umweltaufgaben im Kerngeschäft der Strom-, Gas- und Wasserversorgung ist keine Momentaufnahme, sondern ein gelebter, stetiger Prozess mit regelmäßigen internen Überprüfungen. Sie wird ergänzt durch Aktivitäten in der Elektromobilität sowie unserem Umweltengagement durch Beteiligungen, z.B. an Green GECCO und Thüga Erneuerbare Energien (THEE).

Als wesentliches Maß für die Güte der Sicherheitsarbeit im Rahmen des Arbeitsschutzes gilt allgemein die Anzahl der Arbeitsunfälle. Bei den Stadtwerken ereigneten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 5 meldepflichtige Arbeitsunfälle und damit 1 weniger als im Jahr zuvor. Im Konzern verzeichneten wir mit 22 sowohl meldepflichtigen als auch nicht meldepflichtigen Vorgängen in Summe die gleiche Anzahl an Unfällen wie im Jahr 2011.

### **Risiken und Chancen**

Das Risikomanagement wird im Konzern unternehmensübergreifend betrachtet und behandelt. Die Risikostrategie ist darauf ausgerichtet, dass unternehmerische Entscheidungen erst nach sorgfältigem Abwägen von Chancen und Risiken getroffen werden. Das zentrale Risikofrüherkennungssystem ist integraler Bestandteil unserer Managementsysteme und wird von der EWR aus konzernweit eingesetzt. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert, Maßnahmen zur Risikominderung werden festgelegt und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Den Aufsichtsräten wird im gleichen Rhythmus ein Sachstandsbericht zum Risikomanagement gegeben. Das Risikofrüherkennungssystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Zum Jahreswechsel 2012/2013 sind im Konzern für die SR und EWR insgesamt fünf Risiken identifiziert. Im Allgemeinen weisen die identifizierten Risiken nur eine sehr geringe Dynamik auf. Für die PSR und H<sub>2</sub>O GmbH bestehen zurzeit keine Risiken, die im Hinblick auf die mögliche Schadenshöhe oder Eintrittswahrscheinlichkeit den Vorgaben des Risikomanagements entsprechen. Zwei dieser Risiken - Wasserpreisabsenkung und Konzessionsverlust -

werden in der Prioritätenklasse B geführt und betreffen die EWR. Die anderen drei sind in der Prioritätsklasse C dokumentiert, die im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Schadenhöhe die geringste Bedeutung hat. Hierunter fallen die netzseitig erwirtschafteten und tendenziell sinkenden Netznutzungsentgelte sowie das ÖPNV-Finanzierungssystem. Neu aufgenommen wurde der anhaltende Bevölkerungsrückgang in Remscheid, der mittel- und langfristig für die Vertriebs- und Netzwirtschaft und nicht zuletzt für den ÖPNV ein Risikopotenzial darstellt. Andere Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt. Hierunter fallen u. a. Eventualfolgen aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zu Preisanpassungsklauseln in Normsonderkundenverträgen der EWR.

Sowohl die SR als auch ihre Tochtergesellschaften haben keine Finanzmarktgeschäfte getätigt; insoweit drohen den Gesellschaften auch aus diesem Segment keine Risiken.

Ein die Stadtwerke Remscheid betreffendes Risiko ist von grundsätzlicher beihilferechtlicher Bedeutung. Vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils „Altmark Trans“ aus dem Jahr 2003, mit dem die beihilferechtliche Zulässigkeit von Ausgleichszahlungen des Aufgabenträgers an Verkehrsunternehmen an bestimmte Kriterien gebunden ist, hat der Zweckverband VRR ein neu entwickeltes Finanzierungssystem beschlossen. Im Dezember 2006 hat die EU-Kommission ein förmliches Prüfverfahren gegen das Finanzierungssystem des VRR eingeleitet, aus dem für alle Beteiligten beihilferechtliche Risiken erwachsen. Mit Schreiben vom 19. April 2011 des VRR wurde darüber informiert, dass das VRR-Finanzierungssystem im Beihilfeprüfverfahren Langenfeld von der EU-Kommission anerkannt wurde.

Neben der Risikobetrachtung sehen wir auch Chancenpotenzial bei den Stadtwerken und im Konzern. In den Bereichen des Verkehrsbetriebes halten unsere Restrukturierungsbemühungen mit einer nachhaltigen Verbesserung der Wirtschaftlichkeit an. Mit Inkrafttreten des novellierten Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) zum 01. Januar 2013 geht die seit über zwei Jahren anhaltende politische Debatte zu Ende. Damit wird eine Rechtslücke geschlossen, die seit dem Inkrafttreten der EU-Verordnung 1370 im Dezember 2009 bestand. Als wesentlicher Bestandteil wurde mit der Novellierung die Möglichkeit der Direktvergabe von Verkehrsleistungen durch Kommunen an ihre kommunalen Verkehrsunternehmen verankert.

Das VRR-Tarifmodell des „Großkunden-Rabatt-Vertrages“ ist ein weiterer Schritt zur Kundenbindung. Durch flankierende Werbemaßnahmen sehen wir Chancen, über den Abschluss solcher Rabatt-Verträge auch anteilig Neukunden zu gewinnen, die zu Erlössteigerungen beitragen. Mit der Ersatzbeschaffung von Gelenkbussen in 2012 war ursprünglich das Modernisierungsprogramm unserer Busflotte vorerst abgeschlossen. Mit der Einführung einer Umweltzone in der Remscheider Innenstadt ab 01. Januar 2013 sehen wir uns veranlasst, die letzten zehn Linienfahrzeuge mit roter Umweltplakette doch im neuen Geschäftsjahr gegen neue, moderne Busse auszutauschen. Neben den ökologischen Aspekten sehen wir auch Vorteile im wirtschaftlichen Betrieb.

Mit der Beteiligung der Stadtwerke an Kom9 und somit an der Thüga AG wird durch die generierten Beteiligungserträge nicht nur die Ertragskraft der Gesellschaft stabilisiert. Das Chancenpotential im Thüga-Netzwerk wird von der EWR beispielsweise in den Bereichen Beschaffung, Vertrieb und Netz breit genutzt. Der Ausbau unserer Beteiligungen an Green GECCO und der THEE und damit im Segment der überregionalen regenerativen Energieerzeugung konnte im Geschäftsjahr 2012 weiter forciert werden. So erreicht das Windparkportfolio der THEE mittlerweile über 100 Megawatt. Darüber hinaus arbeiten wir mit benachbarten Stadtwerken zusammen, um gemeinsam Windkraftanlagen im Rheinisch-Bergischen Land zu entwickeln und zu erstellen.

Bei der PSR werden stetig Maßnahmen untersucht und umgesetzt, die uns Chancen eröffnen, die Parkhausfrequenz und damit die Einnahmen zu steigern bzw. durch günstigere Kostenstrukturen die Ertragslage zu stärken. Besonders hervorzuheben ist die Anpachtung und Bewirtschaftung eines Parkhauses an der Daniel-Schürmann-Straße in Remscheid zum 01. Januar 2013. Darüber hinaus ist die PSR als wichtiger Partner des Einzelhandels auch regelmäßig im Marketingrat der Innenstadt präsent.

Im operativen Geschäft der H<sub>2</sub>O GmbH kristallisieren sich grundsätzlich die Witterungsverhältnisse, die Kaufkraft der Haushalte sowie die zunehmende Konkurrenzsituation als starke Einflussfaktoren auf die Besucherfrequenz unserer Gäste heraus. Natürlich und nicht zuletzt zählt die Attraktivität unseres Sauna- und Badeparadieses zu den Erfolgsfaktoren, die wir mittels einer Vielzahl von Instandhaltungs- und Verschönerungsarbeiten in 2012 und ergänzt um das neue Dampfbad-Ensemble „Bad der Sinne“ aufgewertet haben. Als besonderen Lohn erhielt die Saunalandschaft vom Deutschen Sauna-Bund e. V. das Qualitätssiegel „SaunaPremium“. Diese höchste Auszeichnung ist vergleichbar mit der Bewertung von fünf Sternen in der Hotelbranche. Das ertüchtigte Erscheinungsbild unserer Einrichtungen, die verbesserte Aufenthaltsqualität in Verbindung mit einem erweiterten Programm an Aktions- und Thementage eröffnet uns die Chance, die Position des H<sub>2</sub>O als „die“ regionale Freizeitanlage zu festigen.

### **Investitionen und Finanzierung**

Im Jahr 2012 wurden bei den Stadtwerken knapp 1,7 Mio. € (1,8 Mio. € i. Vj.) in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert. Der Löwenanteil entfiel auf den Verkehrsbetrieb für die Ersatzbeschaffung von fünf Gelenkbussen. Im Bereich der Finanzanlagen wurden keine Investitionen getätigt (Vj. 0,3 Mio. €).

Der Konzern verausgabte im abgelaufenen Geschäftsjahr wie auch im Jahr zuvor konsolidiert insgesamt rund 8,7 Mio. € für die Investitionstätigkeit in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen. Hiervon entfielen ca. 19 % auf die Stadtwerke Remscheid, weitere knapp 69 % auf die EWR und gerundet 12 % auf die H<sub>2</sub>O. Die PSR verausgabte nur geringfügige, nicht näher zu erläuternde Investitionsmittel. Im Bereich der Finanzanlagen wurden zusätzlich 2,7 Mio. € (Vj. 3,4 Mio. €) für die Beteiligung der EWR an der THEE und Green GECCO eingesetzt. Zur vollständigen Finanzierung der Investitionen konnte auf die vorhandene Liquidität zurückgegriffen werden.

### **Ausblick**

Die aktuelle Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammer zeigt sich für die bergische Wirtschaft zum Jahreswechsel nach 2013 erstaunlich robust und besser, als von vielen Unternehmen noch im Herbst erwartet worden war. Die zurzeit unwägbaren Rahmenbedingungen der Energiewende und die Euro-Schuldenkrise dürften auf Sicht – und in einzelnen Wirtschaftszweigen auch schon spürbar – für ein geringeres Wirtschaftswachstum sorgen. Ein zunehmendes Problem ist auch der kontinuierliche überdurchschnittliche Bevölkerungsrückgang in Remscheid, der letztendlich in allen Geschäftsfeldern des Konzerns Spuren hinterlässt.

Im Verkehrsbetrieb der Stadtwerke bewegen wir uns im ersten Quartal 2013 fast schon erwartungsgemäß mit gut 4,1 Mio. zahlenden Fahrgästen erneut unter dem Ist-Wert des Vorjahres, und zwar um 2,7 %. Die kassentechnischen Einnahmen bewegen sich in Folge der VRR-

Tarifpreiserhöhung zum 01. Januar 2013 trotzdem noch leicht über den Werten der vergleichbaren Vorjahresperiode und im Rahmen unserer getroffenen Wirtschaftsplanansätze.

Die Gästezahlen im Sauna- und Badeparadies der H<sub>2</sub>O GmbH erfüllen nach den ersten drei Monaten mit insgesamt knapp 133.000 nicht ganz unsere Erwartungen. Während die Anzahl der Saunagäste sowohl unsere Prognoserechnung als auch die korrespondierenden Vorjahreswerte übertrifft, hinkt die Entwicklung der Besucherströme in der Wasserlandschaft hinterher. Nach wie vor befindet sich das Parkierungsgeschäft der PSR in einem strukturell schwierigen Umfeld. Das neue Pachtobjekt an der Daniel-Schürmann-Straße in Remscheid – Vertragsbeginn ist der 01. Januar 2013 - dürfte einen wichtigen Beitrag zur Ergebnisverbesserung leisten.

Sowohl der Energievertrieb als auch die Netzwirtschaft der EWR können sich auf der Gasseite in Folge der lang anhaltenden Winterperiode gut behaupten. Im ersten Quartal 2013 weisen beide Geschäftsbereiche gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres und gegenüber unserer Wirtschaftsplanung Zuwächse auf. Im Strombereich ist die Entwicklung uneinheitlich. Während der zurzeit rückläufige Absatz im eigenen Netzgebiet durch zusätzliche Lieferungen in fremde Netzgebiete mehr als kompensiert wird, bewegen wir uns bei der Netzdurchleitung auf dem Niveau unserer Wirtschaftsplanung, allerdings werden die Vorjahreswerte verfehlt. Die Wärmeversorgung behauptet sich gut und übertrifft die für das erste Quartal 2013 erwarteten Wärmelieferungen. Der Wasserabsatz folgt dem Trend der vergangenen Jahre. Zwar liegen wir mit den Wasserlieferungen auf Höhe unserer Prognoserechnung, jedoch wird der Stand nach den ersten drei Monaten des Vorjahres nicht erreicht.

Nach wie vor verfolgen wir unseren eingeschlagenen Weg in Richtung eines regionalen Energieeffizienz- und Energiedienstleistungsunternehmens. Den weiteren Ausbau des Geschäftsfeldes der regenerativen Energieerzeugung mittels Beteiligungen wollen wir weiter verfolgen und haben hierfür im laufenden Geschäftsjahr entsprechende Finanzmittel eingeplant. Allerdings werden die zu erwartenden gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Finanzierung der Energiewende maßgeblich in die weiteren Entscheidungsprozesse einzubeziehen sein.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass in den ersten drei Monaten - wenn auch bei differenzierter Betrachtung unterschiedlich gewichtet - insgesamt gute Grundlagen und Voraussetzungen für das Geschäftsjahr 2013 der Stadtwerke und ihrer Tochtergesellschaften vorliegen. Der bisherige gesamtwirtschaftliche Geschäftsverlauf des Jahres 2013 im Konzern ist zufriedenstellend und lässt alles in allem auf eine planmäßige Entwicklung schließen. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ergeben.

Der Bilanzgewinn der Stadtwerke Remscheid bzw. des Konzerns konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr gegenüber der ursprünglichen Prognoserechnung vor allem aufgrund von Sondereinwirkungen sichtlich verbessert werden. Für 2013 streben wir gemäß der genehmigten Wirtschaftsplanung ein Jahresergebnis/Konzernergebnis von 2,8 Mio. € und perspektivisch knapp 2,0 Mio. € für das Jahr 2014 an. Diese Ergebnisse sind bereits um den Gewinnanteil des außenstehenden Gesellschafters, der Thüga AG, gemindert.

Remscheid, 30.04.2013

Gez.  
Prof. Dr. Hoffmann  
Geschäftsführung

## 3.2 GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid

### Allgemeine Unternehmensdaten

GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid  
 Hochstraße 1-3  
 42853 Remscheid  
 Tel. 02191/4644-0

**Gründungsjahr:** 1918

Aktionäre	Aktien	Gezeichnetes Kapital	
		in €	in %
Stadt Remscheid	34.602	1.771.562,09	50,26
Stadtwerke Remscheid GmbH	23.373	1.196,656,86	33,95
9 Industrie- und Handelsfirmen	6.239	319.425,92	9,06
13 Privatpersonen	4.636	237.355,13	6,73
<u>Gesamt</u>	<u>68.850</u>	<u>3.525.000,00</u>	<u>100,00</u>

### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft sind satzungsmäßig insbesondere die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen.

### **Organe der Gesellschaft**

Vorstand:

Hans-Jürgen Behrendt, Betriebswirt

Aufsichtsrat:

Lothar Sill, Vorsitzender	Sachkundiger Bürger	
Rosmarie Stipekohl, stellvertr. Vorsitzende	Ratsmitglied	bis 29.08.2012
Markus Kötter, stellvertr. Vorsitzender	Ratsmitglied	
Günter Bender	Ratsmitglied	ab 29.08.2012
Waltraud Bodenstedt	Ratsmitglied	ab 29.08.2012
Luigi Costanzo	Ratsmitglied	bis 29.08.2012
Markus von Dreusche	Ratsmitglied	ab 29.08.2012
Gabriele Eschbach		
Georg Famulla		
Monika Hein	Bürgermeisterin	bis 29.08.2012
Prof. Dr. Thomas Hoffmann		
Kai Kaltwasser	Ratsmitglied	bis 29.08.2012
Dipl. Betriebswirt Peter Krack		
Gabriele Leitzbach	Ratsmitglied	ab 29.08.2012
Uwe Manthei		
Andreas Martin		
Christoph Pilz		ab 29.08.2012
Norbert Schmitz	Ratsmitglied	ab 29.08.2012
Jochen Seidel		bis 29.08.2012
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin	
Sven Wolf	Ratsmitglied	bis 29.08.2012

Hauptversammlung:

Vertreterin der Stadt Remscheid in der Hauptversammlung war lt. Ratsbeschluss Frau Barbara Wagner.

**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

Bürgschaftsverpflichtung per 31.12.2012 T€ 785,6

**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
Dividende	75.728,21	75.728,21	75.728,21
Depotgebühren	1.206,39	7.140,00	1.860,21

**Anzahl der Beschäftigten** (durchschnittlich beschäftigte Arbeitnehmer/-innen)

Geschäftsbereich	2010		2011		2012	
	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit
Kaufmännischer Bereich	22,5	4	25	4	26	2
Technischer Bereich	10	4	11	4	11	3
<b>Gesamt</b>	<b>32,5</b>	<b>8</b>	<b>36</b>	<b>8</b>	<b>37</b>	<b>5</b>
Auszubildende	2,5		2		2	

**Wirtschaftliche Unternehmensdaten****Leistungsdaten des Unternehmens**

Bewirtschafteter Bestand -Anzahl-	2010	2011	2012
Häuser	1.128	1.103	1.094
Wohnungen	6.511	6.396	6.407
Gewerbliche Einheiten	93	88	88
Garagen und Einstellplätze	1855	1854	1873
gesamt jeweils per 31.12.	9.587	9.441	11.230

Grundbesitz -in qm-	2010	2011	2012
Bebaute Grundst. inkl. Erbbaurechte	858.569	857.122	854.811
In Bebauung befindliche Grundstücke	1.647	5.440	3.793
Unbebaute Grundstücke	53.413	53.413	53.413
gesamt jeweils per 31.12.	913.629	915.975	912.017

**Bilanzstruktur -im 3-Jahresvergleich-**

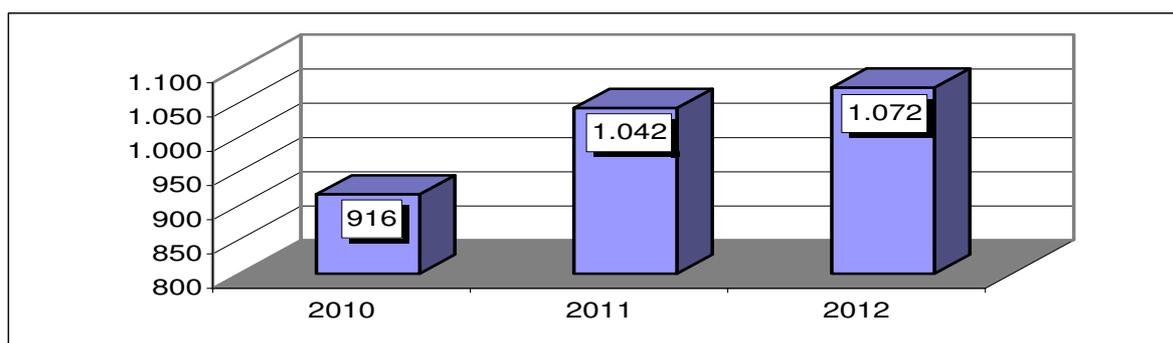
Jahr	2010		2011		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Bilanz-Position</b>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	42	0,02	67	0,03	63	0,03
Sachanlagen	185.041	89,19	192.633	91,32	199.360	93,24
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Anlagevermögen</b>	<b>185.083</b>	<b>89,21</b>	<b>192.700</b>	<b>91,35</b>	<b>199.423</b>	<b>93,27</b>
Z. Verkauf best. Grundstücke u.a. Vorräte	10.250	4,94	9.315	4,42	10.130	4,74
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	1.232	0,59	1.226	0,58	1.172	0,55
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel und Bausparguthaben	10.810	5,21	7.625	3,61	3.016	1,41
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>22.292</b>	<b>10,74</b>	<b>18.166</b>	<b>8,61</b>	<b>14.318</b>	<b>6,70</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	95	0,05	87	0,04	80	0,04
<b>Aktiva</b>	<b>207.470</b>	<b>100,00</b>	<b>210.953</b>	<b>100,00</b>	<b>213.821</b>	<b>100,00</b>
Gezeichnetes Kapital	3.525	1,70	3.525	1,67	3.525	1,65
Kapitalrücklage	826	0,40	826	0,39	826	0,39
Gewinnrücklagen	37.157	17,91	37.957	17,99	38.835	18,16
<b>Jahresüberschuss(+)</b>	<b>916</b>	<b>0,44</b>	<b>1.041</b>	<b>0,49</b>	<b>1.073</b>	<b>0,50</b>
<b>Jahresfehlbetrag(-)</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
Einstellung in(-)/Entnahme aus Rücklagen(+)	-458	-0,22	-520	-0,25	-536	-0,25
Eigenkapital	41.966	20,23	42.829	20,30	43.723	20,45
Rückstellungen	1.622	0,78	1.754	0,83	1.746	0,82
Verbindlichkeiten	163.882	78,99	166.370	78,87	168.352	78,74
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Passiva</b>	<b>207.470</b>	<b>100,00</b>	<b>210.953</b>	<b>100,00</b>	<b>213.821</b>	<b>100,00</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich-**

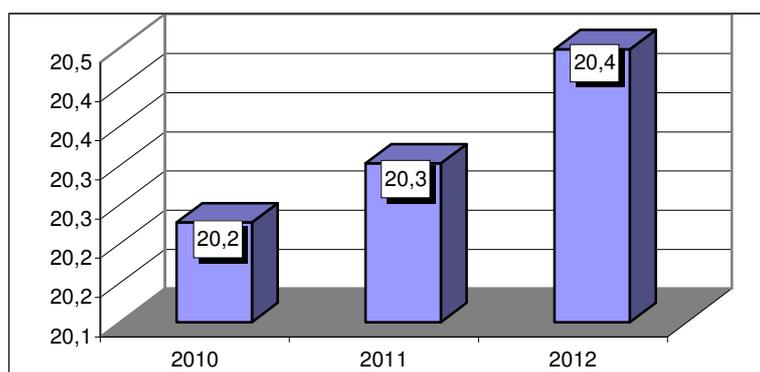
<b>Jahr</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
<b>GuV-Position</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Umsatzerlöse	33.071	33.929	33.149
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-58	-1.000	774
Andere aktivierte Eigenleistungen	488	592	511
Sonstige betriebliche Erträge	1.320	1.146	2.077
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	84	104	68
<b>Erträge</b>	<b>34.905</b>	<b>34.771</b>	<b>36.579</b>
Aufwend. f. bezogene Lieferungen u. Leistungen	18.762	17.716	19.519
Personalaufwand	2.540	2.635	2.632
Abschreibungen	5.529	5.843	5.936
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.014	1.409	1.399
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.090	5.059	4.926
<b>Aufwendungen</b>	<b>32.935</b>	<b>32.662</b>	<b>34.412</b>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.970	2.109	2.167
Steuern vom Einkommen und Ertrag	85	81	81
Sonstige Steuern	969	986	1.014
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>916</b>	<b>1.042</b>	<b>1.072</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	0	0	0
Einstellungen in Gewinnrücklagen	458	521	536
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>458</b>	<b>521</b>	<b>536</b>

**Entwicklung der Jahresergebnisse**

<b>Jahr</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
<b>Angabe in</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	916	1.042	1.072

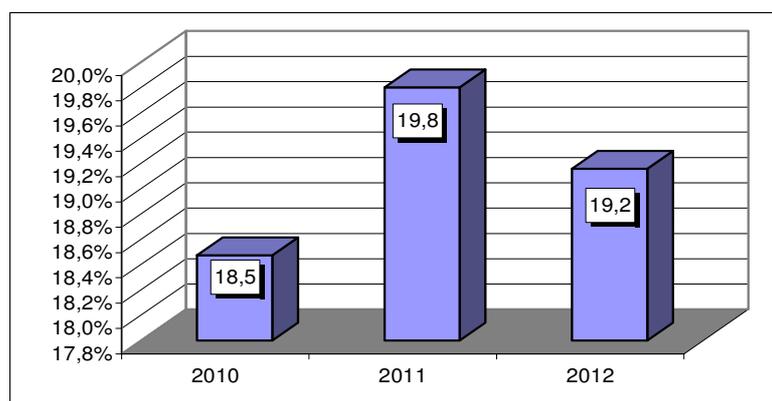
**Kennzahlen****Eigenkapital-Quote**

<b>Jahr</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
<b>Angabe in</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Eigenkapital	41.966	42.829	43.723
Bilanzsumme	207.470	210.953	213.821
<b>% EK</b>	<b>20,2</b>	<b>20,3</b>	<b>20,4</b>



## Cash-Flow

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	919	1.042	1.072
Abschreibungen	5.529	5.843	5.936
	6.448	6.885	7.008
Gesamterträge	34.905	34.771	36.579
<b>Cash-Flow</b>	<b>18,5%</b>	<b>19,8%</b>	<b>19,2%</b>



## Lagebericht 2012

### 1. Geschäft und Rahmenbedingungen

#### 1.1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Die weitestgehend düsteren Prognosen für die Weltwirtschaft 2012 sind, so können wir zurückblickend feststellen, eingetroffen. Die finanziellen Turbulenzen in Europa, die sich in Form einer seit 2011 anhaltenden Schulden- und Vertrauenskrise darstellen, belasteten die Schwellenländer und hochentwickelten Staaten gleichermaßen. Alle Bemühungen, das Vertrauen der Märkte wieder herzustellen, führten nicht zum Ziel.

Nicht abgeschlossene Anpassungsprozesse im Bereich der hohen Staatsverschuldung drohten eine weitere Finanzkrise auszulösen, die darauf beruht, dass die Bereitschaft der Märkte, die Defizite und fällig werdenden Schulden der Länder zu finanzieren, im starken Maße sinkt.

Insgesamt verlief das Wachstum der Weltwirtschaft mit 3,1 Prozent äußerst schleppend. Erwiesen sich Schwellenländer wie China, Brasilien, Russland und Indien in den

zurückliegenden Jahren noch als Stabilisatoren, so gerieten sie 2012 verstärkt in den Sog der Euro-Krise. Für 2013 liegen die Prognosen für das weltweite Wachstum unter 3,0 Prozent.

Die eingeleiteten Maßnahmen zur Stabilisierung und Konsolidierung der Haushalte in Europa haben noch keine durchgreifende Wirkung erzielt. Die Staatsschuldenkrise sowie die geldpolitischen Schritte seitens der großen Zentralbanken in einem gedämpften konjunkturellen Umfeld prägten das Bild an den Kapital- und Devisenmärkten.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion, die nach einer zweijährigen Erholungsphase ab dem Herbst 2011 rückläufig war, sank im Jahresdurchschnitt 2012 um 0,5 Prozent. Betrachtet man die Entwicklung der einzelnen Branchen, so waren neben verschiedenen Bereichen des Dienstleistungssektors auch die Bauwirtschaft und das produzierende Gewerbe durch eine anhaltende Inlandsnachfrage betroffen. Positive Impulse kamen lediglich vom Export in die übrigen Regionen, der sich jedoch wegen der langsamen Gangart der Weltwirtschaft gegenüber dem Jahr 2011 nicht signifikant erhöhen konnte.

Die Mehrzahl der Länder der Europäischen Union (EU) sah sich mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes konfrontiert. Besonders traf es die Länder Griechenland mit 6,4 Prozent und Portugal mit 6,2 Prozent, aber auch Zypern, Slowenien und Italien mit über 2,0 Prozent.

Positiv absetzen konnte sich unter anderem Deutschland, dessen Wirtschaftswachstum nach einem Plus von 3,0 Prozent im Vorjahr zwar auf 0,7 Prozent sank, dies aber im Wesentlichen mit einem schwächeren Handel innerhalb der Euro-Zone und mit wichtigen Absatzmärkten in der ganzen Welt begründen kann. Die Exporte stiegen nur noch um 4,1 Prozent, nach annähernd 8,0 Prozent in 2011.

Überwiegend meldeten die Unternehmen jedoch eine gute, zumindest befriedigende Wirtschaftslage, standen doch die zwei vorhergehenden Jahre unter dem Einfluss des Rezessionsjahres 2009 und der damit verbundenen Aufholdynamik einer wieder gesunden Wirtschaft.

Die allgemeine Auftragslage im produzierenden Sektor und die nachgefragten Dienstleistungen haben auch die Arbeitslosenstatistik verbessert. Die Zahl sank um 79.000 auf 2,9 Millionen Personen oder 6,8 Prozent der Erwerbspersonen. Gleichzeitig hielt der positive Trend der in Beschäftigung stehenden Personen an. Die Zahl der erwerbstätigen Menschen nahm um 449.000 beziehungsweise um 1,1 Prozent zu. Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass im großen Umfang sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse geschlossen worden sind.

Zwei wichtige Säulen der Wertschöpfung brachen im Verlauf des Jahres ein. Zum Einen wurden die Ausrüstungsinvestitionen um 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr erheblich zurückgenommen, zum Anderen reichte ein lebhafter Wohnungsbau nicht aus, um die dämpfenden Einflüsse aus dem gewerblichen und öffentlichen Sektor auszugleichen, sodass das Aktivitätsniveau der Bauwirtschaft um 1,5 Prozent zum Vorjahr fiel. Im Zuge der Abkühlung der Industriekonjunktur weiteten sich auch die Wirtschaftssparten Handel, Verkehr und Gastgewerbe verhaltener aus.

Eine geringe Stimmungseintrübung ist trotz der Vergrößerung des Ausgabenspielraums im Zuge der verbesserten Arbeitsmarktlage und spürbarer Tarifabschlüsse auch im Konsumverhalten der privaten Haushalte feststellbar gewesen. Dagegen konnte der Staat den Anstieg der Konsumausgaben gegenüber dem Vorjahr beschleunigen.

Der Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland konnte in beiden Richtungen nicht im gleichen Umfang wie in den Vorjahren gesteigert werden. Mangelnde Investitionsschwäche im Inland beeinflusste die Gesamtnachfrage nach Importprodukten, während die Ausfuhren, die trotz Euro-Krise und schwacher Weltkonjunktur die Billionenmarke erstmalig überschritt, nicht mehr die hohen Zuwachszahlen ausweisen konnten.

Für das Jahr 2013 erwartet man in Deutschland eine konjunkturelle Stabilisierung. Für den Jahresdurchschnitt gehen die Institute von einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 1,0 Prozent aus. „Die Perspektiven hellen sich allmählich auf. Die Frühindikatoren deuten auf ein absehbares Ende der aktuellen Schwächephase hin“, prophezeite das Bundeswirtschaftsministerium Anfang Februar 2013.

### **Wohnungswirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Seit dem Jahr 1993 ist der Anteil der vermieteten Wohnungen an allen bewohnten Wohnungen in Deutschland von 61,2 Prozent auf 54,3 Prozent rückläufig. Dabei hat sich die Mieterquote sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern nahezu in gleicher Weise entwickelt. Gemäß der Wohnungsbestandsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes gibt es im Bundesgebiet Ende 2010 rund 40,4 Millionen Wohneinheiten. Demnach entfallen auf das selbstgenutzte Eigentumssegment 18,4 Millionen Einheiten, rund 22 Millionen Wohnungen stehen zur Vermietung zur Verfügung.

Unabhängig davon, ob die Eigennutzung oder die Einkunftserzielung durch Vermietung im Vordergrund stehen, sind die Eigentümer einer Immobilie und die Mieter in den letzten Jahren mit erheblichen Betriebskostensteigerungen und daneben mit drastisch gestiegenen Kosten für die Heizwärmeversorgung konfrontiert worden. Die professionell-gewerblichen Anbieter von Wohnraum versuchen diesem negativen Trend durch ein wirkungsvolles Betriebskostenmanagement zu begegnen und mögliche Potenziale zur Senkung des Energieverbrauchs wie z. B. durch Energie-Monitoring zu nutzen.

Gefördert wird dieser Prozess zusätzlich durch die angestrebte gemeinsame Klimapolitik zum Erreichen des großen Klimaschutzzieles, die Treibhauskonzentration zu stabilisieren, damit das Klimasystem nicht gestört wird.

Die Steigerung der effizienten Nutzung von Energie und die Schonung von Ressourcen ist zu einer Schlüsselaufgabe unserer Zeit geworden. Durch Verminderung des Einsatzes fossiler Brennstoffe und Verlagerung der Energieerzeugung hin zu den erneuerbaren Energien Wasser, Wind, Sonne, Erdwärme und Biomasse kann die Wohnungswirtschaft, als ein großer Abnehmer von Heizwärme und Strom, ihrer wichtigen Aufgabe im Rahmen des Klimaschutzes gerecht werden.

Die institutionelle Wohnungswirtschaft hat in der Vergangenheit den Ansatz für energetische Ertüchtigungen der Immobilienbestände in den investiven Maßnahmen an der Gebäudehülle und an der Anlagentechnik gesehen und damit bereits einen ganz erheblichen Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgase und zur Senkung des Energieverbrauchs geleistet.

Doch in der Regel überlagern sich beim Bauen im Bestand oftmals mehrere Maßnahmen, indem zusätzlich wohnwerterhöhende Modernisierungen, oftmals auch in Verbindung mit Grundrissveränderungen, durchgeführt werden. Dies führt nicht selten dazu, dass die eingetretene Verkehrswerterhöhung nicht mit den durch die grundlegende Sanierung verursachten Kosten korrespondiert. Andererseits gilt grundsätzlich festzustellen, dass Objekte in einem mangelnden energetischen Zustand mit nicht zeitgemäßer Ausstattung auf mittlere und lange Sicht nicht zu vermarkten sind.

Die ordnungsrechtlichen Vorgaben, wie z. B. das Erneuerbare Energien Wärmegesetz (EEWärmeG), die Energieeinsparverordnung (EnEV) oder die Heizkostenverordnung beeinflussen die Anpassungsprozesse des Gebäudebestandes an veränderte energie- und klimabezogene Vorgaben.

Trotz der im Jahr 2012 historisch niedrigen Hypothekenzinsen sowie der finanziellen Anreize einer direkten Förderung wie dem CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm oder Subventionsgewährung für den Einsatz erneuerbarer Energien (z.B. Biogas-BHKW-Anlage) sind die finanziellen Spielräume der Investoren insbesondere aber auch der Haushalte oftmals ausgereizt. Eine geplante Verschärfung der Richtlinien für das energiesparende Bauen und die

Einführung von neuen Nachrüst- und Nutzungspflichten würden kontraproduktiv auf das Erreichen der klimapolitischen Ziele wirken.

Vielmehr sollte ein besonderer Förderschwerpunkt auf quartiersbezogene Sanierungskonzepte im Vordergrund stehen, um die Modernisierung des Gebäudebestands effizient, qualitätsgesichert und sozialverträglich umzusetzen.

Eine weitere große wohnungswirtschaftliche Herausforderung dieser Zeit ist der demographische Wandel. Insgesamt und auf Dauer wird die Bevölkerungszahl in Deutschland abnehmen und die Gesellschaft älter. Eine demographiefeste Bestandsentwicklungsstrategie darf allerdings den Fokus nicht nur auf die Senioren durch barrierefreie oder barriere reduzierte Umgestaltung der Wohnanlagen haben, sondern sie muss den vielschichtigen Zielgruppen Wohnperspektiven in einem generationenfreundlichen Quartier eröffnen.

Bei Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung je nach Stadt oder Region erfordert letztendlich der Standort der Immobilie unterschiedliche Handlungsstrategien des Unternehmens. Dynamische und stagnierende Räume liegen oftmals nah beieinander. Diese Ausdifferenzierung setzt sich zum Teil bis in die regionalen Wohnungsmärkte fort. Neubautätigkeit und Abbruch von Wohnraum innerhalb eines Stadtteils ist somit kein Widerspruch, sondern Ausdruck für ein nachfrageorientiertes Handeln, das die Kundenwünsche hinsichtlich der Qualität des Wohnraumes und des Umfeldes sowie der Lage des Objektes berücksichtigt. Neben bestandsverbessernden Maßnahmen sind es insbesondere die wenigen Ersatzbauten, die in wirtschaftsschwachen Regionen den Neubau ausmachen.

Doch auch in prosperierenden Gegenden werden zukünftig die Aktivitäten im Neubaubereich deutlich schwächer sein. Dies belegen die bundesweiten Baugenehmigungszahlen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) für das Jahr 2012. Zwar hielt die positive Entwicklung bei den Baugenehmigungen von Wohnungen mit 239.465 Einheiten an, der Vorjahreswert konnte jedoch nur noch um 11.070 Einheiten bzw. 4,8 Prozent übertroffen werden. Von den in 2012 genehmigten Wohnungen entstanden 211.155 im Neubausektor. Das ist ein Plus von 11.025 Einheiten (5,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum).

Der Anstieg der Baugenehmigungen für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern um 11.264 Einheiten (13,3 Prozent) auf 96.177 Einheiten ist dabei stärker ausgefallen als bei den Zweifamilienhäusern mit 626 Einheiten (3,6 Prozent) auf 17.934 Einheiten. Die Genehmigungen für den Bau von Einfamilienhäusern gingen um 5,8 Prozent zurück. Die Zahl für Eigentumswohnungen nahm dagegen um 8.320 Einheiten bzw. 16,9 Prozent auf 57.548 Einheiten zu.

Mittlerweile hat sich die Neubautätigkeit im Wohnungsbau auf den Mehrfamilienhaussektor verlagert. Dabei handelt es sich in der Regel um Wohnungen im oberen Preissegment, die innerstädtisch und im Einzugsbereich von Ballungszentren liegen dürften. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in 2012 könnte nach Schätzung des deutschen Baugewerbes bei rund 210.000 Einheiten liegen.

Die Erholung des deutschen Wohnungsbaus, die seit 2010 zu beobachten ist, wird sich laut Prognose des ifo Instituts in den nächsten 4 Jahren insbesondere im Segment der Mehrfamilienhäuser fortsetzen.

Dies wird jedoch zu keiner spürbaren Entspannung der Wohnungsmärkte in den Großstädten wie Berlin, Hamburg, München oder Frankfurt am Main führen. Als Folge der ungebremsten Wohnungsnachfrage liegen dort die Mietsteigerungen an der Spitze. Laut Berechnungen des DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. würden die Millionenstädte boomen und im Ruhrgebiet sowie in anderen Regionen würden die Wohnungsmärkte stagnieren und das Mietniveau unter dem Bundesdurchschnitt verharren.

Die höchsten Mietpreise der großen deutschen Städte in 2012 würden die Bewohner Münchens bei Neuverträgen mit durchschnittlich über 12 € je Quadratmeter und Monat gefolgt von Frankfurt am Main mit fast 11 € zahlen, während im Ruhrgebiet zwischen 4,75 €

in Gelsenkirchen und 5,80 € in Essen aufzuwenden wären. Die rheinischen Städte Köln und Düsseldorf kämen mit rund 8,50 € auf einen mittleren Wert.

Das Institut F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH, Hamburg kommt zu dem Ergebnis, dass im Berichtsjahr die Nettokaltmieten im Bundesdurchschnitt um 2,9 Prozent gestiegen seien. Bei den Neuvermietungsverträgen wäre ein Plus von 2,6 Prozent zu beobachten gewesen, bei den Bestandsverträgen läge der Zuwachs nur bei 0,8 Prozent.

Die Angebots- und Nachfragesituation bei Mietwohnungen in der Region des Bergischen Landes, in der die Gesellschaft überwiegend tätig ist, war im abgelaufenen Geschäftsjahr durch einen Angebotsüberhang gekennzeichnet.

Die Leerstandzahlen haben sich insbesondere in den Quartieren, die in der gesamtstädtischen Wahrnehmung durch ein negatives Image geprägt sind, auf hohem Niveau verfestigt. Gleichzeitig kämpft die Stadt Remscheid auch auf anderen Gebieten mit den Folgen eines drastischen Bevölkerungsrückganges, der deutlich höher ist als in anderen Städten Nordrhein-Westfalens.

Mit dem Handlungsprogramm Wohnen hat die Stadt Remscheid im Jahr 2012 die Grundlage für eine wohnungspolitische Ausrichtung geschaffen, die die qualitative und quantitative Wohnraumversorgung unter Berücksichtigung des anhaltenden Bevölkerungsverlustes und des demografischen Wandels sicherstellen soll.

### **Geschäftsergebnis**

Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 1.072,9. Zu Einzelheiten wird auf die Ausführungen zur Ertragslage verwiesen

### **Bestandsentwicklung**

Veränderte Anforderungen des Wohnungsmarktes, insbesondere infolge des demografischen Wandels und sich wandelnder Wohnbedürfnisse, erfordern von der GEWAG Remscheid die Erarbeitung von Konzepten zur nachhaltigen und bedarfsgerechten Bestandsentwicklung. Dabei gilt es zunehmend Wohnbedürfnisse verschiedener Lebensstilgruppen der Senioren, aber auch veränderte Wohnvorstellungen jüngerer Generationen, gewandelte Familienstrukturen sowie die steigende Zahl einkommensschwacher Haushalte zu berücksichtigen.

Die Nachfrage nach bezahlbarem und zeitgemäßem Wohnraum wird in den nächsten Jahren ungebrochen sein und von Menschen mit den verschiedensten Lebensformen ausgehen. Dem wird die Gesellschaft auch weiterhin durch die Errichtung und Modernisierung von öffentlich geförderten Wohnungen Rechnung tragen. Die Gestaltung von zukunftsfähigen Wohnmodellen und die Schaffung von Wohnraum im Hinblick traditioneller Wohnkonzepte prägen dabei gleichermaßen die Entwicklung des Immobilienportfolios.

Im Geschäftsjahr wurde in Remscheid, Wilhelmstraße 31, 33 ein Ensemble aus zwei Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 29 Wohneinheiten und 26 Stellplätzen in einer Tiefgarage bezugsfertig.

Durch die Privatisierung von Gebäuden, die maximal als Zweifamilienhäuser zu nutzen sind, hat sich Zahl der Häuser in diversen Quartieren um 11 Einheiten mit insgesamt 17 Wohnungen reduziert. Eine weitere Reduzierung des Wohnungsbestandes um 3 Einheiten trat im Wege der Neugestaltung von zeitgemäßen und nachgefragten Wohnungszuschnitten durch Zusammenlegung ein.

Durch Teilung und Umbau einer größeren Gewerbeeinheit erhöhte sich die Gesamtzahl, während gleichzeitig durch die Umwidmung eines nicht mehr benötigten Kindergartens in 2 Wohnungen eine Reduzierung und somit ein unveränderter Ausweis gegenüber dem Vorjahr eintrat.

Aufgrund der Nachfrage wurden im Quartier 3 zusätzliche Außenstellplätze erstellt.

Die GEWAG Remscheid hat sich auch an dem Ausbau der Kindertagesbetreuung beteiligt und die Stadt Remscheid dabei unterstützt, eine ausreichende Zahl von Plätzen für Kinder unter 3 Jahren in 3 Einrichtungen bereitzustellen.

Zum 31.12.2012 bewirtschaftete die Gesellschaft einen Eigenbestand von 6.407 eigene Wohnungen, 88 gewerbliche Einheiten und 1.873 Garagen bzw. Stellplätze mit einer Wohn- und Nutzfläche von 437.787 qm (Vorjahr: 436.807 qm). Der öffentlich geförderte und preisgebundene Wohnraum hat sich im vergangenen Jahr auf 1.525 Einheiten verringert.

### **Immobilienbewirtschaftung**

Lebensgewohnheiten sind im Wandel und somit auch das Wohnungsangebot der Gesellschaft und die damit verbundenen Dienstleistungen. Die Gesellschaft beobachtet die Tendenzen in den einzelnen Quartieren, wie sie sich ungleich entwickeln, und schafft daraufhin unterschiedliche Strategien für den jeweiligen Markt hinsichtlich Wohnbedürfnisse und begleitender Angebote.

Neben dem Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum verstärkt sich das Verlangen der Mieterschaft nach mehr Service. So haben sich im Rahmen der Immobilienbewirtschaftung unsere Kunden zunehmend über das Thema Energiesparen beraten lassen und die Vermittlung von Treppenhausreinigung sowie Schnee- und Eisbeseitigung in Anspruch genommen. Außerdem wird in Kooperation mit einem freien Dienstleister hauswirtschaftliche Hilfe insbesondere für ältere Senioren aber auch für Berufstätige zur Verfügung gestellt.

Die tatsächlichen Qualitäten eines Vermieters erlebt der Kunde häufig erst bei Störungen im Mietverhältnis oder an der Mietsache. Deshalb sind Mieter- und Objektbetreuer der GEWAG Remscheid bemüht, als kompetenter Ansprechpartner sofort erreichbar zu sein, schnell zu reagieren und wenn nötig intensiv nach geeigneten Problemlösungen zu suchen.

Mit 6.407 Wohneinheiten ist die GEWAG Remscheid der größte Vermieter der Stadt und mit einem durchschnittlichen monatlichen Mietpreis von 4,93 € je Quadratmeter Wohnfläche bewegt sie sich im mittleren Preissegment des lokalen Wohnungsmarktes. Sie geht behutsam in der Mietenpolitik vor und generiert Mietwachstum dort, wo sich in angemessenem Rahmen Möglichkeiten bieten.

Die Zahl der mieterseitigen Kündigungen erhöhte sich von 590 im Vorjahr auf 647, davon fiel allein auf den Umzug ins Alters- und Pflegeheim ein Plus von 27. Die Gründe für den Auszug aus der Wohnung sind sehr vielschichtig. Aufgrund der Jahresstatistik des Unternehmens ist der Wunsch nach einer größeren Wohnung doppelt so hoch wie nach kleineren Einheiten. Auch die Ausstattung der Immobilie gibt häufig Anlass zum Wohnungswechsel. Grundsätzlich gilt festzuhalten, dass das Verhältnis zwischen den Kündigungsgründen in den Jahren relativ konstant ist.

Die Fluktuationsrate stieg nach einem Rückgang in 2011 im Geschäftsjahr auf 11,0 Prozent, was im Branchendurchschnitt als normal anzusehen ist. Der Wohnungsleerstand konnte aufgrund der strukturellen Probleme der Bergischen Region, in der sich die Bestände der Gesellschaft überwiegend befinden, nicht abgebaut werden.

Am 31. Dezember 2012 waren trotz der hohen Vermietungsaktivitäten mit 584 im Jahresverlauf geschlossenen Neuverträgen für Wohnungen ohne den modernisierungs-, abbruch- und verkaufsbedingten Leerstand 720 Einheiten nicht vermietet. Dies ist im Wesentlichen dem starken Bevölkerungsrückgang geschuldet, aber auch der Tatsache, dass die Gesellschaft der guten sozialen Durchmischung ihrer Mieterschaft sowie der Zahlungsfähigkeit der Wohnungsinteressenten eine große Bedeutung beimisst. Um diese Wohnungen einer breiten Öffentlichkeit anbieten zu können, werden die Wohnungen im Internet angeboten, das eine hohe Akzeptanz aufweist.

Erschwerend für eine erfolgreiche Vermietung sind Wohnungen, die in stigmatisierten Quartieren liegen. Unter dem Gesichtspunkt der sozialen Nachhaltigkeit stellen besonders die Stadtteile Honsberg und Rosenhügel, in denen durch einen Leerstand von über 300

Wohnungseinheiten 33 Prozent der Erlösschmälerungen verursacht werden, eine besondere Herausforderung für die Gesellschaft dar. Auch der Versuch, ein äußerst preisgünstiges Reihenhausangebot am Immobilienmarkt zu platzieren, scheiterte an der Kaufbereitschaft von möglichen Interessenten, nachdem sie sich mit der Lage des Neubauprojektes auseinandergesetzt hatten.

Die Gesellschaft erhofft sich von einer in Auftrag gegebenen Kundenzufriedenheitsanalyse weitere und detaillierte Informationen über die Wünsche Ihrer Mieter. Die Auswertung wird im Frühjahr 2013 zur Verfügung stehen.

### **Neubautätigkeit, Modernisierungen und energetische Sanierungen**

Die Nachfrage nach bezahlbarem und zeitgemäßem Wohnraum wird auch in Zukunft gegeben sein, wenn auch nicht in der Größenordnung vergangener Zeiten. Die Rede von dem in den kommenden Jahren weiterhin anhaltenden Bevölkerungsverlust in der Bergischen Region darf jedoch nicht zu einem Stillstand des Erhaltungs- und Erneuerungsprozesses führen, der dringend benötigt wird, um heutigen und zukünftigen Generationen lebenswerten attraktiven Wohnraum in einem intakten Umfeld bieten zu können.

Auch darf das Selbstverständnis der GEWAG Remscheid nicht ausschließlich darin bestehen, auf den demografischen Wandel zu schauen und unter anderem festzustellen, dass die Bevölkerung stark altert – auch Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Singlehaushalte oder junge Lebensgemeinschaften spielen in ihrem Immobilienbestand eine wichtige Rolle.

Die GEWAG Remscheid wird mit Neubau und Modernisierung den Wandel der Gesellschaft begleiten und die sich aufgrund der verschiedenen Wohntrends ergebenden Wünsche in Ihrer Portfoliostrategie berücksichtigen. Die Gesellschaft plant ihre Aktivitäten immer orientiert an den Umfeldbedingungen wie sozialen und gesellschaftlichen Strukturen und infrastrukturellen Rahmen. Dabei richtet sie ihren Blick auf eine wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeit.

Erneut umgesetzt hat sie diese Strategie im Jahr 2012 im Zentrum von Remscheid, indem sie im August die ersten Wohnungen des Neubaus Wilhelmstraße 31, 33 den Mietern übergeben hat. Die mit öffentlichen Mitteln geförderten 29 Wohnungen werden durch eine Pelletsheizanlage mit Wärme versorgt und überzeugen die Bewohner durch hochwertige Baumaterialien sowie barrierefreien Wohnraum und stufenlose Zuwegung. Mit einem Wohnungsmix aus Zweiraum- bis Vierraum-Wohnungen und mit Wohnflächen von 62 bis 97 Quadratmetern ergänzt diese Wohnanlage mit Tiefgarage das Angebot der Gesellschaft an kostengünstigen Wohnraum in innerstädtischer Lage. Zinsgünstige Baudarlehen und zusätzliche KfW-Mittel aus dem Programm „Energieeffizient Bauen“ wurden für den mit 4,5 Mio. € Baukosten abgerechneten Wohnkomplex bereitgestellt und tragen zu einer bezahlbaren Miete von anfänglich 4,85 €/qm Wohnfläche bei.

Nur unweit von dieser von Beginn an vollständig bezogenen Wohnanlage schafft die Gesellschaft weiteren bezahlbaren und attraktiven Wohnraum und wird dabei gleichzeitig auch den Anforderungen an eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung gerecht. Das Carré Scheiderstraße/Stuttgarter Straße/Schützenstraße mit 29 Wohnungen und einer Tiefgarage mit 18 Stellplätzen wird mit rund 4,2 Mio. € veranschlagt. Im Herbst 2011 ist mit dem Abbruch der alten Bausubstanz und anschließend mit der Errichtung des neuen Gebäudes begonnen worden, das den Interessenten verschiedene Wohnungsgrundrisse von einem Appartement mit 39 Quadratmetern Wohnfläche über Zwei- und Dreiraumwohnungen bis zur Vierraumwohnung mit 97 Quadratmetern bietet.

Beide Neubaumaßnahmen stehen sehr positiv für die Themen wie Stadtbild- und Architekturqualität, CO<sub>2</sub>-Reduzierung, Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien und sind eine Antwort auf das seit einiger Zeit verstärkte Interesse an städtischem Wohnen.

Im Bestand stellt das Thema „Energie“ die GEWAG Remscheid vor eine besondere Herausforderung. Die Kosten für die Energieeffizienz verbessernden Maßnahmen stellen in Verbindung mit den erhöhten Ansprüchen der Mieter bei gleichzeitig begrenzter Refinanzierungsmöglichkeit über Mieten eine immer schwieriger werden Aufgabe dar, die noch einmal dadurch verschärft würde, wenn die geplanten Veränderungen der kommenden Energieeinsparverordnung (EnEv) umgesetzt werden.

Die Gesellschaft übernimmt seit Jahren ökologische Verantwortung und achtet bei den Modernisierungsmaßnahmen auf den schonenden Umgang mit den Ressourcen. Die Aufwertung der energetischen Gebäudequalität und die Anpassung der Wohnungsqualität an die sich verändernden Wünsche der Kunden gehören ebenso zum Leistungskatalog wie die Aufwertung des Wohnumfeldes.

Die vorgenannten Themen hat die GEWAG Remscheid in umfassender Weise beim Sanierungsprojekt Remscheid, Kantstraße 5-9 und Oststraße 3-5 mit 5 Häusern und 32 Wohnungen aufgegriffen und ist seit Juni 2012 dabei, sie umzusetzen. Die freigezogenen Gebäude werden in einer zwölfmonatigen Umbauphase entkernt und von Grund auf saniert. Geänderte Wohnungsgrundrisse, großzügige Balkone und attraktive Bäder gehören unter anderem nach Fertigstellung der Maßnahme ebenso zur Ausstattung wie eine Heizversorgung durch Geothermie.

Fertiggestellt wurde die Modernisierungsmaßnahme in den 3 Häusern Remscheid, Birkenstraße 17, 17a, 17b. Neben der energetischen Sanierung in allen Häusern wurde durch Zusammenlegung von Wohnungen in 2 Gebäuden großzügiger Raum für die Nutzung als Mieteinfamilienhaus geschaffen.

Ende 2012 konnten auch die Arbeiten in Remscheid-Lennep, Bredestraße 2-24 abgeschlossen werden. Das Ensemble mit 12 Häusern und 93 Wohnungen hat durch die Wärmedämmung an den Fassaden sowie Dächern und Kellern ein neues Erscheinungsbild erhalten, das aber den Charakter des bisher vorhandenen Schiefers aufnimmt und den Anblick nicht verfremdet. Die Neugestaltung der Balkonfronten und die Überarbeitung der Außenanlagen komplettieren die Maßnahme.

Im selben Stadtteil wurde nach Freisetzung des Gebäudes Friedrichstraße 44, 46 mit 5 Wohnungen und 7 Gewerbeeinheiten im August 2012 mit der siebenmonatigen Umbauphase begonnen. Die Modernisierung der Bäder und der Austausch der Innentüren, Oberböden und weiterer Ausstattungsdetails sowie die Installation einer neuen Heizungsanlage und die Schaffung neuer Grundrisse in Verbindung mit einer effizienten Gebäudeisolierung verbessern ab März 2013 das Immobilienangebot der GEWAG Remscheid.

Mit farbigen Akzenten im Balkon- und Giebelbereich zeigt sich nach Fertigstellung der energetischen Sanierung im Oktober 2012 das Mehrfamilienhaus Remscheid, Ostraße 7-11.

Auch außerhalb von Remscheid wurde der wärmetechnische Zustand der Immobilien aufgerüstet. In Burscheid, Bürgermeister-Schmidt-Straße 10 a-d und 12 konnte in 5 Häusern mit 53 Wohnungen die Durchführung der Maßnahme weitestgehend abgeschlossen werden. Eines der Gebäude wurde durch den Anbau eines Aufzuges zusätzlich barrierearm gestaltet. In Erkrath, Eichendorffweg 5 erhielten 31 Wohnungen eine heizkostensparende Gebäudehülle.

Für das Jahr 2013 ist die Durchführung der energetischen Sanierung in 21 Häusern mit 160 Wohnungen in 2 Quartieren geplant. Insgesamt sind hierfür Investitionen in Höhe von 5,9 Mio. € kalkuliert. Gleichzeitig soll das Verwaltungsgebäude der Gesellschaft im Bereich der Mietwohnungen durch die Errichtung von Wintergärten ein neues Fassadenbild erhalten. Hierfür sind 150,0 T€ Kosten veranschlagt.

Das Thema Quartiersentwicklung hat für die Gesellschaft im imagebelastenden und strukturschwachen Stadtteil Honsberg eine besondere Bedeutung. Deshalb begrüßte sie es umso mehr, als die Zusage von Zuwendungen aus Landes- und Bundesmitteln und Mitteln der Europäischen Union kam, um ein Gemeinschaftshaus errichten zu können, das als

interkulturelles, interreligiöses sowie generationenübergreifendes Stadtteilzentrum dienen soll. Unter dem Titel „Neue Mitte Honsberg“ wurden das Nutzungskonzept entwickelt und die Bauplanung für das 6,5 Mio. € teure Projekt durchgeführt. Am 24. August 2012 fand die Grundsteinlegung mit großer Beteiligung der Honsberger Bevölkerung statt. Ende 2013 wird die Neubaumaßnahme fertiggestellt sein und anschließend den Nutzern übergeben.

Im Rahmen des Programms „Stadtumbau West“ bleibt es nicht bei dieser Einzelmaßnahme. Die Gesellschaft wird an anderer Stelle nicht mehr zeitgemäß ausgestatteten Wohnraum vom Markt nehmen und gleichzeitig modernisierte Wohnungen zur Verfügung stellen. In 2012 wurde in dem Gebäude Thomasstraße 10 eine umfassende Modernisierung weitestgehend abgeschlossen und in Hausnummer 2 mit der Vollsanierung begonnen.

### **Bestandspflege**

Die Kunden der GEWAG Remscheid sind es gewohnt, dass die Bewältigung ihrer Sorgen und Nöte zum Thema Wohnen in guten Händen liegen. Die Mitarbeiter der Objektbetreuung sind in Verbindung mit dem Notdienst 7 Tage in der Woche rund um die Uhr Ansprechpartner für die technischen Belange der Immobilien. Die Behebung von Mängeln und Schäden, die insbesondere durch Abnutzung, Alterung und Witterungseinflüsse eintreten, werden mit Unterstützung des internetbasierenden Handwerkerportals „Mareon“ zeitnah und hinsichtlich Auftragsvergabe und Rechnungslegung papierlos abgewickelt.

Zum Leistungsspektrum des Gebäudemanagements im Geschäftsjahr 2012 gehörten neben der laufenden Instandhaltung auch die umfassenden qualitätssichernden Maßnahmen wie die Sanierung von Dächern, die Erneuerung von Haustüranlagen, der Anstrich von Treppenhäusern und Fassaden sowie die Sanierung von Tiefgaragen und des Kanalnetzes. Ferner wurden im Außenbereich Kinderspielplätze sicherer und attraktiver gestaltet sowie Treppenanlagen, Wege und Stellplätze überarbeitet.

Ein weiterer wichtiger Baustein zur Bestandsoptimierung und Schaffung zukunftsfähigen Wohnraums ist die Einzelmodernisierung bei Mieterwechsel. So sind in den letzten Jahren 1.728 Wohneinheiten mit Mitteln in Höhe von 23,8 Mio. € für die Sanierung von Bädern, Wasser- und Elektroanschlüssen sowie für die Erneuerung der Fußböden und Türen attraktiver und wettbewerbsfähig gemacht worden. Allein in 2012 wurden 182 Wohneinheiten mit einem Budget von rund 3,1 Mio. € qualitativ aufgewertet.

Die Ausgaben für bestandserhaltende Maßnahmen, Verbesserungen der Objekte und die Beseitigung der Folgen von Brandschäden betragen insgesamt 8,9 Mio. € bzw. 20,38 € je qm Wohn- und Nutzfläche und füllten in nicht unerheblichen Maße die Auftragsbücher des regional ansässigen Handwerks. In den kommenden Jahren werden weiterhin umfangreiche Instandhaltungsinvestitionen von rund 8,0 Mio. € jährlich durchzuführen sein, um eine nachhaltige Vermietbarkeit des Wohnungsbestandes sicherzustellen.

### **Betreuungstätigkeit**

Die Gesellschaft verwaltete am 31.12.2012 für die Stadt Remscheid 156 Wohnungen, 15 Gewerbeeinheiten und 8 Garagenplätze. Für 6 Eigentümer umfasste der Betreuungsbestand 148 Wohnungen, 3 Gewerbeeinheiten und 29 Garagenplätze. Außerdem wurden 6 Eigentümergemeinschaften mit 223 Wohnungen, 8 Gewerbeeinheiten und 39 Garageneinstellplätze verwaltungsmäßig betreut.

### **Verkaufsmaßnahmen**

Die Verkaufsmaßnahmen beschränkten sich in 2012 ausschließlich auf Bestandsimmobilien. Es fand eine sozial verträglich Privatisierung statt, wobei überwiegend an kaufwillige Mieter und nur bei Leerstand an Dritte veräußert wurde.

Ende 2011 wurde das Privatisierungsprogramm der Gesellschaft erweitert. Wie bereits an verschiedenen anderen Standorten im Remscheider Stadtgebiet geschehen, wurden zur

Bildung von Eigentum im Stadtteil Hohenhagen 18 als Mieteigenheim genutzte Häuser in der Birkenstraße 27-49 und 32-42 in den Vertrieb genommen. In 2012 gingen 7 Objekte, die eine Wohnfläche von knapp unter 90 Quadratmeter haben, in den Privatbesitz über.

Zwei seit längeren zum Verkauf anstehende Gebäude wechselten in Remscheid-Lennep in der Hermannstraße und in Remscheid, Westhauser Straße den Eigentümer.

Am Höhenweg in Remscheid-Lennep wurden im letzten Jahr 2 kleine Doppelhaushälften mit jeweils nur rund 72 Quadratmetern Wohnfläche an neue Eigentümer übergeben.

Durch gezielten Vermögensaufbau und Altersvorsorge schafft sich der ehemalige Mieter der GEWAG Remscheid mehr Sicherheit für die Zukunft. Für die Gesellschaft zeichnet sich insoweit ein positives Bild im Wohnquartier, indem Eigeninitiative bei den Erwerbern mobilisiert und der Standort stabilisiert wird.

## Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigte am 31. Dezember 2012 38 Vollzeit- und 5 Teilzeitkräfte (davon 2 Arbeitsverhältnisse ruhend), 2 Auszubildende und 18 geringfügig Beschäftigte.

Damit der Erfolgsfaktor Mitarbeiter im Unternehmen zu einer festen Größe wird, sind Investitionen in die Leistungsfähigkeit des Personals durch Schulungen und Fortbildungsmaßnahmen, die die Fach- und Sozialkompetenz erhöhen, unabdingbar. Die Gesellschaft hat ihre Personalpolitik darauf ausgerichtet, Potenziale zu erkennen, auf die individuellen Präferenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzugehen und durch geeignete Bildungsmaßnahmen zu fördern und auch finanziell zu unterstützen.

Die Vergütung der Arbeitnehmer erfolgte mit Ausnahme der leitenden Angestellten nach dem Tarif für die Wohnungswirtschaft. Daneben hilft die Gesellschaft den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Aufbau einer zusätzlichen Altersversorgung durch Mitgliedschaft bei der Rheinische Versorgungskassen.

Aufsichtsrat und Vorstand danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit ihrer Leistungsbereitschaft und ihrem Engagement entscheidend dazu beitragen, dass die Ziele und Strategien erfolgreich in die Tat umgesetzt werden.

Dank gilt auch den Mitgliedern des Betriebsrates für die stets offene und aktive Zusammenarbeit in einer vertrauensvollen Atmosphäre.

## 1.2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die für die Gesellschaft bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren haben sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

		<u>2012</u>	<u>2011</u>
Eigenkapitalquote	%	20,4	20,2
Eigenkapitalrentabilität	%	2,5	2,6
Cashflow	T€	7.108	6.484
Durchschnittliche Wohnungsmiete	€/qm/mtl.	4,93	4,87
Instandhaltungskosten	€/qm	17,90	17,21
Fluktuationsquote	%	11,0	10,2
Leerstandsquote	%	15,0	12,9
davon maßnahmenbedingt	%	3,7	3,4

## 2. Darstellung der Lage

### 2.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr wurde gegenüber dem Vorjahr ein um T€ 32 erhöhter Jahresüberschuss von T€ 1.073 erwirtschaftet, der sich aus dem positiven Betriebsergebnis von T€ 898, aus dem Beteiligungs- und Finanzergebnis von T€ 40 und dem neutralen Ergebnis T€ 216 abzüglich Steuern vom Einkommen und Ertrag von T€ 81 ergibt.

Im Bereich der Hausbewirtschaftung einschließlich Wärmelieferung für Dritte wurde ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 963 erzielt. Der Saldo gegenüber dem Vorjahr in Höhe von T€ -72 resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Instandhaltungskosten um T€ 318, denen insbesondere um T€ 133 höhere Sollmieten abzüglich Erlösschmälerungen sowie um T€ 140 niedrigere Zinsen und ähnliche Aufwendungen gegenüberstehen.

Der mit T€ -9 nahezu ausgeglichene Leistungsbereich Betreuungstätigkeit und andere Lieferungen und Leistungen setzte sich aus den Sparten Verwaltungsbetreuung sowie Bereitstellung von Gemeinschaftsantennen und Heizungsanlagen für Dritte zusammen.

Durch die Aktivierung von Eigenleistungen im Rahmen der Neubau- und Modernisierungsaktivitäten konnte das Ergebnis der Bautätigkeit im Anlagevermögen wie im Vorjahr ausgeglichen dargestellt werden.

Der Verlust im Bereich der Bautätigkeit im Umlaufvermögen von T€ 8 wurde durch nachträgliche Aufwendungen für eine in 2012 vollständig abgeschlossene Erschließungsmaßnahme verursacht.

Das negative Ergebnis der sonstigen betrieblichen Geschäftsvorfälle von T€ 48 war insbesondere durch Gutachter- und Consultinghonorare sowie Teilkosten für eine Mieterzufriedenheitsanalyse, denen Gutschriften, Mengenpreinsnachlässe und Kostenerstattungen gegenüberstanden, geprägt.

Das Beteiligungs- und Finanzergebnis verringerte sich im Saldo aufgrund der allgemeinen Zinssituation auf dem Kapitalmarkt und dem geringeren Anfall von Nebenkosten der Geldbeschaffungskosten nur geringfügig um T€ 12 auf T€ 40.

Das neutrale Ergebnis erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 740 und führte zu einem Gewinn von T€ 216. Erträgen von insgesamt T€ 935 aus im Wesentlichen Anlageverkäufen und aus früheren Jahren stehen Aufwendungen von zusammengefasst T€ 719 für hauptsächlich außerplanmäßige Wohngebäudeabschreibung, Abbruchkosten sowie aus Kosten im Zusammenhang mit Objektverkäufen gegenüber.

Das Aufkommen für Steuern vom Einkommen und Ertrag war zum Vorjahr mit T€ 81 unverändert.

## **2.2. Vermögens- und Finanzlage**

Die Bilanzsumme hat sich in 2012 um T€ 2.868 auf T€ 213.821 erhöht. Im Saldo stieg das langfristige Anlagevermögen auf T€ 199.422. Dabei standen einem Investitionsvolumen in Höhe von T€ 14.061 ein Abschreibungsaufwand von T€ 5.936 und Abgänge durch Baukostenzuschüsse von T€ 1.185, Verkauf von T€ 214 und Abbruch von T€ 4 gegenüber. Die langfristigen Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten verringerten sich um T€ 195 auf T€ 561. Die Anlageintensität, die das Verhältnis von Anlagevermögen zur Bilanzsumme widerspiegelt, beträgt 93,5 %.

Das Umlaufvermögen ist im mittelfristigen Bereich mit T€ 2, resultierend aus Herstellungskosten für Verkaufsgrundstücke, unverändert. Dagegen reduzierte sich die kurzfristige Aktiva im Saldo um T€ 3.659 auf T€ 13.836 insbesondere durch Verminderung liquider Mittel um T€ 4.609, der die Erhöhung unfertiger Leistungen aus Betriebs- und Heizkosten um T€ 774 sowie von Forderungen um T€ 176 gegenüberstand.

Das Eigenkapital hat sich um T€ 894 auf T€ 43.544 erhöht und führt zu einer Eigenkapitalquote von 20,4 % (Vorjahr 20,2 %). Mit T€ 156.050 wird das langfristige Fremdkapital, das sich aus Pensionsrückstellungen in Höhe von T€ 1.538 und Verbindlichkeiten aus der Dauerfinanzierung gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern von T€ 154.512 zusammensetzt, um T€ 900 höher gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen. Dies ergibt eine Fremdkapitalquote von 73,0 % (Vorjahr 73,6 %). Die langfristige Dauerfinanzierung von insgesamt T€ 154.512 beträgt 72,3 % (Vorjahr 72,9 %) des Gesamtkapitals.

Der kurzfristige Bereich hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.074 auf T€ 14.227 erhöht und beträgt 6,6 % (Vorjahr 6,2 %) der Bilanzsumme.

Die Ermittlung der Finanzlage der Gesellschaft zum Bilanzstichtag zeigt, dass die langfristig angelegten Vermögenswerte weitestgehend durch Eigenmittel und langfristige Verbindlichkeiten, im Wesentlichen sind dies Dauerfinanzierungsmittel, finanziert sind. Es ergibt sich per Saldo eine geringfügige Unterdeckung in Höhe von T€ 389 und eine Kostenvorlage von T€ 2 im mittelfristigen Bereich, die zu einer Stichtagsliquidität in Höhe von T€ -391 führt.

Im Geschäftsjahr wurde ein Cashflow in Höhe von T€ 7.108 erzielt.

Die Vermögens- und die Finanzlage ist geordnet. Die Zahlungsbereitschaft ist aufgrund der Ermittlung des erwarteten geldrechnungsmäßigen Zuflusses und des voraussichtlichen Jahresergebnisses für das Geschäftsjahr 2013 gesichert.

### **3. Nachtragsbericht**

Nach Ablauf des Jahres 2012 sind keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens führen.

### **4. Risikobericht**

#### **4.1. KonTraG**

Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich, das unter anderem die Einführung eines angemessenen Risikomanagements- und Überwachungssystems zur Früherkennung bestandsgefährdender Risiken verlangt, kommt bei der Gesellschaft zur Anwendung.

Die vorhandenen Controlling- und Steuerungsinstrumente sowie das interne Kontrollsystem der Gesellschaft ermöglichen den Fortbestand der Gesellschaft potentiell gefährdender Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und notwendige Maßnahmen zu deren Bewältigung abzuleiten. Dies geschieht durch Erfassung aller Vorgänge sowie die kontinuierliche Betrachtung und Analyse der Unternehmensbereiche.

Diese Steuerungs- und Kontrollsysteme werden ergänzt durch Dienstanweisungen und Richtlinien, den Einsatz bewährter und zertifizierter Software, die permanente Schulung des eingesetzten Personals sowie durch systematische und zielgerichtete Prüfungen im Rahmen der externen Revision.

Im Intranet der Gesellschaft ist ein Online-Handbuch eingestellt, das unter anderem Regelungen der Verantwortlichkeiten, Grundlagen zur Bearbeitung der Routineprozesse, Aussagen zu den Abläufen des Risikomanagements sowie unternehmens- und abteilungsspezifische Richtlinien beinhaltet. Das Regelwerk ist bindend für alle Beschäftigten und wird laufend aktualisiert.

#### **4.2. Risiken der künftigen Entwicklung**

Wesentliche Risiken sind für die GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid im Hinblick auf die künftige Entwicklung des Unternehmens nicht zu erkennen.

Im Kerngeschäft Hausbewirtschaftung werden der demografische Wandel und Abwanderungstendenzen aufgrund mangelnder Arbeit auch in den nächsten Jahren zu einer Belastung der Ertragslage durch insgesamt hohe Erlösschmälerungen führen. Die andauernde Entspannung am Wohnungsmarkt wird sich trotz wohnraumreduzierender Maßnahmen der Gesellschaft fortsetzen. Mit einem Anstieg der Leerstandszahlen muss in den Quartieren gerechnet werden, in denen aus Gründen der nicht erwarteten Nachhaltigkeit auf Maßnahmen wie die Durchführung eines umfangreichen energetischen Sanierungsprogramms, umfassender Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen sowie Einzelmodernisierungen bei

Mieterwechsel bewusst verzichtet wird. In imagebelasteten Quartieren wirkt sich der Prozess des Bevölkerungswegzuges besonders drastisch aus.

Das Bauträgergeschäft ist häufig mit wirtschaftlichen Risiken behaftet. Bei jeder geplanten Maßnahme wird deren Marktfähigkeit individuell geprüft und bei Fortschritt des Projektes gegebenenfalls den veränderten Bedingungen angepasst.

Die offenbaren Risiken sind in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung entsprechend berücksichtigt und stellen sich nicht als bestandsgefährdend dar. Danach ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gesichert.

#### **4.3. Chancen der künftigen Entwicklung**

Der Anteil an relativ preisgünstigen und bezahlbaren Wohnungen nimmt auch zukünftig eine entscheidende Rolle bei der Wohnungsnachfrage in der Region ein. Da sich das Unternehmen als erfahrener und leistungsstarker Partner in der Wohnungswirtschaft überwiegend in diesem Marktsegment bewegt und kontinuierlich seine Bestände durch Investitionen in die Qualität weiterentwickelt, verspricht es sich langfristigen Erfolg auf einem zunehmend schwierigen Wohnungsmarkt.

Da die durchgeführten Modernisierungen und Großinstandhaltungsmaßnahmen im eigenen Wohnungsbestand auf durchgehend positive Resonanz gestoßen sind, wird die Gesellschaft dies als Schwerpunkt ihrer Aufgaben auch in den nächsten Jahren beibehalten und damit eine nachhaltige Vermietbarkeit schaffen. Für ältere und behinderte Menschen bietet sie speziell auf deren Lebenssituation zugeschnittene Wohnraumlösungen und Serviceleistungen in Kooperation mit regional ansässigen Sozialpartnern an.

Die Gesellschaft beabsichtigt das Bauträgergeschäft in ausgesuchten Lagen und in begrenzten Stückzahlen auf eigenen Grundstücken bei entsprechender Nachfrage durchzuführen.

#### **4.4. Finanzinstrumente**

Besondere Finanzinstrumente und insbesondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Bei den zur Finanzierung des Anlagevermögens aufgenommenen langfristigen Fremdmitteln handelt es sich um Annuitätendarlehen. Auf Grund steigender Tilgungsanteile und im Zeitablauf relativ gleich verteilter Zinsbindungsfristen sind damit ebenso Risiken wie Chancen verbunden. Zur langfristigen Sicherung günstiger Finanzierungsbedingungen wurden im Bereich der Dauerfinanzierungsmittel Darlehen mit Laufzeiten von bis zu 10 Jahren abgeschlossen bzw. prolongiert

Die Zinsentwicklung wird mit den im Absatz „KonTraG“ genannten Instrumenten beobachtet. Gegebenenfalls werden zur Sicherung günstiger Finanzierungsbedingungen Prolongationen im Voraus abgeschlossen (Forward-Darlehen).

Freie Liquidität wird auch zur erhöhten Tilgung von Darlehen eingesetzt. Von Terminoptions- oder Swapgeschäften wird unter Risikoaspekten kein Gebrauch gemacht.

#### **5. Prognosebericht**

Die Aktivitäten der Gesellschaft werden auch zukünftig stark vom Kerngeschäft Wohnungsbewirtschaftung geprägt, bei der die Betreuung der Kunden und Verwaltung der Bestände die Schwerpunkte bilden.

Die Gesellschaft erwartet an den vertretenen Immobilienstandorten mit Ausnahme der wirtschaftlichen Wachstumsregionen weiterhin einen entspannten Wohnungsmarkt. Deshalb wird die Gesellschaft die bisherige strategische Ausrichtung bei Bestandsimmobilien beibehalten und Investitionen ausschließlich dort tätigen, wo lagebedingt nachhaltiges Interesse auf Anmietung bestehen wird.

Die im Rahmen der Portfolioanalyse untersuchten Bestände werden entsprechend ihrer unterschiedlichen Marktfähigkeit und im Hinblick auf Zukunftssicherung, Investitionsbedarf und Identifikation von Risiken und Chancen fortwährend einer intensiven Kritik unterzogen.

Für die Gesellschaft bedeutet dies sowohl die Optimierung von Immobilien, insbesondere zur Erhöhung der Qualität und zur Herstellung einer barrierefreien und behindertengerechten Nutzung, als auch den Verkauf im Rahmen der Privatisierung zur Stabilisierung von Wohnquartieren bzw. zur Liquiditätsverbesserung oder den Abriss nicht renditefähiger Altbauten.

#### **6. Berichterstattung zur öffentlichen Zwecksetzung**

Die Gesellschaft ist im Berichtsjahr ihren satzungsmäßigen Aufgaben, vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung sicherzustellen, nachgekommen. Daneben übernimmt sie Aufgaben der Sanierung, Erneuerung und Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten sowie die Schaffung von Wohnraum im Rahmen von Eigentumsobjekten. Die Geschäfte der Gesellschaft werden im Sinne der jeweils gültigen Satzung und nach dem Aktiengesetz geführt.

#### **7. Abhängigkeitsbericht nach § 312 AktG**

Die Stadtgemeinde Remscheid hält 50,3 % der Aktien der Gesellschaft. Mit Urteil vom 13.10.1977 hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass Körperschaften des öffentlichen Rechts Unternehmen im Sinne von § 312 AktG sein können. Der Vorstand hat deshalb einen Bericht über Beziehungen zur Stadtgemeinde Remscheid und den damit verbundenen Unternehmen erstellt und diesen zur Überprüfung vorgelegt.

Der Abhängigkeitsbericht enthält folgende Schlusserklärung:

Wir erklären hiermit, dass bei jedem der in diesem Bericht aufgeführten Rechtsgeschäfte unsere Gesellschaft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die im Zeitpunkt des Abschlusses der Rechtsgeschäfte bekannt waren. Weitere berichtspflichtige Maßnahmen haben im Berichtsjahr nicht vorgelegen. Es sind auch keine Rechtsgeschäfte mit Fremden auf Veranlassung oder im Interesse der Stadtgemeinde Remscheid vorgenommen worden.

Remscheid, 28. März 2013

GEWAG

Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid

gez. Vorstand

### 3.3 Bergische Symphoniker -Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH -

#### Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Symphoniker – Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH –  
Konrad-Adenauer-Straße 72-74  
42651 Solingen  
Tel. 0212/280184

**Gründungsjahr:** 1995

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammkapital</b>	
	<b>in €</b>	<b>in %</b>
Stadt Remscheid	12.782,30	50,00
Stadt Solingen	12.782,29	50,00
<u>Gesamt</u>	<u>25.564,59</u>	<u>100,00</u>

#### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand des Unternehmens ist unmittelbar und ausschließlich die Pflege und Förderung der Kunstgattungen Konzerte, Oper, Operette, Musical, Bühnentanz, Schulkonzerte und Schulmusiken sowie die Zusammenarbeit mit ortsansässigen Chören.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern, insbesondere zur Zusammenarbeit mit vergleichbaren Unternehmen und Einrichtungen im Rahmen eines Systems kommunaler Kultur- und Bildungsarbeit.

#### **Organe der Gesellschaft**

##### Geschäftsführung:

Stefan Schreiner

##### Gesellschafterversammlung:

Beate Wilding, Vorsitzende	Oberbürgermeisterin	Stadt Remscheid
Norbert Feith, stellvertr. Vorsitzender	Oberbürgermeister	Stadt Solingen
Achim Burski		Stadt Solingen
Reiner Daams		Stadt Solingen
Dorothee Daun	Ratsmitglied	Stadt Solingen
Hans-Werner Gabriel		Stadt Solingen
Monika Hein	Bürgermeisterin	Stadt Remscheid
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Thomas Kase	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Elfriede Korff	Ratsmitglied	Stadt Remscheid
Rainer Villwock	Ratsmitglied	Stadt Solingen
Phillip Wallutat	Ratsmitglied	Stadt Remscheid

**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgerschaftsverpflichtungen**

Die Gesellschafterversammlung kann gem. § 12 des Gesellschaftsvertrages beschließen, von den Gesellschaftern Nachschüsse bis zu einem Gesamtbetrag von € 153.387,56 je Geschäftsjahr einzufordern. Die Nachschüsse sind von den Gesellschaftern nach dem Verhältnis Ihrer Geschäftsanteile zu zahlen. Die Nachschussverpflichtung der Stadt ist demnach auf € 76.693,78 jährlich begrenzt.

**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
Betriebskostenzuschuss	1.769.730,92	1.912.038,62	1.732.933,35

**Anzahl der Beschäftigten**

Geschäftsjahr	2009/2010	2010/2011	2011/2012
Angestellte insgesamt	81	81	82

**Wirtschaftliche Unternehmensdaten****Leistungsdaten des Unternehmens**

Konzertart	2009/2010	2010/2011	2011/2012
<b>Hauptkonzerte</b>	<b>20</b>	<b>20</b>	<b>20</b>
davon in Remscheid	10	10	10
davon in Solingen	10	10	10
<b>Sonderkonzerte</b>	<b>33</b>	<b>36</b>	<b>37</b>
davon in Remscheid	20	21	23
davon in Solingen	13	15	14
<b>Musiktheater</b>	<b>24</b>	<b>21</b>	<b>22</b>
davon in Remscheid	12	10	9
davon in Solingen	12	11	13
<b>Schulkonzerte</b>	<b>24</b>	<b>24</b>	<b>23</b>
davon in Remscheid	11	11	12
davon in Solingen	13	13	11
<b>Vermietungen</b>	<b>60</b>	<b>43</b>	<b>47</b>
<b>Gesamt</b>	<b>161</b>	<b>144</b>	<b>149</b>
davon in Remscheid	53	52	54
davon in Solingen	48	49	48
davon bei Dritten	60	43	47

<b>Schulmusiken (Dienste)</b>	<b>482</b>	<b>276</b>	<b>291</b>
davon in Remscheid	308	127	131
davon in Solingen	174	149	160

**Bilanzstruktur –im 3-Jahresvergleich-**

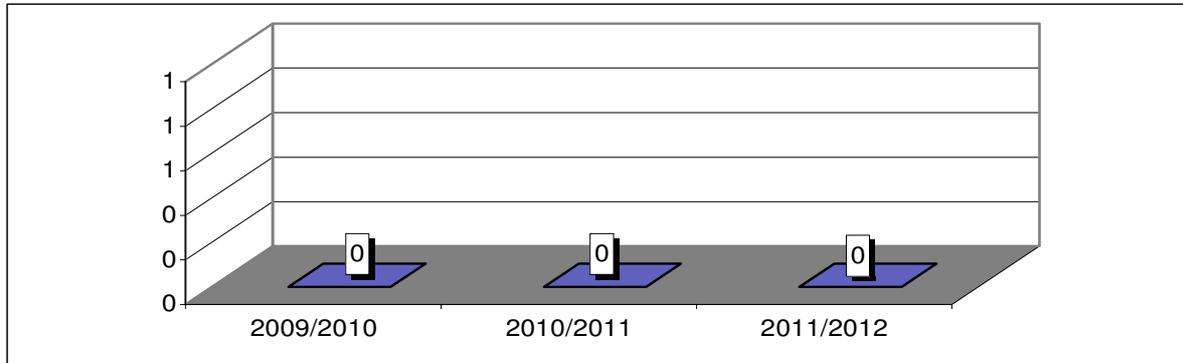
Jahr Bilanz-Position	2009/2010		2010/2011		2011/2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	0,58	1	0,22	1	0,21
Sachanlagen	100	29,24	92	20,44	87	18,24
Finanzanlage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Anlagevermögen</b>	<b>102</b>	<b>29,82</b>	<b>93</b>	<b>20,67</b>	<b>88</b>	<b>18,45</b>
Vorräte	1	0,29	1	0,22	2	0,42
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	215	62,87	323	71,78	354	74,21
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	13	3,80	9	2,00	1	0,21
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>229</b>	<b>66,96</b>	<b>333</b>	<b>74,00</b>	<b>357</b>	<b>74,84</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	11	3,22	24	5,33	32	6,71
<b>Aktiva</b>	<b>342</b>	<b>100,00</b>	<b>450</b>	<b>100,00</b>	<b>477</b>	<b>100,00</b>
Gezeichnetes Kapital	26	7,60	26	5,78	26	5,45
Kapitalrücklage	30	8,77	30	6,67	30	6,29
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinn-/Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Jahresüberschuss(+)</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
<b>Jahresfehlbetrag(-)</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
Eigenkapital	56	16,37	56	12,44	56	11,74
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	181	52,92	230	51,11	278	58,28
Verbindlichkeiten	105	30,70	159	35,33	124	26,00
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	5	1,11	19	3,98
<b>Passiva</b>	<b>342</b>	<b>100,00</b>	<b>450</b>	<b>100,00</b>	<b>477</b>	<b>100,00</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich-**

Jahr GuV-Position	2009/2010	2010/2011	2011/2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.034	964	944
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	561	519	666
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	0	1	1
<b>Erträge</b>	<b>1.595</b>	<b>1.484</b>	<b>1.611</b>
Bezogene Leistungen zur Verrechnung	305	361	345
Personalaufwand	4.370	4.483	4.465
Abschreibungen	19	21	24
Sonstige betriebliche Aufwendungen	316	315	323
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
<b>Aufwendungen</b>	<b>5.010</b>	<b>5.180</b>	<b>5.157</b>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-3.415</b>	<b>-3.696</b>	<b>-3.546</b>
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	1
Betriebskostenzuschuss	3.415	3.696	3.545
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Entwicklung der Jahresergebnisse**

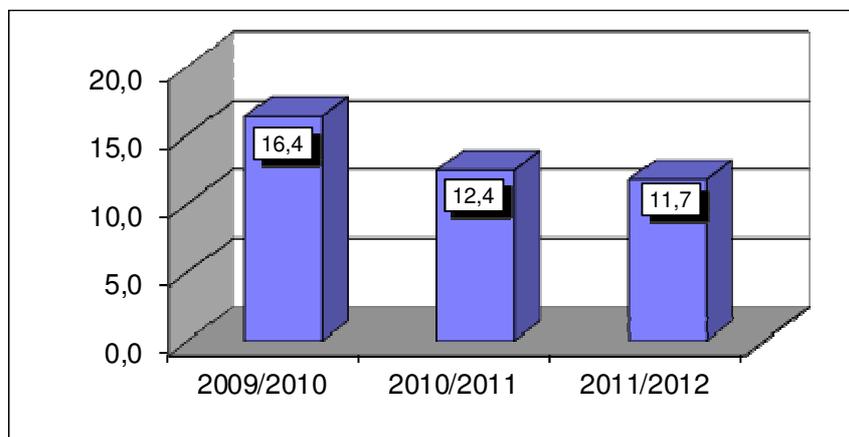
Jahr	2009/2010	2010/2011	2011/2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	0	0



**Kennzahlen**

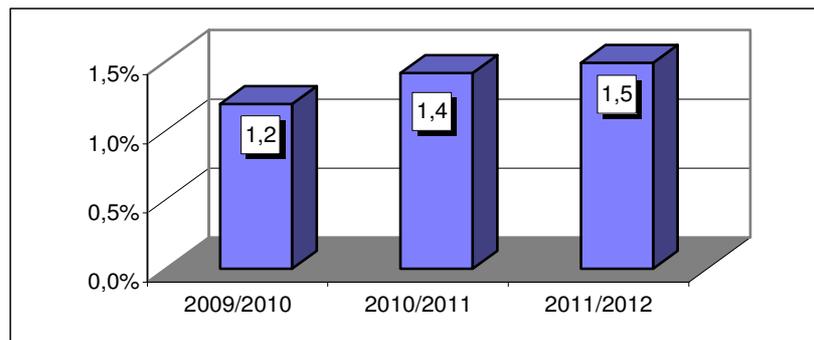
**Eigenkapital-Quote**

Jahr	2009/2010	2010/2011	2011/2012
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	56	56	56
Bilanzsumme	342	450	477
% EK	16,4	12,4	11,7



**Cash-Flow**

Jahr	2009/2010	2010/2011	2011/2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	0	0	0
Abschreibungen	19	21	26
	19	21	24
Gesamterträge	1.595	1.484	1.611
<b>Cash-Flow</b>	<b>1,2%</b>	<b>1,4%</b>	<b>1,5%</b>



## Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011/2012

(gekürzt um Veranstaltungsarten und Unternehmenskennzahlen)

### I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Auch dieses Geschäftsjahr wurde von den Bemühungen um den Erhalt des Orchesters maßgeblich geprägt. In der Ratssitzung der Stadt Remscheid am 28. Juni 2012 wurde der Haushaltssanierungsplan für die Stadt Remscheid beschlossen, der die sich bereits seit Ende 2011 angezeigten starken finanziellen Einschnitte beim Orchester vorsah. Mit einer durch die Gesellschafterstädte gegründeten Arbeitskommission wurden in den Folgemonaten alle erdenklichen Szenarien durchdacht sowie sämtliche sich eventuell ergebende Einsparpotentiale ermittelt. Diese Ergebnisse führten zu weitergehenden Verhandlungen über den Fortbestand des gemeinsamen Orchesters.

Die Entwicklung des Orchesters selbst ist positiv. Mit Klassik-Größen wie Isabel Faust, Bernd Glemser und Nils Mönkemeyer, aber auch den Solisten "aus den eigenen Reihen" Simon Roloff und Mihalj Kekenj, meisterten die Orchestermitglieder jede an sie gestellte Aufgabe mit Bravour. Angeführt von ihrem Generalmusikdirektor Peter Kuhn befinden sich die Bergischen Symphoniker weiterhin auf einem Weg der stetigen Leistungssteigerung.

Die Verhandlungen um den Bestand des Orchesters führten glücklicherweise noch nicht zu Einschnitten im Bereich Vermarktung bei wirtschaftlich Dritten. Die langjährigen Geschäftspartner betonten ausdrücklich den Wunsch zur Fortsetzung der gemeinsamen Konzerttradition und beteiligten sich auch intensiv an den öffentlich geführten Diskussionen und Aktionen.

Die beiden Orchesterfreundeskreise brachten und bringen sich in bewundernswerter Weise in die Bemühungen um den Erhalt der Bergischen Symphoniker ein. Beispielhaft erwähnt seien hierfür das Modell der Orchesterpatenschaften, die Unterschriften- und Internetaktion.

### II. Darstellung der Lage

#### A. Vermögenslage

Die Bilanz zum 31. August 2012 weist eine Bilanzsumme von TEUR 476,8 nach TEUR 450,2 im Vorjahr aus. Das langfristig gebundene Vermögen beträgt 18,5 % der Bilanzsumme nach 20,7 % im Vorjahr.

Die erhöhte Bilanzsumme ergibt sich im Wesentlichen aus der Erhöhung der Sonstigen Vermögenswerte. Zum Bilanzstichtag werden Forderungen aus dem Cash-Management-Verfahren mit der Stadt Solingen ausgewiesen (Vj.: Verbindlichkeiten). Der Ausweis ist stichtagsbedingt.

Die Eigenkapitalquote beträgt 11,7 % nach 12,4 % im Vorjahr. Ursächlich für die Reduzierung der Quote ist die Erhöhung der Bilanzsumme.

Das kurzfristige Fremdkapital betrug im Berichtsjahr TEUR 420,9 nach TEUR 394,4 im Vorjahr. Die Erhöhung der Rückstellung in Höhe von TEUR 48,0 sowie die Erhöhung der Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen um TEUR 8,9 und des passiven Rechnungsabgrenzungspostens um TEUR 13,5 sind hierbei ursächlich für die Veränderung. Die Reduzierung der Sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 43,8 wirkt gegenläufig.

### **B. Finanzlage**

Der Finanzmittelbestand am Ende der Periode betrug TEUR 45 (Vj.: TEUR ./ 43). Der Cash Flow ist positiv und betrug TEUR 72 (Vj.: TEUR 70). Im laufenden Geschäftsjahr waren Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 107 (Vj.: Mittelabfluss in Höhe von TEUR 66) zu verzeichnen, während sich aus der Investitionstätigkeit ein Mittelabfluss in Höhe von TEUR 19 (Vj.: TEUR 12) ergab. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr stets gegeben.

### **C. Ertragslage**

#### **Umsatzerlöse**

Die Umsatzerlöse setzen sich mehrheitlich aus Konzert- und Musiktheaterveranstaltungen in den Gesellschafterstädten Remscheid und Solingen zusammen. Sonstige Veranstaltungserlöse sind Erträge aus musikalischen Tätigkeiten für wirtschaftlich Dritte.

#### **Gesamtzahl der Aufführungen im Wirtschaftsjahr**

Die Gesamtzahl der Aufführungen in der Spielzeit 2011/2012 beträgt 156 (Vj.: 162). Zusätzlich zu den in der obigen Aufstellung ausgewiesenen Konzerten wurden freie Dienste für weitere Konzerte in den Gesellschafterstädten eingesetzt. Über die Grundabnahme hinaus wurden zwei Konzerte in Städtischen Kliniken in Remscheid und Solingen, zwei Aufführungen "Nacht der Kultur", zwei zusätzliche Stadtteilkonzerte und ein Benefiz-Konzert für Radio RSG durchgeführt. Zusammen mit der erhöhten Anzahl von Schulmusikdiensten ist der Auslastungsgrad der Beschäftigten somit wiederum im nahezu gleichen Umfang wie im Vorjahr gegeben.

Die Überlassung des Proberaums "Am Bruch" für Einstudierungen für wirtschaftlich Dritte führte zu einer Kostenerstattung von TEUR 9,2. Die Erträge bei wirtschaftlich Dritten lagen mit TEUR 254,3 leicht über der Wirtschaftsplanung.

#### **Sonstige betriebliche Erträge/Bezogene Leistungen zur Verrechnung**

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge um TEUR 146,7 erklärt sich durch die deutlich erhöhte Landeszuweisung und aus der Verrechnung von bezogenen Leistungen bei wirtschaftlich Dritten. In dieser Position sind wiederum die durch die Remscheider und Solinger Wirtschaft aufgebrachten zusätzlichen Werbemittel enthalten. Diesen Einnahmen stehen entsprechende Ausgaben gegenüber (siehe hierzu Gewinn- und Verlustrechnung, Pos. 3, Materialaufwand). Zusammen mit einer verantwortungsbewussten Bewirtschaftung der eigenen Mittel und dieser Sponsorenförderung konnte der Planansatz für Werbung um ein Drittel unterschritten werden. Gleichzeitig wurde hierdurch die Erstattungsleistung der Gesellschafter um rd. TEUR 11 verringert.

Die Aufwendungen für die Gesellschafterstädte im Bereich Solisten und Aushilfen liegen nur leicht über dem Ansatz. Im Hinblick auf die hier ebenfalls enthaltenen Kosten für den vorher nicht planbaren Bereich Musiktheater sicherlich eine absolut vertretbare Überschreitung. Die Freundeskreise leisteten mit insgesamt TEUR 19 für Solisten und Aushilfen wiederum einen bedeutenden Beitrag zur Förderung des Programms. Mit Kostenbeiträgen ebenfalls erneut unterstützt wurden die Schulmusiken und Schulkonzerte.

**Personalkosten**

Im Soll-Ist-Vergleich liegen die Personalkosten im Bereich der veranschlagten Planung. Berücksichtigt sind hierin bereits Rückstellungen für Tarifnachzahlung Stand 2011/2012 in Höhe von insgesamt rd. TEUR 72.

**Sonstige betrieblichen Aufwendungen**

Die sonstigen Aufwendungen liegen in der Gesamtsumme "lediglich" mit TEUR 9,7 oberhalb der Planung, wobei die Ausgaben für Beratung und Prüfung allein um TEUR 24,3 den Ansatz übersteigen. Ursächlich sind hierfür die situationsbedingten Mehrausgaben durch die erweiterte Abschlussprüfung und den sich dadurch ergebenden Beratungsbedarf sowie die Inanspruchnahme eines Rechtsbeistands. Die Geschäftsführung macht darauf aufmerksam, dass sich dieser erhöhte Bedarf im Wirtschaftsjahr 2012/2013 fortsetzen wird, wenn auch wahrscheinlich in verringertem Umfang. Kompensiert werden diese Kosten durch die verminderten Ausgaben im Bereich Werbung und die Übernahme von Zusatzdirigaten durch den Generalmusikdirektor.

**Betriebskostenzuschuss**

Im Geschäftsjahr 2011/2012 wurde der Planansatz für Betriebskostenzuschüsse um den Betrag von TEUR 120,4 unterschritten. Dies entspricht in etwa den Mehreinnahmen durch die erhöhte Landeszuweisung.

Durch die Gewährung von Betriebskostenzuschüssen in Höhe von insgesamt TEUR 3.545,2 (Vj.: TEUR 3.696,8) beträgt das Jahresergebnis TEUR 0,0.

**III. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres**

Wie im Vorjahr erwartet und beschrieben, wird der Rechtsstreit zwischen der Deutschen Orchestervereinigung und dem Bühnenverein über die Übernahme von Tarifierpassungen im öffentlichen Dienst in letztendlicher Instanz vor dem BAG entschieden werden. Unabhängig vom Ausgang dieses Rechtsstreits wird dann die für alle Orchesterträger viel interessantere Frage sein, wie der Umgang mit Nachzahlungen und Gehaltssteigerungen zwischen den Tarifvertragsparteien vereinbart wird. Eine Klärung in der grundsätzlichen Frage zur Übernahme der Tarifabschlüsse ist für September 2013 zu erwarten. Der Abschluss einer entsprechenden Tarifvereinbarung bleibt aber zumindest vorläufig ungewiss.

Die Gespräche über den Fortbestand der Gesellschaft wurden auch nach Abschluss des Geschäftsjahres weitergeführt. Bereits im Verlauf des Jahres 2012 zeichnete sich eine mögliche positive Veränderung ab, die im Januar 2013 zur Bildung einer neuen Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Frau Oberbürgermeisterin Wilding, Herrn Oberbürgermeister Feith, externen Beratern sowie Vertretern von Politik und Verwaltung führte. In nur sechs Monaten konnte daraufhin ein für alle Beteiligten zufriedenstellendes Verhandlungsergebnis erzielt werden.

**IV. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Die im Rahmen der Verhandlungen erzielten Ergebnisse geben der Gesellschaft eine Mindestbestandsgarantie bis zum 31. August 2029 und schaffen u.a. durch die vereinbarte Kündigungsfrist von 5 Jahren Planungssicherheit.

Als Risiko ist immer der auch schon unter Pkt. III beschriebene Bereich der Tarifsteigerungen und der Umgang hiermit im Zustand der Festbetragsbezuschussung zu sehen. Hierauf muss im Bereich der Personalplanung bereits frühzeitig und umfänglich entsprechende Rücksicht genommen werden. Die sich aus heutiger Sicht ergebende Personalentwicklung der nächsten

10 Jahre war Grundlage und Bestandteil des erzielten Verhandlungsergebnisses. Auf lange Sicht gesehen soll hierbei durch die Gründung einer Orchesterstiftung weitere Sicherheit geschaffen werden. Für die Tarifsteigerungen vergangener Zeiträume werden im Rahmen der jeweiligen Jahresabschlüsse entsprechende Rückstellungen gebildet.

Das Verhalten und die Aussagen der teilweise langjährigen Geschäftspartner legen die begründete Vermutung nahe, dass sich der Bereich der Betätigung bei wirtschaftlich Dritten nicht weiter verschlechtern wird. Die künstlerische Weiterentwicklung des Orchesters, die gewachsene überregionale Anerkennung sowie die lange Bestandszusage lassen berechtigt hoffen, dass zukünftig sich ergebende Potenziale im Rahmen der tarifvertraglichen Regelungen auch vermarktet werden können.

Solingen, den 24. Juni 2013

gez. Stefan Schreiner  
Geschäftsführer

### 3.4 Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH i.L.

#### Allgemeine Unternehmensdaten

Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH i.L.  
 Goltsteinstr. 87  
 50968 Köln  
 Tel. 0221 / 949725 - 0

**Gründungsjahr:** 2001

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	50.000,00	50,0
LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH	50.000,00	50,0
<u>Gesamt</u>	<u>100.000,00</u>	<u>100,0</u>

#### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Hauptbahnhofes Remscheid zu einem multifunktionalen Zentrum für Einzelhandel, Gastronomiebetriebe und Einrichtungen des Freizeit- und Vergnügungssektors sowie Dienstleistungen, Praxen, Büronutzung und Gewerbe.

#### **Organe der Gesellschaft**

Geschäftsführung; ab dem 31.12.2011 Liquidator

Werner Wirtz

#### Aufsichtsrat

Beate Wilding	Oberbürgermeisterin	Vorsitzende
Edgar Mungen		Stellv. Vorsitzender bis 02.02.2012
Susanne Hofmann		Stellv. Vorsitzende ab 25.05.2012
Thomas Kase	Ratsmitglied	
Franz Meiers		
Hans-Peter Meinecke	Ratsmitglied	bis 26.05.2012
Andreas Röhrig		
Rosemarie Stippe Kohl	Ratsmitglied	
Hartmut Biermann		ab 02.02.2012
Hans-Herbert Wilke	Ratsmitglied	bis 10.05.2012
Klaus Mandt	Ratsmitglied	ab 02.07.2012
Philipp Wallutat	Ratsmitglied	ab 02.07.2012

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr StOVR Arnd Zimmermann.

**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

Die Gesellschafterversammlung kann die Einforderung von Einzahlungen (Nachschüssen) beschließen mit der Maßgabe, dass die Nachschüsse von den Gesellschaftern nach dem Verhältnis ihrer Gesellschaftsanteile zu zahlen sind.

Die Nachschusspflicht ist insgesamt (also für die gesamte Laufzeit des Gesellschaftsvertrages) auf € 100.000,00 (in Worten: Euro einhunderttausend) beschränkt.

Patronatserklärung gegenüber LEG Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH für städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Hauptbahnhof bis max. 511.291,88 €.

**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
Kapitalerhöhung (Rücklage)	0,00	0,00	0,00

**Anzahl der Beschäftigten**

Außer dem Geschäftsführer wurden keine weiteren Mitarbeiter-/innen beschäftigt.

**Wirtschaftliche Unternehmensdaten****Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

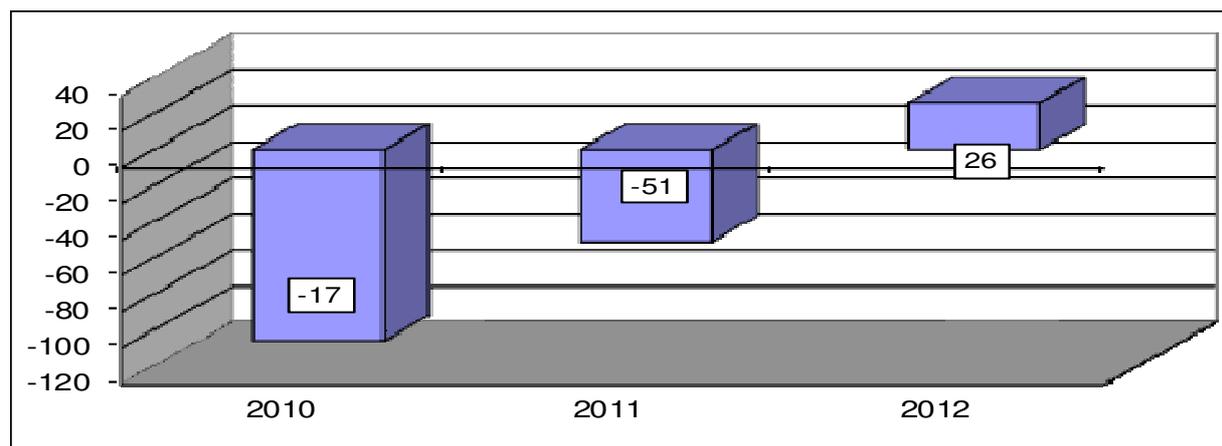
Jahr	2010		2011		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Bilanz-Position</b>						
<b>Ausstehende Einlagen</b>	<b>0</b>	0,00	<b>0</b>	0,00	<b>0</b>	0,00
<b>Aufwendung f. Ingangs. des Geschäftsbetriebes</b>	<b>0</b>	0,00	<b>0</b>	0,00	<b>0</b>	0,00
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Anlagevermögen</b>	<b>0</b>	0,00	<b>0</b>	0,00	<b>0</b>	0,00
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	825	87,12	813	87,70	821	94,82
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2	0,21	1	0,11	1	0,13
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	120	12,67	71	7,66	28	3,18
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>947</b>	100,00	<b>885</b>	95,47	<b>850</b>	98,13
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	<b>0</b>	0,00	<b>42</b>	4,53	<b>16</b>	1,87
<b>Aktiva</b>	<b>947</b>	100,00	<b>927</b>	100,00	<b>866</b>	100,00
Gezeichnetes Kapital	100	10,56	100	10,79	100	11,55
Kapitalrücklage	500	52,80	500	53,94	500	57,76
Neubewertungs-/Gewinnrücklage BilMoG	37	3,91	37	3,99	36	4,16
Verlustvortrag	-522	-55,12	-628	-67,75	-678	-78,38
<b>Jahresüberschuss(+)</b>	<b>0</b>	0,00	<b>0</b>	0,00	<b>26</b>	3,04
<b>Jahresfehlbetrag(-)</b>	<b>-106</b>	-11,19	<b>-51</b>	-5,50	<b>0</b>	0,00
<b>Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	<b>0</b>	0,00	<b>42</b>	4,53	<b>16</b>	1,85
<b>Eigenkapital</b>	<b>9</b>	0,95	<b>0</b>	0,00	<b>0</b>	-0,02
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	376	39,70	370	39,91	300	34,66
Verbindlichkeiten	562	59,35	557	60,09	566	65,36
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Passiva</b>	<b>947</b>	100,00	<b>927</b>	100,00	<b>866</b>	100,00

## Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

Jahr	2010	2011	2012
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse aus Hausbewirtschaftung	0	0	0
Erh. Bestand an zum Verkauf best. Grundstücken	134	-12	8
Aktivierte Aufw. zur Ingangs. des Geschäftsbetriebes	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	0	27	45
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
<b>Erträge</b>	<b>134</b>	<b>15</b>	<b>53</b>
Aufwendung für bezogene Leistungen	116	4	12
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	97	19	15
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27	43	0
<b>Aufwendungen</b>	<b>240</b>	<b>66</b>	<b>27</b>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-106	-51	26
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>26</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>-106</b>	<b>-51</b>	<b>0</b>

## Entwicklung der Jahresergebnisse

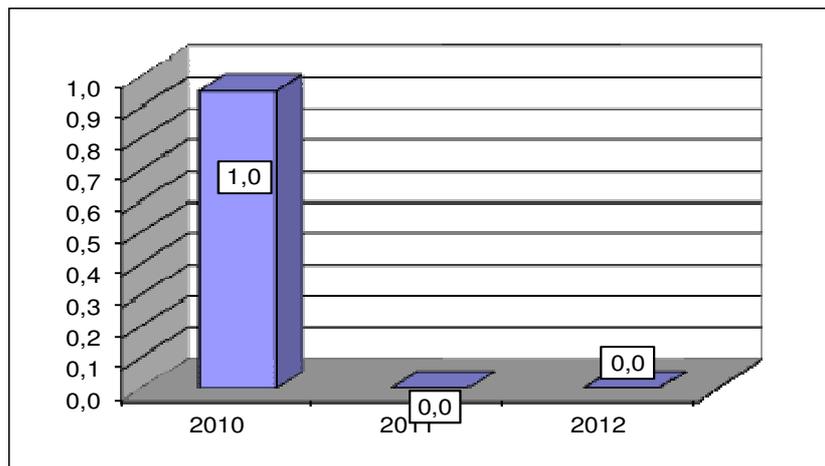
Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-106	-51	26



**Kennzahlen**

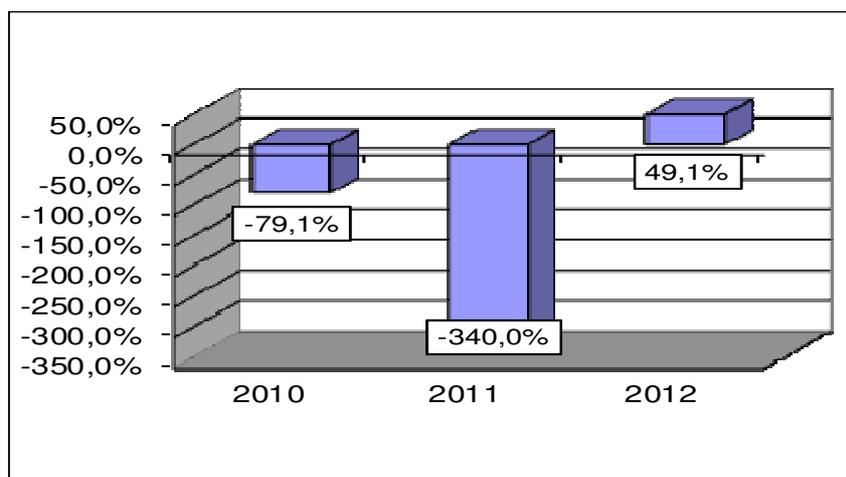
**Eigenkapital-Quote**

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	9	0	0
Bilanzsumme	947	927	927
% EK	1,0	0,0	0,0



**Cash-Flow**

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	-106	-51	26
Abschreibungen	0	0	0
	-106	-51	26
Gesamterträge	134	15	53
<b>Cash-Flow</b>	<b>-79,1%</b>	<b>-340,0%</b>	<b>49,1%</b>



## Lagebericht PHR für das Geschäftsjahr 2012

### 1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid

Die Projektgesellschaft Hauptbahnhof Remscheid mbH (PHR) wurde am 17. Dezember 2001 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Standortes Hauptbahnhof Remscheid zu einem multifunktionalen Zentrum für Einzelhandel, Gastronomiebetriebe und Einrichtungen des Freizeit- und Vergnügungssektors sowie Dienstleistungen, Praxen, Büronutzung und Gewerbe.

Gesellschafter der PHR sind zu jeweils 50% die Stadt Remscheid und die LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH, Köln (LEG S Köln GmbH, eine 100% Tochter der LEG NRW GmbH, Düsseldorf). Die PHR wird über Geschäftsbesorgungsverträge durch Unternehmen der LEG-Unternehmensgruppe betreut.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Veränderungen, der Marktlage sowie der Volatilität der Sparte fiel Anfang 2009 auf Seiten der LEG Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH die Entscheidung, den Bereich Development nicht mehr weiterzuführen. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2012 war u.a. der Abbau der Sparte Development. Die laufenden Projekte wurden und werden beendet bzw. veräußert. Auch Projektgesellschaften werden zwecks Weiterentwicklung an Investoren bzw. Projektentwickler veräußert. Neue Entwicklungen werden nicht mehr begonnen; bei begonnenen Projektentwicklungen wird ohne ausdrückliche vertragliche Verpflichtung keinerlei Investition mehr getätigt, d.h. hier handelt es sich i.d.R. nur noch um Erschließungsleistungen.

Mit dem Gesellschafter Stadt Remscheid wurde eine Arbeitsteilung für einzelne Projektphasen vereinbart. Dabei liegen die inhaltliche und wirtschaftliche Verantwortung teilmaßnahmenscharf abgegrenzt jeweils bei der PHR oder bei der Stadt Remscheid. Die PHR verantwortet neben dem abgeschlossenen Grunderwerb und der zwischenzeitlich erfolgten städtebaulichen und grundlegenden Planung der Erschließungs- und Infrastrukturmaßnahmen und der abgeschlossenen Maßnahmen zur Herrichtung der Flächen, die Vermarktung des Hauptbahnhofareals. Die Stadt Remscheid verantwortet den Bau der Erschließungs- und Infrastrukturanlagen einschließlich der weitergehenden Planungen.

Die Maßnahme wird größtenteils aus StBauF-Mitteln des Landes im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme bezuschusst. Die Stadt Remscheid als Empfänger der Fördermittel leitet diese zusammen mit dem entsprechenden kommunalen Eigenanteil an die PHR weiter.

#### 1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und Geschäftsergebnisses

Auf Basis des rechtskräftigen Bebauungsplans hat die Stadt Remscheid die Erschließung des Geländes weitestgehend realisiert; der Endausbau der Straße entlang der noch zu vermarkteten Grundstücke wurde 2012 durchgeführt.

Die PHR hat in 2012 zwei Grundstücke veräußert. Aktuell sind rund 75% der vermarktbaren Flächen veräußert. Verhandlungen mit Interessenten für die restlichen Flächen werden geführt, konnten bis Jahresende aber nicht erfolgreich zum Abschluss gebracht werden.

## **1.2 Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und projektspezifischen Rahmenbedingungen**

Die aktuelle gesamtwirtschaftliche Lage betrifft vollumfänglich auch die Stadt Remscheid.

Die Wirtschaftsstruktur in Remscheid, der kleinsten der drei bergischen Großstädte, ist durch kleinere und mittlere Unternehmen mit überdurchschnittlichen Exportanteil, breiten Kompetenzen im Bereich der Werkzeugindustrie und zugeordneten Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten gekennzeichnet.

Die Anfragen zum Erwerb von Teilflächen des Hauptbahnhofareals für eine Senioreneinrichtung, wurden im Geschäftsjahr in Abstimmung mit der Stadt weiter geprüft. Daneben wurden in 2012 ausschließlich flächenintensive und nicht dem Standort entsprechende Flächen für Logistik, Lager sowie Hallen und Einzelhandel nachgefragt.

## **1.3 Liquidation der Gesellschaft**

Die Gesellschafter Stadt Remscheid und LEG S Köln GmbH haben mit Umlaufbeschluss vom 16./22. Dezember 2011 die Auflösung der Ende 2001 zunächst auf eine Dauer von 10 Jahren vereinbarten Gesellschaft mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2011 beschlossen.

Die Liquidation ist im elektronischen Bundesanzeiger am 28. Februar 2012 veröffentlicht worden. Auf Grundlage einer mit dem Aufsichtsrat abgestimmten Maßnahmenplans soll die Liquidation möglichst zügig durchgeführt werden. Die noch im Eigentum der Gesellschaft befindlichen Grundstücke sollen unter Berücksichtigung der Regularien einer Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme und in Abstimmung mit der Bezirksregierung Düsseldorf an die Stadt Remscheid veräußert werden, soweit nicht im 1. Quartal 2013 noch Grundstücksveräußerungen an Dritte vollzogen werden können.

## **2. Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2011**

Das Projekt wurde in 2012 fortgesetzt. Der Wert des Grundstücksbestandes hat sich auf T€ 821 erhöht.

### **2.1 Vermögenslage**

Die Bilanz der PHR ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch die zum Verkauf bestimmten Grundstücke und das Guthaben bei Kreditinstituten geprägt. Im Geschäftsjahr hat sich das Umlaufvermögen der Gesellschaft um rund T€ 35 auf rund T€ 850 vermindert. Die Verminderung betrifft insbesondere das Guthaben bei Kreditinstituten. Zum 31. Dezember 2012 weist die Gesellschaft einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von ca. T€ 46 auf, gegenüber dem Vorjahr reduziert um ca. T€ 26.

Auf der Passivseite haben sich die Verbindlichkeiten um rund T€ 9 auf rund T€ 566 erhöht.

### **2.2 Ertragslage**

Die Gesellschaft schließt im Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) in Höhe von T€ 26 ab.

Der Jahresüberschuss resultiert im Wesentlichen aus den betrieblichen Erträgen, gemindert um Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Unter Berücksichtigung des Verlustvortrages in Höhe von T€ 678 ergibt sich ein Bilanzverlust in Höhe von rund T€ 652.

### **2.3 Finanzlage**

Für die laufenden Aufwendungen der PHR (Projektmanagement und die Vermarktung) erfolgt im Berichtsjahr eine Finanzierung über Fördermittel sowie bei Bedarf über kurzfristige Kredite. Die Zahlungsfähigkeit der PHR war im Geschäftsjahr jederzeit gewährleistet.

Der Gesellschafter Stadt Remscheid hat der PHR bereits in 2006 einen Betrag in Höhe von T€ 500 für die Kapitalrücklage zur Verfügung gestellt. Der Gesellschafter LEG Standort- und Projektentwicklung Köln GmbH (LEG S Köln GmbH) hat der PHR weiterhin ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von T€ 500 zur Verfügung gestellt (befristet bis zum 30.09.2013), auf das im Februar 2012 in Höhe von T€ 45 verzichtet wurde.

Der Gesellschafter LEG S Köln GmbH hat im Juni 2011 eine Rangrücktrittsvereinbarung zum vorgenannten Darlehen mit der Gesellschaft abgeschlossen. Zusätzlich ist der Gesellschaft im Juni 2011 durch die LEG S Köln GmbH ein weiteres Gesellschafterdarlehen über T€ 400, befristet bis zum 30.09.2013, zur Verfügung gestellt worden.

Die Gesellschaft ist damit in die Lage versetzt worden, ihren finanziellen Verpflichtungen während der Liquidationsphase nachzukommen. Im Berichtsjahr musste die Gesellschaft das Darlehen nicht in Anspruch nehmen.

Soweit dies zur Sicherung der Liquidation der PHR notwendig ist, hat sich die LEG S Köln GmbH in 2012 bereit erklärt, Forderungen gegen die PHR aus der Erbringung von Projektmanagementleistungen bzw. hieraus entstehende Forderungen gegen die PHR bis zum 30.09.2019 zu stunden.

### **3. Nachtragsbericht**

Im Januar 2013 hat der Aufsichtsrat der Gesellschaft beschlossen, die noch im Eigentum der Gesellschaft befindlichen Grundstücke an die Stadt Remscheid zu veräußern, da die Verhandlungen zum Grundstücksverkauf zur Realisierung eines Seniorenzentrums nicht zeitgerecht abzuschließen sind. Rechte und Pflichten der Gesellschaft, die sich aus dem Kaufvertrag mit der Stadt für die Zeit nach der Liquidation ergeben, werden anteilig auf die LEG NRW GmbH übertragen.

### **4. Risikobericht**

Die in Liquidation befindliche PHR ist über die LEG S Köln GmbH in das Risikomanagementsystem der LEG-Unternehmensgruppe integriert.

Die LEG Unternehmensgruppe verfügt über ein zentrales Risikomanagementsystem, in das die Gesellschaft integriert ist. Dieses System wird seit Herbst 2010 durch das IT-Tool „R2C\_Risk to chance“ unterstützt und ermöglicht ein einheitliches, nachvollziehbares, systematisches und permanentes Vorgehen. Damit sind die Voraussetzungen zur Identifikation,

Analyse, Bewertung, Steuerung, Dokumentation, Kommunikation und Historisierung von Risiken geschaffen. Dieses System erfüllt die rechtlichen Rahmenbedingungen und stellt Prüfungssicherheit her. Der gesamte Risikomanagementprozess wird durch einen zentralen Risikomanager koordiniert und überwacht.

Marktentwicklungen werden zentral und in den einzelnen regionalen Gesellschaften zeitnah beobachtet.

Die Baukostenentwicklung wird einerseits über die offiziellen Analysen der einschlägigen Institute beobachtet. Zum anderen bietet auch eine Vielzahl der im Konzern unterjährig vergebenen Bauaufträge die Möglichkeit, Baukostenentwicklungen zeitnah zu beobachten.

Im Development-Bereich wird abwickelnd überwiegend mit GU/GÜ-Aufträgen gearbeitet, so dass das Kostensteigerungsrisiko somit minimiert werden kann. Ein durch die Projektverantwortlichen durchgeführtes Nachtragsmanagement sichert zudem das Kostenrisiko ab.

Die bedingt durch die Finanzmarktkrise grundsätzliche Verschärfung der Risikobewertung durch Banken sowie die Zurückhaltung bei der Kreditvergabe aufgrund erhöhter Anforderungen an das Eigenkapital der Banken (Basel III) haben Auswirkungen auf den Abschluss von Neukredit- und –prolongationsvereinbarungen. Das damit zusammenhängende Risiko der Kapitalkostensteigerung wird verstärkt beobachtet. Dazu dienen die vereinheitlichten Planungs- und Reportingsysteme einschließlich regelmäßiger Liquiditätsberichterstattung innerhalb der LEG-Gruppe.

## **5. Prognose**

Die Abwicklung der Sparte „Development“ wird unverändert konsequent betrieben. Die investiven Projekte sollen im Wesentlichen in 2013 veräußert sein. Es verbleibt dann die Abwicklung einer risikominimierten „Landbank“ durch Verkäufe von Grundstücken.

Der Abschluss des Projektes Hauptbahnhof ist für 2013 vorgesehen.

Der Gesellschaftszweck gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages ist weitestgehend erfüllt. Das Bahnhofsgelände wurde hergerichtet, erschlossen und neuen Nutzungen zugeführt. Zur Vermarktung eines Teils der restlichen Grundstücke laufen derzeit Verhandlungen mit verschiedenen Investoren. Grundstücksteile, die nicht an die Interessenten veräußert werden können, werden an die Stadt Remscheid veräußert werden.

Demgegenüber stehen die Festlegungen im Gesellschaftsvertrag, dass die PHR zunächst bis Ende 2011 vereinbart worden ist und die Vorgabe des Gesellschafters der LEG S Köln GmbH, die Projekte der Development-Sparte (und damit auch Remscheid-Hauptbahnhof) schnellstmöglich abzuschließen oder abzugeben.

Erlöse aus Grundstücksverkäufen sind bislang in Höhe von ca. 3,7 Mio. EUR vereinnahmt worden. Erwartet werden noch Grundstückserlöse in Höhe von etwa 880 T€. Das von der PHR betreute Projekt finanziert sich wesentlich durch Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem StBauF-Programm einschließlich entsprechender Eigenanteile der Stadt Remscheid. Geplant sind entsprechende Einnahmen in Höhe von rund 5,74 Mio. EUR. Aus dem StBauF-Programm liegen inzwischen 12 Bewilligungsbescheide vor. Erhalten hat die PHR bislang Fördermittel von rund 5,73 Mio. EUR. Die übrigen Fördermittel werden nach Einschätzung der Geschäftsführung bis zum Projektende noch bewilligt und ausgezahlt werden.

Da die Fördermittel in erheblichem Umfang mit Verpflichtungsermächtigungen versehen sind, ergibt sich Vorfinanzierungsbedarf durch die PHR.

Daher ist zwischen den Gesellschaftern vereinbart worden, die zum Jahresende 2012/2013 noch im Eigentum der Gesellschaft befindlichen Grundstücke an die Stadt Remscheid zu veräußern. Grundlage ist die Festsetzung des Hauptbahnhofareals als Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nach BauGB. Daraus resultiert die Verpflichtung für die Stadt Remscheid, nach Abschluss der Maßnahme noch nicht veräußerte Grundstücke der Gesellschaft zum Verkehrswert zu übernehmen.

Dieses Prozedere ist mit der Bezirksregierung Düsseldorf unter fördertechnischen und haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten abgestimmt worden. Risiken aus Umsatzsteuerschäden, die bei einer Übernahme von Grundstücken durch die Stadt Remscheid entstehen, können nur soweit durch Fördermittel kompensiert werden, als dadurch die vom Land vorgegebene Obergrenze nicht überschritten wird.

Die Gesellschafter der PHR haben im Dezember 2011 den Beschluss zur Liquidation der Gesellschaft gefasst. Die Liquidation ist am 28. Februar 2012 im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht worden.

Remscheid, 06. März 2013

gez.  
Werner Wirtz  
Liquidator

### 3.5 BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid gemeinnützige GmbH der Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid

#### Allgemeine Unternehmensdaten

BPR Bergische Alten- und Pflegeeinrichtungen Remscheid  
gemeinnützige GmbH der  
Bergischen Diakonie Aprath und der Stadt Remscheid  
Otto-Ohl-Weg 10  
42489 Wülfrath  
Tel. 02191 / 69440 - 0

**Gründungsjahr:** 2007

#### **Gesellschafter**

	<b>Stammkapital</b>	
	<b>in €</b>	<b>in %</b>
Bergische Diakonie Aprath	12.750,00	51,00
Stadt Remscheid	12.250,00	49,00
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,00</u>

#### **Gegenstand/Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Einrichtungen und Diensten in Remscheid, die Alten- und Pflegeeinrichtungen und Alten- und Pflegedienste für alle Menschen unabhängig von ihrer religiösen, nationalen und kulturellen Herkunft vorhalten. Die Gesellschaft betreibt diese Einrichtungen in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche. Durch die Beteiligung an der Gesellschaft bekennt sich die Stadt Remscheid zu ihrem öffentlichen Auftrag der Daseinsvorsorge in der Altenhilfe.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Durchführung folgender Aufgaben verwirklicht:

Übernahme, Führung und Erweiterung des Betriebes der beiden bisher städtischen Alten- und Pflegeheime in Remscheid-Lennep und Remscheid-Vieringhausen.

Die Gesellschaft wird im Rahmen der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit alle Geschäfte tätigen, die mit dem genannten Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen.

**Organe der Gesellschaft**Geschäftsführung:

Gerhard Schönberg

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz und Herr Städtischer Verwaltungsdirektor Arnd Zimmermann.

**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
Kapitalrücklage	35.000,00	0,00	0,00
Rangrücktrittserklärung	0,00	0,00	75.000,00

**Anzahl der Beschäftigten**

Jahr	2010	2011	2012
Mitarbeiter/-innen	VZK	VZK	VZK
eigene Beschäftigte	30,8	42,1*	73*
beschäftigte Leihmitarbeiter inkl. Beschäftigte der Stadt Remscheid	102,7	keine Angabe im Prüfbericht	keine Angabe im Prüfbericht
		*hier: Anzahl Vollzeitkräfte	*hier: Mitarbeiter der BPR insgesamt

**Wirtschaftliche Unternehmensdaten****Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2010	2011	2012
Pflegeplätze	206	223	215
Auslastungsgrad in %	97,4	95,2	92,1

**Bilanzstruktur**

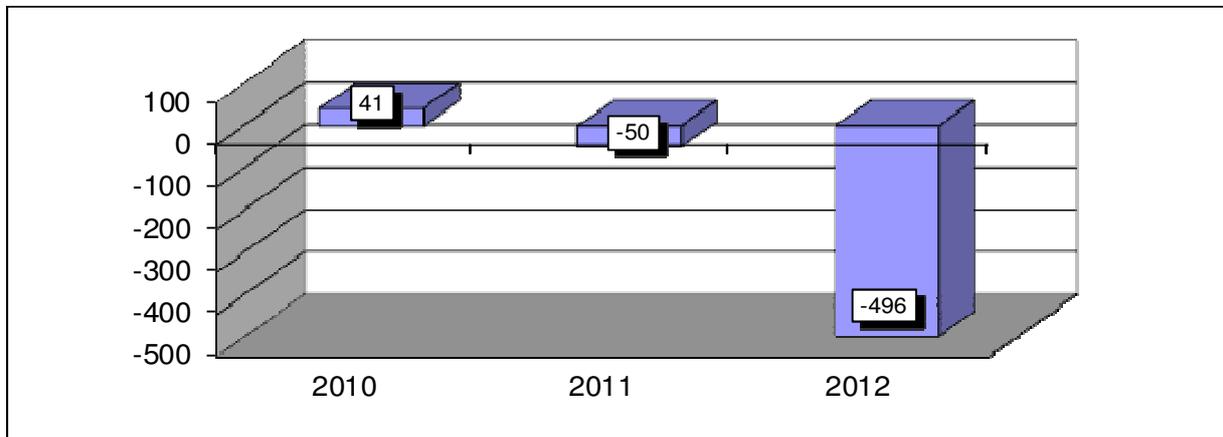
Jahr Bilanz-Position	2010		2011		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	96	7,57	104	8,35	86	10,71
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Anlagevermögen</b>	<b>96</b>	<b>7,57</b>	<b>104</b>	<b>8,35</b>	<b>86</b>	<b>10,71</b>
Vorräte	12	0,95	20	1,61	3	0,31
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	598	47,16	433	34,62	431	53,37
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	561	44,24	692	55,34	287	35,61
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>1.171</b>	<b>92,35</b>	<b>1.145</b>	<b>90,27</b>	<b>720</b>	<b>89,29</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,08	1	0,08	0	0,00
<b>Aktiva</b>	<b>1.268</b>	<b>100,00</b>	<b>1.250</b>	<b>100,00</b>	<b>807</b>	<b>100,00</b>
Gezeichnetes Kapital	25	1,97	25	2,00	25	3,10
Kapitalrücklage	70	5,52	70	5,60	70	8,68
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinn- / Verlustvortrag	66	5,21	107	8,53	57	7,02
<b>Jahresüberschuss / -fehlbetrag</b>	<b>41</b>	<b>3,23</b>	<b>-50</b>	<b>-3,99</b>	<b>-496</b>	<b>-61,50</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>202</b>	<b>15,93</b>	<b>152</b>	<b>12,14</b>	<b>-345</b>	<b>-42,71</b>
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	7	0,56	6	0,72
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	142	11,20	139	11,10	146	18,12
Verbindlichkeiten	924	72,87	953	76,24	806	99,85
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	194	24,05
<b>Passiva</b>	<b>1.268</b>	<b>100,00</b>	<b>1.250</b>	<b>100,00</b>	<b>807</b>	<b>100,00</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**

Jahr GuV-Position	2010	2011	2012
	T€	T€	
Umsatzerlöse	7.776	8.386	8.120
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	0	1	1
Sonstige betriebliche Erträge	93	235	187
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	3	0	1
<b>Erträge</b>	<b>7.872</b>	<b>8.622</b>	<b>8.310</b>
Materialaufwand	5.126	5.000	4.684
Personalaufwand	1.195	1.650	1.914
Abschreibungen	16	19	21
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.493	2.000	2.186
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	2	2
<b>Aufwendungen</b>	<b>7.832</b>	<b>8.672</b>	<b>8.806</b>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	40	-50	-496
Sonstige Steuern	1	0	0
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>41</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0</b>	<b>-50</b>	<b>-496</b>

## Entwicklung der Jahresergebnisse

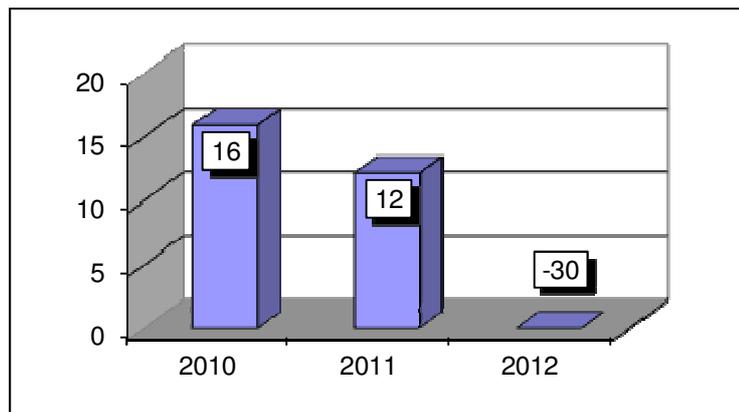
Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresergebnis	41	-50	-496



## Kennzahlen

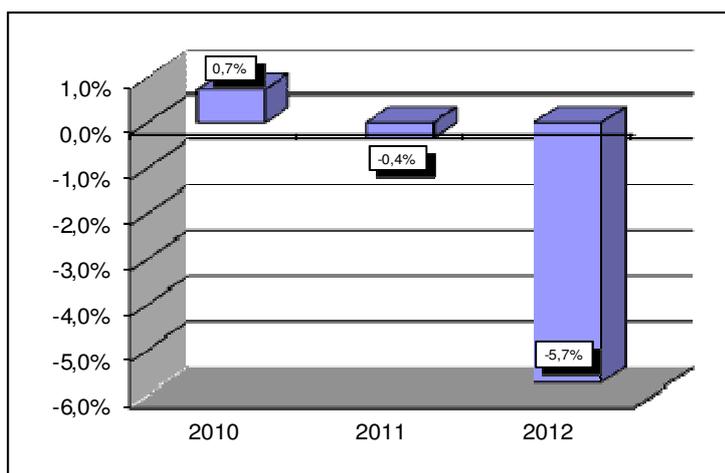
### Eigenkapitalquote

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	202	152	-344
Bilanzsumme	1.268	1.250	1.152
% EK	16	12	-30



### Cash-Flow

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	41	-50	-496
Abschreibungen	16	19	21
	57	-31	-475
Gesamterträge	7.872	8.622	8.310
<b>Cash-Flow</b>	<b>0,7%</b>	<b>-0,4%</b>	<b>-5,7%</b>



### Lagebericht 2012

Da die Stadt Remscheid der Feststellung des Jahresabschlusses inkl. Lagebericht zum 31.12.2012 nicht zugestimmt hat, wird auf eine Veröffentlichung des Lageberichts verzichtet.

### 3.6 Arbeit Remscheid gGmbH Gesellschaft für Beschäftigungsförderung und Qualifizierung

#### Allgemeine Unternehmensdaten

Arbeit Remscheid gGmbH  
 Freiheitstr. 181 / Am Bruch  
 42853 Remscheid  
 Tel. 02191 / 29912

**Gründungsjahr:** 1999

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammkapital</b>	
	<b>in €</b>	<b>in %</b>
Stadt Remscheid	61.200,00	39,97
Diakonisches Werk im Kirchenkreis Lennep	38.250,00	24,98
Kreishandwerkerschaft Remscheid	19.150,00	12,51
Arbeitgeber-Verband von Remscheid und Umgebung e.V.	19.150,00	12,51
Limes Qualifizierung Gesellschaft für Arbeitnehmer- Weiterbildung mbH	15.350,00	10,03

Gesamt 153.100,00    100,00

Die Stammeinlagen wurden bisher nur zur Hälfte eingezahlt.

#### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand des Unternehmens ist, von Arbeitslosigkeit betroffene Personen im Stadtgebiet Remscheid zu betreuen, zu beraten, auszubilden, zu qualifizieren und / oder die Wiedereingliederung der benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes, wie z.B. Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Behinderte zu gewährleisten.

Der Geschäftszweck wird insbesondere durch die Durchführung folgender Aufgaben verwirklicht werden:

Planung und Durchführung von personenbezogenen Maßnahmen, z.B. Feststellung der arbeitsmarktlichen Eignung, Arbeitserprobung und Heranführung an marktübliche Erwerbstätigkeit in Kooperation mit der Arbeitsverwaltung.

Initiierung und Planung von Qualifizierungsmaßnahmen in Kooperation mit den Trägern der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung.

#### **Organe der Gesellschaft**

##### Geschäftsführung:

Herr Ralf Barsties

Beirat

Werner Fußwinkel	
Burkhard Mast-Weisz	Stadtdirektor
Ottmar Gebhardt	Ratsmitglied
Lothar Krebs	Bürgermeister
Michael Kleinbongartz	Ratsmitglied
Harald Sellner	Sachkundiger Bürger
Thomas Brützel	Sachkundiger Bürger
Fritz Beinersdorf	Ratsmitglied
Norbert Schmitz	Ratsmitglied
Therese Jüttner	Ratsmitglied
Armin Hoppmann	
Christian Klauer	

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz.

**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

Gem. § 5 des Gesellschaftsvertrages kann die Gesellschafterversammlung die Erbringung von Nachschüssen beschließen. Der Anteil der Stadt Remscheid an dieser Nachschusspflicht besteht in Höhe von 30.600,00 €.

**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
Zuschuss Overhead-Kosten	keine	keine	keine

**Anzahl der Beschäftigten**

Jahr	2010	2011	2012
Arbeitnehmer/-innen	40	35	28
im Rahmen von Beschäftigungsmaßnahm.	7	4	
im Rahmen von Projekt Bürgerarbeit		2	11
Auszubildende			21
gesamt	47	41	60

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

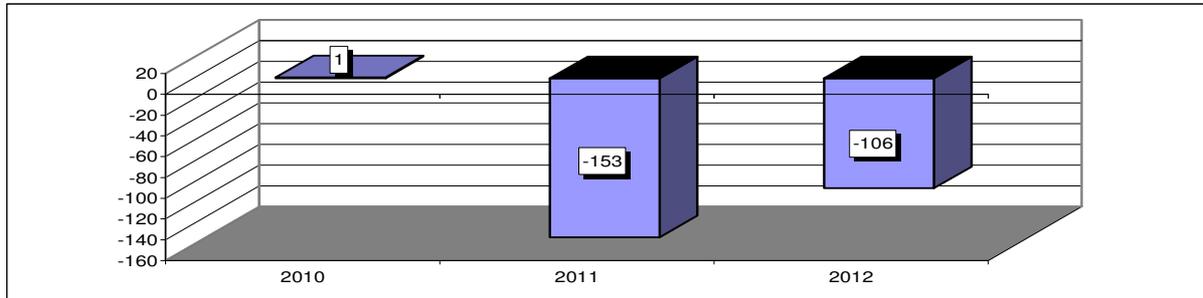
Jahr	2010		2011		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Bilanz-Position</b>						
<b>Ausstehende Einlagen</b>	<b>0</b>	0,00	<b>0</b>	0,00	<b>0</b>	0,00
Sachanlagen	172	16,55	144	17,08	101	13,15
<b>Anlagevermögen</b>	<b>172</b>	16,55	<b>144</b>	17,08	<b>101</b>	13,15
Vorräte	1	0,10	3	0,36	2	0,26
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	281	27,05	134	15,90	235	30,60
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	577	55,53	555	65,84	424	55,21
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>859</b>	82,68	<b>692</b>	82,09	<b>661</b>	86,07
Rechnungsabgrenzungsposten	8	0,77	7	0,83	6	0,78
<b>Aktiva</b>	<b>1.039</b>	100,00	<b>843</b>	100,00	<b>768</b>	100,00
Gezeichnetes Kapital	153	14,73	153	18,15	153	19,92
Ausstehende Einlagen	-77	-7,41	-77	-9,13	-77	-10,03
Kapitalrücklage / geb. Rücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-)	796	76,61	797	94,54	644	83,85
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>1</b>	0,10	<b>0</b>	0,00	<b>0</b>	0,00
<b>Jahresfehlbetrag(-)</b>	<b>0</b>	0,00	<b>-153</b>	-18,15	<b>-106</b>	-13,80
<b>Eigenkapital</b>	<b>873</b>	84,02	<b>720</b>	85,41	<b>614</b>	79,95
Sonderposten für Investitionszuschüsse	27	2,60	7	0,83	3	0,39
Rückstellungen	97	9,34	58	6,88	60	7,81
Verbindlichkeiten	42	4,04	58	6,88	74	9,64
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	17	2,21
<b>Passiva</b>	<b>1.039</b>	100,00	<b>843</b>	100,00	<b>768</b>	100,00

**Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
<b>GuV-Position</b>			
Umsatzerlöse	1.014	814	668
Sonstige betriebliche Erträge	1.615	1.232	1.128
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	3	2
<b>Erträge</b>	<b>2.631</b>	<b>2.049</b>	<b>1.798</b>
Materialaufwand	56	30	21
Personalaufwand	1.771	1.546	1.339
Abschreibungen	70	57	47
Sonstige betriebliche Aufwendungen	727	566	495
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	0
<b>Aufwendungen</b>	<b>2.625</b>	<b>2.199</b>	<b>1.902</b>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6	-150	-104
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Sonstige Steuern	-5	-3	-2
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0</b>	<b>-153</b>	<b>-106</b>

### Entwicklung der Jahresergebnisse

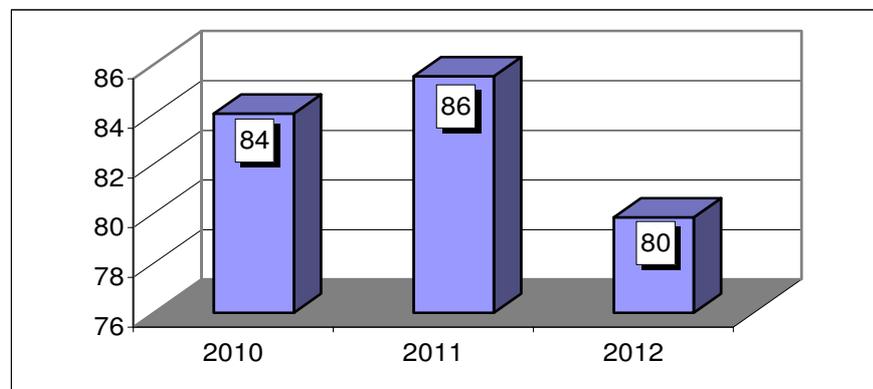
Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	1	-153	-106



### Kennzahlen

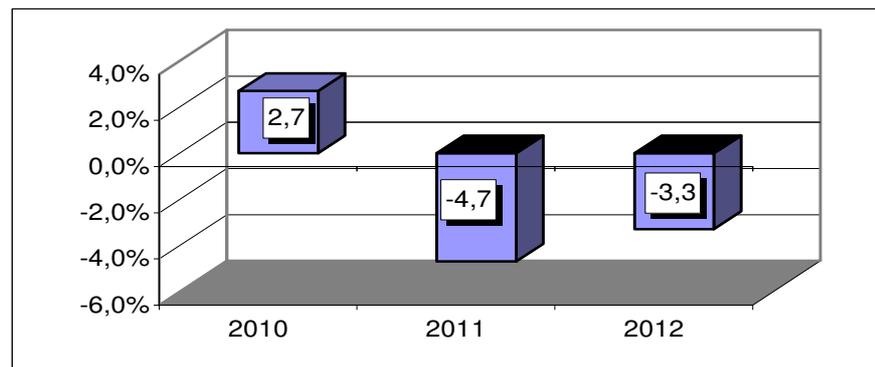
#### Eigenkapitalquote

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	873	721	614
Bilanzsumme	1.039	843	769
% EK	84	86	80



#### Cash-Flow

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	1	-153	-106
Abschreibungen	70	57	47
	71	-96	-59
Gesamterträge	2.631	2.049	1.798
<b>Cash-Flow</b>	<b>2,7%</b>	<b>-4,7%</b>	<b>-3,3%</b>



## Lagebericht 2012

### 1. Geschäftsverlauf der Gesellschaft

Auch in der Beschäftigungs- und Qualifizierungsbranche war die konjunkturelle Abschwächung im Laufe des Jahres 2012 spürbar. Dies schlug insbesondere auch deshalb gravierender durch, weil das „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“, das in seinem Kern ab 01.04.2012 in Kraft trat, zur spürbaren Reduzierung des Mitteleinsatzes für Arbeitsmarktprogramme von Arbeitsagentur und Jobcenter sorgte.

#### 1.1 Gesamtwirtschaftliches Umfeld / Entwicklungen im Qualifizierungsbereich

Die Arbeitslosigkeit in Remscheid stieg im Jahr 2012, hatte allerdings im Bergischen Städtedreieck die geringste Quote. Von 8,2 % im Januar bis 9,1 % im Dezember entwickelte sich die Arbeitslosenquote in genau gegenläufiger Richtung des Vorjahres. Damit waren am Ende des Jahres 494 Menschen mehr arbeitslos als Ende 2011. Am 31.12.2012 waren in Remscheid 5302 Menschen arbeitslos gemeldet. Hiervon waren 1517 (+23 %) dem Rechtskreis SGB III (Arbeitslosengeld 1) und 3785 (+ 6 %) dem Rechtskreis SGB II (Arbeitslosengeld 2) zuzuordnen. Im Vergleich zum Stand vor einem Jahr stieg die Zahl der Bezieher von ALG 1 somit ungleich stärker als bei den Beziehern von ALG 2. Die Jugendarbeitslosigkeit ist im Jahresdurchschnitt 2012 im Vergleich zum Jahr 2011 um 11,9 Prozent oder 54 Personen gestiegen und damit fast dreimal so stark wie der allgemeine Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit über 50-Jähriger ist hingegen im Jahresdurchschnitt 2012 unterproportional nur um 0,4 Prozent oder um fünf Personen gestiegen. Mit 42 % aller Arbeitslosen sind die Langzeitarbeitslosen die eine dominierende Gruppe.

Insgesamt nahmen in Deutschland 2012 19 % weniger Menschen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teil als 2011. Das waren 227.000 oder 19 Prozent weniger als im Vorjahresdurchschnitt. 2012 setzten sich damit die Kürzungen der letzten Jahre bei der arbeitsmarktpolitischen Förderung fort. Seit 2009 ist die Zahl der Maßnahmenteilnehmer kontinuierlich gesunken. Der Rückgang zwischen 2009 und 2012 entspricht 41 Prozent. Zwischen den Zielgruppen der arbeitsmarktpolitischen Förderung gibt es deutliche Unterschiede. So erhalten Kurzzeitarbeitslose in der Arbeitslosenversicherung deutlich häufiger eine Förderung als dauerhaft Arbeitslose in der Grundsicherung („Hartz IV“). Auch bei der beruflichen Weiterbildung sowie der Berufswahl und Berufsausbildung ist die Förderung eingebrochen. Mit den Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung sollen Arbeitslose ihre Qualifikation an die Anforderungen des Arbeitsmarktes anpassen. Die Maßnahmen zur Vorbereitung und Unterstützung einer Berufsausbildung richten sich gezielt an junge Menschen mit Schwierigkeiten, in Ausbildung oder Arbeit zu kommen. Gegenüber

dem Vorjahr sank die Teilnehmerzahl in der beruflichen Weiterbildung um etwa 17 Prozent. An Maßnahmen der Berufswahl und Berufsausbildung nahmen noch rund 217.000 Personen teil, etwa 15 Prozent weniger als im Vorjahr. Im Rahmen der Instrumentenreform wurden diese Bereiche aufgrund des Fachkräftebedarfs noch ausdrücklich als Schwerpunkte definiert. An Beschäftigung schaffenden Maßnahmen nahmen im Jahresdurchschnitt 2012 noch etwa 165.000 Personen teil. Das entspricht einem Minus von rund 17 Prozent gegenüber 2011. Hierzu gehören beispielsweise die Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante, besser bekannt als „Ein-Euro-Jobs“.

### **1.2 Qualifizierungsprogramme 2012**

Das Jahr 2012 war bei der Arbeit Remscheid gGmbH geprägt durch die Kontinuität in den Standbeinen Werksstätten, Kaufhaus und Möbellager und die Gestaltung der notwendigen Flexibilität, um sich den Anforderungen des Beschäftigungs- und Qualifizierungsmarktes anzupassen.

Es gelang im Laufe des Jahres sehr gut, insbesondere die Stärken im Blick auf die praxisorientierte Aktivierung auszuspielen. So konnten die Werkstätten mit den Aktivierungshilfen für Jüngere, dem Aktivcenter, der außerbetrieblichen Ausbildung zum Maler und Lackierer und den Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen etabliert werden.

Innerhalb von Kaufhaus und Möbellager waren die dominierenden Maßnahmen die Arbeitsgelegenheiten und die außerbetriebliche Ausbildung zum Verkäufer. Letztere (im Auftrag des Jobcenters durchgeführt) wird in 2013 leider auslaufen, da keine Option gezogen wurde. Im Möbellager wurden die Grundlagen geschaffen für bessere Qualifizierungsmöglichkeiten im Bereich Lager/Logistik.

Die AGH-Stellen konnten bei kontinuierlich weiter zurückgehendem Trend in 2012 stabil gehalten werden. In bewährter Weise wurden die AGH-Projekte Remscheider City Service, Forst und Freibad Eschbachtal durchgeführt.

Bei den klassischen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sorgte die weiter reduzierte Vergabe von Bildungsgutscheinen dafür, dass leider nur noch ein Kurs zur Qualifizierung „Betreuungskraft Demenz“ durchgeführt werden konnte.

Im Jahresschnitt 2012 über alle Maßnahmen betreute die Arbeit Remscheid gGmbH ständig 164 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

### **1.3 Geschäftsführung, Personal –und Organisationsentwicklung**

Im ersten Quartal des Berichtszeitraumes wurde die Organisation auf drei (statt vorher sechs) Standbeine/Bereiche gestrafft:

- Gebrauchsgüter / Logistik / Dienstleistungen mit Kaufhaus und Möbellager
- Qualifizierung / Vermittlung / FBW mit den Werkstätten
- Grünbereiche mit RCS/Forst/Freibad Eschbachtal

Die Stammebelegschaft war im Laufe des Jahres 2012 weitestgehend stabil (27-29 Mitarbeitende). Der Jahresschnitt lag bei 28 Mitarbeitern (-12%). Darüber hinaus waren im Schnitt 11 im Rahmen von Bürgerarbeit geförderte Mitarbeiter sowie 21 Auszubildende beschäftigt.

Arbeit Remscheid arbeitet weiterhin an den bewährten drei Standorten Gewerbehof Freiheitstr./Am Bruch, Königstr. 27-35 und Markt 17. Während im Schulungsbereich erhebliche Raumkapazitäten im Laufe des Jahres abgemietet werden konnten, wurde an der Neu- und Umstrukturierung der Werkstätten weiter vorangetrieben. Ebenso wurden die Ausstellungs- und Verkaufsräume im Möbellager allerhand renoviert und die dortigen Lager- und Logistikmöglichkeiten weiter ausgebaut.

Die notwendigen Audits zum Fortbestand der Zertifizierungen nach AZWV und nach DIN EN ISO 9001:2008 konnten erfolgreich absolviert werden.

## 2. Lage der Gesellschaft

### 2.1 Umsatzentwicklung im Vorjahresvergleich

Die Umsätze reduzierten sich 2012 um 18 Prozent. Dies ist im Wesentlichen auf die Reduzierung der Integrationsmaßnahmen um 174 T€ zurückzuführen. Dem gegenüber steht die Erhöhung der Umsätze in den Zweckbetrieben Möbellager und Kaufhaus um 10% bzw. 43 T€.

Bezeichnung	2012 in €	2011 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Umsatzerlöse	668.217,11	813.638,35	-145.421,24	-18

### 2.2 Ertragsentwicklung Qualifizierungsprogramme

Die sonstigen Erträge, welche im Wesentlichen aus den sonstigen Qualifizierungsprogrammen entstammen, stiegen um knapp 98 T€ oder 8 %.

Bezeichnung	2012 in €	2011 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
sonstige Erträge	1.127.649,65	1.225.472,69	97.823,04	8

### 2.3 Kostenentwicklung im Vorjahresvergleich

Die Gesamtkosten wurden gegenüber dem Vorjahr wiederum um gut 13% reduziert. Hieraus ergab sich eine Reduzierung der Gesamtkosten um 274 T€. Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten blieb bei stabil 71 %.

Bezeichnung	2012 in €	2011 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Personalkosten	1.339.072,04	1.545.869,87	-206.797,83	-13
Sachkosten	562.548,81	629.928,84	-67.380,03	-11
Gesamtkosten	1.901.620,85	2.175.798,71	-274.177,86	-13

### 2.4 Betriebswirtschaftliche Entwicklung im Vorjahresvergleich

Der Reduzierung der Betriebsleistung um 11 % steht einer Reduzierung der Gesamtkosten um 13 % gegenüber. Insgesamt konnte somit in 2012 der Verlust gegenüber dem Vorjahr um 30 % reduziert werden.

Bezeichnung	2012 in €	2011 in €	Veränderung zum Vorjahr in €	Veränderung zum Vorjahr in %
Betriebsleistung	1.781.923,42	1.991.286,90	-209.363,48	-11
Gesamtkosten	1.901.620,85	2.175.798,71	-274.177,86	-13
Sonstige Steuern	2.180,98	3.025,13	-844,15	-28
Betriebsergebnis	-121.878,41	-187.536,94	65.658,53	35
Zinsaufwand	0,00	339,01	-339,01	-100
Zinsertrag	1.918,54	3.472,20	-1.553,66	-45
Neutrale Erträge	13.943,34	54.824,14	-40.880,80	-75
Neutrale Aufw.	690,00	22.975,12	-22.285,12	-97
Ertragsteuern	0,11	-579,19	579,08	100
Ergebnis	-106.706,42	-153.133,92	46.427,50	30

## **2.5 Vermögens- und Finanzlage**

Im Vergleich zum Vorjahr konnte in 2012 die Bilanzsumme stabil gehalten werden. Die Liquidität ist auch zum Ende des Geschäftsjahres 2012 stabil. Die Eigenkapitalquote ist mit 80 % schlechter als im Vorjahr.

## **3. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft**

Direkte Folge und Auswirkung des am 01.04.2012 in Kraft getretenen „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ war eine weitere Reduzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen durch Jobcenter und Agentur. Sowohl die Palette der Einzelmaßnahmen wird immer kleiner als auch die Anzahl derjenigen Kunden, die in den Genuss einer Aktivierungs-, Qualifizierungs- und/oder Vermittlungsmaßnahme kommen. Insbesondere bei den erwachsenen Erwerbslosen erfolgt mittlerweile nahezu eine Konzentration auf „marktnahe“ Kunden, die mit kurzzeitigen und kurzfristigen Maßnahmen gute Vermittlungschancen haben. Mit diesen Mitteln sind Langzeitarbeitslose nur noch selten in den Arbeitsmarkt integrierbar.

Wie weiter oben bereits beschrieben zahlt sich für Arbeit Remscheid hier aus, dass die Geschäftsführung bereits in 2010 damit begonnen hat, nicht mehr auf Expansion, sondern auf Verschlinkung und Stabilisierung der Standbeine zu setzen. Insofern hat die Gesellschaft bereits wesentliche Anpassungsprozesse eingeleitet oder bereits abgeschlossen.

So sind die Risiken im Vergleich zu den beiden vergangenen Geschäftsjahren vergleichsweise niedrig. Sämtliche Maßnahmen sind mindestens bis Ende 2013 abgesichert. Desweiteren sind sowohl die Personalkosten als auch die Sachkosten seit dem vierten Quartal 2012 auf einem Stand, der kontinuierlich ausgeglichene Monatsergebnisse zulässt.

Die Geschäftspolitik ist weiter ausgerichtet auf die Weiterentwicklung der Qualität in Ausbildung und Qualifizierung. So laufen die Vorbereitungen für die Rezertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2008 und AZAV (Nachfolge von AZWV). Darüber hinaus ist Arbeit Remscheid seit März 2012 beteiligt am ÖKOPROFIT-Projekt im Bergischen Städtedreieck. Es schließt 2013 mit der Zertifizierung ab und schafft Grundlagen für die Reduzierung des Ressourcenverbrauches.

Remscheid, den 01.März 2013  
Arbeit Remscheid gGmbH

gez. Ralf Barsties  
Geschäftsführer

### 3.7 Regionale 2006 Agentur GmbH i.L.

#### Allgemeine Unternehmensdaten

Regionale 2006 Agentur GmbH i.L.  
 Kölner Str. 8  
 42651 Solingen  
 Tel. 0212/88160660

**Gründungsjahr: 2000**

**Die Gesellschafterversammlung hat am 14.06.2007 -nach Erreichen des Gesellschaftszwecks- die Auflösung der Gesellschaft zum 01.10.2007 beschlossen.**

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	9.000,00	33,33
Stadt Solingen	9.000,00	33,33
Stadt Wuppertal	9.000,00	33,33
<u>Gesamt</u>	<u>27.000,00</u>	<u>100,00</u>

#### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand der Gesellschaft ist die Projektentwicklung, Koordination und Umsetzung von Vorhaben im Rahmen der REGIONALE 2006 und die zusammenfassende, projekt- und stadtübergreifende Kommunikation der REGIONALE 2006.

Aufgaben der Gesellschaft sind insbesondere

- Projektentwicklung und Projektmanagementberatung in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Projektträgern
- Übernahme der Auftragsprojekträgerschaft für Projekte ohne lokale Bindung sowie für stadtübergreifende oder grenzüberschreitende Projekte
- Qualitätsmanagement und Projektqualifizierung im Sinne der Anliegen der REGIONALE 2006
- Akquirierung von Mitteln, insbesondere auch Mobilisierung privaten Kapitals und bürgerschaftlichen Engagements
- Marketing und projektübergreifende Kommunikation zur REGIONALE 2006

#### **Organe der Gesellschaft**

##### Geschäftsführung/Liquidator:

Henry Beierlorzer

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding.

**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

Keine

Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2009	2010	2011
	€	€	€
Zuschuss	0,00	0,00	0,00

Anzahl der Beschäftigten (bis zum Liquidationszeitpunkt)

Beschäftigte	2005	2006	2007
	10	10	6
Sowie in allen Jahren mehrere Aushilfskräfte			

Wirtschaftliche Unternehmensdaten (bis zum Liquidationszeitpunkt)

Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -

Jahr	2005		2006		2007	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Bilanz-Position</b>						
Sachanlagen	19	3,76	23	2,85	13	3,70
<b>Anlagevermögen</b>	<b>19</b>	3,76	<b>23</b>	2,85	<b>13</b>	3,70
Vorräte	9	1,78	0	0,00	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	187	37,03	75	9,31	59	16,81
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	284	56,24	708	87,84	279	79,49
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>480</b>	95,05	<b>783</b>	97,15	<b>338</b>	96,30
Rechnungsabrechnungsposten	6	1,19	0	0,00	0	0,00
<b>Aktiva</b>	<b>505</b>	100,00	<b>806</b>	100,00	<b>351</b>	100,00
Gezeichnetes Kapital	27	5,35	27	3,35	27	7,69
Verlustvortrag / Gewinnvortrag	1	0,20	1	0,12	2	0,57
<b>Jahresüberschuss(+)</b>	<b>0</b>	0,00	<b>1</b>	0,12	<b>1</b>	0,28
<b>Jahresfehlbetrag(-)</b>	<b>0</b>	0,00	<b>0</b>	0,00	<b>0</b>	0,00
<b>Eigenkapital</b>	<b>28</b>	5,54	<b>29</b>	3,60	<b>30</b>	8,55
Sonderposten für Investitionszuschüsse	19	3,76	23	2,85	13	3,70
Rückstellungen	20	3,96	32	3,97	13	3,70
Verbindlichkeiten	438	86,73	722	89,58	295	84,05
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Passiva</b>	<b>505</b>	100,00	<b>806</b>	100,00	<b>351</b>	100,00

Abschluss 2007 per 30.09.2007

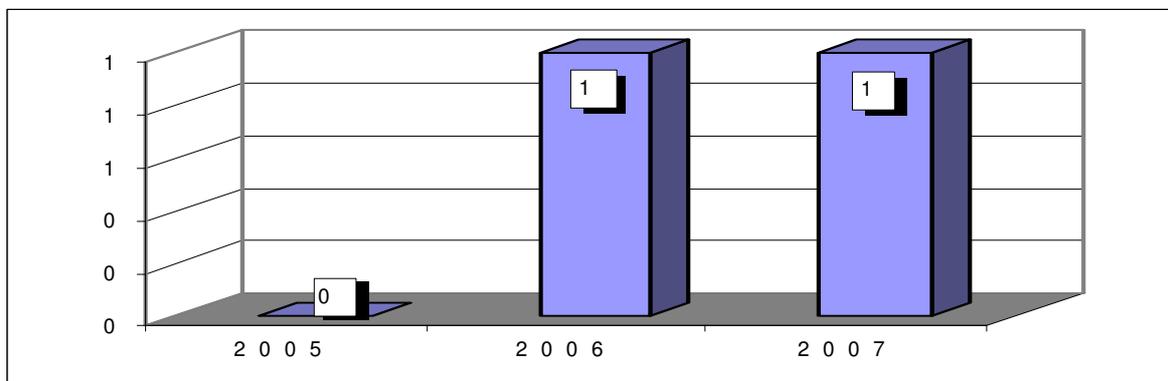
## Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –

<b>Jahr</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
<b>GuV-Position</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Sonstige betriebliche Erträge	1.068	4.041	812
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	7	5
<b>Erträge</b>	<b>1.071</b>	<b>4.048</b>	<b>817</b>
Personalaufwand	546	654	240
Abschreibungen	13	22	10
Sonstige betriebliche Aufwendungen	512	3.371	566
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
<b>Aufwendungen</b>	<b>1.071</b>	<b>4.047</b>	<b>816</b>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	1	1
Sonstige Steuern	0	0	0
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>1</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Abschluss 2007 per 30.09.2007

## Entwicklung der Jahresergebnisse

<b>Jahr</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
<b>Angabe in</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	1	1

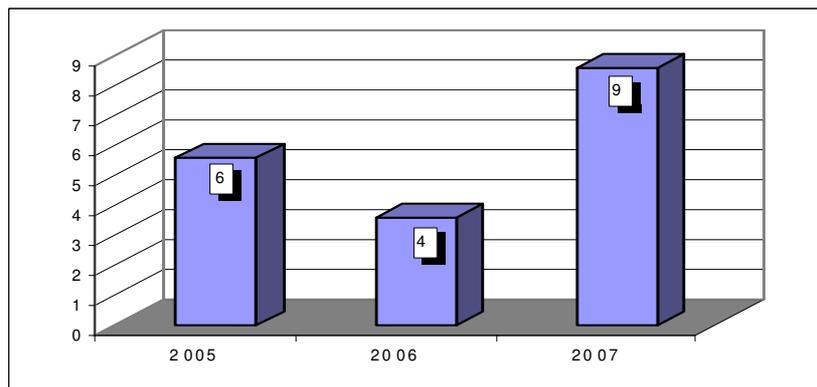


Abschluss 2007 per 30.09.2007

## Kennzahlen

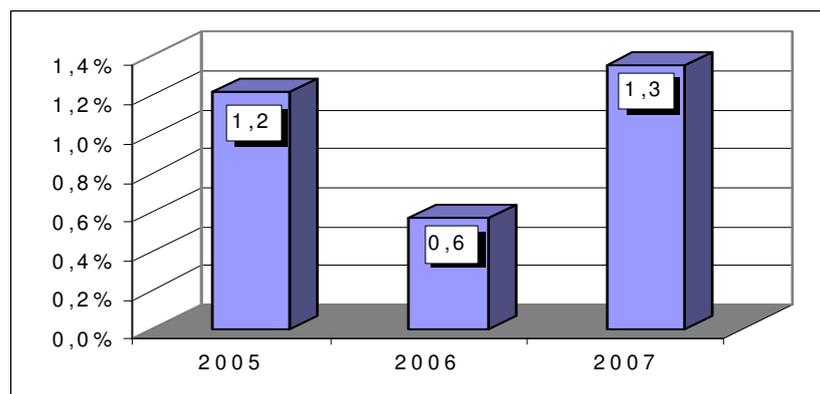
## Eigenkapitalquote

<b>Jahr</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
<b>Angabe in</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
<b>Eigenkapital</b>	28	29	30
<b>Bilanzsumme</b>	505	806	351
<b>% EK</b>	<b>6</b>	<b>4</b>	<b>9</b>



### Cash-Flow

Jahr	2005	2006	2007
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	0	1	1
Abschreibungen	13	22	10
	13	23	11
Gesamterträge	1.071	4.048	817
<b>Cash-Flow</b>	<b>1,2%</b>	<b>0,6%</b>	<b>1,3%</b>



Die Gesellschaft befand sich seit dem 01.10.2007 in Liquidation. Die Löschung der Gesellschaft konnte erst nach erfolgreicher Prüfung der Fördermittelverwendung erfolgen. Die umfassende Prüfung der Fördermittelverwendung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuhandpartner bestätigte die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel.

Die Eintragung im Handelsregister beim Amtsgericht Wuppertal über die Beendigung der Liquidation und Löschung der Regionale 2006 Agentur GmbH erfolgte am 23.04.2012.

### 3.8 Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH

#### Allgemeine Unternehmensdaten

Ev. Jugendhilfe Bergisch Land gGmbH  
 Dabringhauser Straße 29A  
 42929 Wermelskirchen  
 Tel. 02196/72030

**Gründungsjahr:** 1966/2005

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammkapital</b>	
	<b>in €</b>	<b>in %</b>
Evangelischer Kirchenkreis Leverkusen	12.800,00	25,6
Evangelischer Kirchenkreis Lennep	12.800,00	25,6
Walter-Frey-Stiftung	12.200,00	24,4
Stadt Remscheid	12.200,00	24,4
<u>Gesamt</u>	<u>50.000,00</u>	<u>100,0</u>

#### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand des Unternehmens ist die Kinder- und Jugendhilfe in der bergischen Region. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere durch die Hilfe zur Erziehung in unterschiedlichen Formen (ambulant, teilstationär und stationär) verwirklicht. Die Gesellschaft kann im Rahmen der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit alle Geschäfte tätigen, die mit dem vorgenannten Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Einrichtung wird in praktischer Ausübung christlicher Nächstenlieben im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der Evangelischen Kirche betrieben. Die Gesellschaft ist Mitglied des als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege anerkannten Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche im Rheinland und damit zudem dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland angeschlossen.

#### **Organe der Gesellschaft**

##### Geschäftsführung

Frau Silke Gaube

##### Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung waren laut Ratsbeschluss Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz. Ein zweiter Vertreter wird jeweils in der Einzelvorlage zur Gesellschafterversammlung durch den Rat bestellt.

**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
	keine	keine	keine

**Anzahl der Beschäftigten**

Jahr	2010	2011	2012
Mitarbeiter/-innen	87	89	113

**Wirtschaftliche Unternehmensdaten****Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2010	2011	2012
<b>Platzzahl (im Jahresdurchschnitt)</b>			
Intensivangebot	22	22	22
Regelangebot	75	74	76
Verselbständigungsangebot	9	9	9
Erziehungsstelle	6	5	5
Platzzahl gesamt	112	110	112
<b>Ausnutzungsgrad in % (im Jahresdurchschnitt)</b>			
Regel- / Intensivangebot	94,4	102,0	97,5
Verselbständigungsangebot	55,1	75,6	63,4
Erziehungsstelle	67,4	100,0	100,0

**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

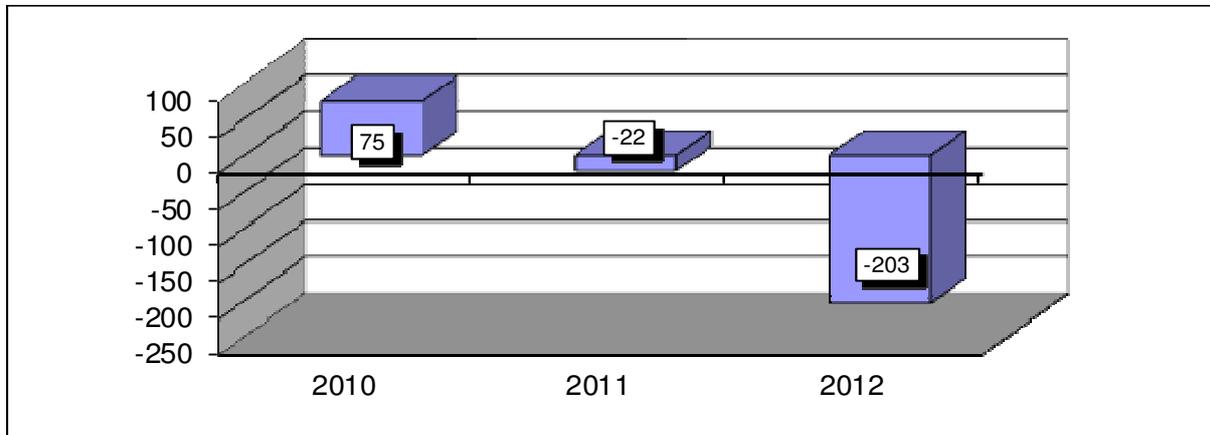
Jahr Bilanz-Position	2010		2011		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	20	0,61	11	0,34	10	0,32
Sachanlagen	1.185	36,26	1.138	35,00	1.154	36,88
Finanzanlagen	61	1,87	51	1,57	51	1,64
<b>Anlagevermögen</b>	<b>1.266</b>	<b>38,74</b>	<b>1.200</b>	<b>36,91</b>	<b>1.215</b>	<b>38,84</b>
Vorräte	4	0,12	10	0,31	7	0,21
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	779	23,84	824	25,35	953	30,46
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	1.121	34,30	1.133	34,85	882	28,21
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>1.904</b>	<b>58,26</b>	<b>1.967</b>	<b>60,50</b>	<b>1.842</b>	<b>58,89</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	98	3,00	84	2,58	71	2,27
<b>Aktiva</b>	<b>3.268</b>	<b>100,00</b>	<b>3.251</b>	<b>100,00</b>	<b>3.128</b>	<b>100,00</b>
Gezeichnetes Kapital	50	1,53	50	1,54	50	1,60
Kapitalrücklage	1.050	32,13	1.050	32,30	1.050	33,57
Gewinnrücklagen	1.429	43,73	1.504	46,26	1.482	47,38
(+) Gewinn-/ (-) Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>75</b>	<b>2,29</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>-22</b>	<b>-0,68</b>	<b>-203</b>	<b>-6,49</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>2.604</b>	<b>79,68</b>	<b>2.582</b>	<b>79,42</b>	<b>2.379</b>	<b>76,06</b>
Sonderposten aus Investitionszuschüssen	50	1,53	48	1,48	47	1,49
Rückstellungen	120	3,67	123	3,78	110	3,52
Verbindlichkeiten	494	15,12	498	15,32	592	18,94
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Passiva</b>	<b>3.268</b>	<b>100,00</b>	<b>3.251</b>	<b>100,00</b>	<b>3.128</b>	<b>100,00</b>

**Gewinn - und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr GuV-Position	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.769	6.118	6.009
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	210	85	181
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	10	10	8
<b>Erträge</b>	<b>5.989</b>	<b>6.213</b>	<b>6.198</b>
Materialaufwand	357	362	344
Personalaufwand	4.581	4.863	4.989
Abschreibungen	125	120	122
Sonstige betriebliche Aufwendungen	822	868	925
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20	18	17
<b>Aufwendungen</b>	<b>5.905</b>	<b>6.231</b>	<b>6.397</b>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	84	-18	-199
Außerordentliche Aufwendungen	-5	0	0
Sonstige Steuern	-4	-4	-4
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>75</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0</b>	<b>-22</b>	<b>-203</b>

**Entwicklung der Jahresergebnisse**

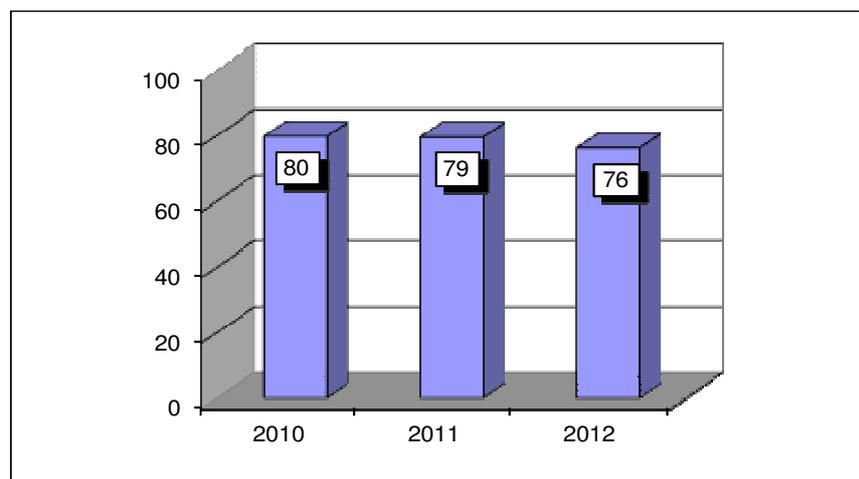
Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	
Jahresergebnis	75	-22	-203



**Kennzahlen**

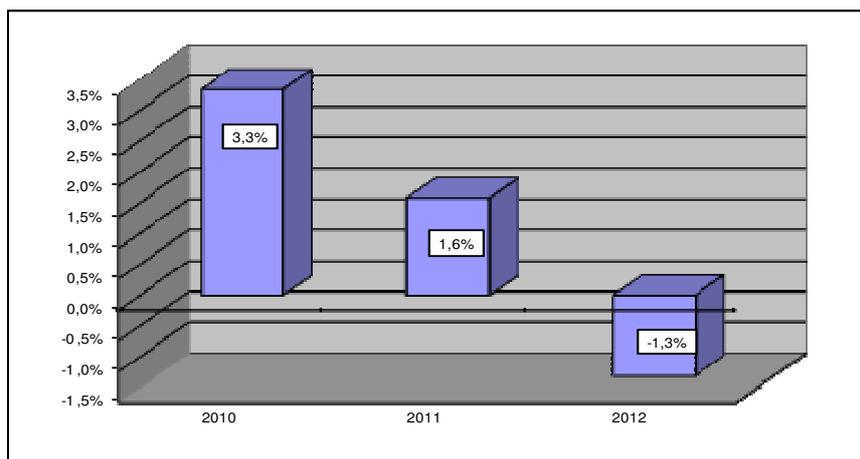
**Eigenkapitalquote**

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	2.604	2.582	2.379
Bilanzsumme	3.268	3.251	3.128
% EK	80	79	76



**Cash-Flow**

<b>Jahr</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresergebnis	75	-22	-203
Abschreibungen	125	120	122
	200	98	-81
Gesamterträge	5.989	6.213	6.198
<b>Cash-Flow</b>	<b>3,3%</b>	<b>1,6%</b>	<b>-1,3%</b>

**Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012****I. Darstellung des Geschäftsverlaufs im Jahr 2012****Vorbemerkung**

Das Jahr war einerseits von einer guten Auslastung der Einrichtung, aber auch von außergewöhnlichen organisatorischen und finanziellen Belastungen gekennzeichnet. Dazu zählen insbesondere die Betriebsunterbrechung und der Umzug der Gruppe Kallenberg durch einen Wasserschaden, die Sanierung der Gruppe Braunsberg, die Renovierung der neuen HPA-Räume in Burscheid, die Sanierung eines Hauses im Waldhof, Langzeiterkrankungen mehrerer Mitarbeitenden und ein Vermögensschaden im Rahmen der Personalkostenhochrechnung. Die finanziellen Folgen konnten größtenteils durch Versicherungserstattungen kompensiert werden. (siehe unten)

Das Wirtschaftsjahr wird mit einem Fehlbetrag von 203 T€ abgeschlossen. Hierin enthalten ist ein Schadenersatzanspruch von 49 T€ im Zusammenhang mit einer falschen Personalkostenhochrechnung. Die Gesellschafterversammlung hatte im September 2012 in Kenntnis dieser Umstände einen nachträglichen Wirtschaftsplan mit einem negativen Betriebsergebnis in Höhe von 255 T€ (incl. 40 T€ aus dem Vermögensschaden im Rahmen der Personalkostenhochrechnung) verabschiedet.

**1. Entwicklung der ambulanten und stationären Jugendhilfe insgesamt**

Die Inanspruchnahme ambulanter und stationärer Jugendhilfeleistungen ist weiterhin aufgrund des hohen Bedarfes gewährleistet. Ein besonders hoher Anteil ist bei Kindern und Jugendlichen von psychisch erkrankten Elternteilen zu verzeichnen.

In Bezug auf die gekündigten Rahmenverträge NRW haben die aufgenommenen Verhandlungen noch zu keinem neuen Ergebnis geführt. In einem Rundschreiben der Diakonie RWL wird mitgeteilt, dass dies vor dem 1. Januar 2014 auch nicht zu erwarten ist. Bislang besteht vor allem fachlicher Konsens dahingehend, dass die Regelgruppen eine verbesserte personelle Ausstattung erhalten sollen, da eine Doppelbesetzung in den Kernzeiten dringend erforderlich ist (9er Gruppen >5,3 VK). Die intensivpädagogischen Gruppen sollen aus Sicht der freien Träger erhalten bleiben, da besonders beeinträchtigte und traumatisierte junge Menschen diesen Schutz-, Schon- und Entwicklungsraum (kleine Gruppengröße, tägliche Doppeldienste zur intensiven Begleitung) weiterhin dringend benötigen. Der öffentliche Träger hingegen favorisiert die Strategie diesen jungen Menschen in den dann personell besser besetzten Regelgruppen ein adäquates Angebot zu bieten. Nur in besonderen Fällen, oder bei notwendigen kurzfristigen Maßnahmen (z.B. Clearingverfahren) soll auf intensivpädagogische Angebote zurückgegriffen werden.

## 2. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2012 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 203 T€ ab. Das Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen (in T€):

	2012	2011	
Betriebsergebnis	- 229		- 30
Finanzergebnis	- 8		- 8
Sonstige Steuern	- 4		- 4
Neutrales Ergebnis	+ 38		+ 20
Jahresergebnis	- 203		- 22

Hauptgrund für das schlechtere Betriebsergebnis sind im Wesentlichen ein Rückgang der Umsatzerlöse um 109 T€ sowie ein Anstieg der Personalkosten um 126 T€ und der Instandhaltungsaufwendungen um 86 T€. Gegenläufig haben sich die sonstigen betrieblichen Erträge aufgrund von Versicherungserstattungen und Schadenersatzansprüchen um rund 100 T€ erhöht.

## 3. Belegungsentwicklung

Die Aufstellung der Einrichtung, differenziert nach Betreuungsformen, hat sich im Geschäftsjahr 2012 vorübergehend verändert. In einer Regelgruppe kam es durch die Aufnahme mehrerer Geschwisterkinder zu einer längerfristigen Überbelegung. Dadurch erhöhte sich das Regelangebot um zwei Plätze.

Angebote:	Plätze:
Regelangebot	76
Intensivangebot	22
Verselbständigungsangebot	9
Erziehungsstellen	5
gesamt	112

Die Belegungssituation der Gesamteinrichtung kann, auch durch die Überbelegung, als positiv und stabil bezeichnet werden. Die Strategie, keine zusätzlichen Intensivgruppen zu installieren, hat sich aufgrund der o.g. Ausführung zu den Rahmenvertragsverhandlungen als förderlich bestätigt.

Die Auslastung der Einrichtung stellt sich wie folgt dar (ohne Erziehungsstellen, ohne SBW):

	Pflegetage 100%	Pflegetage IST	Auslastung
Pflegetage (anwesend)	35.868	33.649	93,8 %
Pflegetage 80% (Aufnahme, Entlassung, beurlaubt)		(1.324 x 80% =) 1.059	3,0 %
gesamt		34.708	96,8 %

Die Auslastung der Erziehungsstellen liegt bei nahezu 100%. Im Betreuten Wohnen ist die Berechnung in dieser Form nicht möglich, da die Leistung teilweise in Form von Pflegetagen, teilweise als Fachleistungsstunden erbracht wird.

Die Belegung verteilt sich auf die Jugendämter folgendermaßen:

Unter 1 %	21 Jugendämter	(Vorjahr: 20 Jugendämter)
1-5%	9 Jugendämter	(Vorjahr: 7 Jugendämter)
8,2 %	Stadt Solingen	(Vorjahr 6,4 %)
8,9 %	Stadt Wuppertal	(Vorjahr 10,8%)
9,9 %	Stadt Leverkusen	(Vorjahr: 5,1 %)
11,5 %	Stadt Bergisch Gladbach	(Vorjahr: 12,2 %)
11,9 %	Stadt Wermelskirchen	(Vorjahr: 11,3 %)
25,4 %	Stadt Remscheid	(Vorjahr: 32,7 %)

Im ambulanten Bereich der Ev. Jugendhilfe (Heilpädagogische Ambulanz) entfielen auf 4,14 besetzte Stellen im Laufe des Jahres (= 6.520,5 Netto-Arbeitsstunden, gem. KGST) 5.988 abgerechnete Fachleistungsstunden. Dies entspricht einer Auslastungsquote von 91,8 %.

#### 4. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt am Ende des Wirtschaftsjahres 2012 insgesamt 113 Mitarbeitende (entspricht 95,1 Vollzeitkräften).

Davon war ein Mitarbeiter in Elternzeit, zwei Mitarbeiterinnen befanden sich im Mutterschutz bzw. im Beschäftigungsverbot. Drei Arbeitsverhältnisse wurden während einer Erkrankung fortgeführt, ohne dass Anspruch auf Lohnfortzahlung bestand.

Drei Mitarbeitende haben berufsbegleitend einen pädagogischen Studiengang absolviert und erfolgreich abgeschlossen (2 Bachelor- / 1 Master-Abschluss).

#### Stellenbesetzung vom 1.1. bis 31.12.2012:

	2012 Stellenplan	2012 IST	2011 IST
Leitung und Beratung	5,15	4,55*	5,39
Verwaltung	3,70	3,97**	3,73**
Pädagogischer Dienst	71,06	73,13*	70,77
Wirtschaftsdienst	10,76	10,06	10,06
<b>Summen</b>	<b>90,67</b>	<b>91,71</b>	<b>89,95</b>

\* Verschiebung von Stellenanteilen der psychologischen Fachkraft.

\*\* 0,9 Stellen durch externe Dienstleistung (Kirchenkreis, Steuerkanzlei)

### Fluktuation

Im Laufe des Jahres 2012 haben 10 Mitarbeitende ihr Arbeitsverhältnis bei der Ev. Jugendhilfe Bergisch Land beendet.

- |  |                             |
|--|-----------------------------|
| 5. Auflösungsvertrag oder Kündigung der / des MA | 6                           |
| 6. Berentung                                     | 2                           |
| 7. befristete Verträge                           | 2, davon 1 Anerkennungsjahr |

Es wurden keine Beschäftigungsverhältnisse durch den Arbeitgeber beendet. Im gleichen Zeitraum wurden zwölf neue Arbeitsverhältnisse begründet. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer beträgt 9,2 Jahre.

### Krankheitsentwicklung in der EJBL

In der Einrichtung sind an 29.354 Beschäftigungstagen 1.266 Tage Arbeitsunfähigkeit (ohne Langzeiterkrankung) angefallen. Dies entspricht 11,2 Krankheitstagen pro Mitarbeitenden (Vj. 15,2) bzw. einer Krankheitsquote von 4,3 % (Vj 4,8 %). Unter Einbeziehung der Langzeiterkrankten (Lohnfortzahlung ausgelaufen) beträgt die Quote 6,9% bzw. 17,5 Krankheitstage pro Mitarbeiter/in (Vj. 7,2 % bzw. 18,2 Krankheitstage).

Für zwei Mitarbeiterinnen wurde während des vergangenen Jahres aufgrund von Schwangerschaft ein Beschäftigungsverbot ausgesprochen.

Vier Mitarbeiterinnen nahmen an einer Rehabilitationsmaßnahme des Rentenversicherungsträgers oder der Krankenversicherungen teil, davon zwei im Laufe ihrer Langzeiterkrankung.

### 8. Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wie folgt dar:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>Veränderung</u>	
	T€	T€	T€	%
<b><u>AKTIVA</u></b>				
Langfristig gebundenes Vermögen				
Anlagevermögen	1.215	1.201	14	1,2%
Mietkautionen	<u>1</u>	<u>0</u>	<u>1</u>	-
	<u>1.216</u>	<u>1.201</u>	<u>15</u>	1,2%
Kurzfristig gebundenes Vermögen				
Vorräte	7	10	-3	-30,0%
Leistungsforderungen	822	779	43	5,5%
Sonstige Vermögensgegenstände	131	45	86	191,1%
Flüssige Mittel	881	1.132	-251	-22,2%
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>71</u>	<u>84</u>	<u>-13</u>	-15,5%
	<u>1.912</u>	<u>2.050</u>	<u>-138</u>	-6,7%
Bilanzsumme	<u>3.128</u>	<u>3.251</u>	<u>-123</u>	-3,8%

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
<b><u>PASSIVA</u></b>				
Wirtschaftliches Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	50	50	0	0,0%
Kapitalrücklage	1.050	1.050	0	0,0%
Gewinnrücklagen	1.482	1.504	-22	-1,5%
Jahresergebnis	-203	-22	-181	822,7%
Sonderposten	46	48	-2	-4,2%
	<u>2.425</u>	<u>2.630</u>	<u>-205</u>	<u>-7,8%</u>
Langfristige Fremdmittel				
Jubiläumrückstellung	35	32	3	9,4%
Bankverbindlichkeiten	413	379	34	9,0%
Mietkautionen	1	0	1	-
	<u>449</u>	<u>411</u>	<u>38</u>	<u>9,2%</u>
Kurzfristige Fremdmittel				
Sonstige Rückstellungen	75	91	-16	-17,6%
Bankverbindlichkeiten	36	33	3	9,1%
Verbindlichkeiten aus				
Lieferungen und Leistungen	13	15	-2	-13,3%
Sonstige Verbindlichkeiten	130	71	59	83,1%
	<u>254</u>	<u>210</u>	<u>44</u>	<u>21,0%</u>
Bilanzsumme	<u>3.128</u>	<u>3.251</u>	<u>-123</u>	<u>-3,8%</u>

## 9. Finanzlage

Statische Liquiditätsbetrachtung:

	2012	2011
Barliquidität	345,5 %	539,0 %
Kurzfristige Liquidität	747,1 %	971,4 %
Mittelfristige Liquidität	749,8 %	976,2 %

## 10. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2012 wurden Ersatzinvestitionen im Bereich Fuhrpark (27 T€) und EDV (Server, Laptops) (33 T€) getätigt. Die neuen Räumlichkeiten in Burscheid wurden für den Betrieb der HPA hergerichtet (12 T€).

## 11. Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

In Bezug auf den zukünftigen Standort des Aufnahme- und Clearingzentrums wurden verschiedene Optionen verfolgt. Ein konkretes Angebot lag jedoch bis Ende des Geschäftsjahres nicht vor. Ende des Jahres 2012 hat die Stadt Remscheid nach längeren Planungen und Verhandlungen damit begonnen, ein leerstehendes Gebäude im Waldhof für die Aufnahmegruppe 2 teilweise zu sanieren.

Der Wasserschaden in der Wohngruppe Kallenberg erforderte von den jungen Menschen und den Mitarbeitenden ein hohes Maß an Flexibilität. Organisatorische und finanzielle Belastungen konnten durch die gute Kooperation mit dem Landesjugendamt und durch die Betriebsunterbrechungsversicherung in weiten Teilen kompensiert werden.

Bereits im August 2012 konnte (gemäß der Strategie 2015) eine Immobilie für den zweiten Standort der Heilpädagogischen Ambulanz in Burscheid angemietet werden. Das diesbezüglich erweiterte neue Konzept ist festgeschrieben und wird im neuen Geschäftsjahr in den neuen Räumen umgesetzt.

## **II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres**

Die Sanierung der Aufnahmegruppe 2 durch die Stadt Remscheid sowie die Innenrenovierung wurden im Februar 2013 abgeschlossen. Die Sanierung der Wohngruppe Braunsberg konnte witterungsbedingt erst im Juni 2013 beendet werden.

Die Betriebsunterbrechungsversicherung hat für den Schadensfall Kallenberg eine Entschädigung in Höhe von 17 T€ gezahlt.

Die Vermögensschadenhaftpflichtversicherung des Kirchenkreises Lennep hat im August 2013 eine Regulierung des Schadensersatzanspruches der EJBL aufgrund einer fehlerhaften Personalkostenberechnung in Aussicht gestellt, sofern eine Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers über die erbrachten Pfllegetage in 2012 vorgelegt wird. Der Erstattungsanspruch beläuft sich auf 49 T€.

Ein Rechtsstreit um die Verursachung eines Kfz-Unfalls wurde beim Amtsgericht Köln zugunsten der EJBL entschieden. Es ist ein Schadenersatz in Höhe von 6,5 T€ zu erwarten.

## **III. Prognosebericht**

### **1. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Die Arbeit des Aufnahme- und Clearingzentrums wird sich konzeptionell noch stärker auf die psychosoziale Diagnostik fokussieren. Entsprechende Nachfragen der Jugendämter und die Inanspruchnahme dieses Angebotes lassen eine positive Entwicklung dieses Arbeitsfeldes erwarten.

Die in den Verhandlungen zum neuen Rahmenvertrag geforderte - wengleich noch nicht festgelegte - Mindestauslastungsquote von 96% wird einen erheblichen Druck auf die stationären Jugendhilfeeinrichtungen ausüben. Es bleibt abzuwarten, wie sich die derzeitigen eher stagnierenden Verhandlungen weiter entwickeln.

Zu diesen und anderen fachlichen, strukturellen und finanziellen Fragestellungen der Arbeit engagieren sich die leitenden Mitarbeitenden der EJBL in verschiedenen Gremien des Evangelischen Fachverbandes für erzieherische Hilfen Rheinland-Westfalen-Lippe. Die Geschäftsführerin der EJBL wurde in den Vorstand des Fachverbandes gewählt und leitet als Vorsitzende die Regionalkonferenz Bergisch Land.

Dem steigenden Fachkräftemangel in den sozialen und pflegerischen Berufen wirkt die EJBL aktiv entgegen. Die Regionalkonferenz Bergisch Land initiierte - bereits drei Jahre in Folge - einen Fachtag zur Akquirierung neuer Fachkräfte. Zwei der drei Fachtage fanden in der Stadthalle in Wermelskirchen statt; in jedem Jahr stiegen die Teilnehmerzahlen, und es konnten kompetente Nachwuchskräfte für die EJBL geworben werden.

Zur Gewinnung neuer Fachkräfte hat sich die EJBL auch an der Praxismesse der Fachhochschule Köln mit einem Infostand beteiligt.

## **2. Ausblick auf die Geschäftsjahre 2013 und 2014**

Zum Zeitpunkt der Lageberichtserstellung (Sommer 2013) blickt die Einrichtung auf ein positives Ergebnis aus dem ersten Quartal 2013 und befriedigende bis gute Belegungs- und Umsatzerlöse aus dem ersten Halbjahr zurück. Es sind keine Anhaltspunkte erkennbar, die eine gravierende Verschlechterung der Situation im Laufe des Jahres erwarten lassen.

Die Geschäftsführerin geht aufgrund der stabilen Belegungssituation davon aus, dass im Geschäftsjahr 2013 eine kostendeckende Arbeit der Gesellschaft erreicht wird.

Zum Jahr 2014 kann aufgrund der Unklarheit der Verhandlungen zum Rahmenvertrag noch keine Prognose abgegeben werden. Die Vermutung liegt jedoch nahe, dass die Rahmenbedingungen sich tendenziell verschlechtern werden.

## **3. Strategische Zielsetzungen**

Die Strategieziele 2015 sind zum Teil umgesetzt (z.B. HPA Burscheid) oder sind in aktiver Bearbeitung.

## **4. Konjunkturelle und rechtliche Rahmenbedingungen**

In Bezug auf die Jugendhilfelandchaft kann derzeit noch kein erkennbarer Richtungswechsel hinsichtlich der Veränderung der Strukturen (Abschaffung der Versäulung, Vereinfachung der Prozesse; siehe auch Lagebericht 2011) verzeichnet werden, da die Rahmenvertragsverhandlungen sich durch die sehr unterschiedlichen Forderungen der Vertragsparteien stark verzögern.

## **5. Ausblick auf die Geschäftsentwicklung**

Die Geschäftsführerin zeigt sich aufgrund der bisherigen Entwicklung des Jahres und der aktuellen Belegungssituation verhalten optimistisch, den Herausforderungen der rahmenvertragsfreien Zeit gut vorbereitet zu begegnen.

Insbesondere die Förderung der fachlichen Qualifizierung in wichtigen Themenbereichen (u.a. Kriseninterventionen, systemische Arbeit, Traumapädagogik) der in den Regelgruppen tätigen Mitarbeitenden, sichert die Qualität der Arbeit auch unter voraussichtlich zu erwartenden erschwerten Rahmenbedingungen.

gez.

Silke Gaube  
Geschäftsführerin

Wermelskirchen, den 13.08.2013

### 3.9 Bergische Entwicklungsagentur GmbH

#### Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Entwicklungsagentur GmbH  
 Kölner Str. 8  
 42651 Solingen  
 Tel. 0212/88160660

**Gründungsjahr: 2007**

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammkapital</b>	
	<b>in €</b>	<b>in %</b>
Stadt Remscheid	9.200,00	18,36
Stadt Solingen	9.200,00	18,36
Stadt Wuppertal	7.950,00	15,87
Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR	1.250,00	2,49
Stadtsparkasse Remscheid	2.550,00	5,09
Stadtsparkasse Solingen	3.600,00	7,20
Stadtsparkasse Wuppertal	8.850,00	17,66
Industrie- und Handelskammer Wuppertal- Solingen-Remscheid	7.500,00	14,97
<u>Gesamt</u>	<u>50.100,00</u>	<u>100,00</u>

#### **Beteiligung der Gesellschaft**

Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH („Neue Effizienz“) 1.562,00 6,25

#### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand der Gesellschaft ist die Entwicklung und Umsetzung von Projekten der Stadt- und Regionalentwicklung im Bergischen Städtedreieck. Inhaltliche Grundlage der Arbeit ist der von den Räten der Städten beschlossene und mit der IHK abgestimmte „Handlungsrahmen-Strukturimpulse für das Bergische Städtedreieck“.

Aufgaben der Gesellschaft sind insbesondere

- Beratung und Unterstützung von Unternehmen, Institutionen und Initiativen bei der Entwicklung und Vorbereitung von Projekten im Zusammenhang mit der Strukturförderung des Landes NRW und der EU in der Region Bergisches Städtedreieck
- Strategieentwicklung, Planungen und Konzepte, regionale Koordinierung und Projektmanagement sowie im Auftrag der Gesellschafter die Projektträgerschaft
  - zu Fördermaßnahmen der Kommunen, des Landes NRW, des Bundes und der EU vor allem im Hinblick auf die Mobilisierung der Strukturfonds des Landes NRW und der EU ( u.a. Ziel2-EFRE/Ziel2-ESF) für die Region Bergisches Städtedreieck,
  - zu Projekten der regionalen Kooperation in den Handlungsfeldern städteübergreifende Wirtschaftsförderung und Standortmarketing, regionale Planung und Tourismus,

- Akquirierung von öffentlichen und privaten Mitteln zu den o.a. Strukturimpulsen und Strukturprogrammen,
- Marketing und Interessenvertretung zu den o.a. Projekten und Aktivitäten.

### Organe der Gesellschaft

#### Geschäftsführung:

Bodo Middeldorf

#### Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding.

### Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Keine

### Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
Sachkostenzuschuss	50.000,00	50.000,00	50.000,00
Kosten der Personalgestellung	60.000,00	75.000,00	75.000,00

### Anzahl der Beschäftigten

Jahr	2010	2011	2012
Mitarbeiter/innen	8	10	12
zzgl. Personalgestellungen	5	5	5
zzgl. Studentische Aushilfskräfte	16	11	10

**Wirtschaftliche Unternehmensdaten****Bilanzstruktur – im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2010		2011		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Bilanz-Position</b>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	11	3,20	8	1,79	5	1,23
Sachanlagen	21	6,34	39	8,85	30	7,37
Finanzanlagevermögen	0	0,00	0	0,00	2	0,49
<b>Anlagevermögen</b>	<b>32</b>	<b>9,54</b>	<b>47</b>	<b>10,64</b>	<b>37</b>	<b>9,09</b>
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	135	40,61	227	51,47	162	39,80
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	165	49,85	167	37,89	208	51,11
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>300</b>	<b>90,46</b>	<b>395</b>	<b>89,36</b>	<b>370</b>	<b>90,91</b>
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,12	0	0,00	0	0,00
<b>Aktiva</b>	<b>331</b>	<b>100,00</b>	<b>442</b>	<b>100,00</b>	<b>407</b>	<b>100,00</b>
Gezeichnetes Kapital	50	15,13	50	11,34	50	12,29
Verlustvortrag / Gewinnvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Jahresüberschuss(+)</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
<b>Jahresfehlbetrag(-)</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>50</b>	<b>15,13</b>	<b>50</b>	<b>11,34</b>	<b>50</b>	<b>12,29</b>
Sonderposten für Investitionszuschüsse	30	9,18	47	10,64	35	8,60
Rückstellungen	46	13,89	39	8,78	39	9,58
Verbindlichkeiten	205	61,81	306	69,22	283	69,53
Rechnungsabrechnungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Passiva</b>	<b>331</b>	<b>100,00</b>	<b>442</b>	<b>99,98</b>	<b>407</b>	<b>100,00</b>

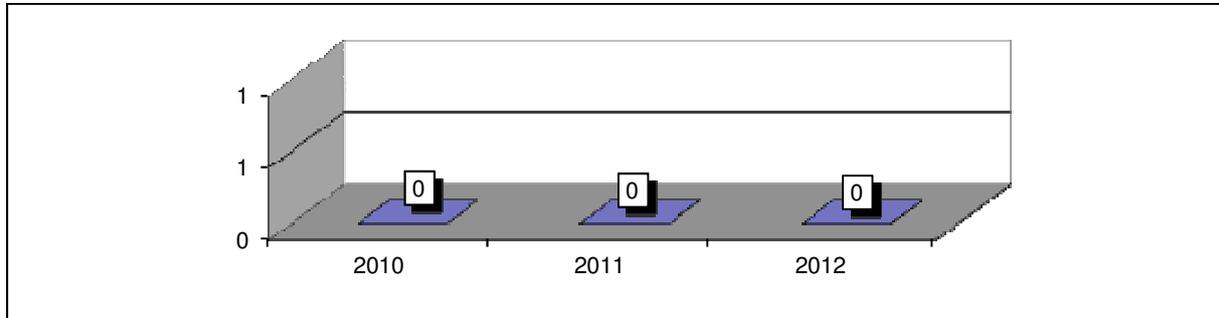
**Gewinn- und Verlustrechnung – im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
<b>GuV-Position</b>			
Sonstige betriebliche Erträge	1.809	1.863	2.003
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0
<b>Erträge</b>	<b>1.810</b>	<b>1.864</b>	<b>2.003</b>
Materialaufwand	270	344	349
Personalaufwand	477	622	616
Abschreibungen	12	14	17
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.051	884	1.021
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
<b>Aufwendungen</b>	<b>1.811</b>	<b>1.520</b>	<b>2.003</b>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1	344	0
Außerordentliche Erträge	1		
Außerordentliche Aufwendungen	0		
Sonstige Steuern	0	344	0
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus, da die Aufwendungen durch Betriebskostenzuschüsse gedeckt werden.

**Entwicklung der Jahresergebnisse**

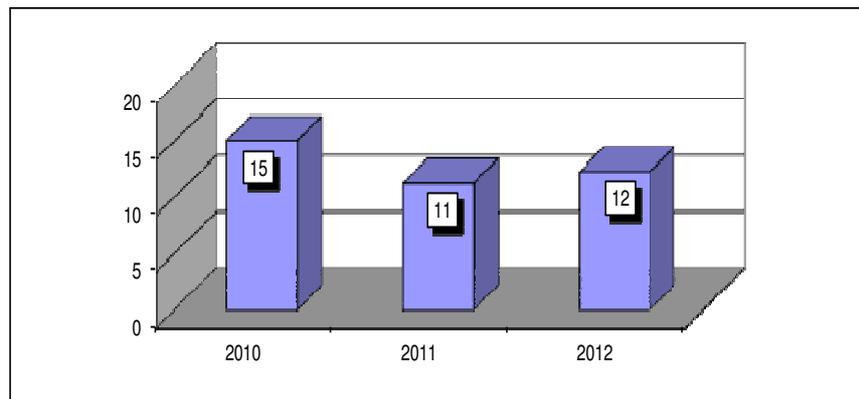
Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	0	0



**Kennzahlen**

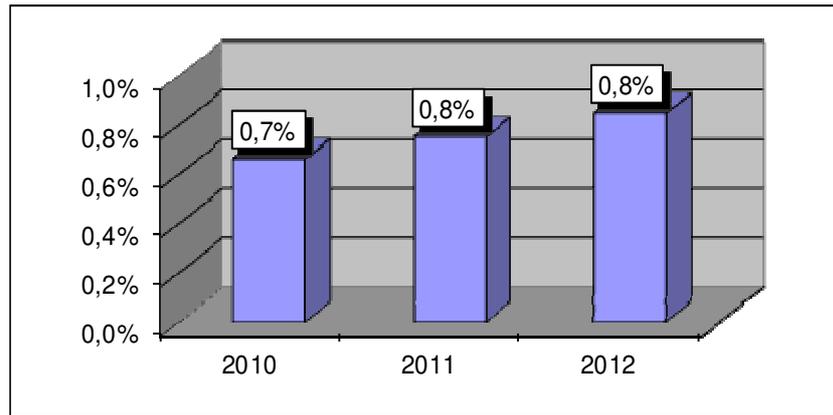
**Eigenkapitalquote**

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	50	50	50
Bilanzsumme	331	442	406
% EK	15	11	12



**Cash-Flow**

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	0	0	0
Abschreibungen	12	14	17
	12	14	17
Gesamterträge	1.810	1.863	2.003
<b>Cash-Flow</b>	<b>0,7%</b>	<b>0,8%</b>	<b>0,8%</b>



## Lagebericht 2012

### Allgemeines

Nachdem die Projektstätigkeit der Bergischen Entwicklungsagentur in 2011 auf der Basis erfolgreicher Wettbewerbsergebnisse erheblich ausgeweitet worden war, wurde die Zahl der selbst durchgeführten Projekte in 2012 wieder leicht zurückgeführt. Erstmals wurden Drittmittel gestützte Projekte zum Abschluss gebracht. Dennoch erhöhte sich das Finanzvolumen noch einmal leicht; ein Umstand, der wesentlich auf die Restabwicklung größerer Beträge aus der Landesförderung sowie die Durchführung der Eisenwarenmesse zurückzuführen war.

Die Aktivitäten basierten auch 2012 auf dem von den Räten der drei Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal verabschiedeten Wirtschaftsplan sowie den laufenden Beschlüssen der Gesellschafterversammlung. Zum Jahreswechsel 2011 auf 2012 wurde den politischen Gremien darüber hinaus eine Bilanz der Gesellschaftsarbeit für das abgelaufene sowie ein Jahresarbeitsprogramm für das kommende Geschäftsjahr vorgelegt. Letzteres wurde von den Räten der drei Städte ohne wesentliche Änderungen verabschiedet. Zusätzlich fand eine regelmäßige, umfangreichere Information über die laufende Projektarbeit in mehreren Ausschüssen der drei Städte statt. Der Lenkungsreis nahm auch 2012 seine Vorberatungsfunktion wahr und befasste sich an zwei Terminen mit inhaltlichen Themen.

Die im Zuge der in 2010 getroffenen Beschlüsse zur Weiterentwicklung der Gesellschaftsarbeit vorgenommene inhaltliche Fokussierung auf die funktionalen Aufgabenbereiche Regionalmanagement, Regionale Strukturpolitik, Regionalmarketing, Regional bedeutsame Projekte und Interessenvertretung wurde auch in 2012 konsequent angewendet und hat sich im operativen Geschäft und im Hinblick auf die Arbeitsteilung mit Institutionen auf lokaler Ebene bewährt.

Die Gesellschafter fassten nach vorlaufenden Beratungen und Entscheidungen in den Räten der drei Städte sowie der Vollversammlung der IHK den einstimmigen Beschluss, die Arbeit der Gesellschaft auf der Basis des aktuell definierten Aufgabenkatalogs bis 2020 weiterzuführen. Damit verbunden ist zugleich die Absicht der einzelnen Gesellschafter, die entsprechenden jährlichen Finanzierungsbeiträge in unveränderter Höhe wie bisher zur Verfügung zu stellen.

Die zwischenzeitlich von Seiten des Gesellschafters Stadt-Sparkasse Solingen angekündigte Einstellung der Beitragszahlung nach Erreichen einer Gesamtzuschussgrenze wurde zurückgenommen.

An der Zusammensetzung der Gesellschafterstruktur wurde 2012 keine Änderung vorgenommen.

### **Finanzentwicklung**

Das Wirtschaftsjahr erstreckt sich auf den Zeitraum vom 01.01.2012 bis 31.12.2012. Der Jahresabschluss 2012 weist aus, dass sich die Aktivitäten der Bergischen Entwicklungsagentur GmbH auch 2012 innerhalb der vorgegebenen Rahmendaten des Wirtschaftsplanes bewegt haben. Die Gesellschafter haben die Arbeit der Bergischen Entwicklungsagentur im Jahr 2012 mit laufenden monetären Beiträgen in Höhe von 555 Tausend Euro unterstützt.

Hinzuzurechnen sind Personalgestellungen in einem Gegenwert von 76 Tausend Euro seitens der Stadt Remscheid, 140 Tausend Euro seitens der Stadt Solingen und 133 Tausend Euro von Seiten der Stadt Wuppertal. Als Gegenwert für die erlassene Miete durch die Industrie- und Handelskammer wurde ein Betrag in Höhe von 45 Tausend Euro berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden keine weiteren Finanzierungsquellen zur Grundfinanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit in Anspruch genommen. Für die Durchführung von Projekten konnte die Bergische Entwicklungsagentur wieder in erheblichem Umfang auf Drittmittel insbesondere des Landes NRW aus unterschiedlichen Förderzugängen zurückgreifen. Allerdings verzögerten sich Genehmigungsverfahren teilweise erheblich, so dass es bei der Projektabwicklung zu zeitlichen Verschiebungen kam. Diese äußern sich in einem gegenüber dem Wirtschaftsplan 2012 um ca. 30% reduziertem Finanzvolumen bei der Projektarbeit.

Die Gesamthöhe der betrieblichen Erträge betrug im Jahr 2012 2.002.829,27 Euro. Davon wurden 616.318,40 Euro für Personalaufwendungen, 16.514,29 Euro für Abschreibungen und 1.020.513,28 Euro für sonstige betriebliche Aufwendungen verausgabt. Im Ergebnis der Geschäftstätigkeit ergab sich ein Jahresüberschuss von 0 Euro. Damit hat sich das Finanzvolumen gegenüber dem Vorjahr nochmals leicht erhöht.

Aufgrund des spezifischen Geschäftszwecks der Gesellschaft lag und liegt keine Gewinnerzielungsabsicht vor, eine Vorsteuerabzugsberechtigung für das Kerngeschäft besteht nicht. Einzelne, buchhalterisch abgegrenzte Bereiche, so beispielsweise die Auftritte auf der Immobilienmesse Expo Real oder der Eisenwarenmesse wurden allerdings mit Vorsteuer geführt.

Zu Beginn des Jahres 2012 wurde der Gesellschaft auf Antrag durch den Verbund der drei Stadtparkassen Wuppertal, Solingen und Remscheid zur Sicherstellung der Liquidität ein Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 150.000 Euro zur Verfügung gestellt. Dieser musste in 2012 nicht in Anspruch genommen werden.

Zur Abwicklung des Sonderauftrags der Stadt Solingen zur Übernahme der lokalen Tourismusförderung wurden der BEA für 2012 eine Personalabordnung und ein Sonderbeitrag für Sachkosten in Höhe von 25.000 Euro netto zur Verfügung gestellt.

Seit dem 23. Mai 2012 ist die BEA gemäß einer Entscheidung ihrer Gesellschafter und nach entsprechender Anpassung des Gesellschaftsvertrages Gründungs-gesellschafter der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH. Für einen Anteil von 6,25% wurde eine Stammkapitaleinlage von 1.562 Euro gezeichnet. Darüber hinaus fielen im Jahr 2012 bereits 12.760 Euro an laufenden Betriebskostenzuschüssen an.

### **Personalentwicklung**

Im Jahr 2012 waren 12 Angestellte und in geringfügigen Umfang 10 Aushilfen beschäftigt. Diese setzen sich aus dem Stammpersonal, den projektfinanzierten Beschäftigungsverhältnissen und den Abordnungen zusammen. Die Ausbildung einer Mitarbeiterin zur Kauffrau für Tourismus- und Freizeitwirtschaft konnte erfolgreich abgeschlossen werden; die Mitarbeiterin wurde übernommen.

An der Besetzung und der Kompetenzregelung für die Geschäftsführung änderte sich in 2012 nichts. Vorsitzender der Gesellschafterversammlung war während des gesamten Geschäftsjahres der Solinger Oberbürgermeister Norbert Feith.

### **Projekte und Aktivitäten**

Auch im Jahr 2012 lag der Fokus der Geschäftstätigkeit auf der Umsetzung zahlreicher Förderprojekte; allerdings liefen erste, während der institutionellen Aufbauarbeit begonnene Projekte aus. Im Folgenden werden die wichtigsten Projekte beschrieben, jedoch keine vollständige Auflistung vorgenommen. Dabei hat sich die mit den Beschlüssen zur Weiterentwicklung der Gesellschaftsarbeit umgesetzte neue funktionale Aufgabenzuordnung im operativen Geschäft bewährt.

Unter dem Oberbegriff „Heimat.Zukunft.Kooperation“ führte die Bergische Entwicklungsagentur 2012 einen großen Bergischen Kongress und eine einwöchige Ausstellungswoche durch.

Zielsetzung war es, Akteure und Projekte sichtbar zu machen, die Vernetzung nach innen und das Selbstbewusstsein nach außen zu stärken. Beide Veranstaltungen wurden von etwa 800 Gästen besucht. Kongress und Ausstellung zeigten einen Ausschnitt des Ideenreichtums des Bergischen Städtedreiecks und präsentierten das aktuelle Geschehen in der Region. Zugleich sendeten beide Veranstaltungen ein klares Signal in Richtung Land.

Zu einer der wichtigsten Aufgaben gehörte 2012 die Erarbeitung einer regionalen Stellungnahme im Rahmen des NRW-Konsultationsverfahren zur Aufstellung des Operationellen Programms für die Ziel 2-Förderperiode 2014 bis 2020. Die Landesregierung hatte in Vorbereitung der Erarbeitung des Operationellen Programms zum Einsatz der europäischen Ziel 2-Mittel in NRW in der kommenden Förderperiode landesweit etwa 1000 Akteure im Rahmen eines formalen Konsultationsverfahrens zur Stellungnahme aufgefordert. Das Bergische Städtedreieck erarbeitete hierfür mit den Städten und der IHK sowie 7 weiteren wirtschaftspolitischen Akteuren unter Federführung der Bergischen Entwicklungsagentur innerhalb einer Frist von 8 Wochen eine gemeinsame regionale Stellungnahme. Diese beinhaltete unter anderem bereits eine inhaltliche Positionierung auf regional bedeutsame Entwicklungs- und Handlungsfelder als strukturpolitische Schwerpunkte bis 2020. Damit ist es als einzige Region in NRW gelungen, ein derartig breit getragenes gemeinsames Papier einzureichen.

2012 beteiligte sich das Bergische Städtedreieck unter der Federführung der BEA mit der Müngstener Brücke am Interessenbekundungsverfahren des Landes Nordrhein-Westfalen zur Fortschreibung der sogenannten deutschen „Tentativliste“ – die als Vorschlagsliste künftiger Welterbestätten der Bundesrepublik Deutschland an die UNESCO in Paris übersandt wird. Obwohl sich das Land für das Ruhrgebiet entschieden hat, kann die Bewerbung bezogen auf den Marketingeffekt sowie die Tatsache, dass auf diese Weise der Status als „Denkmal nationaler Bedeutung“ erlangt wurde, als Erfolg gewertet werden.

Die Bergische Entwicklungsagentur übernahm 2012 die Federführung bei der Bearbeitung eines regionalen Gewerbeflächenkonzeptes durch die Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal, die IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid und die Handwerkskammer. Neben den 3 regionalen Positionspapieren Wohnen, Infrastruktur, Freizeitwirtschaft und Kulturlandschaft sowie den regionalen Klimaschutzteilkonzepten „Potenziale der Erneuerbaren Energien“ sowie „Anpassung an den Klimawandel“ dient das Konzept als Eingabe der Region in den Prozess der Neuaufstellung des Regionalplans der Bezirksregierung Düsseldorf. Zugleich ist es Grundlage für eine mögliche Förderung in der kommenden Ziel 2-Förderperiode.

Das von Seiten der Bergischen Entwicklungsagentur und weiterer Partner in 2010 begonnene regionale Wirtschaftsförderungsprojekt Bergischer ThinkTank wurde in 2012 zu Ende geführt. Dabei war das letzte Projektjahr geprägt von der Verstetigung des Grundgedanken, weiterhin Zukunftsthemen für die Region zu identifizieren. Es fanden Workshops mit Vertretern der Kreativwirtschaft statt, die den Leitgedanken des Bergischen ThinkTanks weiterführen wollen. Die Bergische Entwicklungsagentur wird das Netzwerk weiter begleiten. Im Rahmen des Ziel 2-geförderten Regionalbudgets Bergisches Städtedreieck wurde gemeinsam mit Unternehmen aus der Region das überbetriebliche Traineeprogramm für Nachwuchskräfte aus dem Mittelstand unter dem Titel „dreipunktnull“ fortgesetzt und ebenfalls zum Abschluss gebracht. Als erfolgreiches Kooperations-Instrument zur Fachkräftesicherung im Mittelstand handelte es sich bis zum Projektende um ein landesweit einzigartiges Vorhaben. Das Projektformat konnte nach der geförderten Laufzeit an die private Wirtschaft übergeben werden.

2012 übernahm die Bergische Entwicklungsagentur nach Beschluss des Lenkungskreises der Regionalagentur die Funktion des regionalen Netzwerktreibers im Rahmen der Landesinitiative zur Fachkräftesicherung. Neben der Initiierung und Begleitung zahlreicher Einzelanträge in der Funktion als Netzwerktreiber sowie umfangreicher Lobbyarbeit reichte die Bergische Entwicklungsagentur stellvertretend für das Bergische Fachkräftebündnis einen eigenen Antrag zur Bildung eines institutionell übergreifenden regionalen Kompetenzteams zur Fachkräftesicherung ein.

2012 wurde die bisherige, noch aus der Zeit der Regionale 2006 stammende Internetpräsenz kompetenzhoch3 aufgelöst. Damit wurde auch die finanzielle Zusammenarbeit der drei Wirtschaftsförderungen sowie der BEA zur Unterhaltung der Präsenz beendet. Als Ersatz wurde mit der Erarbeitung eines Internetauftritts für die Wirtschaftsregion Wuppertal, Solingen, Remscheid unter der Marke „Das Bergische Städtedreieck“ bei der BEA begonnen. Diese wird künftig die Funktion als Erstüberblick und Informationsmedium über die Wirtschaftsregion Bergisches Städtedreieck erhalten.

Die Tourismusregion Wuppertal, Solingen, Remscheid wird seit 2012 unter der Marke „Die Bergischen Drei“ auch mit einem einheitlichen Internetauftritt vermarktet. Dabei arbeiten die Bergische Entwicklungsagentur mit strategischer Projektentwicklung und Fördermittelakquise sowie der unter ihrer Leitung stehende Bergisches Land Tourismus Marketing e. V. als Reiseveranstalter und Netzwerk der touristischen Leistungsträger eng zusammen.

Der Umfang, der von der BEA selbst oder mit Partnern durchgeführten Präsentationen der Region auf Messen und Ausstellungen im Rahmen des Regionalmarketings, nahm in 2012 noch einmal zu. Den größten Aufwand erforderten die Auftritte auf der Expo Real, der Eisenwarenmesse; dem NRW-Tag, der Tourismusmesse ITB, Vakantie-Boers und TourNatur sowie auf zahlreichen, vorwiegend regionalen Ausstellungen.

Das operative Geschäft im Bereich der Tourismusförderung ist im Bergisch Land Tourismus Marketing e.V. organisiert. Dieser ist mit der Bergischen Entwicklungsagentur eng verknüpft, um größtmöglichen Einfluss auf die Angebots- und Geschäftsentwicklung nehmen zu können. Gemäß der Satzung stellt sie daher sowohl den Vorsitzenden als auch den Geschäftsführer. Die Funktion des Vorsitzenden werden dabei von dem Geschäftsführer der BEA und die des Geschäftsführers des BLTM von einem Mitarbeiter der BEA wahrgenommen.

### **Zukünftige Entwicklungen**

In inhaltlicher Hinsicht konnten zu Beginn des Jahres positive Beschlüsse zu Projekten erreicht werden, die wesentlich auf der Arbeit in 2012 und dem vorangegangenen Jahr beruhen. Dazu gehören unter anderem die Klimaschutzteilkonzepte „Anpassung an den Klimawandel“ und „Erneuerbare Energien-Potenziale“, die Gründung des Maschinenbaunetzwerks Bergisches Land, der Start des zusammen mit dem Wuppertal-Institut initiierten Projekts „Ressourcenkooperation“ sowie die Erschließung und das Marketing für den Panoramamaradwegeverbund. Auch die Drittmittelprojekte ‚Marketing Bergischer Trassenverbund‘ und ‚Marketing Schloss Burg‘ können in 2013 nach längerer Wartezeit auf die entsprechenden Förderbescheide des Landes nun begonnen werden.

Gleichzeitig stehen im ersten Halbjahr 2013 Bemühungen im Rahmen des Projektantrags für das zdi-Zentrum BEST an der Bergischen Universität und im Rahmen der Erlangung des Status als Gesundheitsregion sowie die Akquisition von Finanzierungsmitteln für die Durchführung der erforderlichen Gebäudesanierungsmaßnahmen auf Schloss Burg im Vordergrund der Aktivitäten. Zu einer der wichtigsten Aufgaben gehört zweifellos die weitere intensive Vorbereitung der neuen Ziel 2-Förderperiode durch eine intensive Beratungsarbeit in Richtung Land, aber auch in Form einer inhaltlichen Vertiefung der in 2012 definierten Themenbereiche bis hin zur Erarbeitung eines Strukturprogramms.

Zur Erfüllung der formalen Voraussetzungen für die Umsetzung des Beschlusses zur Weiterführung der Gesellschaftsarbeit bis 2020 bedarf es einer Änderung des Gesellschaftsvertrags. Diese kann erst nach erneuter Beschlussfassung in den Ratsgremien der drei Städte vollzogen werden, weil die Bezirksregierung als Kommunalaufsicht ihre Zustimmung zu einer Weiterführung von einer Aufnahme der Regelungen nach dem Transparenzgesetz NRW abhängig gemacht hat. Die entsprechenden Beschlüsse wurden zwischenzeitlich in allen drei Städten gefasst. Nach der sich anschließenden Entscheidung im Gesellschafterkreis kann die Änderung auch notariell umgesetzt werden.

Die Bergische Entwicklungsagentur wird in 2013 zwei Ausbildungsplätze für die Ausbildung zur Kauffrau/Kaufmann für Tourismus- und Freizeitwirtschaft einrichten und besetzen, eine davon bei dem Bergisches Land Tourismus Marketing e.V. und eine weitere im Verbund mit dem Schlossbauverein Burg an der Wupper e.V. als Betreiber von Schloss Burg.

### **Chancen und Risiken**

Alle Gesellschafter haben ihre Absicht erklärt, die Arbeit der Gesellschaft mit jährlichen Finanzierungsbeiträgen in unveränderter Höhe bis 2020 zu unterstützen.

Erstmals erfolgt in 2013 die Zahlung des vollen Betriebskostenbeitrags im Rahmen der Beteiligung an der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz. Da der Gesamtbetrag jeweils zu Beginn des Jahres fällig wird, die Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter der BEA sich jedoch auf vier Teilzahlungen verteilen, ist nicht auszuschließen, dass es in den kommenden Jahren im ersten Quartal zu einer (Teil-)Inanspruchnahme des Kontokorrentkreditrahmens kommen wird. Dies gilt auch im Hinblick auf die nun definitiv

auslaufenden Vorfinanzierungsbudgets aus der Städtebauförderung des Landes sowie die vollständige Abschmelzung der Finanzreserven. Gleichzeitig besteht die Notwendigkeit zur Vorfinanzierung der Ziel 2-geförderten Projekte fort.

Grundsätzlich könnten sich wie in den Vorjahren Risiken aus eventuellen Rückforderungen nicht bewilligungskonform eingesetzter Fördermittel ergeben. Diese werden dadurch reduziert, dass im Falle der Regionale-Restmittel eine Vorprüfung durch die Stadt Wuppertal als formalem Fördermittelempfänger und im Falle der mit EU-Mitteln kofinanzierten Projekte eine kontinuierliche, umfängliche Begleitprüfung sämtlicher eingereichter Unterlagen durch die Bewilligungsbehörden erfolgt.

Besondere erwähnenswerte Vorgänge nach dem Bilanzstichtag haben sich ansonsten nicht ergeben.

Solingen, 07. Juni 2013

gez. Bodo Middeldorf  
Geschäftsführung

### 3.10 Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

#### Allgemeine Unternehmensdaten

Lokalfunk Remscheid-Solingen  
 Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG  
 Mummstraße 9  
 42651 Solingen  
 Tel. 0212 / 299 - 105

**Gründungsjahr:** 1989

<b>Gesellschafter</b>	<b>Kommanditkapital</b>	
	<b>in €</b>	<b>in %</b>
<u>Persönlich haftende Gesellschafterin</u>		
Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH	ohne Einlage	-
<u>Kommanditisten</u>		
Lokalfunk Remscheid-Solingen Presse Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	384.000,00	75,0
Stadt Solingen	73.216,00	14,3
Stadt Remscheid	54.784,00	10,7
<u>Gesamt</u>	<u>512.000,00</u>	<u>100,0</u>

#### **Verbundene Unternehmen**

<b>Gesellschaften</b>	<b>Stammkapital</b>	
	<b>in €</b>	<b>in %</b>
Lokalfunk Remscheid Solingen Betriebsgesellschaft mbH	26.000,00	100,0

#### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich bis 02.07.2002 aus dem Landesrundfunkgesetz (LRG) und ab 03.07.2002 aus dem Landesmediengesetz (LMG NRW) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

1. Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen;
2. dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen;
3. für den Vertragspartner den in § 24 Abs. 4 Satz 1 LRG bzw. den in § 72 LMG genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
4. Hörfunkwerbung zu verbreiten

## **Organe der Gesellschaft**

### Geschäftsführung:

Zur Geschäftsführung der Gesellschaft ist die persönlich haftende Gesellschafterin *Lokalfunk Remscheid-Solingen Betriebsgesellschaft mbH* berufen. Alleiniger Geschäftsführer dieser Gesellschaft ist Herr Bernhard Boll.

### Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung war laut Ratsbeschluss Frau Barbara Wagner.

## **Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

Keine

## **Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid\***

### **Wirtschaftliche Unternehmensdaten\***

- \*) Die Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid und die wirtschaftlichen Unternehmensdaten werden auf Wunsch der Gesellschaft im Beteiligungsbericht nicht veröffentlicht. Die veröffentlichten Daten beschränken sich daher auf die -bis zum Zeitpunkt der Erstellung eines Gesamtabschlusses durch die Stadt Remscheid zulässigen-gesetzlichen Mindestvorgaben gemäß Gemeindeordnung.

### 3.11 Sana-Klinikum Remscheid GmbH

#### Allgemeine Unternehmensdaten

Sana – Klinikum Remscheid GmbH  
 Burger Str. 211  
 42859 Remscheid  
 Tel. 02191 / 13-3000

**Gründungsjahr:** 1913

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammkapital</b>	
	<b>in €</b>	<b>in %</b>
Stadt Remscheid	158.100,00	5,1
Sana Kliniken AG	2.941.900,00	94,9
<u>Gesamt</u>	<u>3.100.000,00</u>	<u>100,0</u>

#### **Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft**

<b>Gesellschaften</b>	<b>Stammkapitalanteil</b>	
	<b>in €</b>	<b>in %</b>
Sana Arztpraxen Remscheid GmbH	25.000,00	100,00
RNR Sana MVZ GmbH	12.250,00	49,00

Über die Muttergesellschaft – Sana Kliniken GmbH & Co. KGaA, Ismaning- ist die Sana-Klinikum Remscheid GmbH mit diversen gemeinnützigen und nicht gemeinnützigen Kliniken sowie Dienstleistungsunternehmen verbunden.

#### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Unterhaltung eines allgemeinen Krankenhauses mit Ausbildungsstätten, sonstigen Nebeneinrichtungen und flankierenden Einrichtungen in Remscheid. Im Rahmen der sachlichen Möglichkeiten werden Patienten ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Konfession, Rasse, Geschlecht oder Wohnsitz stationär oder ambulant untersucht und behandelt.

#### **Organe der Gesellschaft**

##### Geschäftsführung:

Oliver Bredel

Aufsichtsrat:

Dipl.-Kfm. Dr. Michael Philippi –Vorsitzender-  
 Burkhard Mast-Weisz –stellv. Vorsitzender-  
 Dr. Rainer Trapp  
 Dipl.-Kfm. Hans-Jürgen Michal bis 30.06.2012  
 Ulrike Hohberg ab 01.07.2012  
 Thomas Preuss  
 Hans Joachim Erhardt  
 André Lassak  
 Heinz Jürgen Heuser  
 Susanne Hochburger

Beirat:

Lothar Sill  
 Wolf Lüttinger Ratsmitglied  
 Bernd Störmer  
 Harald Sellner  
 Susanne Pütz Ratsmitglied  
 Fritz Beinersdorf Ratsmitglied  
 Norbert Schmitz Ratsmitglied  
 Rita Jungesbluth-Wagner  
 Uwe Ufer  
 Dr. Bettina Stiel-Reifenrath  
 Ralf Laflör  
 Johannes Haun  
 Thomas Kaster  
 Dr. Frank Neveling  
 Ulrich Schnell  
 Volker Pleiß  
 Rainer Wallenfang  
 Hildegard Schrader

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Stadt Remscheid in den Gesellschafterversammlungen war lt. Ratsbeschlüssen Herr Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz.

**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

Bürgschaftsverpflichtung per 31.12.2012 3.645.522,24 € (Neubaufinanzierung)

Abgabe einer Patronatserklärung zur Sicherung der Finanzierung der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Höhe von bis zu 1.641.566,88 €. Zum 31.12.2012 betrug die Verpflichtung seitens der Stadt Remscheid 1.605.914,05 €.

**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
Zuschuss Kinder- und Jugendpsychiatrie	42.368,15*	0,00	0,00
Schuldendienst gem. gesellschaftsvertragl. Vereinbarung	80.225,96	80.225,96	80.225,96
Verkauf von Geschäftsanteilen	0,00	0,00	0,00

\*) hierbei handelt es sich um die letzte Zuschussgewährung betreffend das Jahr 2007.

**Anzahl der Beschäftigten**

Geschäftsbereich	2010	2011	2012
Arztlicher Dienst	163,3	154,6	153,0
Pflegedienst	296,2	282,7	274,1
Med.-technischer Dienst	70	68,9	71,4
Funktionsdienst	112,1	106,9	111,8
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	0,3	0,3	0,0
Technischer Dienst	0	0	0,0
Verwaltungsdienst	48,6	50	48,1
Sonderdienste	6,1	6,2	6,1
Personal der Ausbildungsstätten	4,5	4,6	4,6
Sonstiges Personal	0	0	0,4
<b>Gesamt</b>	<b>701,1</b>	<b>674,2</b>	<b>669,5</b>

**Wirtschaftliche Unternehmensdaten****Leistungsdaten des Unternehmens**

Leistungsdaten	2010	in %	2011	in %	2012	in %
Planbetten	684	0,0	684	0,0	684	0,0
Ist-Betten	518	0,0	463	-10,6	438	-5,4
Pflegetage	144.074	-0,3	140.007	-2,8	144.080	2,9
stationär behandelte Patienten -Fallzahl-	20.943	0,3	20.568	-1,8	19.519	-5,1
durchschnittliche Verweildauer -Tage-	6,9	0,0	6,8	-1,4	7,4	8,8
Ausnutzungsgrad der Ist-Betten	76,2	-0,3	87,6	15,0	89,9	2,6

**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

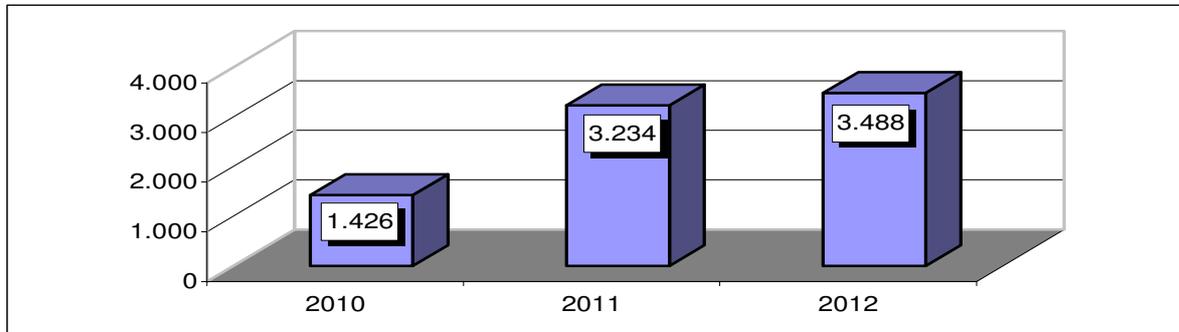
Jahr Bilanz-Position	2010		2011		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	67	0,05	36	0,03	106	0,09
Sachanlagen	100.092	82,06	95.527	78,43	91.418	77,06
Finanzanlagen	2.225	1,82	2.145	1,76	2.065	1,74
<b>Anlagevermögen</b>	<b>102.384</b>	<b>83,94</b>	<b>97.708</b>	<b>80,22</b>	<b>93.589</b>	<b>78,89</b>
Vorräte	2.582	2,12	2.627	2,16	2.618	2,21
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenst.	10.762	8,82	13.997	11,49	15.044	12,68
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	963	0,79	1.200	0,99	1.531	1,29
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>14.307</b>	<b>11,73</b>	<b>17.824</b>	<b>14,63</b>	<b>19.193</b>	<b>16,18</b>
Ausgleichsposten nach dem KHG	4.206	3,45	4.228	3,47	4.250	3,58
Rechnungsabgrenzungsposten	65	0,05	50	0,04	33	0,03
Latente Steuern	1.000	0,82	1.983	1,63	1.527	1,29
Aktiver Urteilsbetrag aus Vermögensverr.	18	0,01	7	0,01	42	0,04
<b>Aktiva</b>	<b>121.980</b>	<b>100,00</b>	<b>121.800</b>	<b>100,00</b>	<b>118.634</b>	<b>100,00</b>
Gezeichnetes Kapital	3.100	2,54	3.100	2,55	3.100	2,61
Kapitalrücklage	9.285	7,61	9.365	7,69	9.445	7,96
Gewinnrücklagen	468	0,38	468	0,38	468	0,39
Gewinnvortrag(+) / Verlustvortrag(-)	-2.981	-2,44	-1.554	-1,28	1.680	1,42
<b>Jahresüberschuss(+)</b>	<b>1.427</b>	<b>1,17</b>	<b>3.234</b>	<b>2,66</b>	<b>3.489</b>	<b>2,94</b>
<b>Jahresfehlbetrag(-)</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>11.299</b>	<b>9,26</b>	<b>14.613</b>	<b>12,00</b>	<b>18.182</b>	<b>15,33</b>
Sonderp. a. Zuw. z. Fin. des Anlageverm.	18.195	14,92	16.695	13,71	15.342	12,93
Rückstellungen	8.365	6,86	8.838	7,26	8.444	7,12
Verbindlichkeiten	83.514	68,47	81.129	66,61	76.232	64,26
Ausgleichsposten aus Darlehensforderung	600	0,49	497	0,41	394	0,33
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0,01	28	0,02	40	0,03
<b>Passiva</b>	<b>121.980</b>	<b>100,00</b>	<b>121.800</b>	<b>100,00</b>	<b>118.634</b>	<b>100,00</b>

**Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr GuV-Position	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse einschl. KHG-Finanzierung	90.518	90.077	90.199
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-246	1	-131
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	6.440	6.687	4.867
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	26	48	121
<b>Erträge</b>	<b>96.738</b>	<b>96.813</b>	<b>95.056</b>
Aufwand nach dem KHG	4.313	3.637	3.195
Personalaufwand	46.945	46.199	46.604
Materialaufwand	23.156	24.579	22.558
Abschreibungen	6.373	6.070	5.926
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.615	11.829	10.632
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.148	2.134	1.975
<b>Aufwendungen</b>	<b>95.550</b>	<b>94.448</b>	<b>90.890</b>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.188	2.365	4.166
Außerordentliche Erträge	-481	0	0
Sonstige Steuern	719	869	-678
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>1.426</b>	<b>3.234</b>	<b>3.488</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

## Entwicklung der Jahresergebnisse

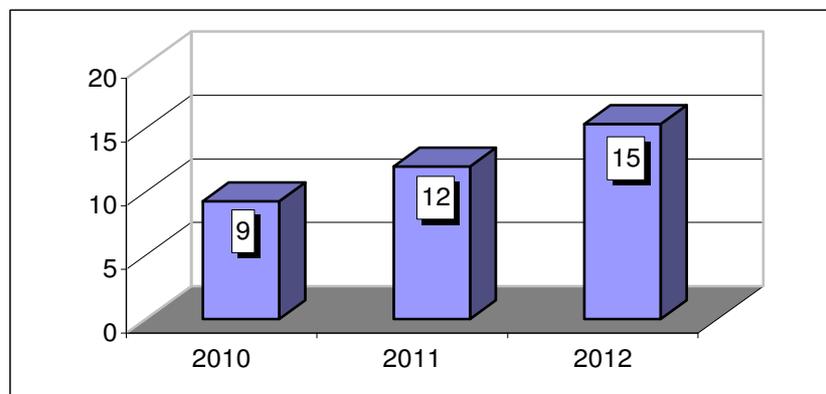
Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	1.426	3.234	3.488



## Kennzahlen

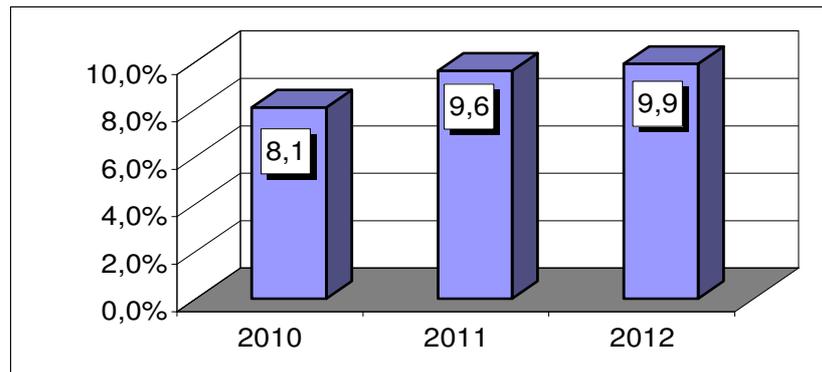
### Eigenkapitalquote

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	11.299	14.613	18.182
Bilanzsumme	121.980	121.800	118.634
<b>% EK</b>	<b>9</b>	<b>12</b>	<b>15</b>



### Cash-Flow

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	1.426	3.234	3.488
Abschreibungen	6.373	6.070	5.926
	7.799	9.304	9.414
Gesamterträge	96.738	96.813	95.056
<b>Cash-Flow</b>	<b>8,1%</b>	<b>9,6%</b>	<b>9,9%</b>



## Lagebericht 2012

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Sana Kliniken AG, in deren Konzernabschluss sie einbezogen wird. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Unterhaltung eines allgemeinen Krankenhauses mit Ausbildungsstätten, sonstigen Nebeneinrichtungen und flankierenden Einrichtungen in Remscheid.

### 1. Gesamtwirtschaftliche und branchenwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 2012 stand unter dem Fokus hoher Staatsverschuldungen und Niedrigzinspolitik im Euro-Raum. Die Unsicherheit über den Fortgang der Schuldenkrise, insbesondere in Griechenland, Spanien und Italien, die Schwankungen an den Finanzmärkten sowie die Sorgen vor einer Konjunkturabschwächung dämpfen die realwirtschaftliche Entwicklung. Gleichwohl ist auch erkennbar, dass eine unbegrenzte Verschuldung der Volkswirtschaften in Europa, wie in der Vergangenheit beobachtet werden konnte, zukünftig faktisch nicht mehr fortgesetzt werden kann. Zunehmender Widerstand der Bevölkerung bei der Durchsetzung der Sparreformen und die steigende Arbeitslosigkeit in Südeuropa sind die Folge. Die deutsche Wirtschaft zeigt sich trotz Abschwächung des Wirtschaftswachstums widerstandsfähig.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist laut Angaben des Statistischen Bundesamts (Destatis) im zweiten Quartal 2012 gegenüber dem Vorquartal – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,3 Prozent gestiegen. Der Arbeitsmarkt zeigte sich in den ersten zehn Monaten 2012 sehr robust, auch wenn die bisherige positive Dynamik nachgelassen hat. Die Arbeitslosenquote im Oktober 2012 betrug 6,5 Prozent. Das ist genauso hoch wie im Vorjahr.

Die Inflation in Deutschland ist im Oktober 2012 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stabil geblieben. Die Inflationsrate betrug im Oktober 2012 nur noch 2,0 Prozent nach einer Jahresteuersatzrate von ebenfalls 2,0 Prozent im September 2012 und 2,5 Prozent im Oktober 2011. Der für die Geldpolitik wichtige Schwellenwert von 2,0 Prozent wurde damit erreicht. Wie in den Vormonaten wurde die Inflationsrate vor allem durch die Preisentwicklung bei Energie bestimmt, deren Anstieg auch in den Krankenhausgesellschaften deutlich zu spüren ist.

Die Rahmenbedingungen des Krankenhausesektors werden weiterhin durch das Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzierungsgesetz – GKV-FinG) beeinflusst. Für die Krankenhäuser sind insbesondere zwei Tatbestände relevant:

1. Die Veränderungsrate, die für die Veränderung der Landesbasisfallwerte maßgeblich ist, wurde im Jahr 2012 um 0,5 Prozentpunkte auf 1,48 %<sup>1</sup> vermindert.

2. Für vertraglich vereinbarte Mehrleistungen ist im Jahr 2012 die Höhe des Mehrleistungsabschlages durch die Vertragsparteien zu vereinbaren. Im Zuge der Budget- und Entgeltverhandlungen zeigt sich jedoch, dass seitens der Krankenkassen auf einen Mehrleistungsabschlag i.H.v. 30 %, in Anlehnung an die rechtlichen Vorgaben für das Jahr 2011<sup>2</sup>, bestanden wird. Schiedsstellenfestsetzungen über die Höhe des Mehrleistungsabschlages 2012 sind bisher nicht bekannt.

Am 21. Juli 2012 wurde das Gesetz zur Einführung eines pauschalierenden Entgeltsystems für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen (Psych-Entgeltgesetz – Psych-EntgG)<sup>3</sup> verabschiedet. Für die Krankenhäuser folgt daraus im Wesentlichen, dass Tariferhöhungen für Löhne und Gehälter bei der Vereinbarung der Landesbasisfallwerte 2012 über die Obergrenze hinaus zu berücksichtigen sind. Auf Bundesebene wurde die Erhöhungsrates für das Jahr 2012 auf 0,51 %<sup>4</sup> festgelegt. Die Vertragsparteien auf Landesebene haben ein Wahlrecht, ob die Erhöhungsrates noch im Jahr 2012 oder erst im Jahr 2013 in den Landesbasisfallwerten berücksichtigt wird. Alle Bundesländer haben den Landesbasisfallwert 2012 um die Erhöhungsrates gesteigert und mit Ausnahme von Sachsen für die Abrechnung im Jahr 2012 einen unterjährigen Zahl-Landesbasisfallwert vereinbart.

Die Finanzentwicklung<sup>5</sup> der Gesetzlichen Krankenversicherungen verläuft im Jahr 2012 weiterhin positiv. Nachdem im 1. Halbjahr 2011 ein Überschuss von EUR 2,4 Mrd. erzielt wurde, haben die Krankenkassen im 1. Halbjahr 2012 einen Überschuss i.H.v. EUR 2,7 Mrd. erreicht.

Die Ausgaben der Krankenkassen werden nach den Angaben des GKV-Schätzerkreises vom 11. Oktober 2012<sup>6</sup> je Versicherten voraussichtlich um 3,5 % steigen. Für die Krankenkassen wird ein positives Ergebnis von EUR 3,9 Mrd. erwartet.

Der Bundesbasisfallwert<sup>7</sup> für das Jahr 2012 betrug EUR 2.991,53 (+0,94 % ggü. BBFW 2011) – ohne Berücksichtigung der Tariferhöhungsrates. Die effektive Steigerung des Bundesbasisfallwertes liegt deutlich unter der gekürzten Veränderungsrate von +1,48 %.

Die Basis für die Bundesbasisfallwertverhandlungen 2012 bildet der gewichtete Durchschnitt der Landesbasisfallwerte 2011 ohne Ausgleich in Höhe von EUR 2.947,90<sup>8</sup>. Dieser Wert liegt EUR -15,92 unter dem Bundesbasisfallwert 2011. Leistungssteigerungen werden in den Landesbasisfallwerten nur mit dem geschätzten variablen Anteil der Kosten berücksichtigt<sup>8</sup>. Aufgrund des anhaltenden Leistungswachstums auf Landesebene ist zu erklären, dass die Steigerung der Landesbasisfallwerte geringer ausfällt und die Obergrenze (Steigerung um die Veränderungsrate) in der Regel nicht ausgenutzt werden kann. Darüber hinaus sind auf Ortsebene für die zusätzlich vereinbarten Leistungen Mehrleistungsabschläge zu vereinbaren. Diese beiden Komponenten werden als doppelte Degression bezeichnet. Die o.g. Basis von EUR 2.947,90 wurde um die gekürzte Veränderungsrate von 1,48 % gesteigert und ergibt somit den Bundesbasisfallwert 2012.

Darüber hinaus bleibt weiterhin der Fachkräftemangel im Krankenhaus eine der größten Herausforderungen in der stationären Versorgung.

## 2. Geschäftsverlauf

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH konnte das Geschäftsjahr - obwohl dieses durch eine nicht zufriedenstellende Leistungsentwicklung gekennzeichnet ist - mit einem positiven Ergebnis abschließen. Aufgrund der im vergangenen Jahr eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen zur Aufwandsreduzierung konnten die rückläufigen Erlöse aus Krankenhausleistungen dadurch teilweise kompensiert werden.

Im Jahr 2012 konnten wichtige qualitätsverbessernde Ziele erreicht werden. Neben der erfolgreichen Rezertifizierung des Gesamthauses nach KTQ haben auch das Brustzentrum und die Stroke Unit erfolgreich die Rezertifizierungen bestanden.

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH hat Anfang 2012 den Antrag gestellt, ihre Vollmitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen e. V. in eine Gastmitgliedschaft umzuwandeln, welchem seitens des Kommunalen Arbeitgeberverbandes

NRW stattgegeben wurde. Nach einem ersten Sondierungsgespräch haben mit dem Tarifpartner Verdi und der gebildeten Tarifkommission zwei Verhandlungsgespräche stattgefunden, welche jedoch ohne Ergebnis blieben.

In der Klinik für Allgemein- und Viszeralchirurgie wurde die Sektion Adipositas- und metabolische Chirurgie als eigenständiger Teilbereich geschaffen. Herr Dr. Thomas Sonnenberg leitet als Chefarzt seit dem 01.10.2012 diesen Bereich.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden 19.519 Patienten vollstationär behandelt. Die Leistungsentwicklung liegt damit 5,1 % unter dem Vorjahr.

Leistungssteigerungen sind in den Abteilungen Gastroenterologie, Gynäkologie und Palliativmedizin zu verzeichnen.

Die durchschnittliche Verweildauer lag im Jahr 2012 bei 7,4 Tagen. Die durchschnittlichen effektiven Bewertungsrelationen (Casemix-Index) je Fall als Maß der durchschnittlichen Fallschwere beliefen sich im Jahr 2012 auf 1,084 (ohne teilstationäre Dialyse).

Die Entwicklung im ambulanten Bereich ist im Vergleich zum Vorjahr differenziert zu bewerten. Im Ambulanzbetrieb wurden insgesamt 44.257 ambulante Fälle, das sind im Vergleich zum Vorjahr 3.374 Fälle weniger, versorgt. Im teilstationären Bereich ist ein Anstieg der teilstationären Dialysen um 39 % zu verzeichnen.

Die im Rahmen eines Asset-Deals übernommene Liegenschaft „Dünkeloh-Klinik“ wird in mehreren Bauabschnitten zu einem Ärztezentrum ausgebaut. Im Geschäftsjahr wird der 3. Bauabschnitt, welcher aus dem Anbau eines Aufzuges an das bestehende Treppenhaus sowie der Schaffung von Räumlichkeiten für eine gynäkologische Gemeinschaftspraxis im 3. OG. bestand, fristgerecht fertig gestellt werden.

Im Jahr 2012 konnte eine Entgeltvereinbarung für das Budgetjahr 2012 geschlossen werden.

### **3. Darstellung der Lage des Unternehmens**

Neben der Umbaumaßnahme der Liegenschaft „Dünkeloh-Klinik“ sind darüber hinaus Investitionen im Bereich Einrichtung und Ausstattung getätigt worden, welche mit pauschalen Fördermitteln in Höhe von 529 TEUR und in Höhe von 133 TEUR, mit Eigenmitteln finanziert wurden.

Die Hauptfinanzierungsquelle der Gesellschaft stellt nach wie vor das Cash-Pooling mit der Sana Kliniken AG dar. Die Verbindlichkeiten aus Cash-Pool gegenüber dem Gesellschafter werden unter den kurzfristigen Verbindlichkeiten ausgewiesen und betragen zum Bilanzstichtag 6.103 TEUR.

Im Geschäftsjahr 2012 hat die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 3.489 TEUR erzielt. Das Eigenkapital erhöht sich gegenüber 2011 von 14.613 TEUR auf 18.182 TEUR.

Finanzlage und verfügbare Kreditlinie lassen einen nur engen Handlungsspielraum für die Gesellschaft zu. Die Liquidität der Sana-Klinikum Remscheid GmbH ist durch die Teilnahme am Cash-Pool der Sana Kliniken AG jederzeit gesichert. Die Gesellschaft ist zur Sicherung ihrer Liquidität auf die Unterstützung der Sana Kliniken AG weiter angewiesen.

Für die Entwicklung der Finanzlage ist der Finanzbedarf für den Neubau bestimmend. Für das Darlehen in Höhe von 40.400 TEUR durch die Sana Kliniken AG mussten im Jahr 2012 2.841 TEUR Zins und Tilgung aufgebracht werden.

Das Geschäftsjahr 2012 schließt mit einem über dem Vorjahresniveau liegenden Jahresüberschuss in Höhe von 3.489 TEUR, obwohl die umfangliche, ohne Fördermittel finanzierte Neubaumaßnahme das Betriebsergebnis im Bereich der nicht geförderten Abschreibungen mit 3.829 TEUR belastet.

Die Sana-Klinikum Remscheid GmbH hat im Geschäftsjahr 2012 eine Betriebsleistung in Höhe von 88.710 TEUR erzielt. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Reduzierung i.H.v. 1.268 TEUR auf Grund des Leistungsrückgangs im stationären Bereich.

Im Vergleich zum Vorjahr liegen die Personalaufwendungen um 405 TEUR höher bei nunmehr 46.604 TEUR. Die Erhöhung der Personalaufwendungen ist tarifbedingt.

Die Aufwendungen für nicht im Krankenhaus angestelltes Personal konnten gesenkt werden und betragen 2.773 TEUR. Die Kosten des medizinischen Bedarfs korrespondieren mit den rückläufigen Erlösen aus Krankenhausleistungen und liegen 788 TEUR unter Vorjahr bei 9.598 TEUR.

Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit dem Krankenhausgestaltungsgesetz NRW die bisherige Einzelförderung durch eine Baupauschale ersetzt. Mit Bescheid vom 27.06.2012 erhält das Sana-Klinikum Remscheid für das Jahr 2012 eine Baupauschale in Höhe von 969 TEUR. Der Einsatz der Baupauschale erfolgte vollständig zur Finanzierung von Zinsen für die Neubaumaßnahme.

#### **4. Forschung und Lehre**

Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten werden von der Gesellschaft nicht ausgeführt.

#### **5. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Die Sana Kliniken AG hat zur frühzeitigen Erkennung von wesentlichen Risiken ein konzernweit bei allen Tochtergesellschaften ganzheitliches Risikomanagementsystem eingerichtet, das sowohl die frühzeitige Identifikation und Analyse von Risiken als auch die Ergreifung entsprechender Steuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Die Konzern-Richtlinie Risikomanagement enthält verbindliche Regelungen zur Erfassung, Analyse, Bewertung, Steuerung und Überwachung wesentlicher Risiken und sorgt durch seine risikopolitischen Grundsätze für ein konzernweit einheitliches Verständnis des Risikomanagements. Darüber hinaus wird der integrierte Risikomanagementansatz durch eine einheitliche Risikomanagement-Software unterstützt.

Die in der Risikomanagement-Software erfassten Informationen werden regelmäßig an den Vorstand der Sana Kliniken AG berichtet. Daneben besteht eine verpflichtende Adhoc-Risikoberichterstattung der Tochtergesellschaften an den Vorstand der Sana Kliniken AG. Die Konzernrevision und beauftragte Dritte überprüfen im Rahmen regelmäßiger Prüfungs- und Beratungsleistungen die Angemessenheit, Funktionsfähigkeit und Effizienz des Risikomanagementsystems. Der Aufsichtsrat der Sana Kliniken AG hat einen Prüfungsausschuss bestellt, der sich mit der Überwachung der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems befasst.

Ein generelles Risiko ergibt sich für alle Krankenhäuser wie auch für das Sana-Klinikum Remscheid aus der Budgetierung der Erlöse sowie des ab 2013 geltenden Mehrleistungsabschlages, dessen Höhe nun mit 25 % jedoch für zwei Jahre festgelegt wurde.

Neben vorgenannten Erlörisiken besteht für die Gesellschaft ein weiteres Erlörisiko durch Nichterreichen der geplanten stationären Leistungen. Da die Vorhaltungen der personellen und sächlichen Ressourcen nicht ad hoc angepasst werden können, kann ein Fallzahleinbruch einer einzigen Abteilung schon zu deutlichen Planunterschreitungen führen.

#### **6. Darstellung von Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres**

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, die Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf oder die Lage der Gesellschaft haben.

#### **7. Ausblick**

Für das Geschäftsjahr 2013 wurden 22.397,28 Casemix-Punkte und ein Jahresüberschuss von TEUR 3.017, für 2014 22.700 Casemix-Punkte und ein Jahresüberschuss von TEUR 4.252 geplant. Aufgrund der Leistungsentwicklung des Jahres 2012 ist nunmehr eine Leistungssteigerung in Höhe von 5,7 % erforderlich, um die Planleistungen 2013 zu erreichen. Hierfür bedarf es einer besonderen Anstrengung aller Führungskräfte des Unternehmens.

Der Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter, insbesondere im ärztlichen Bereich, nimmt seit Jahren

zu. Die Akquisition neuer Mitarbeiter ist daher von großer Bedeutung zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Sana-Klinikum Remscheid GmbH.

Insbesondere aufgrund der im Jahr 2012 eingeleiteten Maßnahmen zur mittel- und langfristigen Stärkung der Marktposition ist die Geschäftsführung optimistisch, die Ergebnisziele des Jahres 2013 zu erreichen.

Remscheid, 8. Februar 2013

gez. Oliver Bredel  
Geschäftsführer

<sup>1</sup> § 10 Abs. 4 Satz 4 KHEntgG i.V.m. Bekanntmachung des Bundesministeriums für Gesundheit vom 13. September 2011 über die Veränderungsrate nach § 71 Abs. 3 SGB V

<sup>2</sup> § 4 Abs. 2a Satz 1 KHEntgG

<sup>3</sup> Bundesgesetzblatt Jahrgang 2012 Teil 1 Nr. 35, ausgegeben zu Bonn am 25.-Juli 2012, S. 1613 ff.

<sup>4</sup> Vereinbarung gemäß § 10 Abs. 5 KHEntgG – Erhöhungsrates – zwischen dem GKV-Spitzenverband, dem Verband der privaten Krankenversicherung e.V. und der Deutschen Krankenhausgesellschaft vom 14.08.2012

<sup>5</sup> Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Gesundheit über die vorläufigen Rechnungsergebnisse der GKV 1.-2. Quartal 2012 bzw. 1.-2. Quartal 2011

<sup>6</sup> Schätztableau des GKV-Schätzerkreises vom 11. Oktober 2012

<sup>7</sup> Vereinbarung gemäß § 10 Abs. 9 KHEntgG für den Vereinbarungszeitraum 2012 zwischen dem GKV-Spitzenverband, dem Verband der privaten Krankenversicherung e.V. und der Deutschen Krankenhausgesellschaft vom 22.09.2011

<sup>8</sup> § 10 Abs. 9 KHEntgG sowie Übersicht über die für 2011 gültigen Landesbasisfallwerte in den einzelnen Bundesländern, AOK-Bundesverband, Stand 04.07.2011

<sup>9</sup> § 10 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 KHEntgG

### 3.12 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

#### Allgemeine Unternehmensdaten

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH  
 Rüttenscheider Straße 62  
 45130 Essen  
 Tel. 0201 / 243439

**Gründungsjahr:** 1929

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Stadt Remscheid	1.615,68	1,26
weitere Städte, Kreise und sonstige juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts	126.207,29	98,74
<u>Gesamt</u>	<u>127.822,97</u>	<u>100,0</u>

#### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall. Hier hat die Gesellschaft die Aufgaben

- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

## Organe der Gesellschaft

### Geschäftsführung

Landrat a.D. Roger Graef, Rheinbach  
Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach, Oberhausen

### Verwaltungsrat

Insgesamt 14 Mitglieder

### Gesellschafterversammlung

## Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen

Gemäß § 15 Absatz 1 des Gesellschaftsvertrages sind die Gesellschafter verpflichtet, zur Deckung der laufenden Ausgaben der Gesellschaft Nachschüsse, in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe, zu leisten. Die Nachschüsse der einzelnen Gesellschafter werden nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile festgesetzt.

## Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
Nachschuss zur Deckung lfd. Kosten	1.616,00	1.616,00	2.424,00

### 3.13 RW Holding AG, Düsseldorf

vormals: RW Kommunale Finanzbeteiligungs-GmbH

#### Allgemeine Unternehmensdaten

RW Holding AG  
Herzogstr. 15  
40217 Düsseldorf  
Tel. 0211 / 826-4623

**Gründungsjahr:** 1992

Die RW Kommunale Finanzbeteiligungs-GmbH, an der die Stadt Remscheid mit 10% am Stammkapital beteiligt war, wurde zusammen mit anderen gleichartigen Unternehmen in 2002 rückwirkend zum 31.07.2001 auf die RW Holding AG verschmolzen.

Aktionäre	Gezeichnetes Kapital	
	in €	in %
Stadt Remscheid	411.840,00	0,55
weitere Aktionäre, darunter u.a. Beteiligungsgesellschaften, Städte, Kreise, Sparkassen, Landesbanken und Landschaftsverbände	73.951.019,52	99,45
<u>Gesamt</u>	<u>74.362.859,52</u>	<u>100,0</u>

#### Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Gesellschaften	Stück Inhaberstammaktien	in % am Grundkapital
RWE AG	8.421	0,0014
RW Energie-Beteiligungs- gesellschaft mbH Co. KG	50.402 €	31,30

#### Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens sind gemäß § 2 der Satzung der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die damit verbundene Wahrung wirtschaftlicher Interessen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig und nützlich erscheinen.

**Organe der Gesellschaft**Vorstand:

2 Mitglieder (mind. 2)

Aufsichtsrat:

9 Mitglieder

Hauptversammlung:

Vertreter in der ordentlichen Hauptversammlung der Stadt Remscheid war laut Ratsbeschluss Herr Städtischer Oberverwaltungsrat Arnd Zimmermann.

**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

Keine

**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
Dividendenausschüttung -netto	414.554,76	411.001,44	233.335,11
Steuerguthaben aus Einlage in den BgA "Badeanstalten", Erstattung	148.507,74	147.234,81	83.588,64

### 3.14 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal

#### Allgemeine Unternehmensdaten

AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung Wuppertal  
Korzert 15  
42349 Wuppertal  
Tel. 0202 / 4042-0

**Gründungsjahr:** 1971

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammkapitalanteil</b>	
	<b>in €</b>	<b>in %</b>
Wuppertaler Stadtwerke GmbH	3.523.475,00	70,47
Stadtwerke Remscheid GmbH	1.248.475,00	24,97
Stadtwerke Velbert GmbH	225.000,00	4,50
Stadt Wuppertal	1.525,00	0,03
Stadt Remscheid	1.525,00	0,03
<u>Gesamt</u>	<u>5.000.000,00</u>	<u>100,00</u>

#### **Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft**

<b>Gesellschaften</b>	<b>Stammkapital</b>	<b>Beteiligung</b>
	<b>in €</b>	<b>in %</b>
WVW Wertstoffverwertung Wuppertal GmbH	25.000,00	100,0
WLG Wertstofflogistik GmbH	25.000,00	49,0
Wuppertal Marketing GmbH	210.000,00	2,4

#### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erfassung, Sammlung, Beförderung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen und Wertstoffen, insbesondere der Betrieb von Anlagen für thermische Behandlung von Abfällen. Die Gesellschaft kann weitere Dienstleistungen erbringen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Sie kann darüber hinaus alle sonstigen der Abfallverringerung, -verwertung oder -beseitigung mittelbar oder unmittelbar dienenden Tätigkeiten ausführen und Anlagen planen, errichten und betreiben.

#### **Organe der Gesellschaft**

##### Geschäftsführung

Wolfgang Herkenberg  
Dipl.-Ing. Conrad Tschersich

Aufsichtsrat

Klaus-Jürgen Reese	Vorsitzender
Elke Rühl	1. stellv. Vorsitzende
Willy Görtz	2. stellv. Vorsitzender
Frank Braken	
Karlheinz Emmert	
Ralph Güther	
Dirk Jaschinski	Bis September 2012
Burkhard Mast-Weisz	Stadtdirektor
Ingeborg Ockel	
Günter Pott	
Paul-Yves Ramette	
Bernhard Sander	
Ursel Simon	
Dr. Johannes Slawig	
Fred Surga	
Hartmut Than	
Thomas Uebrick	
Peter-Edmund Uibel	
Andreas Weigel	
Frank Zittlau	Ab Oktober 2012
Andreas Feicht	beratendes Mitglied
Prof. Dr. Thomas Hoffmann	beratendes Mitglied
Heinz-Werner Thissen	beratendes Mitglied

Gesellschafterversammlung:

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in der Gesellschafterversammlung am 04.07.2012 war Herr Städtischer Angestellter Christian Schenk.

**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

Bürgschaftsverpflichtungen zum 31.12.2012 14.054.902,52 €

**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
Verrechnungsbetrag aus US-Lease	97.216,76	77.648,63	88.039,46

**Anzahl der Beschäftigten**

Jahr	2010	2011	2012
Mitarbeiter	393	402	404

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

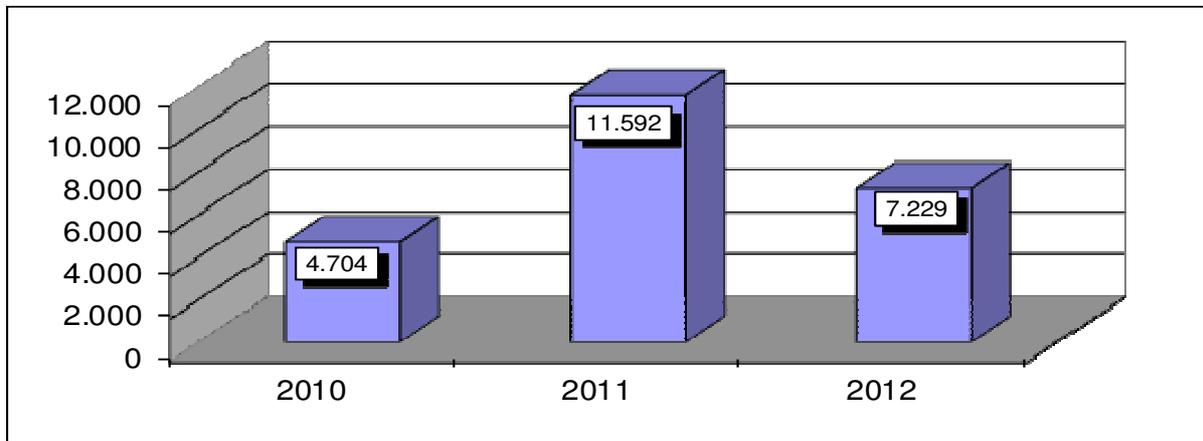
Jahr	2010		2011		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Bilanz-Position</b>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	213	0,16	193	0,15	118	0,10
Sachanlagen	117.027	86,16	103.565	81,06	100.079	81,27
Finanzanlagen	284	0,21	270	0,21	234	0,19
<b>Anlagevermögen</b>	<b>117.524</b>	<b>86,52</b>	<b>104.028</b>	<b>81,43</b>	<b>100.430</b>	<b>81,56</b>
Vorräte	3.833	2,82	4.171	3,26	4.545	3,69
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	12.484	9,19	13.849	10,84	14.575	11,84
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	1.976	1,45	5.674	4,18	3.568	2,90
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>18.293</b>	<b>13,47</b>	<b>23.694</b>	<b>18,55</b>	<b>22.688</b>	<b>18,42</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	12	0,01	34	0,03	20	0,02
<b>Aktiva</b>	<b>135.829</b>	<b>100,00</b>	<b>127.756</b>	<b>100,00</b>	<b>123.138</b>	<b>100,00</b>
Gezeichnetes Kapital	5.000	3,68	5.000	3,91	5.000	4,06
Kapitalrücklage/Gewinnrücklage	20.529	15,11	15.000	11,74	15.000	12,18
Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-)	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>25.529</b>	<b>18,79</b>	<b>20.000</b>	<b>15,65</b>	<b>20.000</b>	<b>16,24</b>
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	21.807	16,05	19.044	14,91	19.259	15,64
Verbindlichkeiten	88.493	65,15	88.712	69,44	83.879	68,12
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Passiva</b>	<b>135.829</b>	<b>100,00</b>	<b>127.756</b>	<b>100,00</b>	<b>123.138</b>	<b>100,00</b>

**Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
<b>GuV-Position</b>			
Umsatzerlöse	94.542	90.112	89.301
Erhöhung des Bestandes an Erzeugnissen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	2.020	1.586	988
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	10	9	8
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	75	278	288
<b>Erträge</b>	<b>96.647</b>	<b>91.985</b>	<b>90.584</b>
Materialaufwand	36.783	34.284	31.102
Personalaufwand	19.936	19.863	21.612
Abschreibungen	16.360	16.312	16.433
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.709	9.329	8.793
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.364	3.815	3.440
<b>Aufwendungen</b>	<b>86.152</b>	<b>83.603</b>	<b>81.379</b>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.495	8.382	9.205
Außerordentliche Erträge	116	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	-4.227	0	0
Steuern von Einkommen und Ertrag	-1.500	-2.125	-1.794
Sonstige Steuern	-180	-193	-182
Aufwendungen aus Ergebnisabführung	-4.704	-11.592	-7.229
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0</b>	<b>-5.528</b>	<b>0</b>

**Entwicklung der Jahresergebnisse (vor Ergebnisabführung)**

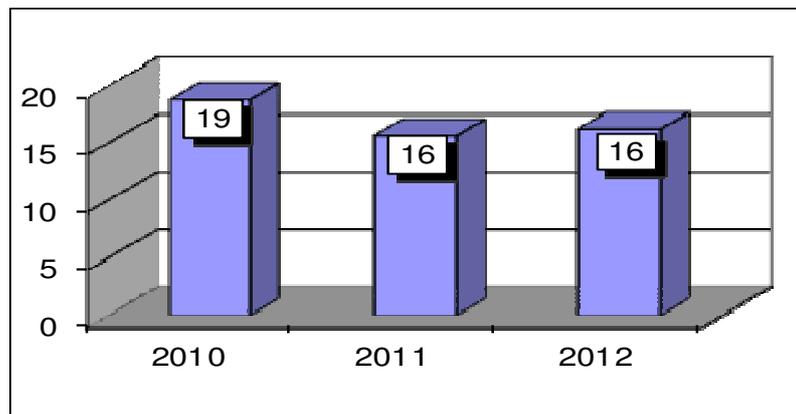
Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	4.704	11.592	7.229



**Kennzahlen**

**Eigenkapitalquote**

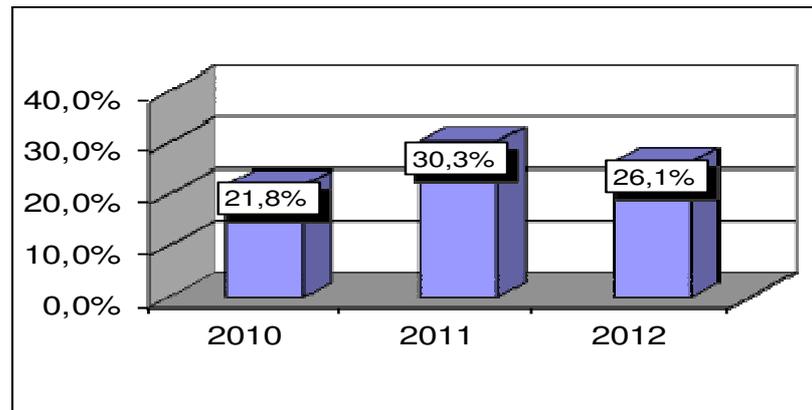
Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	25.529	20.000	20.000
Bilanzsumme	135.829	127.756	123.138
% EK	19	16	16



**Cash-Flow**

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss*	4.704	11.592	7.229
Abschreibungen	16.360	16.312	16.433
	21.064	27.904	23.662
Gesamterträge	96.647	91.985	90.584
<b>Cash-Flow</b>	<b>21,8%</b>	<b>30,3%</b>	<b>26,1%</b>

\*) vor Ergebnisabführung



## Lagebericht zum 31. Dezember 2012

### 1. Allgemeines

Die Städte Wuppertal und Remscheid sowie die Stadtwerke von Wuppertal, Remscheid und Velbert sind Gesellschafter der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal.

Die AWG mbH wurde zuletzt 1999 von der Stadt Wuppertal mit der Sammlung, dem Transport, der Verwertung und der Beseitigung andienungspflichtigen Abfälle im Rahmen eines langjährigen Entsorgungsvertrags beauftragt. Teile dieses Entsorgungsauftrags sind seit dem Jahr 2002 an den öffentlichen Entsorgungszweckverband EKOCity übergeben worden, der sich zur Erfüllung seines Entsorgungsauftrags u.a. der AWG und ihrer Verbrennungskapazitäten bedient. Die Stadt Remscheid und der Kreis Mettmann sind ebenfalls durch einen langjährigen Entsorgungsvertrag für die Verwertung und Beseitigung von andienungspflichtiger Abfällen an die AWG gebunden.

Der Entsorgungszweckverband EKOCity wurde 2002 durch die Städte Bochum, Wuppertal, Remscheid und Herne sowie der Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen und dem Regionalverband Ruhr (RVR) als kommunaler Entsorgungverbund gegründet. Zum 1.1. 2006 ist der Kreis Mettmann dem Verbund beigetreten. Die Kooperation gewährleistet die langfristige Sicherung der Entsorgungssicherheit im Verbandsgebiet, den Erhalt der kommunalen Einflussnahme auf die Ausgestaltung der Abfallwirtschaft und die dauerhafte Auslastung der vorhandenen Anlagenstruktur. Die AWG als Inhaber und Betreiber einer der drei Entsorgungsanlagen im Abfallwirtschaftsverband EKOCity profitiert von den positiven Auswirkungen dieses Entsorgungverbunds, weil der Abfallwirtschaftsverband EKOCity - zu auskömmlichen Preisen - eine ausreichende Auslastung des AWG-Müllheizkraftwerks mit kommunalen Haushaltsabfällen aus dem Verbandsgebiet sichert.

Die relative Stabilität und Kalkulierbarkeit der Entsorgungspreise verhilft der AWG zu einer hervorgehobenen Position als leistungsfähiger regionaler Entsorgungsdienstleister.

Die Mitgliedschaft der Gesellschafterstädte Wuppertal und Remscheid im

Abfallwirtschaftsverband EKOCity und die daraus resultierende enge Zusammenarbeit der AWG mit den Verbandsmitgliedern und den weiteren eingebundenen Entsorgungsunternehmen begründet eine wirtschaftlich und auch entsorgungspolitisch positive Prognose.

## **2. Darstellung des Geschäftsverlaufes**

### **2.1 Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft**

Durch die im Berichtsjahr erfolgte Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist die Position der kommunalen Entsorgungswirtschaft gestärkt worden. Dies hat in der Folge Auswirkungen für die öffentlichen Entsorgungsunternehmen mit Blick auf die wirtschaftliche Situation der Unternehmen, und damit auch für die Gebührenbelastung der Bürger, und die Sicherheit der Arbeitsplätze in der kommunalen Entsorgungswirtschaft.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die Diskussion um die zunehmend im öffentlichen Focus stehenden Wertstoffe aus den Abfällen aus privaten Haushalten seit der Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes an Intensität zunehmen.

Im Übrigen verharret das Preisniveau für Gewerbemüll im Berichtsjahr auf einem als in der Gesamtschau als niedrig einzuschätzenden Niveau.

### **2.2 Umsatz- und Auftragsentwicklung**

Im Bereich der Sammlung und des Transportes sowie der Entsorgung und Verwertung von Abfällen von Haushalten hat die AWG als beauftragter Dritter im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für die Stadt Wuppertal die Aufgaben des kommunalen Entsorgungsträgers übernommen. Durch den zugrunde liegenden Entsorgungsvertrag mit der Stadt Wuppertal sowie durch die abgeschlossenen Verträge im Rahmen der EKOCity-Kooperation sind die Tätigkeiten der AWG zu kostendeckenden Konditionen abgesichert.

Die Verbrennungsmenge des MKWs der AWG lag im Jahre 2012 bei 406.506 MG Abfälle aus Haushalten und Gewerbe.

Das Angebot der von der AWG betriebenen Recyclinghöfe ist in Wuppertal fest etabliert und das Konzept einer flächendeckenden Versorgung umgesetzt. Mit fünf Recyclinghöfen in Wuppertal hat die AWG ein umfassendes, wohnort- und bürgernahes Entsorgungsangebot verwirklicht.

Die bisher im Rahmen der Sperrmüllsammlung vollzogene Sammlung von Elektrokleingeräten wurde durch die Aufstellung von über 400 speziellen Wertstoffcontainern an den angestammten Wertstoffsammelplätzen im Stadtgebiet ergänzt. Die gegenüber den Vorjahren erhöhten Sammelmengen für diese Gerätegruppen rechtfertigen diese Maßnahme, nicht zuletzt auch wirtschaftlich.

Papier, Pappe und Kartonagen sind, trotz schwankender Preise, gefragte Wertstoffe, die sich besonders gut zur Wiederverwertung eignen. Deshalb sammelt und verwertet die AWG diese Materialien seit vielen Jahren, verfolgt damit das Umweltziel „Abfallverwertung“ und trägt mit den Erlösen zur Abfallgebührenstabilität bei.

Durch die Abfallrahmenrichtlinie der EU und die Umsetzung in nationales Recht nimmt, auch für Müllheizkraftwerke, die Bedeutung einer möglichst hohen Energieeffizienz weiter zu. Das sowohl ökologisch als auch ökonomisch vorteilhafte Projekt des Ausbaus der Fernwärme, wurde im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit der WSW Energie und Wasser AG weiter intensiviert. Die AWG leistet damit einen wesentlichen zur Sicherstellung der Fernwärmeversorgung in Wuppertal.

Im Jahre 2012 konnte der Zulauf von Altfahrzeugen gegenüber den Vorjahren 2010 bzw. 2011 weiter gesteigert werden.

### **Sparte Thermik**

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2011 erhöhte sich die angelieferte Abfallmenge mit 406.506 Mg (VJ 404.607 Mg) um rd. 1.899 Mg.

Die in diesem Bereich ausgewiesenen Umsätze entwickeln sich planmäßig und resultieren im Wesentlichen aus den abgeschlossenen Pacht- und Betriebsführungsverträgen in Höhe von rd. T€ 53.217,3 (Vorjahr T€ 53.909,1).

Weitere wesentliche Erlöse in Höhe von T€ 6.470,0 (Vorjahr T€ 6.419,5) wurden durch das Recht zur Vermarktung von Strom und Fernwärme realisiert, welches zu vergleichbaren Konditionen bei EKOCity erworben wurde.

### **Sparte Sammlung und Transport**

Im Berichtsjahr wurden im Bereich Haus- und Sperrmüll 91.611 Mg (VJ 92.209 Mg) im Stadtgebiet Wuppertal gesammelt bzw. an den Recyclinghöfen abgegeben. Davon wurden 75.661 Mg der Verbrennungsanlage zugeführt. Weitere 15.950 Mg wurden dem EKOCity-Center Bochum zugeführt.

Die für die Stadt Wuppertal durchgeführte abfallwirtschaftliche Tätigkeit umfasst ein Auftrags- bzw. Umsatzvolumen in Höhe von T€ 10.580,3 (VJ T€ 10.158,9).

Durch den Sperrmüllschnellservice sowie die Recyclinghöfe konnte ein Umsatz in Höhe von T€ 637,1 realisiert werden.

Bei dem zu entsorgenden Gewerbemüll entwickelte sich die Zahl der wöchentlich zu entleerenden Behälter mit durchschnittlich 5.453 gegenüber dem Vorjahr mit 5.614 leicht rückläufig..

Die Zahl der Frontumleerbehälter konnte von rd. 266 im Vorjahr auf rund 319 gesteigert werden.

Die weiteren Erlöse resultieren im Wesentlichen aus der Vermarktung von Altpapier (T€ 2.596,7) und Altkleider (T€ 88,4) sowie der Entsorgung von Schadstoffen (T€ 51,4).

Zusätzlich konnten Transportumsätze in Höhe von T€ 417,5 generiert werden.

### **Sparte Autorecycling**

Die Umsatzerlöse in der Sparte Autorecycling reduzierten sich mit T€ 2.016,5 gegenüber dem Vorjahr (T€ 2.121,2).

### 2.3 Beschaffung

Die von der AWG für die Beschaffung notwendigen Märkte (Anlagen- sowie Verbrauchsgüter) lassen aus heutiger Sicht keinen Schluss auf Mengen- und Preisrisiken zu.

Der Lagerbestand von Ersatzteilen und Magazinmaterial blieb mit T€ 4.016 gegenüber dem Vorjahr (T€ 3.850,2) weitestgehend konstant.

### 2.4. Investitionen

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von insgesamt T€ 12.929,2 durchgeführt. Für den Neubau eines Verbrennungskessels wurden im Anzahlungen in Höhe von rd. T€ 10.000 geleistet. Weiterhin wurden insgesamt T€ 1.973 für die notwendige Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und rd. T€ 96,9 für die Beschaffung von Mulden, Pressen und Wertstoffcontainern aufgewendet.

### 2.5. Finanzierungsmaßnahmen

Entsprechend dem Wirtschaftsplan wurde zur Finanzierung der Neubaumaßnahme „Kessel“ ein Darlehen in Höhe von insgesamt 25.000 T€ mit einer 12-jährigen Zinsbindungsfrist aufgenommen. Die Auszahlung des Darlehens erfolgt entsprechend dem Baufortschritt, im Berichtsjahr wurden insgesamt 10 Mio. Euro ausgezahlt. Die Tilgung des Darlehens erfolgt analog der Abschreibungsdauer.

Zu den Bilanzkennziffern wird auf den Punkt Darstellung der Lage – Unternehmenskennzahlen - verwiesen.

### 2.6 Personal- und Sozialbereich

Der Mitarbeiterstand per 31.12.2012 beträgt 413.

Der gesamte Personalaufwand betrug im Berichtsjahr T€ 21.611,6 (Vorjahr T€ 20.452,2). Dieser teilt sich wie folgt auf:

	Personal- aufwand	Sozial- abgaben
Thermik	7.637,4	2.277,2
Sammlung und Transport	8.753,9	2.492,5
Autorecycling	360,3	90,2

### 2.7 Umweltschutz

Der Standort der Verbrennungsanlage, Korzert 15, unterzog sich im Jahre 2012 im Rahmen eines Audits einer freiwilligen Wiederholungsprüfung hinsichtlich der Kriterien der Entsorgungsfach-betriebsverordnung durch die TÜV Umwelt Cert GmbH. Das Zertifikat zum Entsorgungsfachbetrieb wurde erneut erteilt.

Die gem. Bundesimmissionsschutzgesetz zu messenden Schadstoff- und Verbrennungsbedingungen liegen vor und werden wie durch den Genehmigungsbescheid gefordert, veröffentlicht und dem staatl. Umweltamt vorgelegt.

Des Weiteren erfolgte im Berichtsjahr die erneute Zertifizierung für die Bereiche „Sammlung und Transport“ sowie „Autorecycling“ zum Entsorgungsfachbetrieb durch Lloyds Quality Assurance GmbH bzw. CER QMS Qualifizierungsstelle.

## 2.8 Wichtige Vorgänge

Im Zuge der weltweiten Finanzkrise ist die AIG, der sogenannte Garantiegeber der US-Lease-Transaktion, in 2008 im Rating herabgestuft worden. Gem. den Vorgaben der vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit der US-Lease-Transaktion wurde im Mai 2009 der vertragsgemäßen Zustand durch eine zusätzliche Bürgschaft der KfW- und NRW Bank wieder hergestellt. Diese Bürgschaft war ursprünglich auf zwei Jahre befristet. Im Mai 2011 wurde die Option einer 3-jährigen Verlängerung –bis Mai 2014– ausgeübt.

Aktuell wurde seitens der Kreditinstitute die Bereitschaft signalisiert die Bürgschaftsverträge analog der Forderung der Gesellschafterstädte bis zum Ende der Transaktionsdauer zu verlängern. Vertragsentwürfe liegen vor und befinden sich derzeit in Prüfung.

Entsprechend den gültigen Gesellschafterbeschlüssen werden regelmäßig die Alternativen einer vorzeitigen Vertragsbeendigung unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten überprüft.

## 3. Darstellung der Lagen

### 3.1 Vermögenslage

Im Folgenden wird die Vermögenslage anhand einer Kurzbilanzübersicht der Jahre 2010 und 2011 wie folgt dargestellt:

	31.12.2011		31.12.2012	
	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	104.028	81,4	100.430	81,6
Umlaufvermögen	23.694	18,6	22.688	18,4
Aktive RAP	34	0,0	20	0
	127.756	100,0	123.138	100,0
Eigenkapital	20.000	15,7	20.000	16,2
Sonderposten	0	0,0		
Rückstellungen	19.044	14,9	19.259	15,6
Verbindlichkeiten				
- langfristig	71.450	55,9	69187	56,3
- kurzfristig	17.262	13,5	14692	11,9
	127.756	100,0	123.138	100,0

Die Reduzierung der Bilanzsumme in Höhe von rd. T€ 4.618,5 ist im Wesentlichen auf den planmäßigen Rückgang des Anlagevermögens bei gleichzeitiger Reduzierung der Verbindlichkeiten zurückzuführen.

## 3.2 Finanzlage

## Kapitalflussrechnung zum 31.12.2011

	2011	2012
	T€	T€
1. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	
2. + Abschreibungen auf Anlagevermögen	16.312	16.433
3. +/- Abnahme/Zunahme der Rückstellungen	-2.762	215
	0	
4. -/+ Gewinn/Verlust aus Anlageabgängen	-5	6
5. -/+ Zunahme Sonderposten m. Rücklage-Anteil		
6. -/+ Zunahme/Abnahme von		
Vorratsvermögen	-338	-374
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.521	-306
Forderungen Gesellschafter	-4.708	-475
sonstigen Vermögensgegenständen	-178	55
aktive Rechnungsabgrenzungen	-22	14
7. +/- Zunahme/Abnahme von		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	--589	-644
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	5.797	2.941
sonstige Verbindlichkeiten	-112	1.014
passive Rechnungsabgrenzung		
8. <b>Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>16.916</b>	<b>12.997</b>
9. + Einzahlungen aus Anlageabgängen	90	53
Einzahlungen aus Abgängen		
9a. + Finanzvermögen	14	36
10. - Auszahlungen für Investitionen		
in das Anlagevermögen	-2.916	-12.929
10a. - Umbuchungen in das Vorratsvermögen		
11. <b>Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-2.812</b>	<b>-12.840</b>
Auflösungen von Gewinnrücklagen	-5.529	0
Aufnahme Kredite	10.000	10.000
Tilgung Kredite	-14.877	-12.263
Einzahlung Stammkapital	0	
12. <b>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-10.406</b>	<b>-2.263</b>
<b>Zahlungswirksame Veränderung des</b>		
13. <b>Finanzmittelfonds</b>	<b>3.698</b>	<b>-2.106</b>
14. <b>Finanzmittelbestand am Anfang der Periode</b>	<b>1.976</b>	<b>5.674</b>
15. <b>Finanzmittelbestand am Ende der Periode</b>	<b>5.674</b>	<b>3.568</b>

### 3.3 Ertragslage

Die Darstellung der Ertragslage ergibt sich aus nachfolgender Übersicht

	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>Veränderung</b>
	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Erlöse	90.111	89.300	-811
Materialaufwand	34.284	31.102	-3.182
Personalaufwand	20.452	21.612	1.160
Abschreibungen	16.312	16.433	121
Betriebskosten	5.679	5.842	163
Verwaltungskosten	1.570	1.232	-338
sonst. betriebl.	1.491	1.718	227
Aufwendungen			
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>10.323</b>	<b>11.361</b>	<b>1.038</b>
Zins und ähnliche Erträge	287	295	8
Zinsaufwendungen	3.815	3.440	-375
<b>Finanzergebnis</b>	<b>3.528</b>	<b>3.145</b>	<b>-385</b>
sonst. Erträge	1.586	988	-598
a.o. Erträge/Aufwand	0	0	0
<b>Neutrales Ergebnis</b>	<b>1.586</b>	<b>988</b>	<b>-598</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>8.381</b>	<b>9.204</b>	<b>823</b>
Steueraufwand	2.318	1.975	-343
<b>Ergebnis vor Abführung</b>	<b>6.063</b>	<b>7.229</b>	<b>1.166</b>
Auflösung Gewinnrücklage	5.529	0	-5.529
Aufwand Ergebnisabführung	<b>11.592</b>	<b>7.229</b>	<b>-4.363</b>
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>0</b>		

#### 4. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Entsprechend dem aufgestellten Risikokatalog ergeben sich folgende wesentliche Risiken für das Unternehmen.

##### 4.1 US-Lease-Service-Contract-Finanzierung

Die Gesellschaft hat am 6./7.12.1999 mit einem US-Trust eine U.S.-Lease-Service-Contract-Finanzierung abgeschlossen. Die Verträge sehen im Falle einer Vertragsverletzung durch die AWG eine Auflösung der Verträge sowie eine dadurch resultierende Entschädigungsleistung vor. Diese ist abhängig vom Zeitpunkt der Vertragsauflösung, den dann bestehenden Zinssätzen und Dollarkursen und kann bis zum mehrfachen des aus diesem Geschäft seinerzeit erzielten Barwertvorteils betragen.

Wegen der, aus evtl. auftretenden Vertragsstörungen entstehenden Risiken, wurde als Vorsorge ein Risikomanagementsystems eingeführt. Dieses System liegt im Verantwortungsbereich der Geschäftsführung und wurde in Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern der AWG, den Arrangeuren des US-Lease-Transaktion und den Rechtsberatern der AWG erstellt. Entsprechend den Vorgaben dieses Managementsystems erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsführung an den Aufsichtsrat und die Gesellschafter. Zur weiteren Reduzierung eventueller Risiken wurde in 2005 ein Betreuungsvertrag abgeschlossen.

Zu der aktuellen Entwicklung verweisen wir auf TZ 2.8. dieses Lageberichts.

**5. Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres (§ 289 HGB)**

Es liegen keine berichtspflichtigen Vorgänge vor.

**6. Voraussichtliche Entwicklung**

Es werden für den mittel- und langfristigen Prognosezeitraum keine wesentlichen Risiken oder Chancen gesehen.

Durch die bestehenden Verträge mit der Stadt Wuppertal und EKOCity ist die Auslastung des Transportbereiches und der Verbrennungsanlage langfristig bei einer kostendeckenden Erlössituation und einem entsprechendem Unternehmensertrag gesichert.

Aufgrund der abgeschlossenen Verträge und den nicht linear anfallenden Instandhaltungskosten wird für 2013 ein Jahresergebnis in Höhe von 3,5 Mil. Euro erwartet.

Im Berichtsjahr wurde mit dem Neubau einer Verbrennungskesseleinheit mit einem Gesamtvolumen von rd. 25 Mill. Euro begonnen. Der Beginn des Probetriebes ist für November 2013 und die vorläufige Übernahme für Anfang 2014 vorgesehen.

Wuppertal, im Februar 2012

Gez.

Die Geschäftsführung

### 3.15 RWE Aktiengesellschaft

#### Allgemeine Unternehmensdaten

RWE Aktiengesellschaft  
 Opernplatz 1  
 45128 Essen  
 Tel. 0201 / 1200

**Gründungsjahr:** 1898

#### **Beteiligungsverhältnisse**

Gezeichnetes Kapital (Grundkapital)						
	Gesamt			Stadt Remscheid		
	Stück in Tsd.	Betrag in Mio. €	in %	Stück	Betrag in €	%
Stammaktien	575.745	1.474	93,7	108.980	278.988,80	0,019
Vorzugsaktien	39.000	100	6,3	0	0	
Summe	614.745	1.574	100	108.980	278.988,80	0,018

#### **Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft**

121 wesentliche Beteiligungen im In- und Ausland in den Bereichen Energie, Bergbau und Rohstoffe, Mineralöl und Chemie, Wasser und Entsorgung.

#### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Beschaffung und Erzeugung von sowie Versorgung und Handel mit Energie und Energieträgern einschließlich des Baus, des Betriebs und der sonstigen Nutzung von Transportsystemen für Energie und Energieträger;
- Umweltdienstleistungen und -technik einschließlich der Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser;
- Aufsuchung, Gewinnung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen sowie von chemischen und petrochemischen Erzeugnissen;
- Elektro-, Gebäude- und Kommunikationstechnik, Elektronik, sonstiger Maschinen-, Anlagen- und Gerätebau sowie Erbringung von Ingenieurleistungen;
- Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Bauten aller Art sowie Erbringung von Gebäudeleistungen;
- Telekommunikation, Datenübertragung sowie Dienstleistungserbringung und Handel auf elektronischem Wege;
- Immobilienwirtschaft;
- Handel, Logistik, Transport und Erbringung weiterer Dienstleistungen insbesondere auf den vorbezeichneten Geschäftsfeldern.

**Organe der Gesellschaft**

- Vorstand
- Aufsichtsrat
- Ausschüsse des Aufsichtsrats
- Wirtschaftsbeirat
- Hauptversammlung

**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

Keine

**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
Dividendenausschüttung - netto -	280.827,84	280.827,84	160.473,05
Steuerguthaben aus Einlage in den BgA Beadeanstalten Erstattung	100.602,16	100.602,16	57.486,95

## 4.1 EWR GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

### Allgemeine Unternehmensdaten

EWR GmbH  
Neuenkamper Str. 81-87  
42855 Remscheid  
Tel. 02191 / 16-40

Gründungsjahr: 2001

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammkapital</b>	
	<b>in €</b>	<b>in %</b>
Stadtwerke Remscheid GmbH	14.000.000,00	80,0
Thüga Aktiengesellschaft	3.500.000,00	20,0
<u>Gesamt</u>	<u>17.500.000,00</u>	<u>100,0</u>

### **Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft**

<b>Gesellschaften</b>		<b>Stammkapitalanteil</b>	
		<b>in €</b>	<b>in %</b>
Bergische Trinkwasser-Verbund-GmbH		22.000,00	22,0
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	*1)	6.838.490,88	5,3
*1)Kapitalanteil			
Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG		2.959.000,00	5,91

### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand des Unternehmens ist die sichere, preiswürdige und umweltschonende Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme und Telekommunikation sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben der Ver- und Entsorgung übernehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten und ferner Unternehmens- und Interessengemeinschafts- sowie sonstige Kooperationsverträge – auch außerhalb des Versorgungsbereichs – abschließen.

Die Gesellschaft soll innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes neue Geschäftsfelder entwickeln und Dienstleistungen anbieten und durch sie eine wirtschaftlich vertretbare Vermeidung unnötigen Energie-, Material- und Stoffverbrauchs sowie die Verminderung umweltschädigender Emissionen erreichen, um so einen Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu leisten.

**Organe der Gesellschaft**Geschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Manfred Schwick	Ratsmitglied	Vorsitzender bis 19.09.2012
Hans-Peter Meinecke	Ratsmitglied	1. Stellvertreter Vorsitzender bis 19.09.2012, Vorsitzender ab 19.09.2012
Bernd Quinting	Ratsmitglied	1. Stellv. Vorsitzender ab 19.09.2012
Lothar Weischet		2. Stellv. Vorsitzender bis 19.09.2012
Helmut Börsch		2. Stellvertreter Vorsitzender ab 19.09.2012
Dr. Anton Binder		
Thomas Blicke		
Katja von Doren		
Susanne Fiedler	Ratsmitglied	bis 19.09.2012
Dr. Gerhard Holtmeier		
Karl-Heinz Humpert	Ratsmitglied	bis 19.09.2012
Andreas Karthaus		
Garbiele Schoffhauser		
Achim Südmeier		
Beate Wilding	Oberbürgermeisterin	
Hans-Herbert Wilke	Ratsmitglied	bis Mai 2012
Ottmar Gebhardt	Ratsmitglied	ab 19.09.2012
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied	ab 19.09.2012
Udo Rothstein		ab 19.09.2012
Sven Wolf	Ratsmitglied	ab 19.09.2012

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
Konzessionsabgabe	7.517.352,70	7.864.604,32	7.327.014,86

**Anzahl der Beschäftigten**

Jahr	2010	2011	2012
Mitarbeiter/-innen	269	267	272

**Wirtschaftliche Unternehmensdaten****Leistungsdaten des Unternehmens**

Betriebsbereich	Leistung	2010	in %	2011	in %	2012	in %
Stromversorgung	Stromabsatz Mio.kWh	635,7	37,4	642,2	1,0	638,9	-0,5
	Umsatz T€	73.131	15,1	76.218	4,2	79.507	4,3
Gasversorgung	Gasabsatz Mio. kWh	1.204	17,9	1.032	-14,3	1.105	7,1
	Umsatz T€	49.019	-4,5	42.735	-12,8	47.505	11,2
Wasserversorgung	Wasserabsatz Mio. cbm	6,9	4,5	6,3	-8,7	6,1	-3,2
	Umsatz T€	16.321	3,9	15.475	-5,2	14.560	-5,9
Wärmeversorgung	Wärmeabsatz Mio. kWh	49,2	10,8	44,1	-10,4	50,5	14,5
	Umsatz T€	4.122	-1,1	3.830	-7,1	4.581	19,6
	<b>Gesamtumsatz T€</b>	<b>142.593</b>	<b>5,9</b>	<b>138.258</b>	<b>-3,0</b>	<b>146.153</b>	<b>5,7</b>

**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

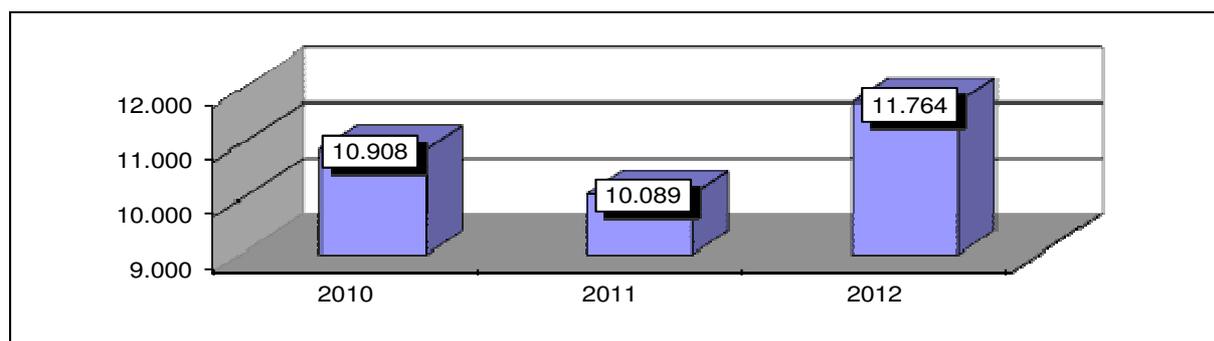
Jahr	2010		2011		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Bilanz-Position</b>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.137	0,82	943	0,68	1.128	0,84
Sachanlagen	66.850	48,35	66.796	48,46	62.779	46,76
Finanzanlagen	29.991	21,69	31.616	22,94	34.302	25,55
<b>Anlagevermögen</b>	<b>97.978</b>	<b>70,87</b>	<b>99.355</b>	<b>72,08</b>	<b>98.208</b>	<b>73,15</b>
Vorräte	1.355	0,98	1.364	0,99	1.064	0,79
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	28.500	20,61	24.915	18,08	27.172	20,24
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	9.394	6,79	11.309	8,20	7.141	5,32
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>39.249</b>	<b>28,39</b>	<b>37.588</b>	<b>27,27</b>	<b>35.377</b>	<b>26,35</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	1.030	0,74	894	0,65	679	0,51
<b>Aktiva</b>	<b>138.257</b>	<b>100,00</b>	<b>137.837</b>	<b>100,00</b>	<b>134.264</b>	<b>100,00</b>
Gezeichnetes Kapital	17.500	12,66	17.500	12,70	17.500	13,03
Kapitalrücklage	66.316	47,97	66.316	48,11	66.316	49,39
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>83.816</b>	<b>60,62</b>	<b>83.816</b>	<b>60,81</b>	<b>83.816</b>	<b>62,43</b>
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	5.653	4,09	5.700	4,14	5.167	3,85
Rückstellungen	12.484	9,03	15.057	10,92	10.067	7,50
Verbindlichkeiten	36.304	26,26	33.264	24,13	35.213	26,23
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Passiva</b>	<b>138.257</b>	<b>100,00</b>	<b>137.837</b>	<b>100,00</b>	<b>134.264</b>	<b>100,00</b>

**Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –**

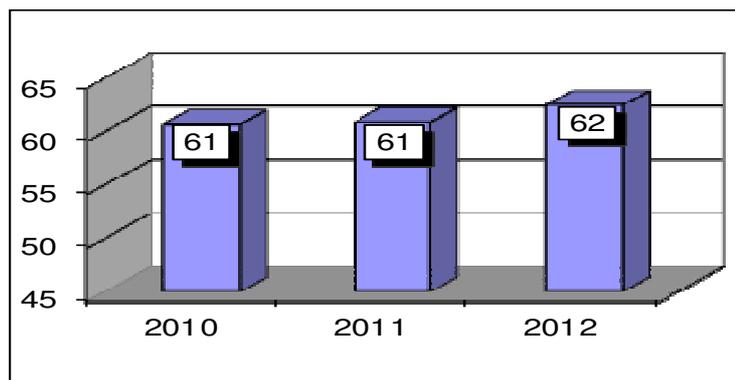
<b>Jahr</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
<b>GuV-Position</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Umsatzerlöse	137.854	134.912	143.046
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	23	-25	8
Andere aktivierte Eigenleistungen	350	487	421
Sonstige betriebliche Erträge	7.033	6.543	9.104
Erträge aus Gewinnabführung	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen/verb. Unternehmen	4	2	3
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	730	933	373
<b>Erträge</b>	<b>145.994</b>	<b>142.852</b>	<b>152.955</b>
Materialaufwand	93.702	90.063	97.052
Personalaufwand	15.977	16.531	17.115
Abschreibungen	6.615	6.485	6.612
Sonstige betriebliche Aufwendungen	16.871	15.630	15.653
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	896	1.177	1.511
<b>Aufwendungen</b>	<b>134.061</b>	<b>129.886</b>	<b>137.943</b>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11.933	12.966	15.012
Außerordentliche Aufwendungen	-154	0	0
Sonstige Steuern	-871	1.169	1.227
Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter	0	-1.708	2.021
<b>Gewinnabführung an Organträger</b>	<b>-10.908</b>	<b>-10.089</b>	<b>-11.764</b>
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Entwicklung der Jahresergebnisse bzw. Höhe der Gewinnabführung**

<b>Jahr</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
<b>Angabe in</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Gewinnabführung	10.908	10.089	11.764

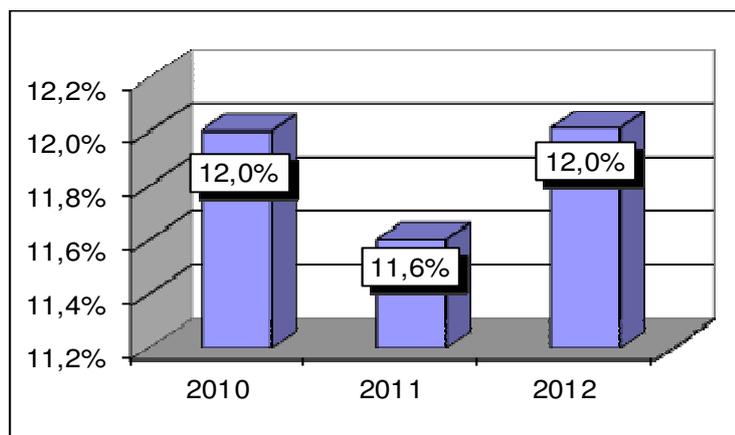
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

<b>Jahr</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
<b>Angabe in</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Eigenkapital	83.816	83.816	83.816
Bilanzsumme	138.257	137.837	134.264
<b>% EK</b>	<b>61</b>	<b>61</b>	<b>62</b>



### Cash-Flow

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Erg.v.Gewinnabf.	10.908	10.089	11.764
Abschreibungen	6.615	6.485	6.612
	17.523	16.574	18.376
Gesamterträge	145.994	142.852	152.955
<b>Cash-Flow</b>	<b>12,0%</b>	<b>11,6%</b>	<b>12,0%</b>



## Lagebericht der EWR GmbH für das Geschäftsjahr 2012

### Allgemeines

Der Konjunkturbericht der IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid attestierte aufgrund ihrer Frühjahrsbefragung für die regionale Wirtschaft weiterhin eine Hochkonjunktur. Im Städtevergleich lag Remscheid nach dem Geschäftslageindex weiterhin an der Spitze. Im Herbst war die konjunkturelle Einschätzung zwar noch überwiegend gut, jedoch waren im letzten Quartal spürbare Eintrübungen festzustellen. Insgesamt konnte Remscheid - gemessen an den Industrieumsätzen - im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 11 % zulegen, während im IHK-Bezirk ein vergleichsweise geringes Plus von 3,8 % ermittelt wurde.

Der Arbeitsmarkt in der Region konnte keine weiteren Erfolge nach 2011 verbuchen. Im IHK-Bezirk stieg die Arbeitslosenquote zum Jahresende 2012 gegenüber Dezember 2011

wieder an, und zwar von 9,4 % auf 10,6 %. In Remscheid veränderte sich die Quote von 8,1 % auf 9,1 %, die damit allerdings noch leicht unter dem korrespondierenden Wert von 2011 liegt.

Die insgesamt noch auf hohem Niveau gefestigte Konjunkturlage spiegelte sich teilweise nur eingeschränkt im Energieabsatz unserer Gesellschaft wider. Die stetig sinkende Einwohnerzahl Remscheids und der effizientere Umgang mit Energie zeigen ihre Wirkung. Im Geschäftsfeld Gasversorgung überflügelte jedoch der Gesamtabsatz – begünstigt durch die insgesamt niedrigeren Temperaturen – merklich die Werte des Jahres 2011. Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich der Wettbewerbsdruck intensiviert.

Der nach der Gemeindeordnung NW geforderten Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung sind wir nachgekommen. Den im Gesellschaftszweck der EWR formulierten Zielen, eine sichere, preiswürdige und umweltschonende Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern, haben wir voll entsprochen.

Gemäß § 6b Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) gehen wir im Lagebericht auf die Tätigkeiten der Elektrizitätsverteilung und Gasverteilung ein. Bei der EWR umfassen diese Tätigkeiten den Betrieb der Elektrizitäts- und Gasverteilernetze. Die EWR unterliegt hierbei der Regulierung durch das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

### **Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft (Vermögens-, Finanz- und Ertragslage)**

Das stabile Wachstum der heimischen Wirtschaft festigte zwar insgesamt die Absatzbilanz der EWR, allerdings resultieren die Zuwachsraten in der Stromversorgung aus der Akquisition neuer Individualkunden in fremden Netzgebieten. Die deutlich niedrigeren Temperaturen des Jahres 2012 bewirkten einen spürbar höheren Gasverbrauch als im Jahr zuvor. Die gesamten Außenerlöse der Gesellschaft stiegen gegenüber dem Vorjahr von 134,9 Mio. € auf 143,0 Mio. € (+ 6,0 %). Im Energiebereich und bei den Wasserlieferungen - einschließlich Innenumsätze - stiegen die Erlöse von 137,0 Mio. € um ca. 6,6 % auf 146,1 Mio. €. Der Umsatzzuwachs in der Sparte Strom - insgesamt ca. 4,5 Mio. € oder 6,0 % - ist auf Preis- und Mengeneffekte zurückzuführen. Die Erlösentwicklung im Segment der Gasversorgung - gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 11,2 % - ist im Zusammenhang mit der Absatzentwicklung und notwendiger Preisanpassungen als Folge höherer Beschaffungskosten zu sehen. Die Erlöse in der Wasserversorgung (- 5,9 %) berücksichtigen erneut notwendige Umsatzkorrekturen für das Jahr 2011, die aus dem Abgleich hochgerechneter und fakturierter Wassermengen resultieren. In der Wärmeversorgung verzeichnen wir als Folge der kalten Witterung und einer erfreulichen Kundenentwicklung einen Umsatzzuwachs von 19,6 %.

In der **Stromsparte** konnte der **Energievertrieb** im Stromnetz der EWR sowie in fremden Netzgebieten insgesamt 469,0 Mio. kWh absetzen und übertraf damit den Vorjahreswert um 18,6 Mio. kWh oder 4,1 %. Die rückläufigen Tendenzen im angestammten eigenen Absatzmarkt wurden vorrangig durch den Zugewinn von Liefermengen in fremde Netzgebiete überkompensiert. Der Vertriebsabsatz der **Netzwirtschaft** der EWR - hier zeigen sich demzufolge auch erste Anzeichen einer etwas abflachenden Entwicklung - sank im Berichtsjahr um 1,2 % auf 591,8 Mio. kWh gegenüber noch 598,9 Mio. kWh im Jahr zuvor.

Die **Gasversorgung** konnte überwiegend witterungsbedingt zulegen, nachdem das Jahr 2011 - trotz freundlicher wirtschaftlicher Rahmenbedingungen - wegen einer deutlich milderen Winterperiode insbesondere im Segment der Privat- und Gewerbekunden Absatzeinbußen bescherte. Der **Energievertrieb** der EWR lieferte in eigene und fremde Netzgebiete mit gut 1.018 Mio. kWh gegenüber dem Vorjahr rund 42,3 Mio. kWh oder 4,3 % mehr Erdgas. Die **Netzwirtschaft** legte stärker zu und leitete mit 1.043,3 Mio. kWh etwa 7,3 % mehr Erdgas durch das Verteilernetz der Gesellschaft.

Die im letzten Geschäftsjahr wegen zusätzlicher Leckagen im Rohrnetz erforderliche Korrektur der hochgerechneten und umsatzrelevanten Wassermengen der Jahre 2010/2011 musste auch im Berichtsjahr 2012 wiederholt werden. In Verbindung mit der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung und den anhaltenden Einsparbemühungen fällt der Wasserabsatz mit knapp 6,1 Mio. m<sup>3</sup> im abgeschlossenen Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um ca. 3,8 % geringer aus. Die **Wärmeversorgung** verzeichnete ebenfalls witterungsbedingt und insbesondere durch das Neukundengeschäft einen kräftigen Zuwachs. In diesem Geschäftsfeld kletterte der Absatz auf etwa 50,5 Mio. kWh oder um 14,3 %.

Die nachfolgende Tabelle fasst noch einmal den Absatz- und Umsatzbereich der Energie- und Wasserversorgung zusammen:

		Absatz *)	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Erlöse *) Mio. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Stromversorgung	Mio. kWh	638,9	+ 2,4	79,5	+ 6,0
Gasversorgung	Mio. kWh	1.105,0	+ 7,1	47,5	+ 11,2
Wärmeversorgung	Mio. kWh	50,5	+ 14,3	4,6	+ 19,6
Wasserversorgung	Mio. m <sup>3</sup>	6,1	./ 3,8	14,6	./ 5,9
Gesamt				146,2	+ 6,6

\*) einschl. Durchleitung Strom und Gas, Eigenverbrauch, ohne Nebengeschäfte und Auflösung BKZ

Das Jahresergebnis der EWR schließt vor Gewinnabführung über alle Sparten und nach Abzug der Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin Thüga AG sowie der Ertragsteuern mit einem Gewinn in Höhe von 11,8 Mio. € ab. Gegenüber dem Vorjahr ein um ca. 1,7 Mio. € höheres Ergebnis, das neben den Auswirkungen aus dem operativen Geschäft durch Sondereffekte aus der Auflösung bzw. Bildung von Rückstellungen beeinflusst wurde. Hinsichtlich der Vermögens- und Finanzlage ist festzustellen, dass die Bilanzsumme um ca. 3,6 Mio. € auf 134,3 Mio. € gesunken ist.

Die Konzessionsabgabe - abgeleitet von den in der Netzwirtschaft durchgeleiteten Absatzmengen für Strom und Gas sowie den Wassererlösen - wurde wieder preis- und steuerrechtlich vollständig erwirtschaftet und liegt mit etwa 7,4 Mio. € auf gleichem Niveau des Vorjahreswertes. Auf der Basis des ab 2011 gültigen Ergebnisabführungsvertrages wird der nach Abzug der Ausgleichszahlung an die Minderheitsgesellschafterin Thüga AG, München, verbleibende Jahresgewinn von 11,8 Mio. € an die Muttergesellschaft Stadtwerke Remscheid GmbH abgeführt.

## **Beschaffung**

Die Entwicklung der Bezugskosten für Strom und Gas orientierte sich an den vereinbarten Preisregelungen und den Beschaffungsmengen. Die absoluten Bezugs- und Netzkosten stiegen beim Strom um ca. 8,3 % und beim Gas um 7,5 %. Einschließlich des Materialverbrauchs, der Brenn- und Treibstoffe und der bezogenen Lieferungen und Leistungen beansprucht der gesamte Materialaufwand in 2012 eine Größenordnung von 97 Mio. €. Im Vergleich mit dem Vorjahr fällt diese Aufwandsposition um rund 7 Mio. € oder knapp 7,8 % höher aus.

## **Personalbereich**

Zum 31.12.2012 beschäftigte die EWR 272 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit 5 Belegschaftsmitglieder mehr als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Die Zahl der kostenrelevanten Vollzeitkräfte hat sich zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr im gleichen Maß erhöht und zwar aufgerundet von 248 Personen auf 253 Personen. Zum Jahresende befanden sich 14 junge Menschen - gegenüber 15 im Vorjahr - in einem Ausbildungsverhältnis. Das entspricht - auf die Belegschaftszahl zum 31.12. ohne Auszubildende bezogen - einer Ausbildungsquote von mehr als 5 %.

Die Personalkosten nehmen traditionell den zweiten Platz im Aufwandsbereich der Ergebnisrechnung ein. Auf diese Kostengröße entfielen 17,1 Mio. € und damit etwa um 0,6 Mio. € höhere Aufwendungen als im Jahr 2011. Als Folge gewachsener Umsatzerlöse nimmt der höhere Personalaufwand wie im Vorjahr 11,7 % der betrieblichen Erträge ein.

## **Umwelt-, Arbeitsschutz und Qualitätsmanagement**

Die EWR hat das Thema Umweltschutz schon vor vielen Jahren zum festen Bestandteil der Unternehmenspolitik gemacht. Das Unternehmen verfügt seit 1996 über ein für alle Sparten gültiges und zertifiziertes Umweltmanagementsystem, das den Anforderungen des internationalen Standards DIN EN ISO 14001 genügt. Das jährlich durchzuführende Überwachungsaudit zum Erhalt der Zertifizierung konnte im November 2012 erfolgreich absolviert werden.

Bei der umfangreichen Auditierung stellten die unabhängigen Gutachter der Gesellschaft ein sehr gutes Zeugnis aus. Die Erfüllung der Aufgaben im Kerngeschäft der Strom-, Gas- und Wasserversorgung ist keine Momentaufnahme, sondern ein gelebter, stetiger Prozess mit regelmäßigen internen Überprüfungen und wird ergänzt durch Aktivitäten in der Elektromobilität sowie unserem Umweltengagement durch Beteiligungen an Green GECCO und Thüga Erneuerbare Energien (THEE).

Arbeitsschutz ist ein stets im Focus der Managementaufgaben stehendes Thema. Die Anzahl der Arbeitsunfälle hat sich von 11 im Vorjahr auf aktuell 13 - davon 8 meldepflichtig - erhöht. Die durch meldepflichtige Unfälle verursachten Fehltage stiegen von 59 auf 91 Tage.

## Risiken und Chancen

Das zentrale Risikofrüherkennungssystem ist integraler Bestandteil unserer Managementsysteme und wird von der EWR aus konzernweit eingesetzt. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus ein Sachstandsbericht des Risikomanagements gegeben. Das Risikofrüherkennungssystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert. Zum Jahreswechsel 2012/2013 sind im Konzern fünf Risiken - davon vier die EWR betreffend - identifiziert. Zwei dieser Risiken - Wasserpreisabsenkung und Konzessionsverlust - werden in der Prioritätenklasse B, die anderen zwei in der Prioritätsklasse C geführt, die im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Schadenhöhe die geringste Bedeutung hat. Hierunter fallen die netzseitig erwirtschafteten und tendenziell sinkenden Netznutzungsentgelte sowie das neu aufgenommene Vertriebs- und Netzrisiko aus dem anhaltenden Bevölkerungsrückgang in Remscheid. Die noch in der letzten Berichtsperiode geführten Risiken aus dem mit dem SANA-Klinikum, Remscheid, laufenden Schiedsverfahren über die Auslegung der Endschaftsklausel bezüglich der Wärmeversorgungsanlage sowie zu dem Komplex „Mehrerlösabschöpfung“ konnten nach erfolgreichem Abschluss aus dem Risikomonitor ausgeblendet werden.

Die EWR hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft aus diesem Segment keine Risiken. Andere Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt. Hierunter fallen u. a. Eventualfolgen aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zu Preisanpassungsklauseln in Normsonderkundenverträgen.

Das Chancenpotential im Thüga-Netzwerk wird von der EWR beispielsweise in den Bereichen Beschaffung, Vertrieb und Netz breit genutzt. Der Ausbau unserer Beteiligungen an Green GECCO und der THEE und damit im Segment der regenerativen Energieerzeugung konnte im Geschäftsjahr 2012 weiter forciert werden. So erreicht das Windparkportfolio der THEE mittlerweile über 100 Megawatt. Darüber hinaus arbeiten wir mit benachbarten Stadtwerken zusammen, um gemeinsam Windkraftanlagen im Rheinisch-Bergischen Land zu entwickeln und zu erstellen.

Die mit der Entwicklung der Energiewende einhergehenden Anforderungen an Netzinfrastrukturen und dem damit verbundenen Datentransport resultieren nicht allein aus der im Energiewirtschaftsgesetz bereits fixierten Einführung intelligenter Zähler. Der erklärte Wille der Bundesregierung, in Deutschland breitbandige Informationstechnologien flächendeckend den Bürgern und der Industrie zur Verfügung zu stellen, hat uns veranlasst, unsere bereits vorhandenen Erfahrungen möglicherweise in einem neuen Geschäftsfeld zu bündeln und unsere Chancen als Infrastrukturdienstleister im Thema Breitband auszuloten. In einem ersten Pilotprojekt werden wir im Geschäftsjahr 2013 ein Gewerbegebiet in Remscheid mit Lichtwellenleiter für eine Breitbandversorgung anbinden.

## Investitionen und Finanzierung

Im Jahr 2012 wurden rund 8,7 Mio. € in immaterielle Vermögensgegenstände und Sach- sowie Finanzanlagen investiert und damit im Vergleich zum Vorjahr insgesamt 0,7 Mio. € mehr Finanzmittel für Investitionen eingesetzt. Gegenüber unserer revidierten

Wirtschaftsplanung blieb das Investitionsvolumen über alle Sparten jedoch zurück, und zwar um 1,1 Mio. €.

Von den verausgabten Investitionen für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen entfielen gut 28 % auf die Stromversorgung, rund 19 % auf die Gasversorgung, ca. 14 % flossen in die Wasserversorgung und etwa 8 % wurden im Geschäftsfeld „Wärmeversorgung/Contracting“ investiert. Auf die gemeinsamen und zentralen Bereiche entfielen annähernd 31 % der Finanzmittel. In Finanzanlagen - Green GECCO und THEE - wurden etwa 2,7 Mio. € investiert. Zur vollständigen Finanzierung der Investitionen konnte auf die vorhandene Liquidität zurückgegriffen werden.

## Ausblick

Die aktuelle Konjunkturmfrage der Industrie- und Handelskammer zeigt sich für die bergische Wirtschaft zum Jahreswechsel nach 2013 erstaunlich robust und besser, als von vielen Unternehmen noch im Herbst erwartet worden war. Nach diesem Zwischenhoch ist für den weiteren Jahresverlauf jedoch mit einer Eintrübung zu rechnen. Die zurzeit unwägbaren Rahmenbedingungen der Energiewende und die Euro-Schuldenkrise dürften auf Sicht für ein geringeres Wirtschaftswachstum sorgen.

Der Energievertrieb als auch die Netzwirtschaft unserer Gesellschaft können sich hinsichtlich des Gasabsatzes in Folge der lang anhaltenden Winterperiode im ersten Quartal des neuen Geschäftsjahres gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres gut behaupten und weisen auch Zuwächse gegenüber unserer Wirtschaftsplanung auf. Im Strombereich ist die Entwicklung uneinheitlich. Während der zurzeit rückläufige Absatz im eigenen Netzgebiet durch zusätzliche Lieferungen in fremde Netzgebiete mehr als kompensiert wird, bewegen wir uns im Bereich des Netzabsatzes auf dem Niveau unserer Wirtschaftsplanung, allerdings werden die Vorjahreswerte verfehlt. Die Wärmeversorgung behauptet sich gut und übertrifft die für das erste Quartal 2013 erwarteten Wärmelieferungen. Der Wasserabsatz folgt dem Trend der vergangenen Jahre. Zwar liegen wir mit den Wasserlieferungen auf Höhe unserer Prognoserechnung, jedoch wird der Stand nach den ersten drei Monaten des Vorjahres nicht erreicht. Insgesamt gesehen können die ersten Ergebnisse des Jahres 2013 noch keinen hinreichenden Aufschluss über den weiteren Verlauf des neuen Geschäftsjahres geben.

Nach wie vor verfolgen wir unseren eingeschlagenen Weg in Richtung eines regionalen Energieeffizienz- und Energiedienstleistungsunternehmens. Den weiteren Ausbau des Geschäftsfeldes der regenerativen Energieerzeugung mittels Beteiligungen wollen wir grundsätzlich forcieren und haben hierfür im laufenden Geschäftsjahr nennenswerte Finanzmittel eingeplant. Allerdings werden die zu erwartenden gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Finanzierung der Energiewende maßgeblich in die weiteren Entscheidungsprozesse einzubeziehen sein.

Das Investitions- und Instandhaltungsprogramm 2013 und Folgejahre wird sich in der Strom- und Gasversorgung uneingeschränkt an den finanziellen Spielräumen orientieren, die von den Regulierungsbehörden vorgegeben werden. Derzeit rechnen wir im nunmehr laufenden Geschäftsjahr mit einem Investitionsvolumen von 15,0 Mio. €, das rund 6,2 Mio. € für geplante Projekte im regenerativen Bereich vorsieht. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Maßnahmen innerhalb unseres Strom- und Gasversorgungsnetzes sowie im Geschäftsfeld „Wärmeversorgung/Contracting“. Hier steht die Erneuerung des Blockheizkraftwerkes am H<sub>2</sub>O Sauna- und Badeparadies besonders im Fokus.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist gesichert. Zur Bewältigung des Investitionsprogramms werden voraussichtlich ergänzend Fremdmittel einsetzen. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Für 2013 streben wir nach Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter und vor Gewinnabführung an die Muttergesellschaft gemäß der genehmigten Wirtschaftsplanung ein Jahresergebnis von rund 9,7 Mio. € an. Damit bewegen wir uns – ohne die Sondereffekte aus der Auflösung bzw. Bildung von Rückstellungen in den Vergleich mit einzubeziehen - auf Höhe der ursprünglich auch für 2012 geplanten guten Ergebnissituation. Die regulativen Anforderungen und wettbewerbswirtschaftlichen Rahmenbedingungen nehmen unverkennbar zu. Trotzdem sehen wir aufgrund eingeleiteter Prozessoptimierungsmaßnahmen sowie der Nutzung von Wachstumschancen in den Bereichen „Erneuerbare Energien“, „Energievertrieb außerhalb Remscheid“ sowie „Contracting“ perspektivisch für 2014 eine annähernd ähnlich gute Ergebnislage.

Remscheid, 30. April 2013

Gez.  
Prof. Dr. Hoffmann  
Geschäftsführung

## 4.2 Park Service Remscheid GmbH, Remscheid

(mittelbare Beteiligung)

### Allgemeine Unternehmensdaten

Park Service Remscheid GmbH  
Neuenkamper Str. 81-87  
42855 Remscheid  
Tel. 02191 / 16-40

**Gründungsjahr:** 2000/2004

Am 21.12.2000 wurde die Stadtwerke Remscheid Energie und Wasser GmbH, Remscheid, (kurz: „SREW“) gegründet. Die SREW hatte bis zum 06.07.2004 kein operatives Geschäft. Die SREW übernahm das Parkierungsgeschäft der Städtische Gewerbeimmobilien Remscheid GmbH. Der Gesellschaftsvertrag wurde vollständig neu gefasst. Damit wurden unter anderem die Firma geändert in Park Service Remscheid GmbH und der Gegenstand des Unternehmens neu gefasst.

### Gesellschafter

	Stammkapital	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	100.000,00	100,0

### Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft

Keine

### Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Parkierungsanlagen und -einrichtungen in Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

### Organe der Gesellschaft

#### Geschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

Aufsichtsrat

Beate Wilding	Oberbürgermeisterin
Lothar Sill, Vorsitzender (bis 25.09.12)	Sachkundiger Bürger
Klaus Mandt, stellv. Vorsitzender (bis 25.09.2012)	Ratsmitglied
York Edelhoff, Vorsitzender (ab 25.09.12)	Sachkundiger Bürger
Therese Jüttner, stell. Vorsitzende (ab 25.09.12)	Ratsmitglied

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
	keine	keine	keine

**Anzahl der Beschäftigten**

Jahr	2010	2011	2012
Mitarbeiter/-innen	5	7	6

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Umsatzerlöse in T€ aufgeteilt auf:	2010	2011	2012
Kurzparker	598	575	556
Dauerparker	203	239	253
Dienstleistungen	96	90	93
<b>Gesamtumsatz T€</b>	<b>897</b>	<b>904</b>	<b>902</b>

**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

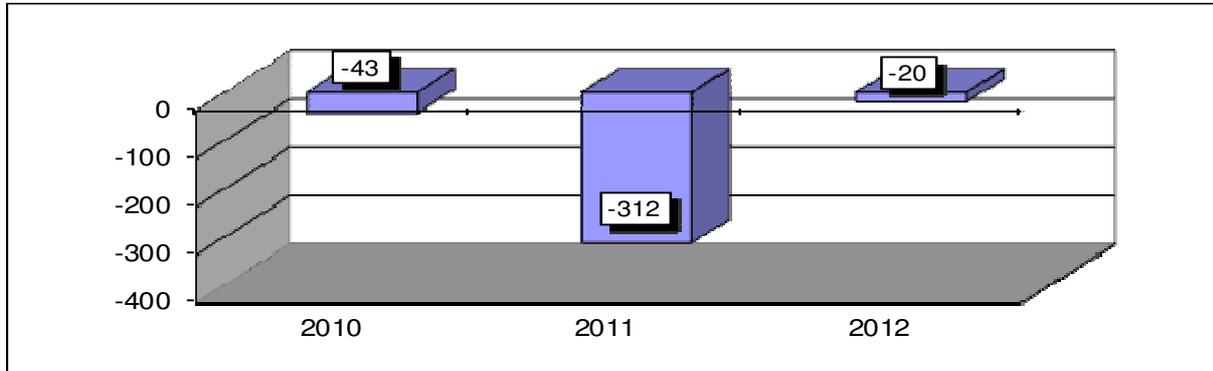
Jahr	2010		2011		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Bilanz-Position</b>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0,03	1	0,03	1	0,03
Sachanlagen	3.784	96,73	3.413	89,74	3.388	95,08
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Anlagevermögen</b>	<b>3.785</b>	<b>96,75</b>	<b>3.414</b>	<b>89,77</b>	<b>3.389</b>	<b>95,11</b>
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	92	2,35	344	9,05	54	1,52
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	35	0,89	45	1,18	120	3,37
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>127</b>	<b>3,25</b>	<b>389</b>	<b>10,23</b>	<b>174</b>	<b>4,89</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Aktiva</b>	<b>3.912</b>	<b>100,00</b>	<b>3.803</b>	<b>100,00</b>	<b>3.563</b>	<b>100,00</b>
Gezeichnetes Kapital	100	2,56	100	2,63	100	2,81
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1	-0,03	-1	-0,03	-1	-0,03
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>99</b>	<b>2,53</b>	<b>99</b>	<b>2,60</b>	<b>99</b>	<b>2,78</b>
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	118	3,02	164	4,32	212	5,96
Verbindlichkeiten	3.695	94,45	3.540	93,08	3.252	91,26
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Passiva</b>	<b>3.912</b>	<b>100,00</b>	<b>3.803</b>	<b>100,00</b>	<b>3.563</b>	<b>100,00</b>

**Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
<b>GuV-Position</b>			
Umsatzerlöse	897	904	902
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	17	14	33
Erträge aus Gewinnabführung/Verlustübernahme	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	1	1	0
<b>Erträge</b>	<b>915</b>	<b>919</b>	<b>935</b>
Materialaufwand	162	160	199
Personalaufwand	279	266	232
Abschreibungen	98	385	79
Sonstige betriebliche Aufwendungen	293	295	326
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	103	102	95
<b>Aufwendungen</b>	<b>935</b>	<b>1.208</b>	<b>932</b>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-20	-289	3
Sonstige Steuern	-23	-23	-23
<b>Gewinnabf. an Organträger/Verlustübernahme</b>	<b>43</b>	<b>312</b>	<b>20</b>
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Entwicklung der Jahresergebnisse**

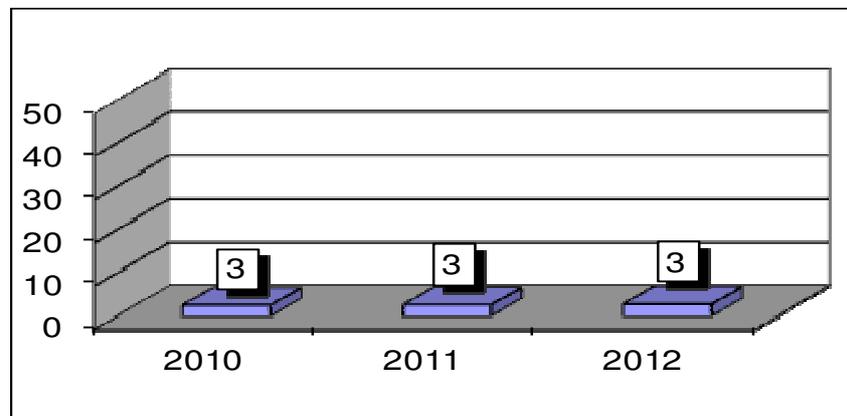
Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
<b>Verlustübernahme</b>	-43	-312	-20



**Kennzahlen**

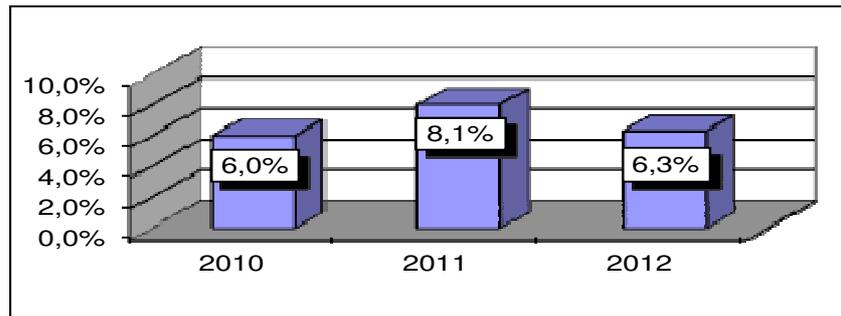
**Eigenkapitalquote**

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	99	99	99
Bilanzsumme	3.912	3.803	3.563
<b>% EK</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>3</b>



**Cash-Flow**

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Erg.v.Gewinnabf.	-43	-311	-20
Abschreibungen	98	385	79
	55	74	59
<b>Gesamterträge</b>	<b>915</b>	<b>919</b>	<b>935</b>
<b>Cash-Flow</b>	<b>6,0%</b>	<b>8,1%</b>	<b>6,3%</b>



## Lagebericht der Park Service Remscheid GmbH für das Geschäftsjahr 2012

### Allgemeines

Die Park Service Remscheid GmbH (PSR) ist eine etablierte Gesellschaft im Unternehmensverbund der Stadtwerke Remscheid GmbH und mit ihren Geschäftsaktivitäten führend in Remscheid. Der Gegenstand der PSR ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von Parkieranlagen und -einrichtungen in Remscheid sowie die Erbringung von Dienstleistungen in diesem Bereich. Der Gesellschaft obliegen nicht nur der Betrieb eigener und gepachteter Parkierungseinrichtungen, sondern auch die Betriebsführung sowie die Erbringung technischer/administrativer Dienstleistungen von in fremdem Eigentum stehenden Parkierungseinrichtungen.

Die Grundausrichtung des Parkierungsgeschäfts ruht nach wie vor im Wesentlichen auf zwei Säulen: Dem Bargeschäft mit Kurzparkern, das über Kassenautomaten abgewickelt wird und den Mietverhältnissen mit Dauerparkern. Die kaufmännische Betriebsführung für die PSR wird von der Schwestergesellschaft EWR GmbH (EWR) wahrgenommen. Darüber hinaus werden sowohl von der EWR als auch von den Stadtwerken Remscheid diverse technische Dienstleistungen erbracht.

### Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Das Parkverhalten unserer Kunden und damit die Frequentierung aller Parkierungseinrichtungen präsentierten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder uneinheitlich. Im Geschäftsfeld der Dauerparker verzeichneten wir erneut eine überdurchschnittliche Resonanz. Im Kurzparkerbereich setzte sich der Trend des letzten Jahres mit einer abnehmenden Inanspruchnahme unseres Angebotes fort.

Die Erlöse aus allen Parkeinrichtungen und Dienstleistungen erreichten im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Wert von 902 T€. Damit wurde die korrespondierende Vorjahresgröße ziemlich genau getroffen und der revidierte Planungsansatz um 1,1 % überschritten. Die Umsätze aus Kurzparkvorgängen - sie nehmen knapp 62 % der Gesamterlöse ein – erleiden wie auch schon 2011 erneut einen Rückgang, und zwar um 3,3 % auf rund 556 T€. Nach wie vor reichen die wirtschaftlichen Impulse zur Belebung der Remscheider Innenstadt - insbesondere im unteren Bereich der Alleestraße - nicht aus und zeichnen insgesamt für die rückläufige Umsatzentwicklung im Kurzparkergeschäft verantwortlich. Bei der Kundengruppe der Dauerparker hält der positive Trend an. In diesem Segment können wir nochmals einen Umsatzgewinn gegenüber dem Vorjahr verzeichnen, und zwar von 5,7 %.

Durch die teilweise Neuordnung von Markierungen stehen zum 31.12.2012 insgesamt rund 1.470 Stellplätze zur Verfügung, von denen zum Bilanzstichtag annähernd 590 von Dauerparkern in Anspruch genommen werden.

Das operative Jahresergebnis der Gesellschaft von – 20 T€ ist nicht unmittelbar mit dem des Vorjahres vergleichbar, weil das letztjährige Ergebnis mit Sonderabschreibungen für das Parkhaus am Markt belastet war. Gegenüber unserer revidierten Wirtschaftsplanung fällt das Ergebnis leicht besser aus.

Zwischen den Stadtwerken Remscheid GmbH (Muttergesellschaft) und der 100 %igen Tochtergesellschaft Park Service Remscheid GmbH besteht ein zum 01. Januar 2011 angepasster Ergebnisabführungsvertrag (EAV). Der Jahresfehlbetrag 2012 in Höhe von ca. - 20 T€ wird von den Stadtwerken Remscheid übernommen; das Ergebnis der Gesellschaft schließt entsprechend mit Null ab.

Um Finanzierungsspitzen auszugleichen, verfügt die Gesellschaft über einen von der Stadtwerke Remscheid GmbH eingeräumten Darlehensrahmen von 3.500 T€. Zum Bilanzstichtag ist der Darlehensrahmen mit 1.228 T€ (i. Vj. 1.440 T€) in Anspruch genommen. Die übrigen langfristigen Darlehen von Kreditinstituten wurden planmäßig getilgt und belaufen sich auf ein Restvolumen von ca. 1,9 Mio. €.

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft ist mit 100 T€ vergleichsweise gering, wobei auf den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit den Stadtwerken Remscheid hinzuweisen ist. Die Eigenkapitalquote, also der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme, bewegt sich mit 2,8 % leicht über Vorjahresniveau.

### **Personalbereich**

Die Park Service Remscheid GmbH kommt nach wie vor mit einer schlanken Personalstruktur aus. Der Personalaufwand nimmt mit 232 T€ (266 T€ i. Vj.) ca. 25 % der betrieblichen Erträge in Anspruch. Zum Bilanzstichtag beschäftigt die Gesellschaft 6 (i. Vj. 7) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für die mit Gründung der PSR übernommenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richtet sich die Vergütung nach den tarifvertraglichen Regelungen des BAT/BMT-G. Für neue Beschäftigte werden freie Anstellungsverträge ohne Tarifbezug vereinbart, da die Gesellschaft nicht einem Arbeitgeberverband angehört. Für diesen Personenkreis werden ebenfalls Beiträge an die Zusatzversorgungskasse abgeführt. Diese gelten auch für die Altersversorgung. Auch im Berichtsjahr fanden wieder zwei Mitarbeiter-Workshops statt. Im Mittelpunkt standen die Überarbeitung des Stellplatzkonzepts sowie die Gewinnung von Neupartnern beim „Parken & Sparen“. Grundsätzlich gilt es, Ideen und die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Wohle der PSR zu fördern. Die Arbeitssicherheit nimmt in der PSR - wie in der gesamten Unternehmensgruppe der Stadtwerke Remscheid - einen hohen Stellenwert ein. In der Gesellschaft ereignete sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder kein Arbeitsunfall.

### **Umweltschutz**

Der hohe Umweltschutz-Standard der Stadtwerke Remscheid und EWR GmbH – beide Gesellschaften sind seit vielen Jahren nach dem internationalen Standard ISO 14.001 zertifiziert - wird über die konzernweit aktive Stabsstelle für Umwelt-, Qualitäts-, Arbeitsschutz- und Risikomanagement aufrechterhalten. Das Überwachungsaudit zum Erhalt der Zertifizierung konnte im November 2012 wieder mit sehr gutem Ergebnis erfolgreich

absolviert werden. Soweit sinnvoll und angemessen, wird die PSR in dem zentralen Managementsystem berücksichtigt. Erhöhten Umweltrisiken ist die Park Service Remscheid GmbH nicht ausgesetzt.

### **Rentabilität**

Der Jahresfehlbetrag in 2012 fällt gegenüber unserer ursprünglichen Prognoserechnung geringer aus. Der negative Trend bei den Kurzparkern setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr fort. Die Vermietung von Dauerparkplätzen erreicht derzeit einen Stand, der sich im Vergleich zu den Vorjahren auf einem hohen Niveau gefestigt hat. Die zum 1. September 2012 moderat angehobenen Preise für Kurzparker in Verbindung mit den Ertragszuwächsen aus dem neuen, ab dem 1. Januar 2013 angepachteten Objekt an der Daniel-Schürmann-Straße dürften insgesamt zukünftig zu einer nachhaltigen Rentabilitätssteigerung beitragen. Nach wie vor wirken sich infrastrukturelle Probleme im direkten Umfeld zweier Parkeinrichtungen negativ auf die Erlös-entwicklung und damit unmittelbar auf die Ergebnislage aus. In unserer Mittelfristplanung gehen wir davon aus, dass ab 2016 positive Jahresergebnisse realisiert werden.

### **Risiken und Chancen**

Die Park Service Remscheid GmbH ist - wie auch die anderen Schwestergesellschaften - in das zentrale Risikomanagementsystem der Stadtwerke Remscheid GmbH eingebunden. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus hierüber ein Sachstandsbericht abgegeben. Bestandsgefährdende Risiken liegen in der Gesellschaft nicht vor. Die PSR hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Konkrete Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden wieder Maßnahmen umgesetzt, die uns Chancen eröffnen, die Parkhausfrequenzierung und damit die Einnahmen der PSR zu steigern bzw. durch günstigere Kostenstrukturen die Ertragslage zu stärken. Besonders hervorzuheben ist die Anpachtung und Bewirtschaftung eines Parkhauses an der Daniel-Schürmann-Straße in Remscheid zum 1. Januar 2013. Darüber hinaus ist die PSR als wichtiger Partner des Einzelhandels auch regelmäßig im Marketingrat der Innenstadt präsent.

### **Ausblick**

Nach Maßgabe der zum Jahresende 2012 aufgestellten mittelfristigen Wirtschaftsplanung erwarten wir für die Jahre 2013 bis 2015 - vor Ergebnisabführung - im Durchschnitt kontinuierlich sinkende Jahresdefizite. Das neue Pachtobjekt an der Daniel-Schürmann-Straße in Remscheid - Vertragsbeginn ist der 1. Januar 2013 - dürfte einen wichtigen Beitrag zur Ergebnisverbesserung leisten mit dem Ziel, ab 2016 die Gesellschaft insgesamt in einen positiven Ergebnisbereich zu überführen.

Auch im kommenden Jahr wollen wir wieder mit dem Marketingrat der Innenstadt das Konzept „Parken & Sparen“ weiterentwickeln und gemeinsam an Überlegungen zur Attraktivierung der „unteren Alleestraße“ mitwirken, um bei der Kundengruppe der Kurzparker zumindest eine Stabilisierung der Nutzung unserer Parkeinrichtungen zu erreichen. Bei der Vermietung von Dauerparkplätzen werden wir gezielt Kunden auf die Fortsetzung befristeter

Mietverträge ansprechen. In unserer Planung rechnen wir ab 2013 wegen des neuen Pachtobjektes mit einem Einnahmesprung und dann in den Folgejahren mit einer insgesamt stabilen Erlössituation der PSR.

Die Investitionstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr bezog sich auf die Anschaffung technischer Betriebsmittel in Höhe von ca. 53 T€. Der größte Teil entfiel auf Parktechnik für das neu angepachtete Parkhaus, die vom Verpächter im vollen Umfang bezuschusst wird. Auch im Zeitraum 2013 bis 2016 beschränken sich die geplanten Investitionen von 45 T€ im Jahresdurchschnitt auf Ersatzbeschaffungsmaßnahmen. Das angesetzte Finanzvolumen wird über den jährlichen Cashflow gedeckt.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist jederzeit gesichert. Neben den eigenen Einnahmen steht ein Darlehensrahmenvertrag mit den Stadtwerken Remscheid zur Verfügung. Die Jahresfehlbeträge werden über den Ergebnisabführungsvertrag ausgeglichen. Die bisherige Entwicklung im neuen Geschäftsjahr lässt noch keine gesicherten Rückschlüsse auf den Verlauf des Jahres 2013 zu.

Ereignisse von wesentlicher Bedeutung nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Remscheid, 6. März 2013

Gez.

Prof. Dr. Hoffmann  
Geschäftsführung

### 4.3 H<sub>2</sub>O GmbH, Remscheid (mittelbare Beteiligung)

#### Allgemeine Unternehmensdaten

H<sub>2</sub>O GmbH  
Neuenkamper Str. 81-87  
42855 Remscheid  
Tel. 02191 / 16-40

**Gründungsjahr:** 2005

#### **Gesellschafter**

Stadtwerke Remscheid GmbH

<b>Stammkapital</b>	
<b>in €</b>	<b>in %</b>
200.000,00	100,0

#### **Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft**

Keine

#### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb von öffentlichen Bädern und Einrichtungen, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge im Stadtgebiet Remscheid sowie die Einbringung von Dienstleistungen in dem genannten Bereich.

#### **Organe der Gesellschaft**

##### Geschäftsführung:

Prof. Dr. Ing. Thomas Hoffmann

##### Aufsichtsrat

Beate Wilding	Oberbürgermeisterin
Karl Wilhelm Tamm, Vorsitzender (bis 27.08.2012)	Sachkundiger Bürger
Bernd Quiting (bis 27.08.2012)	Ratsmitglied
Ilona Kunze-Sill, Vorsitzende (ab 27.08.2012)	Ratsmitglied
Dr. Heinz-Dieter Rohrweck, stellv. Vorsitzender (ab 27.08.2013)	Ratsmitglied

Gesellschafterversammlung**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

keine

**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
	keine	keine	keine

**Anzahl der Beschäftigten**

Jahr	2010	2011	2012
Mitarbeiter/-innen	29	27	30

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Leistungsdaten des Unternehmens**

Betriebsbereich	Leistung	2010	in %	2011	in %	2012	in %
H <sub>2</sub> O - Bad	Besucher	505.672	-6,6	542.902	7,4	520.179	-4,2
	Umsatz T€	3.786	-4,6	4.087	8,0	3.943	-3,5
Sportbad	Besucher	145.848	8,3	144.827	-0,7	153.285	5,8
	Umsatz T€	115	-10,2	113	-1,7	117	3,5
	<b>Gesamtumsatz T€</b>	3.901	-5	4.200	8	4.060	-3

**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

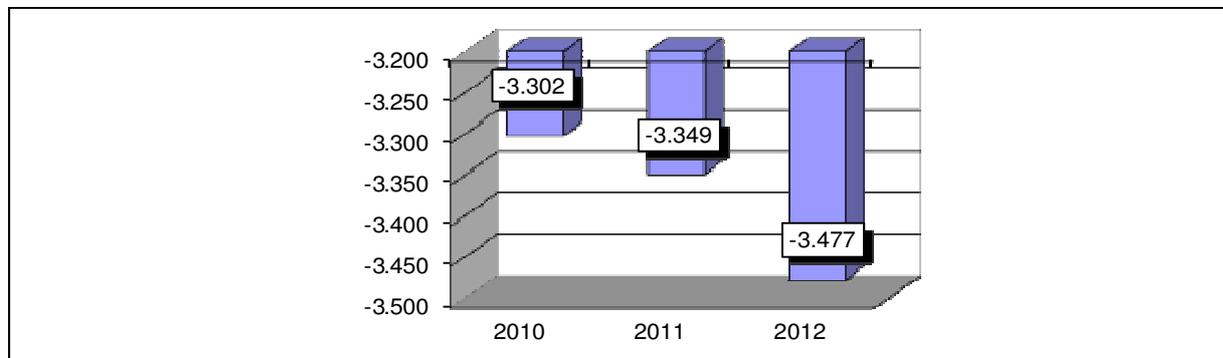
Jahr Bilanz-Position	2010		2011		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	5	0,02	11	0,04	12	0,05
Sachanlagen	21.182	83,71	20.087	81,68	19.687	79,48
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Anlagevermögen</b>	<b>21.187</b>	<b>83,73</b>	<b>20.098</b>	<b>81,73</b>	<b>19.700</b>	<b>79,53</b>
Vorräte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	3.414	13,49	3.505	14,25	4.144	16,73
Wertpapiere	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Flüssige Mittel	702	2,77	989	4,02	927	3,74
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>4.116</b>	<b>16,27</b>	<b>4.494</b>	<b>18,27</b>	<b>5.071</b>	<b>20,47</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Aktiva</b>	<b>25.303</b>	<b>100,00</b>	<b>24.592</b>	<b>100,00</b>	<b>24.771</b>	<b>100,00</b>
Gezeichnetes Kapital	200	0,79	200	0,81	200	0,81
Kapitalrücklage	23.426	92,58	23.426	95,26	23.426	94,57
Gewinnrücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>23.626</b>	<b>93,37</b>	<b>23.626</b>	<b>96,07</b>	<b>23.626</b>	<b>95,38</b>
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	587	2,32	459	1,87	366	1,48
Verbindlichkeiten	1.090	4,31	507	2,06	779	3,14
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Passiva</b>	<b>25.303</b>	<b>100,00</b>	<b>24.592</b>	<b>100,00</b>	<b>24.771</b>	<b>100,00</b>

**Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr GuV-Position	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.937	4.256	4.112
Veränd. des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	253	194	378
Erträge aus Gewinnabführung	0	0	0
Erträge aus Beteiligungen/verb. Unternehmen	0	0	0
Sonstige Zinsen / Finanzerträge	5	12	10
<b>Erträge</b>	<b>4.195</b>	<b>4.462</b>	<b>4.499</b>
Materialaufwand	3.587	3.990	4.195
Personalaufwand	1.435	1.201	1.345
Abschreibungen	1.489	1.514	1.420
Sonstige betriebliche Aufwendungen	919	1.039	932
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	2	19
<b>Aufwendungen</b>	<b>7.432</b>	<b>7.746</b>	<b>7.911</b>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.237	-3.284	-3.412
Sonstige Steuern	-65	-65	-65
<b>Gewinnabführung/Verlustübernahme Organträger</b>	<b>3.302</b>	<b>3.349</b>	<b>3.477</b>
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

## Entwicklung der Jahresergebnisse

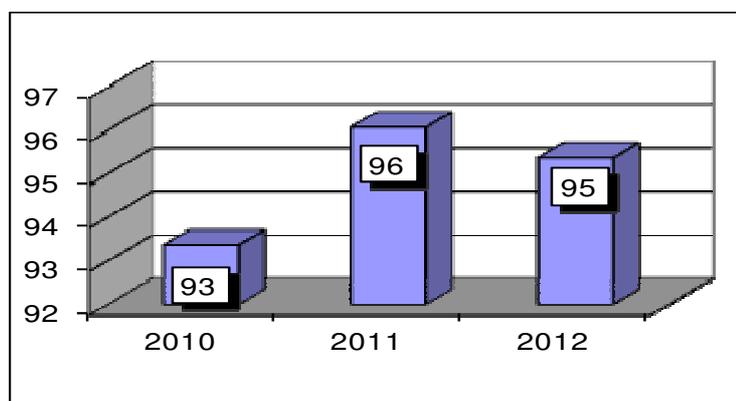
Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
<b>Verlustübernahme</b>	-3.302	-3.349	-3.477



## Kennzahlen

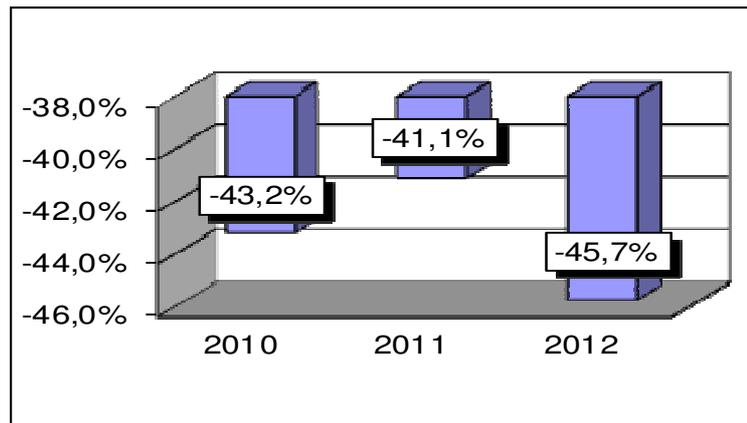
### Eigenkapitalquote

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	23.626	23.626	23.626
Bilanzsumme	25.303	24.593	24.771
<b>% EK</b>	<b>93</b>	<b>96</b>	<b>95</b>



### Cash-Flow

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Verlust	-3.302	-3.349	-3.477
Abschreibungen	1.489	1.514	1.420
	-1.813	-1.835	-2.057
Gesamterträge	4.195	4.462	4.499
<b>Cash-Flow</b>	<b>-43,2%</b>	<b>-41,1%</b>	<b>-45,7%</b>



## Lagebericht der H<sub>2</sub>O GmbH für das Geschäftsjahr 2012

### Allgemeines

Die H<sub>2</sub>O GmbH und insbesondere ihr Sauna- und Badeparadies konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Marktstellung im Bergischen und weit darüber hinaus behaupten. Der in 2012 fortgesetzte „Verschönerungskurs“, die kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit sowie stetige Weiterentwicklung im Event- und Dienstleistungsbereich wurden mit Besucherzahlen auf hohem Niveau honoriert. Als besonderen Lohn erhielt die Saunalandschaft vom Deutschen Sauna-Bund e. V. das Qualitätssiegel „SaunaPremium“. Diese höchste Auszeichnung ist vergleichbar mit der Bewertung von fünf Sternen in der Hotelbranche.

Nach wie vor ist der Gegenstand der Gesellschaft die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb öffentlicher Bäder und Einrichtungen, von Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie von Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge im Stadtgebiet Remscheid und die Erbringung von Dienstleistungen in den genannten Bereichen.

Die Service- und Dienstleistungsaktivitäten der Gesellschaft werden vor allem als Bargeschäft betrieben und fokussieren sich auf die beiden Betriebsstandorte H<sub>2</sub>O Sauna- und Badeparadies sowie das Sportbad am Park. Die kaufmännische Betriebsführung wird weiterhin von der Schwestergesellschaft EWR GmbH (EWR) wahrgenommen.

### Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Bis zu den Revisionswochen im Sommer 2012 - über 800 Einzelmaßnahmen standen auf dem Aktivitätenplan – verzeichnete die Gesellschaft eine durchaus erfreulichen Entwicklung in der Besucherstatistik und damit auch auf der Einnahmeseite. Sowohl die Prognosen als auch die korrespondierenden Vorjahreszahlen wurden übertroffen. Über das gesamte Jahr betrachtet konnten im Zuge der Schließungsphase die hohen Besucherzahlen des Jahres 2011 nicht ganz erreicht werden.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden rund 673.500 Gäste registriert und damit etwa 14.300 Besucher oder 2,1 % weniger als im Rekordjahr 2011. Unsere ursprüngliche Prognoserechnung wurde allerdings mit einem Plus von annähernd 21.400 Besuchern (+ 3,3 %) spürbar übertroffen. Auf den wirtschaftlich erfolgreichen **Saunabereich** einschließlich Massagen entfallen ca. 115.100 Gäste (im Vorjahr 120.500) mit einem Minus von 4,5 %. Auf der Einnahmeseite wurden in diesem Segment 1.933 T€ (- 6,5 %) verbucht. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen dem überproportionalen Rückgang der „2-Stunden-Karten“ geschuldet, die mit relativ höheren Preisstrukturen versehen sind. Neben den weiteren

Einnahmen aus dem Betrieb der **Wasserlandschaft** des H<sub>2</sub>O und des Sportbades - insgesamt 2.126 T€ und damit nur - 0,3 % gegenüber dem Vorjahr - erzielt die Gesellschaft weitere Erlöse aus Pachtentgelten, aus Gastronomie, Solarien, Massagen und dem Beautybereich. Insgesamt erreichten die Umsatzerlöse ohne die sonstigen betrieblichen Erträge beider Betriebsstätten gut 4,1 Mio. € und somit ein Umsatzminus gegenüber 2011 von ca. 3,4 %.

Der im Geschäftsjahr 2012 ausgewiesene Jahresfehlbetrag beläuft sich - vor Verlustübernahme - auf 3.477 T€ und fällt damit etwas niedriger aus, als in der Wirtschaftsplanung für das Berichtsjahr prognostiziert wurde. Gegenüber dem Vorjahr verzeichnen wir einen Anstieg des Jahresfehlbetrages von 3,8 %.

Zwischen der Stadtwerke Remscheid GmbH (SR) und der 100 %igen Tochtergesellschaft H<sub>2</sub>O GmbH besteht ein Gewinnabführungsvertrag, der mit Wirkung zum 1. Januar 2011 angepasst wurde. Der Fehlbetrag des Geschäftsjahres 2012 wird von der Stadtwerke Remscheid GmbH aufgrund dieses Vertrages übernommen.

Um Finanzierungsspitzen auszugleichen, verfügt die Gesellschaft über einen von der Stadtwerke Remscheid GmbH eingeräumten Darlehensrahmen von 3.000 T€, der zu jeder Zeit ausreichend bemessen war.

Das Anlagevermögen der H<sub>2</sub>O GmbH wurde 2008 im Wege der Ausgliederung nach Umwandlungsgesetz von der Muttergesellschaft übertragen. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag unverändert 23,6 Mio. €. Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme nimmt im abgelaufenen Geschäftsjahr ca. 95 % ein.

### **Personalbereich**

Die H<sub>2</sub>O GmbH kommt unverändert mit einer schlanken Personalstruktur aus. Der Personalaufwand liegt im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 1.345 T€ (i. Vj. 1.201 T€) und beansprucht zur Deckung gut 30 % (i. Vj. 27 %) der betrieblichen Erträge. Zu erwähnen ist, dass die im Jahresabschluss 2010 gebildete Rückstellung für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Unterdeckung der Zusatzversorgungskasse zum aktuellen Bilanzstichtag um 97 T€ aufgestockt wurde und im Personalaufwand enthalten ist. Zum Jahresende beschäftigt die Gesellschaft 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In kostenrelevante Vollzeitkräfte umgerechnet sind das ca. 22 Personen (i. Vj. ca. 25). Für die seinerzeit von SR auf die H<sub>2</sub>O GmbH überführten Mitarbeiter richtet sich die Vergütung weiterhin nach den tarifvertraglichen Regelungen des BAT/BMT-G. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nach dem 01.04.2005 beschäftigt wurden, wurden freie Anstellungsverträge ohne Tarifbezug vereinbart, da die Gesellschaft keinem Arbeitgeberverband angehört. Die H<sub>2</sub>O GmbH entrichtet für alle Mitarbeiter/innen als freiwilliges Mitglied im von den Statuten geforderten Umfang regelmäßig Beiträge an die Zusatzversorgungskasse (RZVK, Köln). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen teil, um den Wünschen und Bedürfnissen unserer Gäste gerecht zu werden. Zurzeit bilden wir zwei junge Menschen – im Vorjahr waren es drei Auszubildende - im Berufsbild „Fachangestellte für Bäderbetriebe“ aus.

Das Thema Arbeitssicherheit nahm auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder einen hohen Stellenwert ein. In der Gesellschaft ereignete sich im Jahr 2012 keiner von den insgesamt 13 im Konzern Stadtwerke Remscheid registrierten meldepflichtigen Arbeitsunfällen. Von den nicht meldepflichtigen Unfällen ereignete sich ebenfalls keiner in der H<sub>2</sub>O GmbH. Insgesamt wieder ein beachtliches Ergebnis.

### **Umweltschutz**

Der hohe Umweltschutz-Standard der Stadtwerke Remscheid und EWR GmbH - beide Gesellschaften sind seit vielen Jahren nach dem internationalen Standard ISO 14.001 zertifiziert - wird über die konzernweit aktive Stabsstelle für Umwelt-, Qualitäts-, Arbeitsschutz- und Risikomanagement aufrechterhalten. Das Überwachungsaudit zum Erhalt der Zertifizierung konnte im November 2012 wieder mit sehr gutem Ergebnis erfolgreich absolviert werden. Soweit sinnvoll und angemessen, findet dieses zentrale Managementsystem auch in der H<sub>2</sub>O GmbH Anwendung. Die in den Bädereinrichtungen eingesetzte Technik trägt dazu bei, die Ressourcen Wasser und Energie effizient einzusetzen.

### **Rentabilität**

Die Jahresergebnisse der Gesellschaft sind aufgabenbedingt defizitär. Die entstehenden Verluste sind von der Muttergesellschaft aufgrund des Gewinnabführungsvertrages zu übernehmen. Im Geschäftsjahr 2012 wurden nach mehreren Jahren erstmals wieder Revisionswochen eingelegt und über 800 Einzelaktivitäten im Bereich der Instandhaltung und Modernisierung der gebäudetechnischen Infrastruktur durchgeführt. Trotz der Schließungsphase erreichen die Besucherzahlen ein vergleichsweise beachtliches Niveau. Der außerordentliche Revisionsaufwand ist in das Jahresergebnis eingeflossen und trägt zum Anstieg des Fehlbetrages vor Verlustübernahme bei. Im abgelaufenen Geschäftsjahr erreicht die H<sub>2</sub>O GmbH - bezogen auf das Betriebsergebnis - trotz des Modernisierungsaufwandes noch einen Kostendeckungsgrad von ca. 55 % (im Vorjahr 57 %).

### **Risiken und Chancen**

Die H<sub>2</sub>O GmbH ist - wie auch die anderen Schwestergesellschaften - in das zentrale Risikomanagementsystem der Stadtwerke Remscheid GmbH eingebunden. Die mittels Softwareunterstützung erfassten Risiken werden halbjährlich durch die Risikoverantwortlichen aktualisiert und vom Risikokoordinator erfasst und verwaltet. Dem Aufsichtsrat wird im gleichen Rhythmus hierüber ein Sachstandsbericht abgegeben. Für die Gesellschaft ist kein Risiko identifiziert und bewertet, das im Hinblick auf den Schaden und die Eintrittswahrscheinlichkeit im Rahmen des Risikomanagements behandelt werden müsste. Risiken, die den Bestand des Unternehmens gefährden, werden aus heutiger Sicht nicht gesehen. Die H<sub>2</sub>O GmbH hat keine Finanzmarktgeschäfte getätigt, insoweit drohen der Gesellschaft auch aus diesem Segment keine Risiken. Konkrete Risiken haben wir angemessen in Form von Rückstellungsdotierungen berücksichtigt.

Im operativen Geschäft der Gesellschaft kristallisieren sich grundsätzlich die Witterungsverhältnisse eines Jahres, die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Haushalte sowie die zunehmende Konkurrenzsituation als starke Einflussfaktoren auf die Besucherfrequenz unserer Gäste heraus. Wenngleich wir im Wesentlichen in Folge der Revisionswochen die Rekordbesucherzahlen des Vorjahres nicht erreicht haben, so konnten wir nach der Vielzahl von Instandhaltungs- und Verschönerungsarbeiten eine außerordentlich erfreuliche Kundenresonanz verzeichnen, verbunden mit der Hoffnung, in ein gutes Jahr 2013 zu starten. Ergänzt wird die Attraktivierung durch das neue Dampfbad-Ensemble „Bad der Sinne“ - dem ehemaligen „Alcazar“ - innerhalb der Saunalandschaft, das nach einer intensiven Vorbereitungs- und Umbauzeit im November 2012 eröffnet wurde.

Die bereits eingangs erwähnte höchste Auszeichnung des Deutschen Sauna-Bundes e. V. für die H<sub>2</sub>O-Saunalandschaft erfüllt uns nicht nur mit Stolz, sondern ist eine Bestätigung der erfolgreichen Arbeit, die in stabilen Gästezahlen auf hohem Niveau zum Ausdruck kommt. Das ertüchtigte Erscheinungsbild unserer Einrichtungen, die verbesserte Aufenthaltsqualität in Verbindung mit einem erweiterten Programm an Aktions- und Thementagen eröffnet uns die Chance, die Position des H<sub>2</sub>O als „die“ regionale Freizeitanlage zu festigen.

**Ausblick**

Die Perspektivplanung der Gesellschaft trägt der wachsenden Konkurrenzsituation im Umland Rechnung und wurde - in den einzelnen Gästekategorien nuanciert – wieder nach dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht ausgelegt. Das ursprünglich für 2012 erwartete Besucherniveau, das wie eingangs berichtet spürbar übertroffen wurde, haben wir als Maßstab für die Wirtschaftsplanung 2013 herangezogen. Eine im April 2012 durchgeführte moderate Preisanpassung dürfte im Geschäftsjahr 2013 voll nachwirken. Wir erwarten dann für das Geschäftsjahr 2013 ein Jahresergebnis in vergleichbarer Höhe wie in 2012. Das Preisniveau vergleichbarer Freizeiteinrichtungen eröffnet uns gewisse Spielräume, die es gilt, auch in 2013 und 2014 weiter auszuloten.

Weitere Attraktivierungsprojekte - beispielsweise im Außenbereich der Saunalandschaft - sowie technische Optimierungen und Erneuerungen begleiten das Jahr 2013. Für das Investitionsprogramm wurden rund 1,2 Mio. € budgetiert. Für die Jahre 2014 bis 2016 rechnen wir in unserer Mittelfristplanung mit einem durchschnittlichen Jahresvolumen von etwa 0,7 Mio.€.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist jederzeit gesichert. Neben den eigenen Einnahmen steht ein Darlehensrahmenvertrag mit den Stadtwerken Remscheid zur Verfügung. Die Jahresfehlbeträge werden über den Ergebnisabführungsvertrag ausgeglichen. Die Besucherentwicklung zu Beginn des Jahres 2013 lässt noch keine Rückschlüsse auf den weiteren Verlauf des Geschäftsjahres zu.

Ereignisse von wesentlicher Bedeutung nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Remscheid, 06. März 2013

Gez.  
Prof. Dr. Hoffmann  
Geschäftsführung

#### 4.4 BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid (mittelbare Beteiligung)

##### Allgemeine Unternehmensdaten

BEG Entsorgungsgesellschaft mbH Remscheid  
Deutscher Ring 18  
42327 Wuppertal  
Tel. 0202 / 71990-51

**Gründungsjahr:** 1996

Gesellschafter	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Stadtwerke Remscheid GmbH	11.250,00	45,0
Stadtwerke Velbert GmbH	2.500,00	10,0
Wuppertaler Stadtwerke AG	11.250,00	45,0
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,0</u>

##### **Verbundene Unternehmen / Beteiligungen der Gesellschaft**

Gesellschaften	Stammkapital	Beteiligung
	in €	in %
Gesellschaft für Kompostierung und Recycling Velbert mbH (GKR), Velbert	511.291,88	26,0
DGV Deponiegesellschaft Velbert Verwaltungs mbH, Velbert	25.564,59	50,0
DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG, Velbert	511.291,88	50,0
DBV Deponiegesellschaft Velbert GmbH, Velbert	153.387,56	33,3
GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen mbH, Remscheid	153.387,56	41,0

##### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Die Gesellschaft ist ein Dienstleistungsunternehmen in allen kommunalen Bereichen der Erfassung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfall und Wertstoffen, insbesondere des Betriebs von Deponien, der Erfassung oder Sammlung von Abfällen, der Kompostierung und des Autorecyclings. Das Unternehmen kann weitere kommunale Dienstleistungen erbringen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Gesellschaft hat sich an den Abfallwirtschaftskonzepten der beteiligten Kommunen im Tätigkeitsbereich zu orientieren.

**Organe der Gesellschaft**Geschäftsführung

Dipl.-Ing. Klaus Jürgen Reese

Aufsichtsrat

Oliver Wagner	Vorsitzender
Ralph Güther	Stellv. Vorsitzender
Frank Braken	Stellv. Vorsitzender
Andreas Hofestädt	
Harald Bayer (bis 21.11.2012)	
Karl-Heinz Humpert (bis 21.11.2012)	Ratsmitglied
Wilfried Michaelis	
Klaus Grunwald (bis 21.11.2012)	Ratsmitglied
Uwe Reimers (bis 21.11.2012)	
Peter Schneider	
Burkhard Mast-Weisz	
Michael Schulte	
Markus Schlomski	
Heinz-Werner Thissen	
Dr. Thomas Hoffmann	
Tanja Kreimendahl (ab 21.11.2012)	Ratsmitglied
Peter-Edmund Uibel (ab 21.11.2012)	Ratsmitglied
Frank Meyer (ab 21.12.2012)	
Klaus Gräff (ab 21.11.2012)	

Gesellschafterversammlung

**Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**  
keine

**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
	keine	keine	keine

**Anzahl der Beschäftigten**

Jahr	2010	2011	2012
Mitarbeiter	1	1	1

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

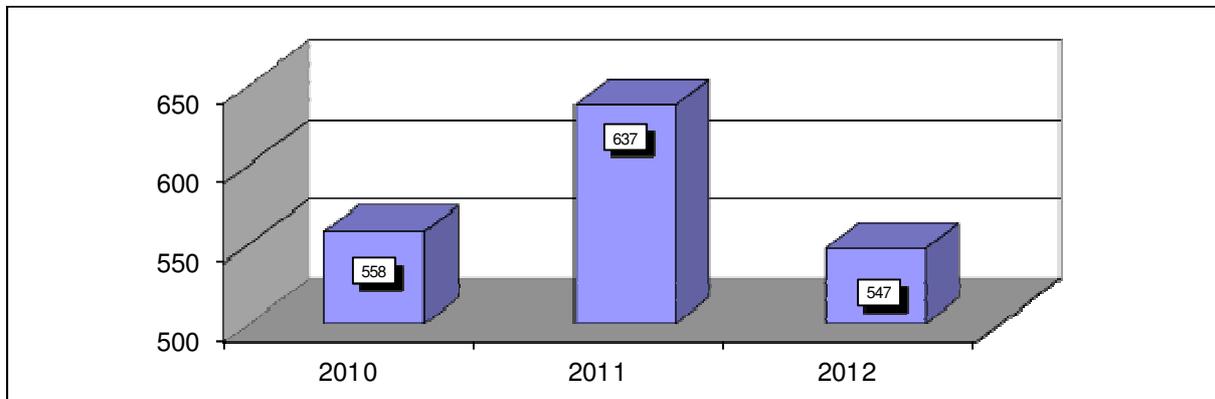
Jahr	2010		2011		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Bilanz-Position</b>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	2	0,08	2	0,08	2	0,08
Finanzanlagen	2.011	85,28	2.011	76,35	2.011	76,89
<b>Anlagevermögen</b>	<b>2.013</b>	<b>85,37</b>	<b>2.013</b>	<b>76,42</b>	<b>2.013</b>	<b>76,97</b>
Forderungen und sonst. Vermögensgegenst.	344	14,59	617	23,42	599	22,89
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1	0,04	4	0,15	4	0,14
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>345</b>	<b>14,63</b>	<b>621</b>	<b>23,58</b>	<b>602</b>	<b>23,03</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Aktiva</b>	<b>2.358</b>	<b>100,00</b>	<b>2.634</b>	<b>100,00</b>	<b>2.615</b>	<b>100,00</b>
Gezeichnetes Kapital	25	1,06	25	0,95	25	0,96
Kapitalrücklage	3.995	169,42	3.995	151,67	1.910	73,03
Gewinnrücklage	54	2,29	54	2,05	0	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-2.834	-120,19	-2.276	-86,41	0	0,00
<b>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>558</b>	<b>23,66</b>	<b>637</b>	<b>24,18</b>	<b>547</b>	<b>20,92</b>
<b>davon nicht gedeckt</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>1.798</b>	<b>76,25</b>	<b>2.435</b>	<b>92,44</b>	<b>2.482</b>	<b>94,90</b>
Rückstellungen	67	2,84	73	2,77	75	2,86
Verbindlichkeiten	493	20,91	126	4,79	52	2,00
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	6	0,24
<b>Passiva</b>	<b>2.358</b>	<b>100,00</b>	<b>2.634</b>	<b>100,00</b>	<b>2.615</b>	<b>100,00</b>

**Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
<b>GuV-Position</b>			
Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	387	412	360
Erträge aus Beteiligungen	720	615	651
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	1
<b>Erträge</b>	<b>1.109</b>	<b>1.029</b>	<b>1.012</b>
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	70	54	73
Abschreibungen	1	1	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	471	315	384
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	33	8	2
<b>Aufwendungen</b>	<b>575</b>	<b>378</b>	<b>459</b>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	534	651	553
Sonstige Steuern	24	-14	-5
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>558</b>	<b>637</b>	<b>547</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

## Entwicklung der Jahresergebnisse

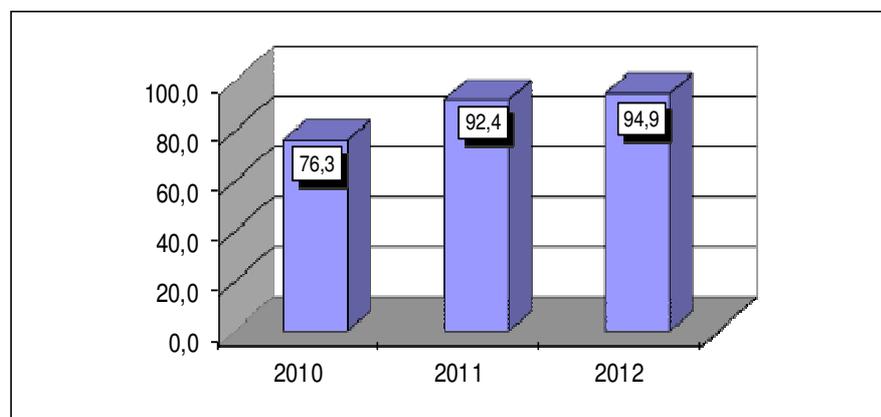
Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	558	637	547



## Kennzahlen

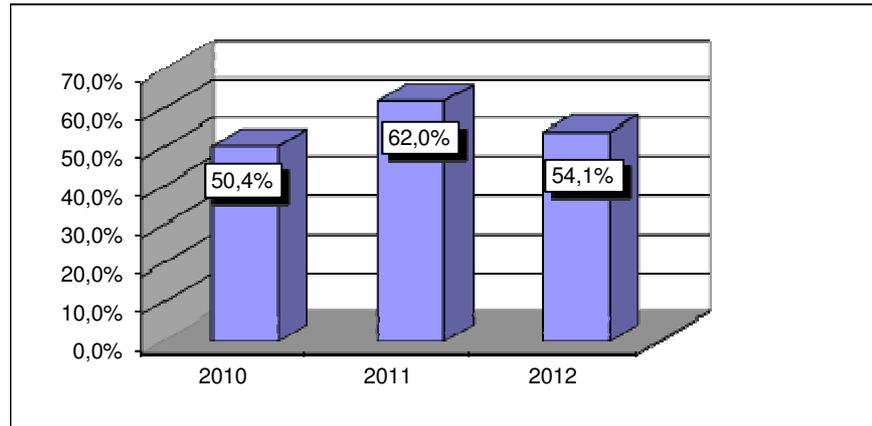
### Eigenkapitalquote

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	1.798	2.435	2.482
Bilanzsumme	2.358	2.634	2.615
% EK	76,3	92,4	94,9



### Cash-Flow

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	558	637	547
Abschreibungen	1	1	0
	559	638	547
Gesamterträge	1.109	1.029	1.012
<b>Cash-Flow</b>	<b>50,4%</b>	<b>62,0%</b>	<b>54,1%</b>



## Lagebericht 2012

### Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die BEG hat neben der Verwaltung, der Betreuung und der Entwicklung der Beteiligungs- und Tochtergesellschaften die Aufgabe, übergeordnete Strategien der Abfallwirtschaft aufzugreifen und weiter zu entwickeln.

Eine weitere Aufgabe der BEG liegt im Vermieten und in der Objektverwaltung der Büro- und Gewerbeflächen des Entsorgungszentrums Deutscher Ring.

Im Geschäftsjahr 2012 verlief die Vermietung der Büro- und Geschäftsräume planmäßig. Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr, trotz Vermietung weiterer Büroräume, aufgrund Weiterberechnung geringerer Nebenkosten. Die Erhöhung der sonstigen Aufwendungen liegt an der Anmietung neuer Büroräume am 01. Januar 2012.

Die Beteiligungserträge entwickelten sich wie folgt:

#### GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsleistungen mbH

Das Geschäftsjahr **2011** ist zufriedenstellend verlaufen. Aufgrund der angespannten Finanzlage der Kommunen konnte das Umsatzniveau des Vorjahres nicht erreicht werden. Die GKE hat aber durchaus Chancen, in 2012/2013 weitere Aufträge von Tochterunternehmen der o.g. Städte sowie der Städte zu gewinnen.

In 2011 reduzieren sich die Umsatzerlöse um 203,1 T€. Die Aufwendungen reduzieren sich jedoch im geringen Maße. Aufgrund höherer sonstiger Erträge und geringerer sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergibt sich vor Steuern eine Ergebnisverbesserung um 7 T€ auf 179 T€. Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt 122,4 T€ (Vorjahr: 117,7 T€). Die BEG erzielte aus der GKE einen Beteiligungsertrag in Höhe von 50 T€ (Vorjahr 48 T€).

#### DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH (DBV)

Das Geschäftsjahr **2011** verlief äußerst zufriedenstellend. Schon von Beginn an waren die Annahmemengen auf so hohem Niveau, dass die DBV sich gezwungen sah, einerseits die Preise im Laufe des Jahres zu erhöhen und andererseits Mengen auf Deponien des Umlands umzusteuern. Die Annahmemenge lag bei 166.263 Tonnen. Umsatzerlöse wurden in Höhe von 7,7 Mio. € erzielt. Der Jahresüberschuss lag mit 1.324,7 T€ noch einmal über dem Jahresüberschuss 2010 in Höhe von 1,151,2 T€.

Die BEG erzielt aus der DBV einen Beteiligungsertrag in Höhe von 442 T€ (Vorjahr 384 T€).

DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG

Die in **2011** verfüllte Menge von 170.149 Tonnen (Vorjahr 156.807 Tonnen) wurde mit 3.903 Tonnen und mit 166.246 Tonnen auf der Deponie „Industriestraße“ verfüllt. Aufgrund geringerer durchschnittlichen Erlöse an Nutzungsentgelten lagen die Umsatzerlöse mit insgesamt 252 T€ um 88 T€ unter dem Vorjahr. Aufgrund von Pächterstattungen und geringeren Pachtaufwendungen für die Deponie Industriestraße verringerte sich das Betriebsergebnis nur um 12 T€ auf 179 T€. Jedoch verringerten sich die Zinsaufwendungen von 107 T€ auf 51 T€. Nach Steuern lag der Jahresüberschuss 2011 in Höhe von TEUR 193 um TEUR 52 unter dem Vorjahresergebnis (TEUR 245).

Der Beteiligungsertrag der BEG aus der DGV belief sich auf 96 T€ (Vj. 122 T€).

Gesellschaft für Kompostierung und Recycling Velbert mbH (GKR)

Das Geschäftsjahr **2011** ist positiv verlaufen. Die Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt 1.795 T€ liegen um 127 T€ über dem Vorjahresniveau. Wesentliche Ursache für die Umsatzsteigerung waren Mengensteigerungen aufgrund witterungsbedingt rückständiger Pflegemaßnahmen des Vorjahres. Das Ergebnis nach Steuern beträgt 242 T€ und liegt damit 10 T€ über dem Vorjahr.

Die BEG erzielte aus der GKR einen Beteiligungsertrag in Höhe von 63 T€ (Vj. 60 T€).

**Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

Die Vermögenslage ist im Geschäftsjahr 2012 weitestgehend konstant geblieben. Das Jahresergebnis 2012 wurden durch die Rückzahlung von Kapitalrücklagen in Höhe von 500 T€ kompensiert.

Im Geschäftsjahr wurden die Verlustvorträge mit den Rücklagen verrechnet. Die Eigenkapitalquote beträgt 94,9% (Vorjahr: 92,4%).

Zum 31.12.2012 bestehen keine Bankverbindlichkeiten. Die vorhandene Liquidität wurde als Tagesgeld innerhalb der WSW-Unternehmensgruppe angelegt (242 T€).

Das Jahresergebnis beläuft sich auf 547 T€. Der Wirtschaftsplan für 2012 sah ein Ergebnis in Höhe von 339 T€ vor. Die positive Geschäftsentwicklung resultiert aus gegenüber dem Vorjahr noch einmal gestiegenen Beteiligungserträgen.

**Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres**

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres 2012 haben sich nicht ergeben.

**Voraussichtliche Entwicklung**

Das Ergebnis der BEG ist insbesondere von den Beteiligungserträgen geprägt.

Die Beteiligungen der BEG erzielen auch im Geschäftsjahr 2012 wieder positive Ergebnisse. Für das Geschäftsjahr 2013 erwartet die BEG daher ein Ergebnis nach Steuern von 379 T€. Auch in den Folgejahren werden durchweg positive Ergebnisse bei den Beteiligungen geplant. Bei der BEG werden daher auch in den Folgejahren ab 2014 Jahresüberschüsse erwartet, die jedoch voraussichtlich nicht mehr das Niveau der Jahre 2010 bis 2012 erreichen werden.

Die Beteiligungen entwickeln sich wie folgt:

GKE Gesellschaft für kommunale Entsorgungsleistungen mbH

Im Geschäftsjahr **2012** liegen die Umsätze mit 4.499 T€ um 145 T€ unter dem Vorjahr. Die Aufwendungen haben sich jedoch in ähnlicher Weise reduziert. Das Betriebsergebnis 2012 liegt daher nur geringfügig unter dem Betriebsergebnis aus dem Vorjahr.

Die GKE hatte für das Jahr 2012 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 114 T€ geplant. Aufgrund der beschriebenen Sachverhalte wird die GKE das Ergebnis nach Steuern aus dem Wirtschaftsplan 2012 voraussichtlich nicht ganz erreichen.

Für die Jahre 2013 bis 2017 werden Jahresüberschüsse nach Steuern zwischen 107 und 110 T€ geplant.

DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH (DBV)

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr **2012** ist als äußerst zufriedenstellend zu bezeichnen. Im Geschäftsjahr lagen die Annahmemengen und Umsatzerlöse auf Vorjahresniveau. Für das Jahr **2012** wird daher ein Jahresergebnis in der Größenordnung des Vorjahres erwartet.

Die Ergebnisse in den Folgejahren werden erwartungsgemäß deutlich unter den Ergebnissen der letzten Geschäftsjahre liegen, da künftig der Deponiebetrieb auf die Deponie Plöger Steinbruch West verlagert wird. Zum einen wird hier zukünftig versucht, die Annahmemengen stärker zu regulieren, so dass eine ca. 15 -16 jährige Laufzeit erreicht wird, zum anderen sind die volumenabhängigen Kosten insbesondere im Bereich der Basisabdichtung, und daraus folgend bei den Abschreibungen, deutlich höher, als es dies bei der Deponie Industriestraße zum Schluss war. Dies liegt einerseits an den Vorgaben der Deponieverordnung, die technisch aufwändigere Systeme verlangt, andererseits waren die volumen-abhängigen Kosten der Industriestraße extrem niedrig, da es sich gezeigt hat, dass hier mehr Volumen als ursprünglich angenommen vorhanden ist.

DGV Deponiegesellschaft Velbert mbH & Co. KG

Für das Jahr 2012 war für beide Deponien (Plöger Steinbruch, Industriestraße) jeweils eine Verfüllung von 60.000 Tonnen vorgesehen und insgesamt ein Jahresergebnis von 71 TEUR geplant. Die geplanten Verfüllmengen werden im Geschäftsjahr **2012** übertroffen.

Für das Geschäftsjahr 2012 wird daher ein Jahresergebnis von TEUR 100 (BEG Anteil 50 T€) erwartet. Der Planwert wird damit um 29 T€ übertroffen. Der Geschäftserfolg der DGV ist verknüpft mit dem Erfolg der DBV. Ab dem Jahr 2013 hat die DBV zur Gewährleistung einer 15 jährigen Entsorgungssicherheit als beinahe einzige Deponie der Deponieklasse I im Kreis Mettmann, die schwierige Aufgabe unter dieser Prämisse, die freien Verfüllkapazitäten der Deponie Plöger Steinbruch entsprechend vorzuhalten und zu steuern. Die Jahresergebnisse 2013 ff. der DGV werden positiv, jedoch geringer als in den Vorjahren ausfallen.

Gesellschaft für Kompostierung und Recycling Velbert mbH (GKR)

Für das Wirtschaftsjahr **2012** wurde ein Jahresergebnis von 163 T€ nach Steuern geplant. Die Hochrechnung geht von einem Ergebnis von 170 T€ aus.

Gründe für den Ergebnisrückgang gegenüber dem Vorjahr (242 T€) sind Preiszugeständnisse an den Markt. Die Umsatzerlöse liegen daher mit ca. 1.620 T€ ungefähr 170 T€ unter dem Vorjahreswert (1.795 T€). Die geringfügige Mengensteigerung konnte die Preisreduzierungen nicht kompensieren. Hinzu kommt noch ein Mehraufwand durch die gestiegenen Dieselpreise und Instandhaltungskosten.

Auf Basis bestehender Verträge sind die Bioabfallmengen der Stadt Velbert und der Stadt Wuppertal mittelfristig gesichert. Mit der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal besteht bis Ende 2013 ein Vertrag über die Lieferung von Grünabfällen.

Laut Entwurf der mittelfristigen Planung der GKR bis 2017 werden in den Jahren 2013 bis 2017 Ergebnisse nach Steuern zwischen 150 T€ und 170 T€ erzielt.

### **Chancen und Risiken**

Chancen und Risiken bestehen in der Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht zu erkennen.

### **Bericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW**

An der BEG Entsorgungsgesellschaft mbH als ein Holdingunternehmen für kommunale Entsorgungsaufgaben sind die WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH und die Stadtwerke Remscheid GmbH mit jeweils 45% und die Stadtwerke Velbert GmbH mit 10% beteiligt.

Eine wichtige Aufgabe öffentlicher Unternehmen ist die kommunale Daseinsvorsorge. Hierzu zählt u.a. auch der Umweltschutz, insbesondere die Abfallentsorgung.

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft besteht in der Erfassung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfall und Wertstoffen, insbesondere des Betriebs von Deponien, der Erfassung oder Sammlung von Abfällen und der Kompostierung. Der Gegenstand des Unternehmens ist in § 2 der Satzung geregelt.

Die Gesellschaft hat sich, um auf allen Ebenen der Entsorgung von Individual- und Industriemüll für die Bürger im Bergischen Land tätig zu sein, an Deponien, an einer Kompostierungsgesellschaft und an einer Gesellschaft für kommunale Entsorgungsdienstleistungen beteiligt.

Die gesamten Tätigkeiten sind bei der Aufsichtsbehörde angemeldet worden.

Eine wesentliche Aufgabe der BEG liegt in der Verwaltung, Betreuung und Entwicklung ihrer Beteiligungen. Ferner soll die BEG übergeordnete Strategien in der Abfallwirtschaft aufgreifen und weiterentwickeln.

Remscheid, 4. März 2013

Die Geschäftsführung

gez.  
Reese

## 4.5 ELBA-Omnibusreisen GmbH

(mittelbare Beteiligung)

### Allgemeine Unternehmensdaten

ELBA Omnibusreisen GmbH  
Lierenfelder Str. 40  
40231 Düsseldorf  
Tel. 0211 / 5824741

**Gründungsjahr:** 1945

Gesellschafter	Stammkapital	
	in €	in %
Rheinbahn AG	62.500,00	25,0
Stadtwerke Remscheid GmbH	62.500,00	25,0
Stadtwerke Solingen GmbH	62.500,00	25,0
ELBA durch den Einzug eigener Anteile	-62.500,00	25,0
<u>Gesamt</u>	<u>187.500,00</u>	<u>100,0</u>

### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand des Unternehmens sind die auftragsweise Durchführung von Linienverkehren mit Omnibussen und übrigen Verkehrsmitteln, Vermietung von Omnibussen und Personenkraftwagen, Vertretung anderer Verkehrsgesellschaften, die Durchführung und Abwicklung einschlägiger Geschäfte und deren Ausdehnung auf verwandte Gewerbe im Rahmen der kommunalrechtlichen Möglichkeiten. Darüber hinaus kann sie sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

### **Organe der Gesellschaft**

Geschäftsführung  
Dirk Bögershausen

Gesellschafterversammlung

### **Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

Keine

### **Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
	keine	keine	keine

## 4.6 Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH

(mittelbare Beteiligung)

### Allgemeine Unternehmensdaten

Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH  
Haberstraße 13a  
42551 Velbert  
Tel. 02051 / 9202 - 0

**Gründungsjahr:** 2002

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammkapital</b>	
	<b>in €</b>	<b>in %</b>
Stadt Remscheid (REB)	127.500,00	51,0
DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH	122.500,00	49,0
<u>Gesamt</u>	<u>250.000,00</u>	<u>100,0</u>

### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb, der Ausbau und Rekultivierung der Deponie "Solinger Straße" sowie die Entsorgung und Verwertung von Abfällen und damit zusammenhängende Leistungen.

### **Organe der Gesellschaft**

#### Geschäftsführung

Michael Zirngiebl  
Dirk Kentjens

#### Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Remscheid als Organ der Gesellschafterin Stadt Remscheid. Vertreter der Gesellschafterin Stadt Remscheid in den Gesellschafterversammlungen waren Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding und Herr Dipl.-Ökonom Thomas Kötting.

### **Erweiterte Haftung der Stadt / Nachschussverpflichtung / Bürgschaftsverpflichtungen**

Weitergehende Verpflichtungen der Stadt Remscheid -insbesondere hinsichtlich der Gewinn- und Verlustverteilung- ergeben sich aus dem im Zusammenhang mit der Gründung der obigen Gesellschaft mit der DBV Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH geschlossenen Konsortialvertrag nach § 3.

**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
Ausgleich Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Gewinnausschüttung	87.742,12	15.000,00	15.000,00

(Aufgrund der wirtschaftlichen Zuordnung zu Remscheider Entsorgungsbetrieben erfolgt die Ausschüttung an REB.)

**Anzahl der Beschäftigten**

Beschäftigte	2010	2011	2012
Mitarbeiter-/innen	4	1	1
Geschäftsführer	2	2	2
<b>Gesamt</b>	<b>6</b>	<b>3</b>	<b>3</b>

Am Ende des Geschäftsjahres wurden 1 Mitarbeiter und 2 Geschäftsführer beschäftigt.

**Wirtschaftliche Unternehmensdaten****Bilanzstruktur –im 3-Jahresvergleich-**

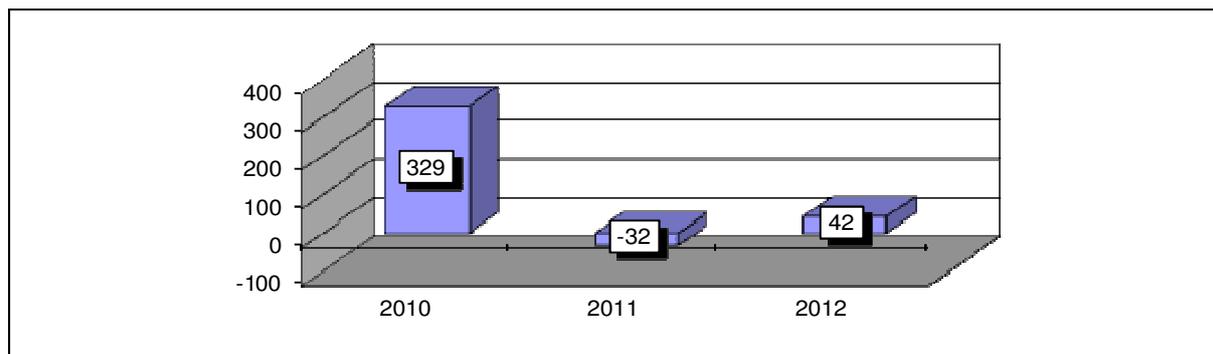
Jahr	2010		2011		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Bilanz-Position</b>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sachanlagen	3	0,03	1	0,01	0	0,00
Finanzanlagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Anlagevermögen</b>	<b>3</b>	<b>0,03</b>	<b>1</b>	<b>0,01</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
Vorräte	1	0,01	0	0,00	0	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	127	1,43	215	2,49	135	1,57
Sonstige Wertpapiere	4.869	54,88	0	0,00	0	0,00
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.872	43,64	8.425	97,50	8.459	98,43
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>8.869</b>	<b>99,97</b>	<b>8.640</b>	<b>99,99</b>	<b>8.594</b>	<b>100,00</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Aktiva</b>	<b>8.872</b>	<b>100,00</b>	<b>8.641</b>	<b>100,00</b>	<b>8.594</b>	<b>100,00</b>
Gezeichnetes Kapital	250	2,82	250	2,89	250	2,91
Kapitalrücklage	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gewinnrücklagen	940	10,60	940	10,88	913	10,63
Bilanzgewinn / Gewinnvortrag	157	1,77	-32	-0,37	6	0,07
Verlustvortrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Jahresüberschuss(+)</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
<b>Jahresfehlbetrag(-)</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>1.347</b>	<b>15,18</b>	<b>1.158</b>	<b>13,40</b>	<b>1.170</b>	<b>13,61</b>
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Rückstellungen	7.494	84,47	7.465	86,39	7.360	85,65
Verbindlichkeiten	31	0,35	18	0,21	64	0,74
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Passiva</b>	<b>8.872</b>	<b>100,00</b>	<b>8.641</b>	<b>100,00</b>	<b>8.594</b>	<b>100,00</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung –im 3-Jahresvergleich-**

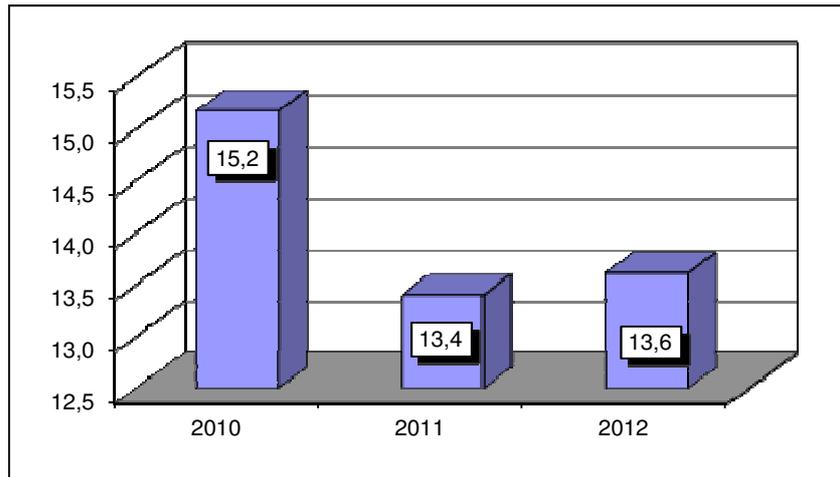
Jahr	2010	2011	2012
GuV-Position	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.068	152	185
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	31	4	6
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	114	128	123
<b>Erträge</b>	<b>1.213</b>	<b>284</b>	<b>314</b>
Materialaufwand	235	107	52
Personalaufwand	241	79	82
Abschreibungen	8	2	1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	145	91	116
Abschreib. auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	101	53	0
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
<b>Aufwendungen</b>	<b>730</b>	<b>332</b>	<b>250</b>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	483	-48	64
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Sonstige Steuern	-154	16	-22
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>329</b>	<b>0</b>	<b>42</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0</b>	<b>-32</b>	<b>0</b>

**Entwicklung der Jahresergebnisse**

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	329	-32	42

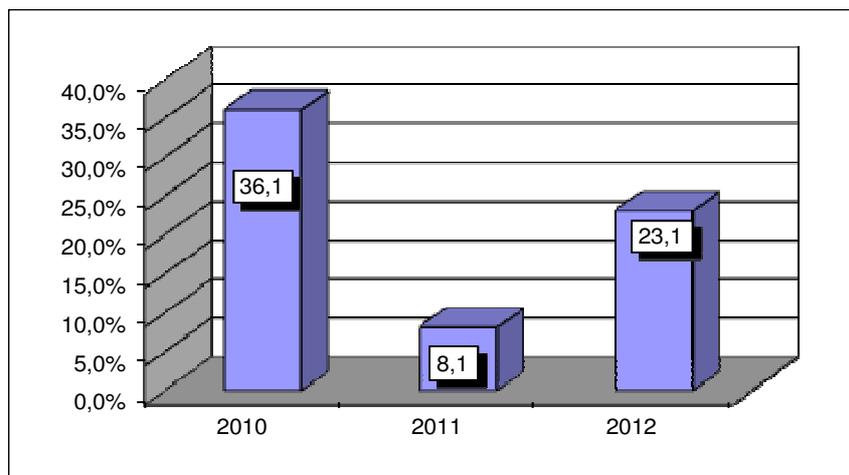
**Kennzahlen****Eigenkapitalquote**

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Eigenkapital	1.347	1.158	1.170
Bilanzsumme	8.872	8.641	8.594
<b>% EK</b>	<b>15,2</b>	<b>13,4</b>	<b>13,6</b>



## Cash-Flow

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	329	-32	42
Abschreibungen	109	55	1
<b>Summe</b>	<b>438</b>	<b>23</b>	<b>42,8</b>
Gesamterträge	1.213	284	185
<b>Cash-Flow</b>	<b>36,1%</b>	<b>8,1%</b>	<b>23,1%</b>



## Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

**1. Allgemeine Angaben**

Die Deponiebetriebgesellschaft Remscheid mbH (kurz: DBR) wurde am 09.07.2002 gegründet. Die Anteile werden zu 51 % von der Stadt Remscheid - Remscheider Entsorgungsbetriebe (kurz: REB) - und zu 49 % von der DBV Deponiebetriebgesellschaft Velbert mbH (kurz: DBV) gehalten.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.08.2002 übernahm die Gesellschaft von der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – alle Aufgaben zum Betrieb und weiteren Ausbau der Deponie Solinger Straße.

Hierzu wurden zwischen der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – und der Gesellschaft folgende Verträge geschlossen:

- Pachtvertrag,
- Entsorgungsvertrag,
- Kauf- und Übertragungsvertrag,
- Betriebsführungsvertrag Wertstoffhof,
- Personalüberleitungsvertrag/-überlassungsvertrag,
- Beamtenzuweisungsvertrag.

Weiterhin wurde am gleichen Tag zwischen der DBR und der DBV ein Betriebsführungsvertrag geschlossen.

Am Standort Solinger Straße betreibt die Gesellschaft zur Ablagerung mineralischer Abfallstoffe sowohl eine DK-I-Deponie wie auch eine DK-II-Deponie. Im Auftrag der Stadt Remscheid – Remscheider Entsorgungsbetriebe – wurde bis zum 31.12.2010 im Eingangsbereich der Deponie ein Wertstoffhof betrieben.

Das mit der Gesellschaftsgründung übernommene Deponiepersonal wurde nach Abschluss der Deponieablagerung zum 01.01.2012 weitgehend wieder zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben zurückgeführt. Ebenso wurde der Vertrag über die Betriebsführung des Wertstoffhofes zum 31.12.2010 von den Remscheider Entsorgungsbetrieben gekündigt und das für den Wertstoffhof benötigte Betriebsvermögen vertragsgemäß an die Remscheider Entsorgungsbetriebe zurück übertragen.

## **2. Verlauf des Geschäftsjahres 2012**

### **2.1 Allgemeine Beurteilung**

Nachdem die Verfüllung der Deponie mit den Ablagerungen des Jahres 2010 zur Restprofilierung weitgehend abgeschlossen werden konnte, wurden im Jahr 2012 nur noch untergeordnete Ablagerungen zur Restprofilierung der Deponie vorgenommen. Da weiterhin die Betriebsführung für den Wertstoffhof ebenfalls zum 31.12.2010 einvernehmlich beendet wurde, führte die Gesellschaft seit 2011 keine operativen Tätigkeiten durch. Wesentliche Ertragsquelle waren daher neben einigen Zwischenhandelsaktivitäten im Wesentlichen Zinseinnahmen. Hierdurch konnten die Aufwendungen der Gesellschaft abgedeckt werden.

Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 42 T€ ab. Somit konnte das geplante ausgeglichene Jahresergebnis übertroffen werden.

### **2.2 Umsatz- und Auftragsentwicklung**

#### **2.2.1 Auftragslage**

Aufgrund der abgeschlossenen Deponieverfüllung wurden im Jahr nur 10.164 Mg. Deponieersatzbaustoffe auf dem DK-I-Bereich abgelagert. Diese wurden im Wesentlichen im Randbereich der Deponie abgelagert. Hier wurde die Geländeangleichung zur Nachbarbebauung abgeschlossen.

Auf dem DK-II-Bereich wurden keine Deponieersatzbaustoffe abgelagert.

### 2.2.2 Erträge

Im Geschäftsjahr 2012 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 185 T€ realisiert. Diese beruhen auf Erlösen aus Zwischenhandelsaktivitäten in Höhe von 60 T€, die im Wesentlichen im Bereich Straßenkehricht und Sinkkastenrückstände erzielt wurden, sowie auf sonstigen Umsatzerlöse in Höhe von 45 T€. Mit der Annahme von Deponieersatzbaustoffen wurden 80 T€ erzielt. Somit stiegen die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 33 T€.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge betragen 6 T€. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2 T€. An Zinserträgen konnten 123 T€ erwirtschaftet werden. Somit sanken die Zinserträge aufgrund des allgemein niedrigen Zinsniveaus gegenüber dem Vorjahr um 6 T€.

Insgesamt konnten Erträge in einer Höhe von 314 T€ erzielt werden. Gegenüber dem Vorjahr wurden somit um 30 T€ höhere Erträge erzielt.

### 2.2.3 Aufwendungen

Den genannten Erträgen in Höhe von 314 T€ stehen Aufwendungen in Höhe von 271 T€ gegenüber.

Die Materialaufwendungen betragen dabei 52 T€ (Vorjahr: 107 T€) und die Personalaufwendungen 82 T€ (Vorjahr: 79 T€).

Die Abschreibungen beliefen sich auf 1 T€ (Vorjahr 2 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 116 T€. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sie sich um 24 T€. Dies liegt vor allem an den gestiegenen Kosten der Buchhaltung sowie Aufwendungen aus landschaftsrechtlichen Auflagen, die sich aus der Umsetzung der durchgeführten Aufschüttung im Randbereich ergaben.

Im Jahr 2012 mussten keine Wertberichtigung auf Finanzanlagen vorgenommen werden (Vorjahr: 53 T€).

Fremdkapitalzinsen fielen 2012 nicht an.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betragen 21 T€ (Vorjahr: Erstattung in Höhe von 16 T€). Der Aufwand für sonstige Steuern betrug 242 €.

Die Aufwendungen reduzierten sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 45 T€.

### 2.2.4 Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 42 T€ ab. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis somit um 75 T€ verbessert. Auch gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2012 eingeplantem Jahresergebnis ergab sich eine Ergebnisverbesserung.

## 2.3 Investitionen

Die Baumaßnahme Vorschüttung ist im Wesentlichen fertiggestellt. In großen Teilbereichen wurde zwischenzeitlich auch die Oberflächenabdichtung fertiggestellt. Die Fertigstellung der restlichen Abdichtungsabschnitte wurde aufgrund der baulichen Zusammenhänge mit der Oberflächenabdichtung im Böschungsbereich der Deponie mit Zustimmung der Bezirksregierung Düsseldorf bis 2012 verschoben. Mit dieser Maßnahme wurde im Jahr 2012 begonnen.

## **2.4 Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben**

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Im gesamten Geschäftsjahr war die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft gesichert.

Die Guthaben bei Kreditinstituten betrugen zum 31.12.2012 8.459 T€. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Anlagen und Guthaben somit um 34 T€ erhöht.

Die Guthaben sind ausschließlich bei deutschen Kreditinstituten (Sparkassen oder Großbanken) angelegt.

## **2.5 Personal- und Sozialbereich**

Da mit dem Abschluss der Deponieprofilierung auch der operative Betrieb der Deponie weitgehend abgeschlossen wurde, wurde das mit der Gesellschaftsgründung übernommene Deponiepersonal weitgehend wieder zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben zurückgeführt. Nur ein Mitarbeiter verblieb zur Betreuung der Rekultivierungsarbeiten bei der Gesellschaft.

Am Ende des Geschäftsjahres wurden daher 1 Mitarbeiter und 2 Geschäftsführer beschäftigt.

## **2.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres**

Neben dem Deponiebetrieb bestehen zusätzliche Umladetätigkeiten. Hierdurch konnten Abfälle (Straßenkehricht und Sinkkastenrückstände) weiterhin im Umsatz der Gesellschaft gehalten werden.

Die Bearbeitung des Landschaftspflegerischen Begleitplans wurde im Berichtsjahr weitgehend abgeschlossen. Hier musste aufgrund der neuen rechtlichen Vorgaben zusätzlich ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag erarbeitet werden. Hieraus ergaben sich weitere Auflagen, die bei der Durchführung der Rekultivierung zu beachten sind. Derzeit findet hierzu die Abstimmung mit der Höheren Landschaftsbehörde bei der Bezirksregierung Düsseldorf statt.

## **3. Darstellung der Lage**

### **3.1 Vermögens- und Finanzlage**

Im Geschäftsjahr hat sich die Bilanzsumme von 8.641 T€ (01.01.2012) um 47 T€ auf 8.594 T€ (31.12.2012) vermindert.

Der Anlagenbestand hat sich von 934 € auf 49 € (31.12.2012) reduziert.

Das Umlaufvermögen zum Bilanzstichtag betrug 8.594 T€ und hat sich damit im Geschäftsjahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 46 T€ reduziert. Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben sich um 80 T€ reduziert. Der Kassenbestand und der Bestand an Guthaben bei Kreditinstituten wurde um 34 T€ erhöht.

Gemäß den Vorgaben des Konsortialvertrages wurde in den vergangenen Jahren zum Ausgleich möglicher Fehlbeträge eine Gewinnrücklage gebildet. Der Bestand der Gewinnrücklage zum 01.01.2012 betrug 939 T€. Der Verlust aus 2011 von 32 T€ wurde auf Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses in 2012 aus der Gewinnrücklage entnommen.

Die Bilanz wurde unter Berücksichtigung der Vorgaben des Konsortialvertrages der teilweisen Verwendung des Jahresüberschusses (Mindestausschüttung in Höhe von 15 T€ an die Gesellschafter und Pflichtzuführung zur Gewinnrücklage) aufgestellt. Die Mindestausschüt-

tung, die im Wirtschaftsjahr 2011 aufgrund des Jahresergebnisses nicht vorgenommen werden konnten, wurde gemäß den Regelungen des Konsortialvertrages im Wirtschaftsjahr 2012 nachgeholt. Aus dem Jahresüberschuss wurden daher nur 6 T€ gemäß den Vorgaben des Konsortialvertrages der Gewinnrücklage zugeführt. Der Bestand der Gewinnrücklage zum 31.12.2012 betrug 913 T€.

Der Bilanzgewinn des Jahres 2012 betrug nach Abzug der Mindestausschüttung 6 T€.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben hat sich das bilanzielle Eigenkapital im Vergleich der Bilanzstichtage 31.12.2011 und 31.12.2012 um 12 T€ erhöht.

Aus der nachstehenden Tabelle geht die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals hervor:

	Stand 01.01.2012	Zugang	Abgang	Stand 31.12.2012
	T€	T€	T€	T€
Stammkapital	250	0	0	250
Kapitalrücklage	0	0	0	0
Gewinnrücklage	939	6	-32	913
Gewinn/Verlustvortrag	-32	6	32	6
Gesamt	<u>1.157</u>	<u>12</u>	<u>0</u>	<u>1.170</u>

Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2012 beträgt somit 13,61 %. Zum 31.12.2011 betrug sie 13,39 %.

Die gebildeten Rückstellungen wurden im Jahr 2012 um 106 T€ auf insgesamt 7.360 T€ vermindert. Hiervon entfallen 7.297 T€ auf die Rückstellung zur Abdeckung der Kosten der Oberflächenabdichtung und der Rekultivierung. Der Rückstellung wurden im Wirtschaftsjahr 3 T€ für die Instandsetzung der Reifenreinigungsanlage sowie für Genehmigungsgebühren entnommen.

Im Jahr 2008 wurde der Rückstellungsbedarf für die Rekultivierung zur Berücksichtigung der Baupreissteigerung auf 7.365 T€ angepasst. Aufgrund der zu berücksichtigenden Vorgaben des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) wurde im Jahr 2012 keine Anpassung vorgenommen. Auch aus der Genehmigungslage hat sich keine Veränderung hinsichtlich der Anforderungen an die Oberflächenabdichtung ergeben. Die zum 31.12.2012 gebildete Rückstellung deckt somit die endgültigen Zahlungsverpflichtungen für die Oberflächenabdichtung und die Rekultivierung in vollem Umfang ab.

Die in den Vorjahren gebildeten sonstigen Rückstellungen deckten die endgültigen Zahlungsverpflichtungen im Jahr 2012 in vollem Umfang ab. Steuerrückstellungen wurden in einer Höhe von 21 T€ gebildet.

Die Verbindlichkeiten zum 31.12.2012 betragen 64 T€. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um 46 T€ erhöht. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden nicht.

### 3.2 Ertragslage

Die Umsatzerlöse betragen 185 T€ (Vorjahr: 152 T€). Sonstige betriebliche Erträge konnten in Höhe von 6 T€ erzielt werden. Die Zinsen und ähnlichen Erträge lagen bei 123 T€.

#### **4. Hinweise und Risiken bei der künftigen Entwicklung**

Die Laufzeit der Deponie Solinger Straße war aufgrund der Vorgaben der Abfallablagerungsverordnung und der Deponiegenehmigung begrenzt. Bis zum 15.07.2009 konnten Abfälle auf der Deponie angenommen werden. Nach diesem Zeitpunkt ist nur noch eine Profilierung zur Herstellung der Endgeometrie zulässig.

Die Genehmigung für die Oberflächenabdichtung des DK-II-Bereichs wurde noch nicht beantragt. Die Planungen wurden in Absprache mit der Bezirksregierung Düsseldorf erst nach dem Inkrafttreten der Deponievereinfachungsverordnung begonnen, da sich aus dieser Verordnung neue Möglichkeiten zur Gestaltung der Oberflächenabdichtung ergeben. Für 2013 sind hierzu weitere Verhandlungen mit der Bezirksregierung vorgesehen.

Ein weiterer Profilierungsbedarf ergibt sich im Weiteren nur aus dem Ausgleich der bis zur Rekultivierung eingetretenen Deponiesetzungen. Die Höhe der Setzungen kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Allerdings sind auf dem Deponieplateau im Bereich der Zwischenlagerflächen für Rekultivierungsboden durch diese Belastung bereits Setzungen eingetreten, die vor dem Aufbringen der Oberflächenabdichtung ausgeglichen werden müssen.

Der Landschaftspflegerische Begleitplan zur Endgestaltung der Deponie wird der Bezirksregierung Düsseldorf zur Genehmigung vorgelegt.

Wichtig für die weitere Entwicklung der Gesellschaft bis zur Umsetzung der Rekultivierung sind weiterhin die Zinseinnahmen. Diese sind allerdings aufgrund der Wirtschaftslage in der Eurozone weiterhin unbefriedigend.

Insgesamt ist für die nächsten Jahre aufgrund der Erträge aus den Guthaben bei Kreditinstituten und den Zwischenhandelsaktivitäten sowie der Kostenentwicklung der Gesellschaft ein ausgeglichenes Ergebnis zu erwarten.

#### **5. Sonstige Angaben, insbesondere über die voraussichtliche Entwicklung**

Der Schwerpunkt der kommenden Jahre wird nach der Restverfüllung der Deponie auf den Rekultivierungsarbeiten liegen. Es wurde bereits mit der Beschaffung des erforderlichen Rekultivierungsbodens sowie weitere Baumaterialien vor allem für den Wegebau und die Stabilisierungsschicht begonnen. Insgesamt werden bereits ca. 95.000 Mg. Rekultivierungsboden bevorratet.

Ab dem Jahr 2012 sollen gemäß den Vorgaben der Bezirksregierung Düsseldorf die ersten Bauabschnitte der Oberflächenabdichtung begonnen werden. Hierbei werden zunächst die bislang noch nicht verwirklichten Bauabschnitte im Bereich der Vorschüttung weitergebaut.

Remscheid, den 24.04.2013

gez.  
Michael Zirngiebl  
(Geschäftsführer)

gez.  
Dirk Kentjens  
(Geschäftsführer)

## 4.7 Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH

(mittelbare Beteiligung)

### Allgemeine Unternehmensdaten

Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH  
Lise-Meitner-Straße 1-13  
42119 Wuppertal  
Tel. 0202/ 317- 13- 134

**Gründungsjahr:** 2012

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammkapital</b>	
	<b>in €</b>	<b>in %</b>
WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH	6.250,00	25,00
Bergische Universität Wuppertal	3.125,00	12,50
Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR	3.125,00	12,50
Wirtschaftsförderung Wuppertal AöR (Treuhandanteile)	6.375,00	25,50
Wirtschaftsförderung Solingen GmbH	1.563,00	6,25
Bergische Entwicklungsagentur GmbH	1.562,00	6,25
Verein zur Förderung der „Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz“ e.V.	2.500,00	10,00
Knipex-Werk C Gustav Putsch KG	500,00	2,00
<u>Gesamt</u>	<u>25.000,00</u>	<u>100,0</u>

### **Gegenstand / Zweck des Unternehmens / Allgemeines**

Gegenstand des Unternehmens ist die Etablierung der Region als Ressourceneffizienzstandort durch Schaffung einer Plattform zur Förderung von Innovationen, Wissenschafts- und Technologietransfer, Vernetzung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen und Zusammenführung der Akteure und Aktivitäten. Hierzu soll die Gesellschaft

- (a) Selbst Projekte im Bereich Ressourceneffizienz entwickeln und durchführen
- (b) Unternehmen, Institutionen und Initiativen bei der Entwicklung und Vorbereitung von Projekten im Bereich Ressourceneffizienz unterstützen,
- (c) Fördermittel akquirieren und
- (d) Den Wissenstransfer sicherstellen.

### **Organe der Gesellschaft**

#### Geschäftsführung

Herr Prof. Dr.-Ing. Norbert Hüttenhölcher

#### Gesellschafterversammlung

#### Lenkungsausschuss

## Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid

Keine

## Anzahl der Beschäftigten

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2012 durchschnittlich zwei Mitarbeiter.

## Wirtschaftliche Unternehmensdaten

Die wirtschaftlichen Unternehmensdaten der Gesellschaft werden im Folgenden aufgrund der Neugründung der Gesellschaft zum 22.05.2012 nur für das Jahr 2012 abgebildet.

## Bilanzstruktur

Jahr	2012*	
	T€	%
<b>Bilanz-Position</b>		
Immaterielle Vermögensgegenstände	14	8,74
Sachanlagen	2	1,51
Finanzanlagen	0	0,00
<b>Anlagevermögen</b>	<b>16</b>	<b>10,25</b>
Forderungen und sonst. Vermögensgegenst.	139	87,86
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3	1,89
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>142</b>	<b>89,75</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0,00
<b>Aktiva</b>	<b>159</b>	<b>100,00</b>
Gezeichnetes Kapital	25	15,76
Kapitalrücklage	152	95,86
Gewinnrücklage	0	0,00
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	0,00
<b>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>-47</b>	<b>-29,67</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>130</b>	<b>81,93</b>
Rückstellungen	7	4,54
Verbindlichkeiten	21	13,53
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,00
<b>Passiva</b>	<b>159</b>	<b>100,00</b>

\*für das Rumpfgeschäftsjahr 22.05. - 31.12.2012

**Gewinn – und Verlustrechnung 2012**

<b>Jahr</b>	<b>2012*</b>
<b>GuV-Position</b>	<b>T€</b>
Umsatzerlöse	0
Sonstige betriebliche Erträge	60
Erträge aus Beteiligungen	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0
<b>Erträge</b>	<b>60</b>
Materialaufwand	0
Personalaufwand	63
Abschreibungen	5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	38
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0
<b>Aufwendungen</b>	<b>107</b>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-47
Sonstige Steuern	0
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>0</b>
<b>Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>-47</b>

\*für das Rumpfgeschäftsjahr 22.05. - 31.12.2012

**Lagebericht für das Rumpfgeschäftsjahr vom 23. Mai bis zum 31. Dezember 2012****I. Allgemeine Rahmenbedingungen**

Trotz der Finanz- und Schuldenkrise im Euroraum hat das robuste Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr dem deutschen Staat einen leichten Überschuss beschert. Zwar bremste die Euro-Schuldenkrise auch die deutsche Wirtschaft, dennoch ergab sich nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes vom 15.01.2013 ein Plus des realen Bruttoinlandproduktes (BIP) von 0,7 Prozent – 0,3 Prozent im vorigen Jahr. Der Energieverbrauch in Deutschland wird 2012 ebenfalls leicht über dem Niveau des Vorjahres liegen.

Ziel der Bundesregierung ist eine Steigerung der Energieeffizienz. Deutschland kann die Energiekosten im Jahr 2020 um bis zu 33 Mrd. € senken, wenn die von der Bundesregierung beschlossenen Energieeffizienzziele umgesetzt werden.

Erhebliche Energieeffizienzpotentiale gibt es immer noch in allen Verbrauchsbereichen. Besonders viel Energie kann in Gebäuden und durch spritsparende Fahrzeuge eingespart werden. Sehr schnell rechnen sich Energieeffizienzmaßnahmen in der Industrie. Das ist das Ergebnis neuer Berechnungen der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena).

Die Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH (BGR) ist eine Standortinitiative des Bergischen Städtedreiecks. Die BGR tritt unter dem Markennamen „Neue Effizienz“ auf. Die Städte Solingen, Remscheid und Wuppertal haben erkannt, dass innovative ressourceneffiziente Prozesse von herausragender Bedeutung für die Kosteneffizienz der Betriebe in der Region sind.

Die „Neue Effizienz“ hat zum Ziel, die Ressourceneffizienz im Bergischen Städtedreieck überdurchschnittlich zu verbessern, so die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Region und ihrer Unternehmen zu stärken. Ressourceneffizienz ist ein Standortfaktor – das gilt für das Bergische Städtedreieck in noch höherem Maße als für andere Regionen. Materialkosten machen fast die Hälfte aller Kosten vieler produzierender Betriebe aus. Ziel ist es, praktische Herausforderungen aus der Wirtschaft mit theoretischen Lösungen aus der Wissenschaft zu

kombinieren. Dazu bringt die „Neue Effizienz“ Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen in einem neuartigen Netzwerk zusammen.

Die Wissenschaft ist dabei durch eine enge Einbindung der Bergischen Universität Wuppertal und dem weltweit renommierten Wuppertal Institut vertreten.

Diese Expertise schafft einen bedeutenden Mehrwert für die Wirtschaftsunternehmen.

Die „Neue Effizienz“ wird dabei durch das Umweltministerium des Landes NRW unterstützt.

Die „Neue Effizienz“ ist damit

- Servicestelle für Unternehmen
- Netzwerkkordinator für das branchenübergreifende Querschnittsthema Ressourceneffizienz
- Organisator von Arbeitsgruppen, Workshops und Kongressen
- Initiator von Projektförderanträgen
- Inkubator für internationale Netzwerke zur Steigerung der Ressourceneffizienz

## **II. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft**

Die BGR wurde am 23. Mai 2012 gegründet. Das Rumpfgeschäftsjahr 2012 wurde durch folgende Aufgabenstellung geprägt:

- Die Erfüllung aller Voraussetzungen für einen Fördermittelbescheid des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV NRW),
- Die Akquirierung neuer Gesellschafter
- Einer umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit, wie z.B. einer vielfältigen Pressearbeit, dem Aufbau der Internetpräsenz, der Einbindung in die Medienarbeit der Gesellschafter und der Einbindung in die regionalen Kommunikationsnetze,
- Der Initiierung neuer Projekte unter den Leitthemen „Effiziente Produktion“ sowie „Effiziente Gebäude und Infrastruktur“, wie z.B.
  - Die Reduzierung elektrischer Verluste in Produktionsabläufen,
  - Den „Stromtarif Happy Hour“ zur Nutzung von Strompreisveränderungen im Tagesverlauf
  - Der Technologieradar zur Ermittlung von notwendigen technologischen Entwicklungen zur Steigerung der Materialeffizienz in KMU gemein mit dem Fraunhofer Institut ISI und dem Umweltcluster NRW
  - Die EffizienzHausRoute als dezentrale Ausstellung von ressourceneffizienten Gebäuden in der Region

Mit dem Bescheid vom 13. Dezember hat das LANUV NRW der BGR aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die Zeit vom 12.12.2012 bis 30.09.2015 eine Zuwendung als Höchstbetrag in Höhe von EUR 1.049.667,33 bewilligt. Der Durchführungszeitraum der Projektarbeiten begann am 01.06.2012 (vorzeitiger Maßnahmenbeginn) und endet am 30.05.2015.

Die Zuwendung wird in Form der Anteilfinanzierung in Höhe von 50 v.H. zu den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben als Zuschuss gewährt.

### **III. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres**

Zur Sicherung der zweckentsprechenden Verwendung der Zuwendung oder eines etwaigen Rückforderungsanspruches war vor Auszahlung der Zuwendung eine Bankbürgschaft in Höhe des Zuwendungsbetrags mit einer Laufzeit bis zum Ende des Projekts zu hinterlegen. Die entsprechende Bankbürgschaft liegt inzwischen vor, ist aber noch nicht an das LANUV NRW weitergeleitet.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres 2012 haben sich nicht ergeben.

### **IV. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

Das Vermögen der BGR besteht aus Anlagevermögen in Höhe von TEUR 16, Forderungen gegen einen Gesellschafter TEUR 20, der Anlage von Tagesgeld (TEUR 59), Forderungen aus dem Zuwendungsbescheid des Landes NRW und der EU (TEUR 60) und liquiden Mitteln (TEUR 3).

Die BGR brauchte im Geschäftsjahr 2012 keine Kredite auszunehmen und konnte stattdessen durchgehend Tagesgelder anlegen. Zum Stichtag belief sich die freie Liquidität auf TEUR 62.

Die BGR erzielt keine Umsatzerlöse. Die Aufwendungen bestehen im Wesentlichen aus Personalaufwendungen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen u.a. für die kaufmännische Verwaltung, Mieten und Öffentlichkeitsarbeit.

### **V. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft**

Im ersten ganzjährigen Geschäftsjahr werden die Aufwendungen in Höhe von EUR 692.500,- geplant. Die Steigerung ergibt sich durch die Erweiterung der Geschäftstätigkeit und dem damit verbundenen Personalbedarf. Die BGR wird auch weiterhin keine Umsatzerlöse erzielen.

Die für die Geschäftstätigkeit notwendige Liquidität erfolgt zu 50% durch Zuwendungen des LANUV NRW und zu 50% durch Einzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage.

Wesentliche Ziele der BGR sind im Geschäftsjahr 2013 ff. u.a. die Weiterführung der begonnenen Projekte, die Initiierung neuer Projekte, die Akquirierung neuer Gesellschaft und die Ausrichtung eigener Workshops und Kongresse.

Im Geschäftsjahr 2013 ist geplant, die Kooperation mit der Bergischen Universität Wuppertal durch Gründung eines An-Instituts weiter zu vertiefen.

Risiken der BGR bestehen in einer nicht zweckentsprechenden Verwendung der Zuwendung und den damit verbundenen Rückforderungsansprüchen. Diesem Risiko wird durch enge Abstimmung mit dem LANUV NRW entgegengewirkt.

Wuppertal, den 28.03.2013

Gez.

Prof. Dr. Norbert Hüttenholscher

Bergische Gesellschaft für Ressourceneffizienz mbH, Geschäftsführung

## 5.1 Remscheider Entsorgungsbetriebe (Eigenbetrieb)

### Allgemeine Unternehmensdaten

Remscheider Entsorgungsbetriebe  
 Nordstr. 48  
 42853 Remscheid  
 Tel. 02191 / 16 - 2840

**Gründungsjahr:** 1996

**Stammkapital:** 5.000.000,00 €

### Verbundene Unternehmen / Beteiligungen des Eigenbetriebes

Gesellschaften	Stammkapitalanteil	
	in €	in %
Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH	127.500,00	51,0

### Gegenstand des Eigenbetriebes / Allgemeines

Gegenstand der Remscheider Entsorgungsbetriebe sind nach § 1 der Betriebssatzung die Bereiche

- Abwasserbeseitigung
- Abfallentsorgung
- Straßenreinigung
- Betreibung der Deponie und des Wertstoffhofes
- Wert- und Schadstoffsammlungen
- Betreuung Duales System
- Abfallberatung für private Haushalte und öffentliche Einrichtungen

Zulässig ist der Abschluss aller Geschäfte, die den Betriebszweck fördern.

Der Eigenbetrieb betreibt alle mit dem Betriebszweck zusammenhängenden Geschäfte einschließlich der hiermit verbundenen hoheitlichen Tätigkeiten, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Er darf unter Anwendung und Beachtung der Vorschriften des § 107 Abs. 2 GO weitere Tätigkeiten unternehmen, soweit sie der sach- und fachgerechten Durchführung der vorgenannten Betriebszwecke zuzuordnen sind. Grundlage der Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes ist das vom Rat der Stadt beschlossene Abwasserbeseitigungs- und Abfallwirtschaftskonzept in der jeweils gültigen Fassung. Der Eigenbetrieb hat Beschlüsse des Rates zu stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen, städtebaulichen Prioritätssetzungen und die dem Haushaltsplan der Stadt zugrundeliegenden Straßenausbauprogramme zu beachten.

**Organe des Eigenbetriebes**Betriebsleitung:

Michael Zirngiebl

Betriebsausschuss:

Apmann, Volker -Vorsitzender-	Ratsmitglied
Schad, Axel -stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Kleinbongartz, Michael	Ratsmitglied
Jasper, Stephan	Ratsmitglied
Haarhaus, Peter Otto	Ratsmitglied
Dr. Rohrweck, Heinz Dieter	Ratsmitglied
Wilke, Hans Herbert (bis 05.2012)	Ratsmitglied
Kötter, Markus (ab 06.2012)	Ratsmitglied
Störmer, Bernd F.W.	Sachkundiger Bürger
Eppels, Eckhard (bis 08.2012)	Arbeitnehmersvertreter
Blumberg, Marcel (ab 09.2012)	Arbeitnehmersvertreter
Jantke, Uwe	Arbeitnehmersvertreter
Meier, Stefan	Arbeitnehmersvertreter
Steinmeyer, Uwe	Arbeitnehmersvertreter

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Anzahl der Beschäftigten**

<b>Beschäftigte (zum 31.12.)</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Lohnempfänger/Lohnempfängerinnen	131	133	130
Angestellte	50	55	55
Beamte/Beamtinnen	5	6	6
<b>Gesamt</b>	<b>186</b>	<b>194</b>	<b>191</b>

**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

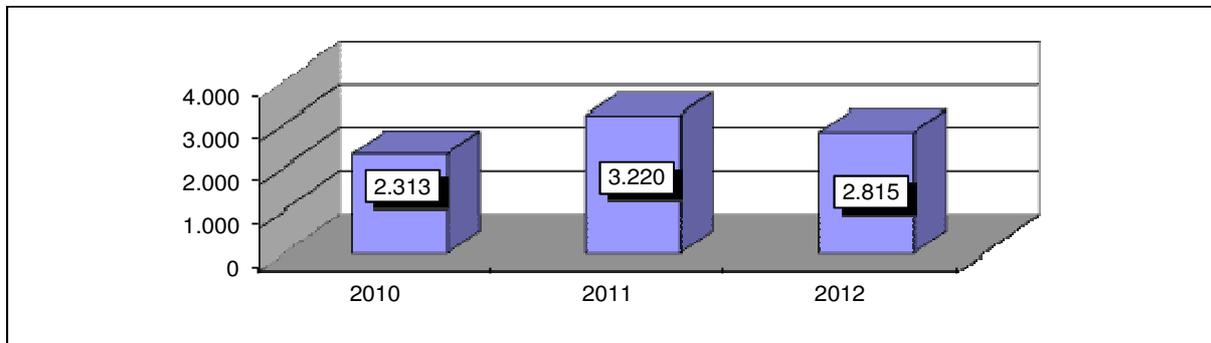
Jahr	2010		2011		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Bilanz-Position</b>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	579	0,21	542	0,20	506	0,19
Sachanlagen	256.483	94,86	256.612	94,87	255.029	93,96
Finanzanlagen	129	0,05	129	0,05	129	0,05
<b>Anlagevermögen</b>	<b>257.191</b>	<b>95,13</b>	<b>257.283</b>	<b>95,12</b>	<b>255.663</b>	<b>94,19</b>
Vorräte	174	0,06	227	0,08	244	0,09
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.114	4,48	9.981	3,69	9.954	3,67
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	862	0,32	2.953	1,09	5.531	2,04
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>13.150</b>	<b>4,86</b>	<b>13.161</b>	<b>4,87</b>	<b>15.729</b>	<b>5,79</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	30	0,01	31	0,01	32	0,01
<b>Aktiva</b>	<b>270.371</b>	<b>100,00</b>	<b>270.475</b>	<b>100,00</b>	<b>271.424</b>	<b>100,00</b>
Stammkapital	5.000	1,85	5.000	1,85	5.000	1,84
Allgemeine Rücklage	66.071	24,44	66.563	24,61	66.637	24,55
Zweckgebundene Rücklagen	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Verlustvortrag, Gewinnvortrag	3.395	1,26	5.708	2,11	8.928	3,29
<b>Jahresüberschuss(+)</b>	<b>2.313</b>	<b>0,86</b>	<b>3.220</b>	<b>1,19</b>	<b>2.815</b>	<b>1,04</b>
<b>Jahresfehlbetrag(-)</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>76.779</b>	<b>28,40</b>	<b>80.491</b>	<b>29,76</b>	<b>83.380</b>	<b>30,72</b>
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	23.054	8,53	22.578	8,35	22.783	8,39
Empfangene Ertragszuschüsse	2.550	0,94	2.498	0,92	2.630	0,97
Rückstellungen	7.502	2,77	8.557	3,16	4.008	1,48
Verbindlichkeiten	160.483	59,36	156.351	57,81	158.623	58,44
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0,00	0	0,00	0	0,00
<b>Passiva</b>	<b>270.371</b>	<b>100,00</b>	<b>270.475</b>	<b>100,00</b>	<b>271.424</b>	<b>100,00</b>

**Gewinn - und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2010	2011	2012
	T€	T€	T€
<b>GuV-Position</b>			
Umsatzerlöse	43.225	42.204	43.718
Andere aktivierte Eigenleistungen	802	744	732
Sonstige betriebliche Erträge	1.273	2.388	1.041
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	96	319	110
Erträge aus Beteiligungen	0	0	16
<b>Erträge</b>	<b>45.396</b>	<b>45.655</b>	<b>45.616</b>
Materialaufwand	17.770	16.527	16.754
Personalaufwand	9.334	9.125	9.756
Abschreibungen	7.588	7.651	7.728
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.996	3.142	2.844
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.313	5.943	5.676
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
<b>Aufwendungen</b>	<b>43.001</b>	<b>42.388</b>	<b>42.758</b>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.395	3.267	2.859
Außerordentliche Erträge	6	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	-38	0	0
Sonstige Steuern	-50	-47	-44
<b>Jahresverlust</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Jahresgewinn</b>	<b>2.313</b>	<b>3.220</b>	<b>2.815</b>
Zuführung(-) / Auflösung (+) d. zweckgeb. Rücklage	0	0	0
<b>Verlust</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Gewinn</b>	<b>2.313</b>	<b>3.220</b>	<b>2.815</b>

## Entwicklung der Jahresergebnisse

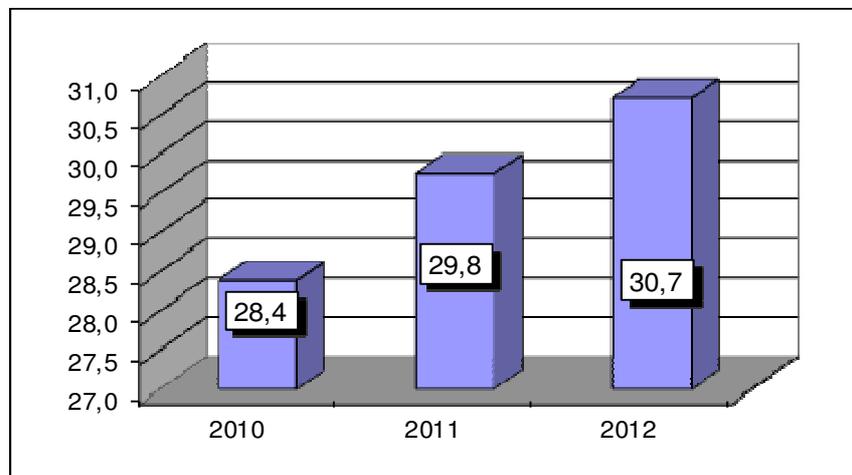
Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€		
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	2.313	3.220	2.815



## Kennzahlen

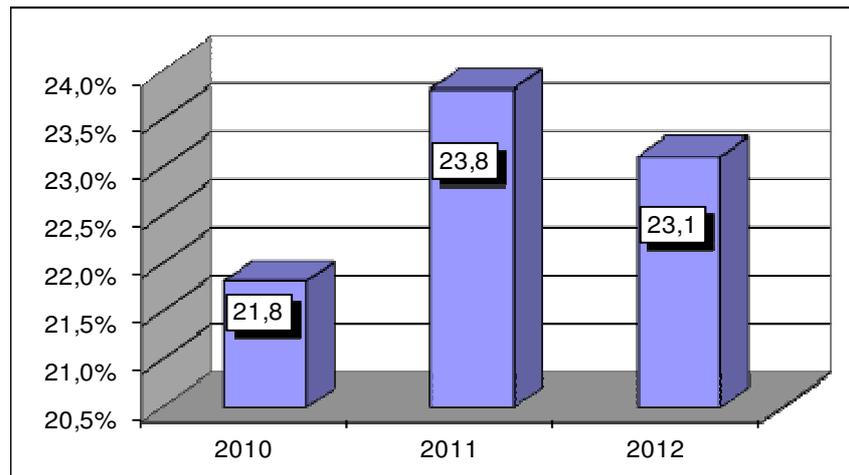
### Eigenkapitalquote

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€		
Eigenkapital	76.779	80.491	83.380
Bilanzsumme	270.371	270.475	271.424
% EK	28,4	29,8	30,7



### Cash-Flow

Jahr	2010	2011	2012
Angabe in	T€		
Jahresüberschuss	2.313	3.220	2.815
Abschreibungen	7.588	7.651	7.728
<b>Summe</b>	<b>9.901</b>	<b>10.871</b>	<b>10.543</b>
Gesamterträge	45.396	45.655	45.616
<b>Cash-Flow</b>	<b>21,8%</b>	<b>23,8%</b>	<b>23,1%</b>



## Lagebericht 2012

### 1. Allgemeines

#### 1.1 Gründung des Eigenbetriebes

Mit Drucksache Nr. 60/197 hat der Rat der Stadt Remscheid am 10.07.1995 beschlossen, die Umwandlung der Regiebetriebe mit den Gebührenhaushalten Stadtentwässerung, Abfall, Straßenreinigung, Deponie und deren gemeinsame Bereiche in einen Eigenbetrieb zum 01.01.1996 vorzubereiten. Grundlage der Entscheidung war ein Gutachten, dass vor allem die im Hinblick auf die Haushaltssituation der Stadt Remscheid optimale Organisations- und Rechtsform untersuchte. Dies vorausgeschickt hat der Rat der Stadt die Gründung des Eigenbetriebes mit der Bezeichnung

Remscheider Entsorgungsbetriebe

sowie die Betriebssatzung entsprechend den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung NRW (EigVO NRW) am 11.12.1995 zum 01.01.1996 beschlossen.

#### 1.2 Gegenstand und Organisation des Eigenbetriebes

Zweck des Eigenbetriebes einschließlich etwaiger Hilfs- und Nebenbetriebe ist die Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung, Straßenreinigung, Betreibung der Deponie, des Wertstoffhofes, Organisation und Durchführung der Wert- und Schadstoffsammlung, Betreuung Duales System, Abfallberatung für private Haushalte und öffentliche Einrichtungen sowie der Abschluss aller den Betriebszweck fördernden Geschäfte.

Der Eigenbetrieb betreibt alle mit dem Betriebszweck zusammenhängenden Geschäfte einschließlich der hiermit verbundenen hoheitlichen Tätigkeiten, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Er darf unter Anwendung und Beachtung der Vorschriften des § 107 Abs. 2 GO weitere Tätigkeiten übernehmen, soweit sie der sach- und fachgerechten Durchführung des Betriebszwecks Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung, Straßenreinigung, Deponierung oder Wertstoffhof zuzuordnen sind.

Das vom Rat der Stadt beschlossene Abwasserbeseitigungs- und Abfallwirtschaftskonzept in ihrer jeweils gültigen Fassung sind Grundlage für die Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes,

einschl. verpflichtender Beschlüsse des Rates zu stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen, städtebaulichen Prioritätssetzungen und die dem Haushaltsplan der Stadt zugrunde liegenden Straßenausbauprogramme.

Die Remscheider Entsorgungsbetriebe bestehen aus drei Geschäftsbereichen sowie einer Betriebsleitungsebene. Die Bezeichnungen lauten wie folgt:

- 1 Geschäftsbereich Entwässerung
  - Planung/Entwurf/Grundstücksentwässerung -
  - Neubau -
  - Betrieb und Unterhaltung -
- 2 Geschäftsbereich Abfallwirtschaft/Fuhrpark
  - Abfall/ Straßenreinigung -
  - Fuhrpark/Technik -
  - Deponie und Wertstoffhof -
- 3 Kaufmännischer Geschäftsbereich
  - Finanzbuchhaltung -
  - Controlling/Verwaltung -
  - Grundabgabenveranlagung/Debitorenbuchhaltung -

Als neue Aufgabe wurde im Jahr 2012 die Durchführung der Veranlagung und Verbuchung der Grundabgabenforderungen der Stadt Remscheid auf die Remscheider Entsorgungsbetriebe übertragen. Die Aufgaben werden im Kaufmännischen Geschäftsbereich durchgeführt.

Aus wirtschaftlichen Gründen ist darüber hinaus in bestimmten Bereichen eine Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung durchaus sinnvoll und geboten. So wird der Büro- und Geschäftsdienst von der Stadtverwaltung bezogen, damit die Doppelverwaltung der typischen Zentralaufgaben vermieden wird. Hierzu gehören u. a. die Personalverwaltung, Darlehnsverwaltung, Rechtsberatung sowie Service-Leistungen der Gebäudeverwaltung, Nachrichtentechnik etc. Andererseits wurden Verantwortungsbereiche ohne den Verlust von Synergieeffekten dezentralisiert und das Personal auf den Eigenbetrieb übertragen, um durch eine kurzfristige Entscheidungsfindung schneller, besser und flexibler reagieren zu können.

Entsprechend dem § 3 Absatz 2 der Betriebssatzung und der jeweils anzuwendenden Gemeindeordnung und Eigenbetriebsverordnung werden die Remscheider Entsorgungsbetriebe von der Betriebsleitung selbständig geleitet; sie ist auch für die wirtschaftliche Betriebsführung verantwortlich.

## **2. Verlauf des Geschäftsjahres 2012**

### **2.1 Allgemeine Beurteilung**

Die bereits in den Jahresabschlüssen der vergangenen Wirtschaftsjahre erkennbare wirtschaftliche Stabilisierung und Verbesserung der Betriebsergebnisse des gewöhnlichen Geschäftsverlaufes hat sich im Wirtschaftsjahr 2012 fortgesetzt.

Das Wirtschaftsjahr konnte mit einem Gewinn in Höhe von 2.814,6 T€ (Vorjahr: 3.219,9 T€) abgeschlossen werden. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Jahresergebnis somit um 405,3 T€ verschlechtert.

Ergebnisbelastungen ergaben sich aus Anlagenabgängen vor allem im Bereich der Entwässerung. Es waren im Wirtschaftsjahr 2012 Anlagenabgänge in Höhe von 1.005,9 T€ zu verzeichnen. Diese fielen damit gegenüber der Planung um 205,9 T€ höher aus.

Eine weitere Belastung ergab sich aus dem Wertanpassungsbedarf des Forderungsbestands. Das Ergebnis des Wirtschaftsjahres 2012 wird aus Einzel- und Pauschalwertwertberichtigungen sowie Abgängen aus dem Umlaufvermögen in einer Größenordnung von insgesamt 95,1 T€ belastet.

Aufgrund der notwendigen ADV-Anpassungen aus der Umstellung auf das neuen Windows Betriebssystem waren gegenüber der Planung um 59,5 T€ höhere ADV-Aufwendungen notwendig.

Bis zum Jahr 2011 wurden ungewollte gebührenrechtliche Überdeckungen der Gebührenrückstellung zugeführt. Nach den Vorgaben der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) können diese Überdeckungen nunmehr auch in der Bilanz als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen werden. Im Gegensatz zur Ausweisung als Rückstellung besteht nach den Vorgaben des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) für mehrjährige Verbindlichkeiten nicht die Verpflichtung der Abzinsung. Hieraus ergeben sich Erleichterungen bei der Aufstellung des Jahresabschlusses. Daher werden die ungewollten gebührenrechtlichen Überdeckungen künftig als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Hieraus ergab sich durch die Umstellung eine Belastung des Jahresergebnisses, da die im vergangenen Jahr vorgenommene Abzinsung der zum 31.12.2011 bestehenden Rückstellungsbeträge zurückgenommen werden musste. Dies führte zu einem Zinsaufwand in Höhe von 293,6 T€.

Diese Belastungen konnten durch gegenläufige positive Effekte ausgeglichen werden.

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid (DBR) konnte im Jahr 2012 ein positives Ergebnis in Höhe von 42,5 T€ erwirtschaften. Die Ausschüttung der DBR führte zu einem Beteiligungsertrag in Höhe von 15,5 T€.

Der Materialaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (ohne Anlagenabgänge und Wertberichtigungen) konnte gegenüber der Wirtschaftsplanung um 409,8 T€ reduziert werden. Dies ist zu großen Teilen auf die geringeren Kosten für den Wupperverband sowie auf die geringeren Winterdienstaufwendungen zurückzuführen.

Da die Darlehnszinsen gegenüber der Planung deutlich gesenkt werden konnten, ergab sich bei leicht verbesserten Zinserträge ein gegenüber der Wirtschaftsplanung um 622,5 T€ verbessertes Finanzergebnis. Hierbei ist der Sondereffekt aus der Rücknahme der Abzinsung der Gebührenrückstellung nicht berücksichtigt. Hieraus ergab sich ein Zinsaufwand in Höhe von 293,6 T€.

Die gute Entwicklung des Wirtschaftsjahres führte dazu, dass die Gebührenabrechnungen der Bereiche Entwässerung, Biotonne und Winterdienst jeweils mit einer ungewollten gebührenrechtlichen Überdeckung in Höhe von insgesamt 889,2 T€ abschließen. Diese Überdeckungen führen aufgrund der gebührenrechtlichen Vorgaben des

Kommunalabgabengesetzes (KAG) nicht zu einer Verbesserung des handelsrechtlichen Ergebnisses. Gleichwohl tragen sie zu einer Stabilisierung der Gebührenentwicklung der kommenden Jahre bei. Ab dem Jahr 2012 werden diese ungewollten Überdeckungen als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Insgesamt fällt das Jahresergebnisses trotz des Einmaleffektes aus der Rücknahme der Abzinsung gegenüber dem geplanten Jahresergebnis nur um 28,3 T€ schlechter aus.

## **2.2 Aufwands- und Ertragslage sowie Auftragsentwicklung**

### **2.2.1 Auftragslage**

Die in der Betriebssatzung festgelegten Aufgaben sind im Geschäftsjahr 2012 erfüllt worden. Für die Gebührenbereiche wurden die Leistungen entsprechend der jeweiligen Satzung erbracht. Die vom Rat der Stadt im Rahmen von Zielvereinbarungen vorgegebene Gebührenentwicklung konnte hierbei eingehalten werden. In den Bereichen, in denen die Stadtverwaltung mit deren Fachbereichen als Auftraggeberin aufgetreten ist, wurde leistungsspezifisch auf der Basis der Verrechnungssätze und gültigen Materialpreise abgerechnet. Soweit Arbeiten oder Dienstleistungen für Dritte erbracht wurden, erfolgte ebenfalls eine leistungsorientierte Rechnungslegung. Hierbei verliefen die Dienstleistungen für Dritte vor allem im Bereich Straßenreinigung und Stadtentwässerung weiterhin stabil.

### **2.2.2 Erträge**

Die Umsatzerlöse betragen 43.717,8 T€ (Vorjahr: 42.203,8 T€) und setzten sich wie folgt zusammen:

	T€	(Vorjahr T€)
Werkstatt	344,4	(378,5)
Abwasserbeseitigung	28.645,2	(27.675,5)
Abfallbeseitigung	11.457,2	(11.076,1)
Straßenreinigung	3.270,9	(3.073,3)
	<u>43.717,8</u>	<u>(42.203,8)</u>

An Eigenleistungen (Ing.- und Bauleitungskosten - Personal- u. Gemeinkosten - die überwiegend im Zusammenhang mit den Kanalbaumaßnahmen stehen) wurden 732,4 T€ (Vorjahr: 743,8 T€) aktiviert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (z.B. Miet- und Pachterträge, Erträge aus dem Verkauf von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, der Auflösung des Sonderposten Investitionszuschüsse und der Auflösung von Rückstellungen sowie übrige Erträge) konnten in Höhe von 1.041,0 T€ (Vorjahr: 2.388,3 T€) erzielt werden. Die Reduzierung gegenüber dem Vorjahr ist auf eine im Jahr 2011 vorgenommene Rückzahlung des Wupperverbandes aus der Abwasserabgabe aus Vorjahren zurückzuführen. Aufgrund eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes konnten Abwasserabgabezahlungen des Wupperverbandes mit Investitionen der Mitgliedskommunen verrechnet werden, die als Einmaleffekt das Ergebnis 2011 verbesserten.

Die Deponiebetriebsgesellschaft mbH (DBR) hat im Jahr 2012 ein positives Geschäftsergebnis erzielt. Daher konnte im Jahr 2012 ein Ertrag aus der Beteiligung in Höhe von 15,5 T€ (Vorjahr: 0,0 T€) erzielt werden.

Die Zinsen und ähnlichen Erträge lagen trotz des weiterhin niedrigen Zinsniveaus bei 109,7 T€ (Vorjahr: 319,2 T€).

### **2.2.3 Aufwendungen**

Den vorgenannten Erträgen in Höhe von 45.616,4 T€ (Vorjahr: 45.655,2 T€) stehen Aufwendungen in Höhe von 42.801,8 T€ (Vorjahr: 42.435,3 T€) gegenüber. Im Jahr 2012 fiel kein außerordentliches Ergebnis an (Vorjahr: 0,0 T€).

Wesentliche Aufwandsarten stellten die Materialaufwendungen mit insgesamt 16.753,6 T€ (Vorjahr: 16.527,3 T€) und die Personalaufwendungen mit insgesamt 9.755,8 T€ (Vorjahr: 9.125,1 T€) dar. Der deutliche Anstieg der Personalkosten resultiert zum einen aus dem Tarifabschluss des Jahres 2012 sowie aus der Personalmehrung, die sich aus der Übernahmen der Aufgabe der Grundabgabenveranlagung ergab.

Hiervon betrug der Materialaufwand bei der Abwasserbeseitigung 9.145,4 T€ (Vorjahr: 9.186,1 T€) und 5.890,6 T€ (Vorjahr: 6.055,8 T€) bei der Abfallbeseitigung. Bei der Straßenreinigung betrug dieser 727,8 T€ (Vorjahr: 841,4 T€) und bei den gemeinsamen Bereichen (Verwaltung und Werkstatt) 989,8 T€ (Vorjahr: 444,1 T€). Die deutliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr im Bereich der Werkstatt ist auf eine Änderung der Buchungssystematik bei der Diesel-Lagerentnahme im Rahmen der Leistungs- und Kostenrechnung zurückzuführen.

Von den Personalaufwendungen entfielen auf die Abwasserbeseitigung 3.576,8 T€ (Vorjahr: 3.512,5 T€), die Abfallbeseitigung 3.219,3 T€ (Vorjahr: 3.037,4 T€) sowie 1.416,2 T€ (Vorjahr: 1.297,5 T€) auf die Sparte Straßenreinigung. Weiterhin entfielen auf die gemeinsamen Bereiche (Verwaltung und Werkstatt) 1.543,5 T€ (Vorjahr: 1.277,7 T€).

Die bilanziellen Abschreibungen beliefen sich auf 7.728,3 T€ (Vorjahr: 7.650,6 T€) und die Fremdkapitalzinsen auf 5.382,5 T€ (Vorjahr: 5.943,3 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 2.843,9 T€ (Vorjahr: 3.141,7 T€).

Innerbetrieblich wurden in der Summe 2.435,5 T€ (Vorjahr: 1.856,6 T€) verrechnet, die per Saldo die Sparten wie folgt be- bzw. entlastet (- bzw. +) haben: Verwaltung (532,4 T€; Vorjahr: 575,8 T€), Werkstatt (1.139,2 T€; Vorjahr: 604,2 T€), Abwasserbeseitigung (-448,7 T€; Vorjahr: -426,4 T€), Abfallentsorgung (-763,9 T€; Vorjahr: -540,5 T€) und Straßenreinigung (-459,0 T€; Vorjahr: -213,1 T€). Die Verschiebungen gegenüber dem Vorjahr sind auf eine Änderung der Buchungssystematik der Diesel-Lagerentnahme im Rahmen der Leistungs- und Kostenrechnung zurückzuführen.

Die Aufwendungen für Steuern betragen insgesamt 44,1 T€ (Vorjahr: 47,3 T€). Hiervon entfielen auf die Steuern vom Einkommen und Ertrag 14,7 T€ (Vorjahr: 19,8 T€).

### **2.2.4 Jahresergebnis**

Das Geschäftsjahr schließt ab mit einem Jahresgewinn von 2.814,6 T€ (Vorjahr: 3.219,9 T€).

Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2012 eingeplanten Jahresgewinn in Höhe von 2.842,9 T€ wurde das Wirtschaftsjahr somit um 28,3 T€ schlechter abgeschlossen.

Für die einzelnen Leistungssparten stellt sich das Ergebnis wie folgt dar:

Der Geschäftsbereich Entwässerung schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.805,8 T€ (Vorjahr: 3.115,3 T€) ab.

Der Geschäftsbereich Abfallwirtschaft schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 71,1 T€ (Vorjahr: 133,6 T€) ab.

Der Geschäftsbereich Straßenreinigung schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -62,2 T€ (Vorjahr: -29,0 T€) ab.

Die dargestellten Ergebnisse der Betriebszweige berücksichtigen die ihnen anteilig zugeordneten Aufwendungen und Erträge der Bereiche Verwaltung und Werkstatt.

### **2.3 Investitionen**

Die Gesamtsumme der Investitionen im Anlagebereich betrug in 2012 7.211,9 T€ (Vorjahr: 8.559,3 T€). Davon wurden 93,8 T€ (Vorjahr: 58,2 T€) für immaterielle Vermögensgegenstände, 28,4 T€ (Vorjahr: 32,4 T€) für Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit und ohne Bauten aufgewendet, für die Anlagen der Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung, Straßenreinigung und Deponie 6.740,4 T€ (Vorjahr: 7.028,1 T€), für Maschinen und maschinelle Anlagen 34,1 T€ (Vorjahr: 49,1 T€), für Fahrzeuge 549,1 T€ (Vorjahr: 1.302,9 T€), Betriebs- und Geschäftsausstattung 187,7 T€ (Vorjahr: 205,4 T€). Der Bestand an geleisteten Anzahlung und Anlagen im Bau wurde aufgrund Zugänge und der vorgenommenen Aktivierungen um 421,6 T€ (Vorjahr: 441,7 T€) vermindert.

Für das Jahr 2013 sind Investitionen in Höhe von 10,2 Mio. € geplant, die überwiegend auf Anlagen im Geschäftsbereich Abwasserbeseitigung entfallen.

### **2.4 Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben**

Zur Finanzierung der getätigten Investitionen mussten neben der Bereitstellung eigener Mittel keine langfristigen Kreditaufnahmen getätigt werden. Allerdings wurde der Kassenkredit bei der Stadt Remscheid zur Sicherstellung Liquidität um 1.000 T€ erhöht. Investitions- und Ertragszuschüssen für Abwasseranlagen standen in Höhe von 877,6 T€ (Vorjahr: 0,0 T€) zur Verfügung. Die planmäßige Darlehenstilgung betrug 5.212,9 T€ (Vorjahr: 4.923,6 T€).

### **Verbindlichkeiten**

Die Verbindlichkeiten haben sich von 156.350,8 T€ - Stand 01.01.2012 - um 2.272,2 T€ auf 158.622,9 T€ - Stand 31.12.2012 - erhöht. Davon entfielen auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten am 31.12.2012 138.727,7 T€ (Vorjahr: 141.592,0 T€). Auf Verbindlichkeiten aus Anzahlungen entfielen 5.371,8 T€ (Vorjahr 5.984,8 T€). Aus die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entfallen 2.208,8 T€ (Vorjahr: 2.195,9 T€). Darüber hinaus resultieren aus Verpflichtungen gegenüber der Stadt 7.300,0 T€ (Vorjahr: 6.094,4 T€). Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen bestanden zum Bilanzstichtag in Höhe von 7,5 T€ (Vorjahr: 42,0 T€). Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen 5.007,2 T€ (Vorjahr: 441,6 T€). Der Anstieg der Sonstigen Verbindlichkeiten ergab sich aus der geänderten

bilanziellen Ausweisung der ungewollten Gebührenüberdeckungen nach § 6 Abs. 2 KAG. Die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt ergab sich aus der zusätzlichen Inanspruchnahme eines Kassenkredites zur Sicherstellung der kurzfristigen Liquidität.

## **2.5 Personal- und Sozialbereich**

Zum Beginn des Geschäftsjahres waren 188 Mitarbeiter (ohne Beamte) beschäftigt. Der Personalbestand hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.12	Zugang/ Abgang (-)	Stand 31.03.1 2	Zugang/ Abgang (-)	Stand 30.06.1 2	Zugang/ Abgang (-)	Stand 30.09.1 2	Zugang/ Abgang (-)	Stand 31.12.1 2
Lohnemp fänger	133	1	134	0	134	-1	133	-3	130
Angestell te	55	0	55	0	55	0	55	0	55
Beamte	6	0	6	0	6	0	6	0	6
Gesamt	<u>194</u>	<u>1</u>	<u>195</u>	<u>0</u>	<u>195</u>	<u>-1</u>	<u>194</u>	<u>-3</u>	<u>191</u>

Die Personalkosten im Geschäftsjahr 2012 setzten sich wie folgt zusammen:

	<u>T€</u> (Vorjahr)
Löhne	4.625,6 (4.470,9)
Gehälter	2.528,9 (2.299,3)
Beamtenbezüge	352,8 (305,9)
Veränderung RST Überstunden	43,6 (-41,7)
Veränderung RST Urlaub	21,2 (22,5)
Veränderung ATZ-Rückstellung Lohn/Gehalt	-61,7 (60,7)
Soziale Abgaben	1.424,6 (1.343,3)
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>820,9 (664,2)</u>
Summe	<u>9.755,8 (9.125,1)</u>

Die einzelnen Sparten (einschl. Hilfs- und Nebensparten) schließen mit folgendem Ergebnis ab:

	Löhne/ Gehälter und Beamtenbezüge		Soziale Abgaben		Aufwendungen für Altersversorgung und		Summe
	T€	(Vorjahr)	T€	(Vorjahr)	T€	(Vorjahr)	T€
Verwaltung	872,2	(689,0)	145,0	(117,0)	112,6	(71,2)	1.129,8
Werkstatt	324,1	(309,8)	64,4	(63,2)	25,2	(27,6)	413,7
Abwasserbeseitigung	2.746,1	(2.748,6)	526,4	(514,4)	304,3	(249,5)	3.576,8
Abfallbeseitigung	2.440,9	(2.364,7)	487,8	(446,5)	290,6	(226,2)	3.219,3
Straßenreinigung	1.127,0	(1.005,0)	201,0	(202,2)	88,3	(89,8)	1.416,2

	5)						
	<hr/>						
Summe	<u>7.510,3</u>	<u>(7.117,6)</u>	<u>1.424,6</u>	<u>(1.343,3)</u>	<u>820,9</u>	<u>(664,2)</u>	<u>9.755,8</u>

Der durchschnittliche Personalaufwand je Beschäftigtem betrug im Geschäftsjahr 50,3 T€ (Vorjahr: 49,1 T€).

## **2.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres**

Zum 01.01.2012 übernahmen die Remscheider Entsorgungsbetriebe als weitere Aufgabe von der Stadt Remscheid die Veranlagung und Abrechnung der Grundabgaben. Hierbei werden auch die Grundsteuern im Auftrag der Stadt erhoben und an die Stadt Remscheid abgeführt. Die Gebühreneinnahmen verbleiben bei den Remscheider Entsorgungsbetrieben. Das Kassen- und Steueramt der Stadt Remscheid wickelt noch die Restbestände der Forderungen ab, die bis zum 31.12.2011 aufgelaufen sind, und führt die Vollstreckungsmaßnahmen für die Grundabgabenforderungen durch. Weiterhin wird bei der Stadt Remscheid das Forderungsmanagement bei Insolvenzverfahren einheitlich für alle städtischen Forderungen durchgeführt. Die für den Jahresabschluss 2012 erforderlichen Unterlagen der Stadt Remscheid lagen bereits im Mai 2012 vor.

Der Übergang der Aufgabe von der Stadt Remscheid auf die Remscheider Entsorgungsbetriebe erfolgte ohne Probleme. Durch das aufgebaute Forderungsmanagement konnten die neuen offenen Forderungen aus den Grundabgaben des Jahres 2012 reduziert werden. Der offene Forderungsbestand aus den Benutzungsgebühren des Jahres 2012 zum 31.12.2012 betrug 170,6 T€. Die offenen Forderungen stammten überwiegend aus der letzten Fälligkeit zum 15.11.2012. Von diesen Forderungen waren um Zeitpunkt der Prüfung nur noch 70,1 T€ nicht ausgeglichen.

Auch der Bestand an offenen Altforderungen aus Gebührenforderungen vor 2012 konnte weiter abgebaut werden. Dieser betrug zum 31.12.2012 336,8 T€.

Wie bereits im Vorjahr wurden im Rahmen der Gebührenabrechnung die offenen Forderungen auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Von den offenen Gebührenforderungen zum Bilanzstichtag in Höhe von 507,4 T€ konnten bis zum Zeitpunkt der Prüfung insgesamt 114,5 T€ durch Zahlungen ausgeglichen werden. Ein Betrag in Höhe von 30,6 T€ aus dem Bestand der Altforderungen musste endgültig niedergeschlagen werden. Der zum Prüfungszeitpunkt noch offenen Forderungsbestand betrug somit 362,3 T€. Von diesem Forderungsbestand wurden in den Jahresabschlüssen bis 2012 bereits 286,2 T€ einzelwertberichtigt. Im Jahresabschluss 2012 wurde auf den offenen Forderungsbestand eine weitere Einzelwertberichtigung in Höhe von 55,1 T€ vorgenommen. Zur weiteren Absicherung wurde außerdem eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 2% auf den gesamten bereinigten Forderungsbestand zum 31.12.2012 vorgenommen. Somit bestehen aus den offenen Forderungen aus Gebührenabrechnungen zum 31.12.2012 keine wesentlichen Bilanzrisiken.

Die Tätigkeiten des Geschäftsbereiches Entwässerung werden von der Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes und den hierfür erforderlichen Investitionen bestimmt. Daher war die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes für den Geschäftsbereich von besonderer Bedeutung, da hierdurch die Arbeitsgrundlagen der nächsten Jahre festgelegt wurden. Das Abwasserbeseitigungskonzept ist durch die Abwägung zwischen dem gesetzlich

und wirtschaftlich Notwendigen und dem andererseits in der Entwicklung der Gebührenbelastung Machbaren geprägt.

Die Fortschreibung wurde bereits Anfang 2011 abgeschlossen. Im Jahr 2012 wurde die Fortschreibung mit der Bezirksregierung Düsseldorf verhandelt. Seitens der Bezirksregierung wurden zunächst keine Regelungen zur Fortschreibung erlassen. Allerdings wurde von der Bezirksregierung die Aufstellung eines aufwändigen eigenständigen Niederschlagswasserbeseitigungskonzeptes gefordert. Da für diese Forderung derzeit keine Rechtsgrundlage existiert und die notwendigen Angaben zur Niederschlagswasserbeseitigung im vorgelegten Abwasserbeseitigungskonzept enthalten waren, wurde diese Forderung nicht erfüllt. Ende 2012 zog daraufhin die Bezirksregierung Düsseldorf ihre Zustimmung zum Abwasserbeseitigungskonzept zurück. Zwischenzeitlich konnte in weiteren Gesprächen mit der Bezirksregierung ein Kompromiss erarbeitet werden. Die Bezirksregierung hat daraufhin ihre Zustimmung zum Abwasserbeseitigungskonzept wieder ausgesprochen.

Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen wurden für die Erweiterung und die bauliche Sanierung bzw. Erneuerung des Kanalisationsnetzes aufgewendet. Die Sanierung des Einzugsgebietes Lempstraße/Falkenberg wurde abgeschlossen.

Die Nachkalkulation der Entwässerungsgebühren für das Jahr 2012 ergab eine Überdeckung in Höhe von 481,4 T€.

Im Bereich Abfallwirtschaft nahmen die Erlöse aus der Vermarktung der erfassten Wertstoffe weiter zu. Neben den weiterhin stabilen Erträgen aus der Vermarktung von Altpapier konnten Erlöse im Bereich Schrott und Elektroaltgeräte erzielt werden. Die getrennte Annahme von Altkunststoffen wurde weiter ausgebaut. Zusätzlich werden neben der Annahme auf dem Wertstoffhof auch Kunststoffe aus dem Sperrmüll getrennt erfasst.

Zum 30.06.2012 trat die Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in Kraft. Aufgrund der hier vorgenommenen Änderungen zu den gewerblichen Sammlungen durch Private Unternehmer wurden weitere Schritte unternommen, die derzeitige Marktstellung im Bereich der Wertstofffassung zu sichern und weiter auszubauen. Hierzu wurden weitere Angebote zur Annahme von Elektrokleingeräten eingeführt. Diese können nunmehr auch bei der Grünschnittsammlung und an allen Müllwagen abgegeben werden. Ab Oktober 2012 wurde weiterhin eine neue Sammellogistik für die Annahme von Alttextilien und -schuhe aufgebaut.

Die erfassten Restmüllmengen sind im Jahr 2012 weiter zurückgegangen. Ursache hierfür ist im Wesentlichen der Bevölkerungsrückgang und die Veränderung der Haushaltstrukturen. Durch den Rückgang der Restmüllmengen ergaben sich auch geringere Entsorgungskosten beim Abfallwirtschaftsverband EKOCity.

Im Mai 2012 tagte die Verbandsversammlung des EKOCity Abfallwirtschaftsverbandes in Remscheid.

Im Bereich Abfallwirtschaft wurde im Jahr 2012 ein Überschuss erwirtschaftet. Die Nachkalkulation der Abfallgebühren für das Jahr 2012 ergab insgesamt eine Unterdeckung für den Bereich Restmüll in Höhe von 187,2 T€. Der Bereich Biotonne schließt mit einer ungewollten Überdeckung in Höhe von 34,7 T€ ab.

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsbereich Straßenreinigung war wie immer geprägt vom Winterdienst. Nach den schneereichen Wintern der vergangenen Jahre ergaben sich im

Frühjahr 2012 nur geringe Winterdienstaufwendungen. Allerdings waren im Herbst/Winter 2012 wieder mehr Winterdienstesätze erforderlich. Dennoch ergab sich eine ungewollte Gebührenüberdeckung im Gebührenbereich Winterdienst in Höhe von 373,2 T€. Im Gegensatz hierzu ergab sich im Gebührenbereich Sommerreinigung eine Unterdeckung in Höhe von 67,8 T€.

Aufgrund eines Gerichtsverfahrens kann der vom Rat der Stadt beschlossene zusätzliche Winterdienst an Haltstellen des ÖPNV bei extremen Schneelagen durch die Remscheider Entsorgungsbetriebe nicht dem Gebührenaufwand zugerechnet werden. Dieser Aufwand muss somit außerhalb der Gebührenkalkulationen von der Stadt Remscheid getragen werden. Das Urteil wurde bereits bei der Gebührennachkalkulation für das Jahr 2012 berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr ergab sich ein Sondereffekt aus der Änderung der bilanziellen Ausweisung der ungewollten gebührenrechtlichen Überdeckungen. Bis zum Jahr 2011 wurden ungewollte gebührenrechtliche Überdeckungen einer Rückstellung zugeführt. Nach den Vorgaben der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) können diese Überdeckungen nunmehr auch in der Bilanz als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen werden. Im Gegensatz zur Ausweisung als Rückstellung besteht nach den Vorgaben des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) für mehrjährige Verbindlichkeiten nicht die Verpflichtung der Abzinsung. Hieraus ergeben sich Erleichterungen bei der Aufstellung des Jahresabschlusses. Daher werden die ungewollten gebührenrechtlichen Überdeckungen künftig als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Hieraus ergab sich durch die Umstellung eine Belastung des Jahresergebnisses, da die im vergangenen Jahr vorgenommene Abzinsung der zum 31.12.2011 bestehenden Rückstellungsbeträge zurückgenommen werden musste. Dies führte zu einem Zinsaufwand in Höhe von 293,6 T€.

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH (DBR) hat ihr operatives Geschäft nach der Endverfüllung der Deponie weitgehend eingestellt. Daher wurde auch das Personal bereits zum 01.01.2011 weitgehend zu den Remscheider Entsorgungsbetrieben zurückverlagert. Gleichzeitig wurde der Vertrag zum Betrieb des Wertstoffhofes gekündigt. Die Erträge der Gesellschaft beschränken sich daher neben Zinserträgen aus der Bewirtschaftung der Rückstellung auf die Vermittlung und Betreuung von Entsorgungsdienstleistungen. Dennoch konnte die Gesellschaft im Jahr 2012 einen Überschuss in Höhe von 42,5 T€ erwirtschaften. Nachdem die Stadt Remscheid bislang kein neues Nachnutzungskonzept für die Deponie Solinger Straße erarbeitet hat, wurde aufbauend auf den bislang vorliegenden Ergebnissen und Entwürfen in Abstimmung mit der Stadt der Landschaftspflegerische Begleitplan erarbeitet und zwischenzeitlich der Bezirksregierung Düsseldorf vorgelegt.

Auf Hinweis der Gemeindeprüfungsanstalt wurde im Jahr 2012 die Betriebsatzung der Remscheider Entsorgungsbetriebe geändert. Hier waren bislang noch die alten Fristen zur Aufstellung der Jahresabschlüsse enthalten. Diese wurde der aktuellen Rechtslage angepasst.

Ab dem Jahr 2012 wurden die neu eingeführten Monatsabschlüsse dem Betriebsausschuss zur unterjährigen Berichterstattung vorgelegt. Die erfolgte zunächst in einem zusammengefassten Halbjahresbericht für die Monate Januar bis Juni. Ab dem Juli wurden die Berichte für den jeweiligen Monat vorgelegt.

Im Januar 2012 stellte die Stadt Remscheid ihre Überlegungen zur Weiterentwicklung der Remscheider Entsorgungsbetriebe vor. Hiernach sollen die Bereiche Forstwirtschaft, Grünflächen, Friedhöfe und Straßenbau als weitere Sparten in die Remscheider Entsorgungsbetriebe eingegliedert werden. Weiterhin soll der weiterentwickelte Betrieb ab dem Jahr 2014 im Rahmen des Haushaltssanierungsplanes der Stadt Remscheid einen

jährlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung in Höhe von 2,0 Mio. € leisten. Hierzu wurden im Jahr 2012 zwei Gutachten zur Untersuchung der Überlegungen vergeben.

Zur Finanzierung der Gutachten wurde Anfang 2012 der Wirtschaftsplan der Remscheider Entsorgungsbetriebe geändert. Die Gutachten brachten das Ergebnis, dass zum einen der angestrebte Konsolidierungsbeitrag leistbar ist und zum anderen der Zusammenschluss der Remscheider Entsorgungsbetriebe mit den weiteren Sparten Synergieeffekte erbringen kann. Die ebenfalls zunächst vorgesehene Eingliederung der Sparte Sport wurde nach den Ergebnissen der Gutachten nicht weiterverfolgt. Im Dezember 2012 beschloss der Rat der Stadt die Erweiterung der Remscheider Entsorgungsbetrieben zu den Technischen Betrieben zum 01.01.2014. Die Betriebsleitung wurde beauftragt die Erweiterung vorzubereiten.

Im Jahr 2012 wurde der Geschäftsbereichsleiter der Abfallwirtschaft Herr Dietmar Deller verabschiedet. Der Vorschlag zur Neubesetzung der Stelle konnten aufgrund einer Klage eines Mitbewerbers nicht umgesetzt werden. Im Hinblick auf die Gründung der Technischen Betriebe und die damit möglicherweise verbundenen organisatorischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten stimmte der Betriebsausschuss zu, die Stelle vorerst nicht zu besetzen. Dieses Vorgehen wird allerdings ebenfalls gerichtlich angefochten.

Im Jahr 2012 starb das langjährige Mitglied des Betriebsausschusses Herr Hans Herbert Wilke. Herr Wilke gehörte dem Betriebsausschuss ununterbrochen seit der Gründung der Remscheider Entsorgungsbetriebe im Jahr 1996 an.

### **3. Darstellung der Vermögens- und Finanzlage**

#### **3.1 Vermögenslage**

Im Geschäftsjahr hat sich die Bilanzsumme von 270.475,6 T€ - 01.01.2012 - um 948,5 T€ auf 271.424,0 T€ - 31.12.2012 - erhöht. Den Anlagezugängen in Höhe von 7.211,9 T€ (Vorjahr: 8.559,3 T€) standen Anlagenabgänge im Wert von 2.291,7 T€ (Vorjahr: 2.058,8 T€) sowie Abschreibungen in Höhe von 7.728,3 T€ (Vorjahr: 7.650,6 T€) und Abgänge auf Abschreibungen von 1.188,7 T€ (Vorjahr: 1.241,0 T€) gegenüber. Hieraus ergab sich eine Verminderung des Anlagevermögens um -1.619,4 T€ (Vorjahr: 90,9 T€).

Das Umlaufvermögen hat sich im Geschäftsjahr 2012 von 13.161,5 T€ - 01.01.2012 - um 2.567,4 T€ auf 15.728,9 T€ - 31.12.2012 - erhöht. Hierbei entfallen 5.531,3 T€ auf den Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag (Vorjahr: 2.952,6 T€). Die Vorräte betragen zum Bilanzstichtag 243,8 T€ (Vorjahr: 227,5 T€) und die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 9.953,8 T€ (Vorjahr: 9.981,4 T€). Hiervon entfielen 2.005,8 T€ auf Forderungen gegenüber der Stadt Remscheid.

Die Erhöhung der Forderungen ergibt sich aus der Gebührenabrechnung für das Jahr 2012 sowie aus der Gebührenabrechnung für das Jahr 2011, die im Wirtschaftsjahr 2012 noch nicht ausgeglichen war.

Auf der Passivseite hat sich das bilanzielle Eigenkapital von 80.491,4 T€ - 01.01.2012 – um 2.888,7 T€ auf 83.380,1 T€ - 31.12.2012 – erhöht.

Die allgemeinen Rücklage wurde von 66.563,1 T€ - 01.01.2012 um 74,1 T€ auf 66.637,2 T€ - 31.12.2012 – erhöht. Die Erhöhung ergab sich aus einer Korrektur des Anlagevermögens.

Der Jahresgewinn belief sich auf 2.814,6 T€. Zum 31.12.2012 bestand ein Bilanzgewinn in Höhe von 11.742,9 T€ (Vorjahr: 8.928,3 T€).

Aus der nachstehenden Tabelle geht die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals hervor:

	Stand <u>01.01.2012</u>	<u>Zugang</u>	<u>Abgang</u>	Stand <u>31.12.2012</u>
	T€	T€	T€	T€
Stammkapital	5.000,0	0,0	0,0	5.000,0
Allgemeine Rücklage	66.563,1	74,1	0,0	66.637,2
Verlust-/Gewinnvortrag	5.708,4	3.219,9	0,0	8.928,3
Jahresüberschuss/-	<u>3.219,9</u>	<u>2.814,6</u>	<u>-3.219,9</u>	<u>2.814,6</u>
Gesamt	<u>80.491,4</u>	<u>6.108,6</u>	<u>-3.219,9</u>	<u>83.380,1</u>

Unter den Sonderposten für Investitionszuschüsse sind die in der Vergangenheit gezahlten Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen und Zuschüsse anderer Zuschussgeber ausgewiesen. Sie werden analog den Abschreibungen aufgelöst. Im Jahr 2012 wurden Zuschüssen in Höhe von 690,5 T€ vereinnahmt (Vorjahr: 0,0 T€). Es waren keine Abgänge zu verzeichnen (Vorjahr: 0,0 T€). Der erfolgswirksame Auflösungsbetrag betrug 484,9 T€ (Vorjahr: 475,3 T€). Dies gilt auch für empfangene Ertragszuschüsse. Unter dieser Position sind die Anteile der Straßenentwässerung an den Erschließungsbeiträgen ausgewiesen. Im Jahr 2012 ergaben sich Zugänge in Höhe von 187,1 T€ (Vorjahr: 0,0 T€). Ebenso ergaben sich keine Abgänge (Vorjahr: 0,0 T€). Der erfolgswirksame Auflösungsbetrag betrug 55,4 T€ (Vorjahr: 52,3 T€).

### **Entwicklung der Rückstellungen**

Die Bildung der Rückstellungen dient der Vorsorge von Zahlungsverpflichtungen, deren genaue Höhe oder Fälligkeit zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses noch ungewiss sind. Im Wirtschaftsjahr 2012 wurden alle hierfür erforderlichen Rückstellungen gebildet. Die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen deckten die endgültigen Zahlungsverpflichtungen im Jahr 2012 in vollem Umfang ab.

Eine Änderung wurde im Wirtschaftsjahr 2012 bei dem bilanziellen Ausweis der ungewollten gebührenrechtlichen Überdeckungen der Gebührenbereiche Abwasser, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung nach § 6 Absatz 2 KAG, die innerhalb künftiger Gebührenkalkulationen aufgelöst werden müssen, vorgenommen. Diese werden ab dem Jahresabschluss 2012 nach den neuen Vorgaben der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die Inanspruchnahme der Rückstellung in Höhe von 1.586,4 T€ erfolgte im Rahmen der Gebührenkalkulation des Jahres 2012. Die weitere Inanspruchnahme in Höhe von 3.642,2 T€ ergab sich aus der bilanzielle Umgliederung in die Sonstigen Verbindlichkeiten. Die im Jahr 2012 endgültig festgestellten ungewollten gebührenrechtlichen Überdeckungen wurden unmittelbar als Sonstige Verbindlichkeit ausgewiesen. Die 2012 vorgenommene Zuführung zur Rückstellung war aufgrund der Rücknahme der im Vorjahr vorgenommenen Abzinsung der Rückstellung notwendig.

<u>Entwicklung der Rückstellungen</u>	Stand	Inanspruch-	<u>Zuführung</u>	Stand
	<u>01.01.2012</u>	<u>nahme/</u> <u>Auflösung</u>		<u>31.12.2012</u>
	T€	T€	T€	T€
Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.712,6	0,0	265,8	1.978,4
Abwasserabgabe/Verbandsbeiträge	258,6	-133,9	256,1	380,8
Kostenüberdeckung KAG	4.935,0	-5.228,6	293,6	0,0
Beihilfeverpflichtungen	325,4	0,0	90,1	415,5
Urlaubsrückstellung	265,2	-265,2	286,3	286,3
Überstunden	84,5	-84,5	128,1	128,1
Altersteilzeit	605,4	-118,0	68,1	555,5
Jahresabschlusskosten	26,5	-26,5	26,5	26,5
Interne Jahresabschlusskosten	27,8	-27,8	27,5	27,5
Rechts- und Beratungskosten	15,5	0,0	52,4	67,9
Sonstige	301,1	-237,2	77,5	141,3
<b>Gesamt</b>	<b>8.557,3</b>	<b>-6.121,5</b>	<b>1.572,1</b>	<b>4.007,8</b>

Die Rückstellungen in Höhe von 4.007,8 T€ setzen sich aus der gebildeten Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen für die im Betrieb beschäftigten Beamten (1.978,4 T€) sowie den sonstigen Rückstellungen (2.029,4 T€) zusammen.

### **3.2 Finanzlage**

#### **3.2.1 Eigenkapitalquote**

Das wirtschaftliche Eigenkapital des Betriebes betrug zum 31.12.2012 105.567,3 T€. Gegenüber dem 01.01.2012 hat sich das wirtschaftliche Eigenkapital somit um 3.183,9 T€ erhöht.

	Stand <u>31.12.2012</u> T€	(Stand 31.12.2011 T€)
Bilanzsumme	271.424,00	(270.475,6)
Wirtschaftliches Eigenkapital		
• Eigenkapital laut Bilanz	83.380,10	(80.491,4)
• Sonderposten Investitionszuschüsse	22.783,50	(22.577,9)
• Ertragszuschüsse	2.629,60	(2.497,9)
<b>Gesamt</b>	<b><u>108.793,20</u></b>	<b>(105.567,2)</b>

Zur Finanzierung des Betriebes und zur Sicherung des Fremdkapitals ist eine angemessene Eigenkapitalausstattung notwendig. Umso höher der Eigenkapitalanteil liegt, desto größer ist die finanzielle Stabilität des Eigenbetriebes. Die Empfehlung der Eigenkapitalausstattung lautet 30%. Die auf das wirtschaftliche Eigenkapital bezogene Eigenkapitalquote zum 31.12.2012 beträgt somit 40,08%. Zum 01.01.2012 betrug sie 39,03%.

#### **3.2.2 Liquidität**

Im gesamten Geschäftsjahr war die Zahlungsfähigkeit des Betriebes gesichert. Bei Bedarf konnten im Rahmen der Kreditlinien für Investitionen jederzeit Darlehensaufnahmen erfolgen. Unabhängig davon, standen dem Betrieb ausreichende Möglichkeiten der

Kassenkreditaufnahme zur Verfügung. Unter Berücksichtigung unternehmerischer Handlungsmöglichkeiten bietet es sich an, aufgrund von Kennzahlen, besonders im Rahmen der steigenden Investition die Liquidität entsprechend zu verbessern.

### **3.3 Ertragslage**

Die Umsatzerlöse betragen 43.717,8 T€ (Vorjahr: 42.203,8 T€). Die Zusammensetzung der Erlöse auf die einzelnen Sparten wurde unter Punkt 2.2.2 bereits erläutert.

An Eigenleistungen (im wesentlichen Ing.- und Bauleitungskosten - Personal- u. Gemeinkosten - die im Zusammenhang mit den Kanalbaumaßnahmen stehen) wurden 732,4 T€ (Vorjahr: 743,8 T€) aktiviert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (z.B. Miet- und Pächterträge, Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, der Auflösung des Sonderposten Investitionszuschüsse und der Auflösung von Rückstellungen und übrige Erträge) konnten in Höhe von 1.041,0 T€ (Vorjahr: 2.388,3 T€) erzielt werden.

Erträge aus Beteiligungen wurden in Höhe von 15,6 T€ erzielt (Vorjahr 0,0 T€).

Die Zinsen und ähnlichen Erträge aus Geldanlagen lagen bei 109,7 T€ (Vorjahr: 25,6 T€).

### **4. Hinweise und Risiken bei der künftigen Entwicklung**

Die bisherige Lage und der Geschäftsverlauf der vergangenen Geschäftsjahre lassen erkennen, dass die Risiken des Betriebes vor allem aus der Fremdkapitalausstattung und der hohen Investitionslast durch die eingeleiteten Maßnahmen und die aufgebauten Strukturen beherrschbar sind. Der bisherige Geschäftsverlauf und die Jahresabschlüsse weisen gegenüber der seinerzeitigen gutachterlichen Untersuchung der gewählten Rechtsform eine deutliche und nachhaltige Verbesserung auf.

Durch die Erweiterung des Betriebes um die Sparten Forst, Grünflächen, Friedhöfe und Straßenbau sowie den von der Stadt Remscheid erwarteten Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 2,0 Mio. € wird sich die Aufgabenstellung ab dem Jahr 2014 erheblich verändern. Im Jahr 2013 wird ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit die Vorbereitung der Betriebserweiterung sein.

Ein Risiko des Betriebes liegt im baulichen Zustand des Kanalnetzes. Die Ersterfassung des baulichen Zustandes des Kanalnetzes gemäß den Vorgaben der Selbstüberwachungsvorschrift für Kanalanlagen (SÜVKan) ist abgeschlossen. Aufgrund der erheblichen Investitionen in die Substanzerhaltung in den vergangenen Jahren seit Betriebsgründung hat sich der Anteil der dringend sanierungsbedürftigen Streckenanteile erheblich reduziert. Hierbei wird, soweit möglich, auf substanzerhaltende Sanierungsverfahren (Part- und Inliner) zurückgegriffen. Ein in den Jahren 2009/2010 durchgeführtes Gutachten zur Bewertung der Restsubstanz des Kanalnetzes hat gezeigt, dass aufgrund der bisher durchgeführten Sanierungen das Kanalnetz eine der Restnutzungsdauer angemessene Restsubstanz aufweist. Es besteht somit kein Abwertungsbedarf. Dies bestätigt die bisher gewählte Sanierungsstrategie. Die dargestellten Risiken sind somit beherrschbar.

Die im Jahr 2012 festgestellten Anlagenabgänge im Bereich Kanal sind auf eine Abstimmung zwischen der Anlagenbuchhaltung und dem Kanalkataster zurückzuführen. Hierbei wurden Abweichungen festgestellt die korrigiert werden mussten. Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Es ist jedoch erkennbar, dass den festgestellten Kanalabgängen umfangreiche Kanalzuschreibungen in gleicher Größe entgegenstehen. Die festgestellten Abweichungen resultieren überwiegend aus Fortschreibungsfehlern im Kanalvermögen, die vor der Betriebsgründung liegen.

Mögliche größere Risiken können aus einer Veränderung der gebühren- oder steuerrechtlichen Rahmenbedingungen erwachsen. Derzeit beschäftigt sich die EU-Kommission mit einer Beschwerde des Bundes deutscher Entsorger (BdE) zu diesem Thema. Hieraus können sich unter Umständen erhebliche steuerliche Konsequenzen ergeben.

Die Übernahme der Aufgabe der Veranlagung und Abrechnung der Grundabgaben durch die Remscheider Entsorgungsbetriebe hat sich bewährt. Durch den unmittelbaren und direkten Kundenkontakt können Fragen und Probleme bei der Zahlung der Grundabgaben unmittelbar gelöst werden. Weiterhin können die offenen Posten nunmehr laufend ausgewertet und bearbeitet werden. Mögliche Risiken sind früher erkennbar und können unmittelbar angegangen werden. Weiterhin ergeben sich Erleichterungen bei der Vorbereitung der Jahresabschlüsse. Durch die Übernahme konnte auch die Anzahl der erteilten Einzugsermächtigungen erheblich gesteigert werden. Die derzeitige Quote beträgt annähernd 90%. Im Hinblick auf die notwendige Umstellung nach SEPA stellt dies eine weitere Herausforderung dar, die im Jahr 2013 angegangen werden muss.

Für das Jahr 2013 soll nach 5 Jahren ein zweiter „Sonntag in Orange“ durchgeführt werden. Bei diesem Tag der offenen Tür bieten die Remscheider Entsorgungsbetriebe den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Remscheid einen Einblick in ihre Arbeit.

## **5. Sonstige Angaben, insbesondere über die voraussichtliche Entwicklung**

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2013 weist einen geplanten Gewinn in Höhe von 3.138,0 T€ aus.

Im Geschäftsbereich Entwässerung liegt dem Investitionsbereich das Abwasserbeseitigungskonzept bis zum Jahre 2020 zugrunde. Das Abwasserbeseitigungskonzept ist durch die Abwägung zwischen dem gesetzlich und wirtschaftlich Notwendigen und dem andererseits in der Entwicklung der Gebührenbelastung Machbaren geprägt.

Bei dem Geschäftsbereich Abfallwirtschaft besteht weiterhin die Zielsetzung der Kosten- und Gebührenstabilität. Um dieses Ziel weiterhin zu erreichen, müssen die Aktivitäten zur Erfassung und Vermarktung von Wertstoffen weiter ausgebaut werden. Die weitere Entwicklung zum Wertstoffgesetz und hier insbesondere zur Einführung und Trägerschaft der Wertstofftonne werden einen nicht unerheblichen Einfluss auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung haben. Im Bereich Wertstoffhof müssen die operativen Möglichkeiten weiter optimiert werden. In Jahr 2013 soll hier eine Schadstoffannahmestation eingerichtet werden. Damit erhält der Wertstoffhof als zentrale Annahmestelle für Schad- und Wertstoffe weitere Bedeutung. Weiterhin muss die Suche nach einem neuen Standort für den Wertstoffhof weitergeführt werden, da nach Abschluss der Deponierekultivierung eine Verlagerung

wahrscheinlich ist. Aus diesem neuen Wertstoffhof können sich neue Möglichkeiten und Perspektiven ergeben.

Der Geschäftsbereich Straßenreinigung wird in seiner Kostenentwicklung stark durch die Leistungen des Winterdienstes beeinflusst. Die harten Winter der letzten Jahre und die Erwartungshaltungen der Bürgerinnen und Bürger an die Qualität des Winterdienstes haben zu weiteren Investitionen und Vorhalteleistungen geführt, die insgesamt die Kosten für den Winterdienst erhöhten.

Die Deponiebetriebsgesellschaft Remscheid mbH (DBR) hat ihr operatives Geschäft nach der Endverfüllung der Deponie weitgehend eingestellt. Die Aufgaben der kommenden Jahre liegen in der Rekultivierung der Deponie. Neue Geschäftsfelder sind für die Gesellschaft nicht vorgesehen.

Im Rahmen des Haushaltssanierungsplanes wurde von der Stadt Remscheid ab dem Jahr 2014 ein von den Remscheider Entsorgungsbetrieben zu erbringender Konsolidierungsbeitrag in Höhe von jährlich 2,0 Mio. € eingeplant. Weiterhin ist die Zusammenführung mit den neuen Sparten Forst, Grünflächen, Friedhöfe, Straßen- und Brückenbau ab dem 01.01.2014 vorgesehen. Hierdurch wird sich die Arbeit erheblich verändern. Die bislang bestehenden finanziellen Spielräume, die insbesondere zur Gestaltung der Gebührenentwicklung genutzt wurden, bestehen ab diesem Zeitpunkt nicht mehr in dem bisherigen Maße.

## **6. Nachtragsbericht**

Neben den oben dargestellten Entwicklungen haben sich keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nach Schluss des Wirtschaftsjahres 2012 ergeben.

Remscheid, 30. August 2013

Gez.  
Michael Zirngiebl  
Betriebsleiter

## 6.1 Stadtsparkasse Remscheid

### Allgemeine Unternehmensdaten

Stadtsparkasse Remscheid  
 Alleestr. 76-88  
 42853 Remscheid  
 Tel. 02191 / 16-60

**Gründungsjahr:** 1841

### **Zweck des Unternehmens / Öffentlicher Auftrag / Allgemeines**

Gemäß § 2 Sparkassengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen haben Sparkassen die Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.

Die Sparkassen stärken den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördern die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Sie versorgen im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Die Sparkassen tragen zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei.

Die Sparkassen führen ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Die Sparkassen dürfen im Rahmen des Sparkassengesetzes und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte betreiben.

Die Stadtsparkasse Remscheid ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes.

### **Organe der Gesellschaft**

#### Verwaltungsrat:

Beate Wilding, Vorsitzende	Oberbürgermeisterin
Hans-Peter Meinecke, -1. stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
Peter Otto Haarhaus, -2. stellv. Vorsitzender-	Ratsmitglied
York Edelhoff	Ratsmitglied
Lothar Krebs	Ratsmitglied
Wolf Lüttinger	Ratsmitglied
Jutta Velte	Ratsmitglied
Jochen Siegfried	Ratsmitglied
Kurt-Peter Friese	Ratsmitglied
Roland Kirchner	Ratsmitglied
Stefan Grote	Personalvertreter
Wolfgang Güntsch	Personalvertreter
Bernd Behrendt	Personalvertreter
Michael Veith	Personalvertreter
Guiseppe Cabibi	Personalvertreter

Vorstand:

Frank Dehnke, Vorsitzender  
Ulrich Gräfe

**Haftung der Stadt Remscheid**

Träger der Stadtsparkasse Remscheid ist gemäß § 2 ihrer Satzung die Stadt Remscheid. Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger oder eine sonstige Verpflichtung des Trägers, der Sparkasse Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für deren Verbindlichkeiten.

**Verflechtungen mit dem Haushalt der Stadt Remscheid**

Art	2010	2011	2012
	€	€	€
Gewinnausschüttung	126.262,50	420.875,00	keine

**Anzahl der Beschäftigten**

Jahr	2010	2011	2012
Mitarbeiter/-innen	380	373	354

Wirtschaftliche Unternehmensdaten**Bilanzstruktur - im 3-Jahresvergleich -**

Jahr	2010		2011		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
<b>Bilanz-Position</b>						
Barreserve	22.080	1,52	58.693	3,95	24.176	1,70
Schuldtitle und Wechsel	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Forderung an Kreditinstitute	36.255	2,49	81.555	5,49	45.508	3,20
Forderungen an Kunden	791.101	54,30	836.135	56,26	883.665	62,21
Wertpapiere	560.353	38,46	465.350	31,31	422.672	29,76
Beteiligungen	30.901	2,12	29.278	1,97	27.612	1,94
Treuhandvermögen	58	0,00	40	0,00	2.244	0,16
Sachanlagen	13.258	0,91	12.080	0,81	10.435	0,73
Sonstige Aktiva	1.246	0,09	1.635	0,11	2.922	0,21
Rechnungsabgrenzungsposten	1.697	0,12	1.456	0,10	1.217	0,09
<b>Aktiva</b>	<b>1.456.949</b>	<b>100,00</b>	<b>1.486.222</b>	<b>100,00</b>	<b>1.420.451</b>	<b>100,00</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	234.700	16,11	233.682	15,72	199.558	14,05
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.019.377	69,97	1.066.202	71,74	1.040.686	73,26
davon: Spareinlagen	320.317	21,99	302.437	20,35	290.872	20,48
befristete Einlagen	109.143	7,49	176.678	11,89	117.384	8,26
übrige Einlagen	589.917	40,49	587.086	39,50	632.430	44,52
Verbriefte Verbindlichkeiten / Schuldversch.	42.208	2,90	16.974	1,14	9.207	0,65
Treuhandverbindlichkeiten	58	0,00	40	0,00	2.244	0,16
Sonstige Verbindlichkeiten	3.790	0,26	4.294	0,29	8.085	0,57
Rechnungsabgrenzungsposten	1.631	0,11	1.377	0,09	1.137	0,08
Rückstellungen	17.575	1,21	22.443	1,51	23.669	1,67
SoPo mit Rücklagenanteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Genussrechtskapital	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Sonstige Passiva	40.054	2,75	43.945	2,96	37.157	2,62
Eigenkapital	97.556	6,70	97.265	6,54	98.708	6,95
<b>Passiva</b>	<b>1.456.949</b>	<b>100,00</b>	<b>1.486.222</b>	<b>100,00</b>	<b>1.420.451</b>	<b>100,00</b>

**Gewinn – und Verlustrechnung - im 3-Jahresvergleich –**

<b>Jahr</b> <b>GuV-Position</b>	<b>2010</b> <b>T€</b>	<b>2011</b> <b>T€</b>	<b>2012</b> <b>T€</b>
Zinserträge	50.158	49.206	45.017
Erträge aus Wertp., Beteiligungen etc.	13.579	13.186	11.933
Provisionserträge	10.737	10.357	9.746
Sonstige Erträge	1.317	1.832	2.322
Erträge a. Zuschr. zu Ford., Aufl. von Rückstellungen	0	0	6.670
<b>Erträge</b>	<b>75.791</b>	<b>74.581</b>	<b>75.688</b>
Zinsaufwendungen	27.805	27.182	23.530
Provisionsaufwendungen	423	306	267
Personalaufwendungen	20.816	20.276	20.089
Sachaufwendungen	9.347	9.693	8.883
Steuern	1.859	4.710	1.075
Sonstige Aufwendungen	5.297	2.270	7.162
Abschreibungen a. Anlagevermögen	1.886	1.832	1.834
Abschreibungen a. Forderungen	4.868	6.562	0
Zuführung Fonds allgemeine Bankrisiken	2.281	0	9.739
Abschreibung / Wertber. auf Beteiligungen	144	1.540	1.666
Einstellung in Rückstellungen	0	0	0
<b>Aufwendungen</b>	<b>74.726</b>	<b>74.371</b>	<b>74.245</b>
<b>Jahresüberschuss (+)</b>	<b>1.065</b>	<b>210</b>	<b>1.443</b>
<u>Einstellung in Gewinnrücklagen</u>	0	0	0
<b>Bilanzgewinn/-verlust</b>	<b>1.065</b>	<b>210</b>	<b>1.443</b>

## Anhang

### Anlage 1: Verzeichnis der Kennzahlen

Bei der Darstellung der einzelnen Unternehmen werden zum Teil unter dem Punkt "Wirtschaftliche Unternehmensdaten" Kennzahlen zur Analyse der wirtschaftlichen Situation aufgeführt. Diese Kennzahlen stellen ein wichtiges Informations- und Steuerungsinstrument - nicht nur für die Beteiligungsverwaltung - dar. Im Folgenden werden die im Beteiligungsbericht verwendeten Definitionen bzw. die Berechnung dieser Kennzahlen erläutert und deren Informationsgehalt, Möglichkeiten und Grenzen aufgezeigt.

#### Kennzahl zur Kapitalstruktur:

Eigenkapitalquote 
$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$$

Bei der Eigenkapitalquote wird der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital dargestellt. Je größer die Eigenkapitalquote, desto höher ist die wirtschaftliche Sicherheit und die finanzielle Stabilität des Unternehmens. Bei einer geringen Eigenkapitalquote werden eventuell eher Kapitalzuführungen der Gesellschafter nötig.

Diese Kennzahl bringt darüber hinaus den Grad der substantiellen Unabhängigkeit des Unternehmens, also den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital zum Ausdruck. Je größer das Eigenkapital im Verhältnis zum Fremdkapital desto geringer ist die Abhängigkeit von Gläubigern.

#### Kennzahl zur Finanzlage:

Cash-flow 
$$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Abschreibungen}) \times 100}{\text{Gesamterträge}}$$

Der Cash-flow ist eine finanzielle Stromgröße, die den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angibt. Er ist Indikator der Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Mit Hilfe des Cash-flows wird die vorgenommene bilanzpolitische Beeinflussung des ausgewiesenen Ergebnisses durch die Bemessung der Abschreibungen neutralisiert. Der Cash-flow sollte nur zusammen mit dem Jahresergebnis oder dem Betriebsergebnis interpretiert werden.

Der Cash-flow ist insbesondere eine Hilfe gegen Fehlinterpretationen der Ertragsentwicklung.

Das gilt zumal immer dann, wenn sich Cash-flow und Gewinn gegenläufig entwickeln. Ist das Jahresergebnis gesunken, der Cash-flow hingegen gestiegen, so ist dies oft eine normale Folge größerer Investitionsschübe mit entsprechend hinaufschnellendem Abschreibungsbedarf. Auf eine Schwächung der Ertragskraft lässt dieser erhöhte Abschreibungsbedarf aber in keiner Weise schließen, im Gegenteil: Erweisen sich die Investitionen als erfolgreich, wird die Ertragskraft gesteigert.

Umgekehrt kann eine Zunahme des Jahresüberschusses die von einem nachgebenden Cash-flow begleitet wird, auf einen Rückgang der Investitionen zurückzuführen sein, der niedrige Abschreibungen nach sich gezogen hat. Ist dies zutreffend und nicht nur eine vorübergehende Erscheinung, geht die optisch positive Gewinnentwicklung u.U. auf Kosten der Unternehmenszukunft.

## Anlage 2: Begriffserläuterungen

<b>Abschreibungen</b>	Mit der Abschreibung werden Wertminderungen im Vermögen oder an Vermögensgegenständen ergebnismindernd erfasst. Dies erfolgt, indem eine erwartete Wertminderung im Voraus auf die entsprechenden Rechnungsperioden verteilt wird (planmäßige Abschreibung), oder eine unerwartete Wertminderung zum Zeitpunkt ihres Eintrittes gebucht wird (außerplanmäßige Abschreibung).
<b>Aktiva</b>	Auf der Aktivseite der → Bilanz sind die Wirtschaftsgüter nach → Anlage- und → Umlaufvermögen erfasst. Die Aktivseite zeigt, wohin die Mittel geflossen sind (auch: Mittelverwendungsseite). Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
<b>Anlagevermögen</b>	Wirtschaftsgüter, die dem Unternehmen auf Dauer dienen und längere Zeit im Vermögen verbleiben oder über längere Zeiträume genutzt werden. Ausgewiesen auf der Aktivseite der → Bilanz umfasst es immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen), Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, Fuhrpark, etc.) und Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere, etc.).
<b>Aufwendungen</b>	Vermögensminderungen innerhalb eines Unternehmens, die durch eine gleichzeitige Verringerung des Ergebnisses zum Ausdruck kommen. Aufwendungen sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelabflüsse (→ z.B. Abschreibungen).
<b>Betriebsergebnis</b>	Differenz zwischen gewöhnlichen → Erträgen und → Aufwendungen, die sich aus der betrieblichen Leistungserstellung ergeben.
<b>Bilanz</b>	Bestandteil des Jahresabschlusses. Ist die Gegenüberstellung des Vermögens (Anlage- und Umlaufvermögen) - → Aktiva - und des Kapitals (Eigen- und Fremdkapital) - → Passiva - eines Unternehmens zu einem bestimmten Stichtag (Ende des Wirtschaftsjahres).
<b>Bilanzgewinn/-verlust</b>	Bestandteil des → Eigenkapitals nach dem handelsrechtlichen Gliederungsschema. Errechnet sich aus dem → Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag zuzüglich Gewinnvortrag und Entnahmen aus den Kapital-/Gewinnrücklagen abzüglich Verlustvortrag und den Einstellungen in die Gewinnrücklage.

<b>Eigenkapital</b>	Alle von den Eigentümern unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel, die unbeschränkt haften. Das Eigenkapital ist Bestandteil der Passivseite. Es setzt sich zusammen aus dem gezeichneten Kapital (auch: Haftungskapital oder Stammkapital), den → Kapitalrücklagen, den → Gewinnrücklagen und dem vorgetragenen → Bilanzgewinn/-verlust. Das in der → Bilanz ausgewiesene Eigenkapital gibt den Buchwert des Unternehmens an.
<b>Erträge</b>	Geschäftsvorfälle, die das → Jahresergebnis eines Unternehmens erhöhen. Sie bedeuten somit einen Wertzuwachs im Eigenkapital des Unternehmens. Erträge dürfen allerdings nicht zwangsläufig als Mittelzuflüsse gesehen werden (z.B. Wertsteigerungen).
<b>Fremdkapital</b>	Das Fremdkapital wird umgangssprachlich auch mit Schulden bezeichnet und ist auf der → Passivseite der → Bilanz ausgewiesen. Es setzt sich aus den kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten und den Rückstellungen zusammen und steht dem Unternehmen in der Regel nur befristet und zu einem bestimmten Zinssatz zur Verfügung. Ausgewiesenes Vermögen abzüglich des Fremdkapitals ergibt das bilanzielle → Eigenkapital.
<b>Gesellschafterversammlung</b>	Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter) bei der GmbH. Sie beschließt über Änderungen im Gesellschaftsverhältnis, im Gesellschaftsvertrag und in der Unternehmensstrukturierung. Sie stellt den → Jahresabschluss fest und beschließt die Gewinnverwendung. Weiter bestellt sie den Aufsichtsrat, wenn nicht der Stadtrat ein Entsendungsrecht hat.
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	Neben der → Bilanz ist die Gewinn- und Verlustrechnung der wichtigste Bestandteil des → Jahresabschlusses. In ihr wird der Erfolg des Unternehmens einer Rechnungsperiode (in der Regel das Wirtschaftsjahr) durch die Gegenüberstellung von → Aufwand und → Ertrag ermittelt. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, erwirtschaftet das Unternehmen einen → Jahresüberschuss (Gewinn), der das → Eigenkapital erhöht. Übersteigen hingegen die Aufwendungen die Erträge kommt es zu einem → Jahresfehlbetrag (Verlust), der das → Eigenkapital verringert.
<b>Gewinnrücklage</b>	Ist der Teil des → Jahresüberschusses, der nicht ausgeschüttet und nicht als → Gewinnvortrag auf das folgende Jahr vorgetragen wird, sondern bei der Gewinnverwendung eine direkte Einstellung in eine eigens ausgewiesene → Rücklage erfolgt.

<b>Gewinnvortrag</b>	Der nach dem Gewinnverwendungsbeschluss in die nächste Rechnungsperiode vorgetragene (übertragene) Gewinn. In der Folgeperiode wird der Restbetrag dann mit dem aktuellen Ergebnis verrechnet, und es erfolgt ein erneuter Verwendungsbeschluss (siehe auch Verlustvortrag).
<b>Gezeichnetes Kapital</b>	Bestandteil des → Eigenkapitals in der → Bilanz von Kapitalgesellschaften. Es weist das im Handelsregister eingetragene Haftungskapital der Kapitalgesellschaft aus. Bei der Aktiengesellschaft wird es mit Nennkapital, bei der GmbH mit → Stammkapital bezeichnet. Das Gezeichnete Kapital ist bei Kapitalgesellschaften der Maximalbetrag, mit dem die Gesellschafter zum Ausgleich von Verbindlichkeiten und Verlusten herangezogen werden können (beschränkte Haftung), falls die anderen Eigenkapitalanteile (Kapital- und → Gewinnrücklage, → Gewinnvorträge) aufgebraucht sind. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile am Gezeichneten Kapital bestimmt sich auch die Beteiligungsquote.
<b>Investitionen</b>	Bindung von Kapital in Wirtschaftsgütern, um daraus → Erträge zu erzielen. Es wird unterschieden zwischen Sach- und Finanzinvestitionen.
<b>Jahresergebnis</b>	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller → Aufwendungen und → Erträge, steht am Ende der Gewinnermittlung. (auch: Jahresüberschuss/-fehlbetrag)
<b>Kapitalrücklage</b>	In die Kapitalrücklage werden Beträge eingestellt, die bei einer Kapitaleinlage oder Einzahlung den Betrag des →Gezeichneten Kapitals übersteigen.
<b>Liquidität</b>	Fähigkeit eines Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können (Zahlungsfähigkeit). Diese wird häufig an den Beständen des Vermögens gemessen, die sich innerhalb von unterschiedlichen Zeiträumen in flüssige Mittel umwandeln lassen (Fristigkeit). Dieser Fristigkeit muss immer die Fälligkeit der einzelnen Fremdkapitalpositionen (Verbindlichkeiten) gegenüber gestellt werden.
<b>Passiva</b>	Auf der Passivseite der → Bilanz wird das Kapital, getrennt nach → Eigen- und → Fremdkapital, ausgewiesen. Die Passivseite gibt Auskunft über die Herkunft der finanziellen Mittel des Unternehmens (Mittelherkunftsseite). Die Summe aller Passiva, die gleich der Summe aller → Aktiva ist, ergibt die Bilanzsumme.

<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	Ausgaben (Aktivseite) oder Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, soweit der Aufwand/Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag eintritt. Dienen der Abstimmung zwischen → Bilanz und → GuV zur Ermittlung eines periodengerechten Jahreserfolges in beiden Rechnungen.
<b>Rücklagen</b>	Bestandteil des → Eigenkapitals. Sie erhöhen und stärken es und stehen zu längerfristigen Finanzierungszwecken zur Verfügung. Nach der Entstehungsweise unterscheidet man zwischen → Kapitalrücklage und → Gewinnrücklage.
<b>Rückstellungen</b>	Verpflichtungen gegenüber Dritten, die am jeweiligen Stichtag mit großer Sicherheit bestehen, deren Höhe und/oder Fälligkeitstermin aber nicht genau bestimmbar ist. Typische Gründe für die Bildung von Rückstellungen sind: Garantieverpflichtungen, drohende Verluste aus laufenden Geschäften, noch zu leistende Steuerzahlungen und Pensionsverpflichtungen. Letztere haben aufgrund ihrer extremen Langfristigkeit und einem in der Regel immer bestehenden Grundstocks in gewissem Maße eigenkapitalähnlichen Charakter.
<b>Stammkapital</b>	→ Gezeichnete Kapital einer GmbH. Seine Höhe ist im Gesellschaftsvertrag und in der Satzung festgelegt. Es ist die Summe der von den Gesellschaftern bei der Gründung übernommenen Stammeinlagen.
<b>Umlaufvermögen</b>	Umfasst die Wirtschaftsgüter, die in ihrer ursprünglichen und in verarbeiteter Form nur kurze Zeiträume im Unternehmen verbleiben. Ausgewiesen auf der → Aktivseite der Bilanz umfasst es Vorräte, Wertpapiere, Forderungen und liquide Mittel.
<b>Umsatz</b>	wertmäßiger Ausdruck für die am Markt abgesetzten Produkte. Der Umsatz ist gleich der verkauften/ abgesetzten Menge multipliziert mit dem pro Einheit erhaltenen Verkaufs- /Absatzpreises.
<b>Verlustvortrag/-rücktrag</b>	Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleiches. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraumes können mit steuerpflichtigen Gewinnen dem vorangegangenen Jahr verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bildet die gesetzlich zulässige Möglichkeit gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.

### **Anlage 3: Auszug aus der Gemeindeordnung für das Land NRW (GO NRW)**

in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 ff.), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der politischen Partizipation in den Gemeinden und zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften vom 19.12.2013 (GV.NRW.S.878); [In Kraft getreten am 31.12.2013]

#### **5. Teil Der Rat**

##### **§ 41 Zuständigkeiten des Rates**

(1) Der Rat der Gemeinde ist für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Die Entscheidung über folgende Angelegenheiten kann der Rat nicht übertragen:

a) .....

k) die teilweise oder vollständige Veräußerung oder Verpachtung von Eigenbetrieben, die teilweise oder vollständige Veräußerung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigungen des privaten Rechts, die Veräußerung eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft sowie den Abschluss von anderen Rechtsgeschäften im Sinne § 111 Abs. 1 Satz 1 und 2,

l) die Errichtung, Übernahme, Erweiterung, Einschränkung und Auflösung von Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, öffentlichen Einrichtungen und Eigenbetrieben, die Bildung oder Auflösung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens gemäß § 27 Abs. 1 bis 3 und 6 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit, die Änderung der Unternehmenssatzung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens sowie der Austritt aus einem gemeinsamen Kommunalunternehmen, die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung sowie die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigungen in privater Rechtsform, den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft,

m) die Umwandlung der Rechtsform von Anstalten des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, öffentlichen Einrichtungen und Eigenbetrieben sowie die Umwandlung der Rechtsform von Gesellschaften, an denen die Gemeinde beteiligt ist, soweit der Einfluss der Gemeinde (§ 63 Abs. 2 und § 113 Abs. 1) geltend gemacht werden kann,

#### **11. Teil Wirtschaftliche Betätigung und nichtwirtschaftliche Betätigung**

##### **§ 107 Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung**

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,

2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
  - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),
  - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),
  - Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),
3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

#### § 107a

#### Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

## § 108

## Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,
2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden,
9. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet ist, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:
  - a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,
  - b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,
  - c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
  - d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

Eine Gewährleistung für die individualisierte Ausweisung von Bezügen und Leistungszusagen ist im Falle der Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft auch dann

gegeben, wenn in Gesellschaftsvertrag oder Satzung die erstmalige individualisierte Ausweisung spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt ist.

10. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Wird von Satz 1 Nummer 8 eine Ausnahme zugelassen, kann auch von Satz 1 Nummer 9 eine Ausnahme zugelassen werden.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gilt für die erstmalige unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft einschließlich der Gründung einer Gesellschaft, wenn den beteiligten Gemeinden oder Gemeindeverbänden alleine oder zusammen oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes mehr als 50 vom Hundert der Anteile gehören. Bei bestehenden Gesellschaften, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände unmittelbar oder mittelbar alleine oder zusammen oder zusammen mit dem Land mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, trifft die Gemeinden und Gemeindeverbände eine Hinwirkungspflicht zur Anpassung an die Vorgaben des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 9. Die Hinwirkungspflicht nach Satz 2 bezieht sich sowohl auf die Anpassung von Gesellschaftsvertrag oder Satzung als auch auf die mit Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 verfolgte Zielsetzung der individualisierten Ausweisung der dort genannten Bezüge und Leistungszusagen.

(3) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muss sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

- a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
- b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
- c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,

2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

- a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
- b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
- c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie
- d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

- a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn
  - die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,
  - für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und
  - sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder
  - sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;
- b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

#### § 108 a

##### Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Abs. 1, § 107 a Abs. 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Abs. 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können dem fakultativen Aufsichtsrat Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung angehören. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 gegeben, wenn bei mehr als 2 von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von der Betriebsversammlung des Unternehmens oder der Einrichtung zu erstellenden Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Ergänzung zu verlangen. In diesem Fall kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(3) § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten für die nach Absatz 2 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Abs. 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(4) In der Betriebsversammlung nach Absatz 2 sind alle Beschäftigten des Unternehmens bzw. der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Betriebsversammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens bzw. der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Wahlberechtigte aufgenommen werden. Die Einzelheiten für die Wahl der Arbeitnehmervertreter sind im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder einem sonstigen Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung zu regeln. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens bzw. der Einrichtung ist auch die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Abs. 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(5) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Abs. 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 2 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch

genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden beteiligt sind.

Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung eine neue Vorschlagsliste erstellen. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 5 gilt Satz 2 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine Betriebsversammlung den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

Für die nach § 113 Abs. 1 Sätze 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Kommunen, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

## § 109

### Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

## § 110

### Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

## § 111

Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen  
und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften im Sinne des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

## § 112

## Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,
2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

## § 113

## Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

#### § 114

#### Eigenbetriebe

(1) Die gemeindlichen wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) werden nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebsatzung geführt.

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebes ist der Betriebsleitung ausreichende Selbständigkeit der Entschließung einzuräumen. Die Zuständigkeiten des Rates sollen soweit wie möglich dem Betriebsausschuss übertragen werden.

(3) Bei Eigenbetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten besteht der Betriebsausschuss zu einem Drittel aus Beschäftigten des Eigenbetriebes. Die Gesamtzahl der Ausschussmitglieder muss in diesem Fall durch drei teilbar sein. Bei Eigenbetrieben mit weniger als 51, aber mehr als zehn Beschäftigten gehören dem Betriebsausschuss zwei Beschäftigte des Eigenbetriebes an. Die dem Betriebsausschuss angehörenden Beschäftigten werden aus einem Vorschlag der Versammlung der Beschäftigten des Eigenbetriebes gewählt, der mindestens die doppelte Zahl der zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter enthält. Wird für mehrere Eigenbetriebe ein gemeinsamer Betriebsausschuss gebildet, ist die Gesamtzahl aller Beschäftigten dieser Eigenbetriebe maßgebend; Satz 4 gilt entsprechend. Die Zahl der sachkundigen Bürger darf zusammen mit der Zahl der Beschäftigten die der Ratsmitglieder im Betriebsausschuss nicht erreichen.

## § 114 a

## Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 108 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Die Satzung muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 9 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 7 gilt entsprechend.

(4) Die Anstalt kann nach Maßgabe der Satzung andere Unternehmen oder Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen oder eine bestehende Beteiligung erhöhen, wenn das dem Anstaltszweck dient. Für die Gründung von und die Beteiligung an anderen Unternehmen und Einrichtungen in eine Rechtsform des privaten Rechts sowie deren Veräußerung und andere Rechtsgeschäfte im Sinne des § 111 gelten die §§ 108 bis 113 entsprechend. Für die in Satz 2 genannten Gründungen und Beteiligungen muss ein besonders wichtiges Interesse vorliegen.

(5) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 87 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(6) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich.

(7) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über

1. den Erlass von Satzungen gemäß Absatz 3 Satz 2,
2. die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen sowie deren Gründung,
3. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
4. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
5. die Bestellung des Abschlussprüfers,
6. die Ergebnisverwendung,
7. Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111.

Im Fall der Nummer 1 unterliegt der Verwaltungsrat den Weisungen des Rates und berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. In den Fällen der Nummern 2 und 7 bedarf es der vorherigen Entscheidung des Rates. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. In der Satzung kann ferner vorgesehen werden, dass bei Entscheidungen der Organe der Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung des Rates erforderlich ist.

(8) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Rat für die Dauer von 5 Jahren gewählt; für die Wahl gilt § 50 Abs. 4 sinngemäß. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die dem Rat angehören, endet mit dem Ende der Wahlperiode oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Gemeinderat. Die Mitglieder des Rats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. leitende Bedienstete von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die Anstalt mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,
3. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(9) Die Anstalt hat das Recht, Dienstherr von Beamten zu sein, wenn sie auf Grund einer Aufgabenübertragung nach Absatz 3 hoheitliche Befugnisse ausübt. Wird die Anstalt aufgelöst oder umgebildet, so gilt für die Rechtsstellung der Beamten und der Versorgungsempfänger Kapitel II Abschnitt III des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

(10) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Anstalt werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands sowie die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Leistungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates im Anhang des Jahresabschlusses für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge und Leistungen für jedes einzelne Mitglied dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden, soweit es sich um Leistungen des Kommunalunternehmens handelt. Die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für Leistungen entsprechend § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 Satz 2.

(11) § 14 Abs. 1, § 31, § 74, § 75 Abs. 1, § 77, § 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

## § 115 Anzeige

### (1) Entscheidungen der Gemeinde über

- a) die Gründung oder wesentliche Erweiterung einer Gesellschaft oder eine wesentliche Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages,
- b) die Beteiligung an einer Gesellschaft oder die Änderung der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- c) die gänzliche oder teilweise Veräußerung einer Gesellschaft oder der Beteiligung an einer Gesellschaft,
- d) die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines Unternehmens, die Änderung der bisherigen Rechtsform oder eine wesentliche Änderung des Zwecks,
- e) den Abschluss von Rechtsgeschäften, die ihrer Art nach geeignet sind, den Einfluss der Gemeinde auf das Unternehmen oder die Einrichtung zu mindern oder zu beseitigen oder die Ausübung von Rechten aus einer Beteiligung zu beschränken,
- f) die Führung von Einrichtungen entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe,
- g) den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,
- h) die Errichtung, wesentliche Erweiterung oder Auflösung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß § 114 a, die Beteiligung oder Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen oder Einrichtungen oder deren Gründung sowie Rechtsgeschäfte der Anstalt im Sinne des § 111

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall aus besonderem Grund die Frist verkürzen oder verlängern.

(2) Für die Entscheidung über die mittelbare Beteiligung an einer Gesellschaft gilt Entsprechendes, wenn ein Beschluss des Rates nach § 108 Abs. 6 oder § 111 Abs. 2 zu fassen ist.

## **12. Teil Gesamtabschluss**

### § 116 Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss. § 96 findet entsprechende Anwendung.

(2) Zu dem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. Auf den Gesamtabschluss

sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung erfordert, § 88 und § 91 Abs. 2 entsprechend anzuwenden.

(3) In den Gesamtabschluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach Absatz 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.

(4) Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
2. der ausgeübte Beruf,
3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
4. in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

(5) Der Gesamtabschluss ist innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen. § 95 Abs. 3 findet für die Aufstellung des Gesamtabschlusses entsprechende Anwendung.

(6) Der Gesamtabschluss ist vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabschlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8 gilt entsprechend.

(7) In die Prüfung nach Absatz 6 müssen die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

## § 117 Beteiligungsbericht

(1) Die Gemeinde hat einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabschlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht

ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabschlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabschluss beizufügen. Der Beteiligungsbericht ist dem Jahresabschluss nach § 95 beizufügen, wenn kein Gesamtabschluss nach § 116 aufzustellen ist.

(2) Der Beteiligungsbericht ist dem Rat und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Die Gemeinde hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

## § 118

### Vorlage- und Auskunftspflichten

Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung von Gründungsverträgen oder Satzungen für die in § 116 bezeichneten Organisationseinheiten darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, von diesen Aufklärung und Nachweise zu verlangen, die die Aufstellung des Gesamtabschlusses erfordert.

**Anlage 4: Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)**

vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages (FiskVtrUG) vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2398) [in Kraft getreten am 19.07.2013]:

**§ 53****Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen**

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
  - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
  - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
  - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaften auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

**§ 54****Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde**

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 (Prüfung staatlicher Betätigung bei privatrechtlichen Unternehmen) auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.